

Der Band enthält Beiträge, die rechtshistorische Themen des voralpinen Raums Altbayerns behandeln. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich von der Frühen Neuzeit bis in das 20. Jahrhundert. Inhaltlich werden Klostergeschichte, Mühlenrecht, staatliche Gesundheitspolitik, Infrastrukturpolitik, Maßnahmen der Energiegewinnung sowie Naturschutz im „Dritten Reich“ behandelt. Der Band bietet damit ein Spektrum von Themen, die an regionalen Beispielen untersucht werden, aber in ihren Fragestellungen und Ergebnissen von überregionalem Interesse sind.

ISBN: 978-3-96374-041-1



9 783963 740411

Rechtskultur Wissenschaft

Hans-Georg Hermann / Hans-Joachim Hecker (Hrsg.):
Recht und Infrastruktur in der Geschichte des bayerischen Oberlands

Rechtskultur Wissenschaft

Hans-Georg
Hermann /
Hans-Joachim
Hecker (Hrsg.)

Recht und Infrastruktur
in der Geschichte
des bayerischen Oberlands

Rechtskultur Wissenschaft

Band 26

Herausgegeben von
Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Herausgegeben im Auftrag der Gesellschaft
für Bayerische Rechtsgeschichte
von Hans-Georg Hermann und Hans-Joachim Hecker

Recht und Infrastruktur
in der Geschichte des bayerischen Oberlands

©2020 Edition Rechtskultur

Edition Rechtskultur im Förderverein Europäische Rechtskultur e.V., Regensburg

www.edition-rechtskultur.de

Satz und Gestaltung: Carola Brand und Eva Lackner, Regensburg

ISBN: 978-3-96374-041-1

VORWORT

Das freundliche Entgegenkommens des Leiters der Hauptverwaltung des Marktes Garmisch-Partenkirchen, Herrn Johann Eitzenberger, und insbesondere die tatkräftige Unterstützung des Leiters des dortigen Marktarchivs, Herrn Franz Wörndle M.A., sowie die Förderbereitschaft der Rosner & Seidel Stiftung in München ermöglichten es, in entgegenkommendster Weise und ausnehmend schönem Rahmen, daß die Gesellschaft für Bayerische Rechtsgeschichte 2015 ihre Jahrestagung hier veranstalten konnte.

Thematisch hatte es sich angeboten, möglichst immer wieder regionale Bezüge zum Loisachtal herzustellen, auch um örtliche Resonanz zu mobilisieren. Nicht alle Vorträge finden sich deshalb vorliegend publiziert, sei es, daß sie ganz speziell für die Tagung und die örtlichen Verhältnisse konzipiert waren, sei es aber auch, daß die Verzögerung der Drucklegung eine vorgezogene anderweitige Publikation angezeigt erscheinen ließ. Nichtsdestoweniger bzw. umso mehr obliegt es den Herausgebern, sich bei diesen Teilnehmern nochmals für ihre Mitwirkung zu bedanken, die vor Ort zur beachteten öffentlichen Resonanz wesentlich beigetragen haben.

An dieser Stelle sei ehrend Herrn Prof. Alois Schütz gedacht, der am 12. Mai 2017 verstarb, aber letztmalig noch in Garmisch dabei sein konnte.

Wenn sich für die Drucklegung die ursprüngliche Finanzierung unvermittelt als nicht realisierbar erwies, dann gebührt Herrn Kollegen Martin Löhnig (Universität Regensburg) besonderer Dank für die unbürokratische Hilfestellung und sein immer offenes Ohr für auch Belange der bayerischen Rechtsgeschichte, so daß nach dem 2012 publizierten Tagungsband „Rechtsgeschichte des ländlichen Raumes in Bayern“ (Rechtskultur Wissenschaft 8) nun erneut ein Erscheinen in der Reihe Rechtskultur möglich wurde.

*Hans-Georg Hermann / Hans-Joachim Hecker
Gesellschaft für Bayerische Rechtsgeschichte*

INHALT

CHRISTOPH BACHMANN ZUR RECHTSGESCHICHTE VON ALTBAIERNS MÜHLEN UND MÜLLER	7
BRITTA KÄGLER EIN KLOSTER AM FLUSS: BENEDIKTBEUERN UND DIE LOISACH IN DER FRÜHEN NEUZEIT	25
HORST GEHRINGER ALLTAGSLEBEN IM 19. JAHRHUNDERT? DIE BERICHTE DER BAYERISCHEN GERICHTSÄRZTE (1858-1861)	39
WOLFGANG EHBERGER DIE BAYERISCHE STAATSREGIERUNG UND DER BAU DES WALCHENSEEKRAFTWERKS	75
KARIN LEONHARDT ALPINE WELT UND TECHNISCHER UMBRUCH – DER BERGBAHNBAU IN BAYERN (1880-1950)	99
CHRISTINE RÄDLINGER DAS REICHSNATURSCHUTZGESETZ VON 1935 UND DAS NATURSCHUTZPROJEKT MURNAUER MOOS	113

Zur Rechtsgeschichte von Altbaierns Mühlen und Müller

Christoph Bachmann

Mühlen waren im präindustriellen Zeitalter eine der technisch aufwändigsten Betriebe und spielten nicht nur wegen des Schutzes der teuren Technik sondern vor allem wegen deren Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit einem Grundnahrungsmittel, in den Rechtsquellen eine große Rolle¹. Der folgende Beitrag möchte dieser Bedeutung anhand einiger normativer Quellen nachgehen und deren Umsetzung in die gelebte Wirklichkeit beschreiben. Neben der Mühlentechnik werden das Mülhrecht, die Mühlordnungen, die Mühlbeschau, das Müllerhandwerk, das Verhältnis von Mühle und Dorfgrmain sowie das Ende der traditionellen Mahlmühlen und deren Verdrängung durch die Kunstmühlen behandelt.

I. DIE MÜHLENTECHNIK

Spätestens seit dem Spätmittelalter ist die Technik der wassergetriebenen Getreidemühle mit Antrieb, Mahlwerk und Beutelwerk fertig ausgebildet. Von da an bis weit ins 19. Jahrhundert hinein ändert sich an der Technik des weitgehend aus Holz gefertigten Mahlwerks so gut wie nichts². Über die Mühlentechnik der in der Literatur immer wieder als „altdeutsch“ bezeichneten Mühlen³, sind wir durch zahlreiche Werke bestens unterrichtet⁴. Dieser kann folgendermaßen beschrieben werden⁵: Das gereinigte Getreide

¹ Der Beitrag beschäftigt sich ausschließlich mit den Getreidemühlen; die zahlreichen anderen Mühlenarten wie Papiermühlen, Pulvermühlen, Kugelmühlen, Loh – und Walkmühlen, Hammermühlen und Drahtziehmühlen können hier ob des Umfangs der Thematik keine Berücksichtigung finden, obwohl auch diese Thematik einer fundierten Aufarbeitung bedürfte.

² Konrad Bedal, Mühlen und Müller in Franken (Schriften und Kataloge des fränkischen Freilandmuseums 6), Bad Windsheim 1982, S. 30.

³ Diese Bezeichnung bürgerte sich nach dem Aufkommen der neuen Mühlentechnik ein, die überwiegend aus Amerika und Frankreich kam; es ist deshalb eher abschätzig gemeint und bezeichnet damit technisch rückständige Mühlen, wie sie in Deutschland eben länger zu finden waren, als in Amerika, England oder Frankreich.

⁴ z.B. Leonhard Christoph Sturm, Vollständige Mühlen-Bau-Kunst, Augsburg, 1738; Jacobus Strada, Kunstliche Abriß allerhand Wasserkünsten, auch Wind-, Roß-, Hand – und Wasser-Mühlen, Cölln, 1623; Johann Matthias Bayer, Theatrum Machinarum Molarium, Oder Schau-Platz der Mühlen-Bau-Kunst / [1].: Welcher allerhand Sorten von solchen Maschinen, die man Mühlen nennet, so wohl historisch als practisch ... vorstellet, Leipzig 1735; Jacobus Strada/Octavius Strada de, Kunstliche Abriß allerhand Wasser Wind Roß und Handt Mühlen, beneben schönen und nützlichen Pumpen, auch andern Maschinen, damit das Wasser in Höhe zuerheben, auch lustige Brunnen und Wasserwerk, dergleichen vor diesem nie gesehen worden, Franckfurt am Mayn 1618; Heinrich Zeisinger/Hieronymus Megiser, Theatrum Machinarum Band: 3: Darinnen vielerley künstliche Mühlwerk, von mancherley arten, wie die Namen haben mögen: nicht allein zu Menschlicher vnterhaltung, Sondern zu vielen andern sachen, Künsten vnd Handwercken sehr nutzlichen, vnd zu wissen hoch von nöthen; Sambt der Mühlordnung, wie dieselbe in Chur – vnd Fürstenthumb Sachssen, in den Mühlen, an der Sahla, Lüpen, Elster vnd Pleissenstrom gelegen, gehalten wird. Leipzig 1618.

⁵ vgl. auch: Torsten Rüdinger/Philipp Oppermann: Kleine Mühlenkunde – Deutsche Technikgeschichte

gelangt zunächst in den hölzernen Einfülltrichter, die «Gosse». Darunter hängt beweglich angebracht der «Rüttelkasten». Er erhält seine Bewegung durch einen in den Läuferstein eingelassenen Eisenring mit nach innen vorspringenden Nocken, die gegen einen am Rüttelkasten angebrachten Stab schlagen. Durch das gleichmäßige Schütteln gelangt das Getreide vom Rüttelkasten zwischen die Mühlsteine, deren Abstand zueinander mit der Aufhelfstange verstellt werden kann. Die Oberfläche des Läufers, d.i. der obere Stein, der mit dem «Mühleisen» angetrieben wird, hat im äußeren Bereich radial verlaufende Erhöhungen («Mahlbalken») und Vertiefungen («Schlenzen»), wodurch die Getreidekörner aufgebrochen und zerrieben werden. Die durch die Zentrifugalkraft nach außen geschleuderten Körner werden in der hölzernen Ummantelung der Steine, der Zarge, aufgefangen und über den Ablauf in den Beutelkasten geleitet. Beim ersten Zermahlen gibt es zunächst Schrot und in geringen Mengen feines Mehl. Erst durch mehrmaliges Mahlen und anschließendes Sichten im Beutelkasten entstehen die unterschiedlichen Mahlprodukte Mehl, Schrot oder Kleie.

Im Beutelkasten selbst ist ein schrägliegender, feinmaschiger «Beutelstrumpf» aus Seidengaze eingespannt. Er ist etwa in der Mitte an der Beutelstrumpfgabel befestigt. Diese reicht dem anderen Ende ganz nahe an das Mühleisen heran, auf dem an dieser Stelle eine Nockenscheibe («Dreischlag») sitzt. Durch die Drehung des Mühleisens schlagen die Nocken gegen das Ende der Beutelstrumpfgabel und versetzen diesen in gleichmäßige Rüttelbewegungen. Dadurch entsteht ein lautes Geräusch, das «Klappern» der Mühle. Durch die Rüttelbewegungen des Beutelstrumpfes wird das Mehl weitertransportiert und gleichzeitig fällt das Mehl durch die Maschen des Strumpfes nach unten in den Mehlkasten, wohingegen der gröbere Rest durch die vordere Öffnung des Beutelkastens auf das Rüttelsieb fällt, wo dann noch Gries und Schrot bzw. Kleie voneinander getrennt werden⁶.

Beim Mehlmahlen müssen die Arbeitsgänge Mahlen und Sichten bis zu 7mal wiederholt werden, da beim ersten Mahlgang das Getreide nur von den Schalen gereinigt und grobgriesig gemahlen werden konnte. Auf diese Weise benötigte man für 2 Zentner Weizen einen ganzen Tag, bis diese Menge komplett ausgemahlen war.

Die Qualität des gemahlenen Mehls hing neben der technischen Ausstattung der Mühle auch von der Qualität der Mahlsteine ab. Besonders wichtig war bei der Einrichtung der Mühle das Einpassen der beiden Steine, also des Bodensteins und des Läufers. Diese Arbeit war eine handwerkliche Präzisionsarbeit, da sowohl der Bodenstein als auch der Läufer in der Waage liegen mußten. Die Passgenauigkeit hatte entscheidende Auswirkungen auf Laufruhe, Lebensdauer und Mahlleistung. Weiterhin war für die Haltbarkeit des Steins auch dessen Herkunft von Bedeutung. Der bekannteste Mühlsteinbruch in Altbayern lag in Neubeuern-Hinterhör (Lkr. Rosenheim). Dort existiert ein 1572 „auf-

vom Reibstein zur Industriemühle, Berlin 22012; Hermann Gleisberg, Technikgeschichte der Getreidemühle, München 1956.

⁶ Helmut Keim, Die Fischbachmühle im Freilichtmuseum, in: Helmut Keim/Ute Rautenberg (Hrsg.), Die Getreidemühle aus Fischbach (Freilichtmuseum des Bezirks Oberbayern, Dokumentation II), Großweil 1988, S. 25-50, hier S. 30-31.

geschlagener“ dicht an den Innufern ein grauer mittel – bis grobkörniger Sandstein aus gut gerundeten Quarz – und Feldspatkörnern, die mit kalkigem Bindemittel verkittet sind. Im frischen Zustand erwies sich der Stein als überaus zäh und hart und war daher als Mühlstein sehr begehrt⁷, so dass sie auf dem Inn und dann weiter auf der Donau innerhalb Bayerns verhandelt wurden. Ein weit unter dieser Qualität liegender Steinbruch existierte im Fuchsloch bei Grafenaschau, nahe Bad Kohlgrub. Bei den dort gebrochenen Steinen handelte es sich um groben Sandstein, der aber nicht dieselbe feste Struktur wie der Nagelfluh in Neubuern aufwies. Er wurde zwar gehandelt, hatte aber nur begrenzte Absatzmöglichkeiten⁸. Weitere Mühlsteinbrüche gab es im Lahngraben und am Schwaigenberg bei Aschau i. Chiemgau sowie im Ramsauer Achental am Kunderweg (Lkr. Berchtesgaden). Diese hatten aber nur regionale Bedeutung⁹. Die besonders haltbaren und festen Mühlsteine kamen alle aus Sachsen. Dabei war der bekannteste Mühlstein der sog. «Krawinkler», der aus Krawinkel bei Halle kam. Dieser Mühlstein bestand aus Porphyr und hatte Quarz – und Feldspateinlagerungen. Die im Ranking folgenden Mühlsteine kamen aus Liebetal (Pirna) und aus Tilleda am Kyffhäuser. Wollte man aber die allerfeinste Qualität haben, war ein Stein aus La Ferté sous Jouarre in der Nähe von Paris, auch Champagnerstein genannt, vonnöten.

Die Belastung der Mühlsteine durch das Abmahlen des Getreides war erstaunlich hoch. So nutzte sich der Krawinkler innerhalb eines Jahres allein durch das Abmahlen des Getreides für Bauern, also etwas groberes Mehl, etwa 2,5 cm ab¹⁰. Die Steine aus Neubuern dagegen hatten sogar einen Abrieb von etwa einer Handbreite/Jahr.

II. DAS MÜHLENRECHT

Schon seit dem Frühmittelalter war die Mühle, wohl aufgrund ihrer wichtigen Funktionen zur Versorgung der Bevölkerung, durch einen eigenen Sonderfrieden, den Mühlfrieden, geschützt¹¹. Wurde dieser Frieden durch eine strafbare Handlung gebrochen, bezeichnete man den Täter als «fridpraech» mit der Folge, dass dieser einer verschärften Strafe verfiel. Dadurch konnten kleinere Vergehen gegen die Bestandteile der Mühle (Demolierung, Getreide – oder Mehldiebstahl), die normalerweise durch Geld abgebußt

⁷ http://www.lfu.bayern.de/geologie/geotope_schoensten/52/index.htm (Aufruf vom 6.9.2015); Wolfgang Czysz, *Mittelalterliche Mühlsteinbrüche im bayerischen Inntal*, Friedberg 2014.

⁸ Matthias Flurl, *Beschreibung der Gebirge von Baiern und der oberen Pfalz*, München 1792, S. 56.

⁹ Wilhelm von Gümbel, *Geologische Beschreibung von Bayern*, Bd. II, Kassel 1894, S. 150, 214.

¹⁰ D. Johann Georg Krünitz, *Ökonomisch-technologische Encyclopädie oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus – und Landwirtschaft und Kunstgeschichte*, 242 Bd., Berlin 1780-1858, hier: Bd. 96 (1804), S. 173-174: „Es hat überhaupt das ganze Gemeine einen sehr hohen Grad von Härte und Zähigkeit, so daß die davon gehauenen Mühlsteine sehr lange dauern, und sich nur fast unmerklich abnutzen. Ein solcher Mühlstein (Läufer) nutzt sich in der Mühle, wo nur für den Hauswirth, nicht aber für den Becker gemahlen wird, welcher das öftere Schärfen des Mühlsteins verlangt, in einem Jahr nur um einen Zoll ab“. Gemeint ist hier der Krawinkler. Hier finden sich auch einige Angaben über den Champagnerstein (S. 178-179).

¹¹ *Lex baiowariorum* IX, 2 (MGH LL Sectio I, Tom V, Pars II); Rudolf His, *Das Strafrecht des Deutschen Mittelalters I*, Weimar 1932, Neudruck Aalen 1964, S. 222-223.

wurden, als Verletzung eines Sonderfriedens zum Tod führen¹². Wie hoch dieser Sonderfriede eingeschätzt wurde, beweist die Tatsache, dass das Berauben von Mühlen der Beraubung von Kirchen gleichgestellt wurde¹³. Dieser Mühlfriede dürfte sich bereits Ende des 6. Jahrhunderts entwickelt haben. In dieser Zeit dürften – im Gegensatz zum Hochmittelalter – die Mühlen noch Eigentum der Müller gewesen sein; denn das Recht zur Anlage einer Mühle auf eigenem Grund und Boden stand ursprünglich jedermann zu¹⁴. Doch schon in fränkischer Zeit wurde die Mühle immer mehr Element der Grundherrschaft, denn nur die weltlichen und geistlichen Herren verfügten über das notwendige Kapital zur Errichtung der technisch immer aufwendiger werdenden Mühlen¹⁵. Die Müller gerieten so in die grundherrschaftliche Abhängigkeit eines Obereigentümers, zahlten für die Überlassung der Mühle ertragsunabhängige Abgaben, die den meisten Müllern ein gutes Auskommen beließ¹⁶. Im 12. Jahrhundert entwickelte sich dann ein königliches Regal an allen schiffbaren Flüssen im Reich, das vom König im Lauf der Zeit auf die Landesherren oder die reichsfreien Städte übertragen wurde. Aus diesem Stromregal entstand das Mühlenregal¹⁷. In Bayern entwickelte sich im späten 13. Jahrhundert allerdings nur ein eingeschränktes Mühlenregal¹⁸, das einem Vergleich etwa mit dem Brandenburger Mühlenregal nicht standhalten kann. Dieses Mühlenregal beinhaltete grundsätzlich zwei Rechtstitel: den Mühlenbann und den Mahlzwang. Der Mühlenbann besagt ganz allgemein definiert, dass zum Bau einer Mühle die Genehmigung des Landesherren einzuholen ist. In Bayern war dies jedoch so geregelt, dass nur zur Errichtung einer Mühle an öffentlichen Gewässern die Genehmigung des Herzogs bzw. des Pflegrichters nötig war¹⁹. Im übrigen stand es den Grundherren frei, Mühlen an den ihnen gehörigen Bächen zu errichten, vorausgesetzt, sie verletzten nicht das Recht einer bereits bestehenden älteren Mühle²⁰. Zur Errichtung einer Ehaftmühle, d.h. einer Mühle mit Zwing – und Bannrechten, war jedoch auch bei Privatgewässern eine landesherrliche Genehmigung

¹² His, *Strafrecht II*, Weimar 1925, Neudruck Aalen 1962, S. 197-198.

¹³ Christoph Bachmann, *Zur Entwicklung des Mühlenrechts in Altbayern*, in: ZBLG 51 (1988), S. 719-765, hier S. 720.

¹⁴ Lex Salica 22,1 (hrsg. von H. Geffcken, Leipzig 1898), S. 133; Guido Kisch, *Das Mühlenregal im Deutschordensgebiet*, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung* 48 (1928), S. 176-193, hier S. 177.

¹⁵ Heinrich Geffcken, *Zur Geschichte des deutschen Wasserrechts*, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung* 21 (1900), S. 173-217, hier S. 209; Herbert Schempff, *Die Anfänge des Wasser – und Mühlenrechts in Bayern*, in: *Vom Einbaum zum Dampfschiff* 13 (2004), S. 172-176, hier S. 176; Sigmund von Riezler, *Geschichte Baierns I/2*, Stuttgart 1927, S. 443.

¹⁶ HRG III, 716-722.

¹⁷ Vgl. die *Definitio regalium* in den Bestimmungen des Roncalischen Friedens (NGH CC I, S. 244); Kisch, *Mühlenregal*, S. 177.

¹⁸ Johann Hupfer, *Über die Geschichte der Mühlen im Landkreis Ebersberg*, in: *Der Landkreis Ebersberg*, Ebersberg 1986, S. 90-107, hier S. 93.

¹⁹ Werner Kohl, *Recht und Geschichte der alten Münchner Mühlen* (*Miscellanea Bavarica Monacensia* 15) München 1969, S. 58-63.

²⁰ Josef Heider, *Mühlen und Müllergewerbe in Altbayern und Schwaben*, in: *Schwäbische Blätter für Heimatpflege und Volksbildung* 16/1 (1965), S. 1-26, hier S. 13.

erforderlich²¹. Die Ausübung des Mühlenbanns konnte aber auch die Rücknahme einer bereits erteilten Genehmigung bedeuten²².

Der Mahlzwang bedeutete, dass die Untertanen eines Grundherren nur die grundherrliche Mühle benutzen durften; jede andere Mühle war ihnen verboten²³. In Bayern stand es aber den Ehaftverwandten frei, sich von der Verpflichtung, in der Ehaftmühle mahlen zu lassen, durch die Zahlung einer bestimmten Taxe zu befreien²⁴. Im Gegensatz zu Brandenburg, wo der Mahlzwang für König Friedrich Wilhelm I. eine so hohe Einnahmequelle darstellte, dass die militärische Aufrüstung davon bezahlt werden konnte²⁵, behandelte man in Bayern den Mahlzwang eher locker. Bereits weit vor der gesetzlichen Aufhebung der Ehaftmühlenrechte am 23. Februar 1863 durch die neue Gewerbeordnung, heißt es in der Mühlordnung von Dachau aus dem Jahr 1759: Die «Ehaftmühlle, welche über Mannsgedenken und jeziger Zeit verhanden seynd, sollen fleißigist zuegericht und besuecht werden, damit kein ehehaft Müll nit zugrund gehe oder verderbe»²⁶.

III. MÜHLORDNUNGEN

Unser Wissen über Vorschriften und Bestimmungen zur Regelung des Mühlbetriebs stammt in der Regel aus überwiegend archivalisch überlieferten Mühlordnungen. Unter einer Mühlordnung versteht man „eigentlich nichts anders als eine heilsame und Gesetzmäßige Verfassung gewisser Artickel, welche sowohl die Mühl-Herren und Müller bey dem Mühlen – und Wasser-Bau, als auch in sonderheit die Müller bey ihren übrigen Mühlwesen zu beobachten haben. Sie ist also und soll auch eine beständige Regel und Richtschnur seyn, nach welcher alle und jede bey denen Mühl-Gebäuden so wohl als dem gantzen Mühlwesen überhaupt vorkommende Streigkeiten entschieden werden können und müssen»²⁷. Die älteste im heutigen Bayern bekannte Mühlordnung stammt aus dem Jahr 1412 und regelt die Arbeiten auf den „Newen Muln zu Wurtzburg“²⁸. Die älteste bisher bekannte Mühlordnung aus dem altbayerischen Raum stammt aus dem Jahr 1437 und regelt den Mühlbetrieb in der Stadt Ingolstadt²⁹. Wie alle mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Mühlordnungen sind diese Mühlordnungen sehr knapp gehalten.

²¹ BayHStA Altbayerische Landschaft Urk. 1508 IX 11 (Landesfreiheitserklärung 1508); online einsehbar unter: bavarikon.de.

²² Kohl, Münchner Mühlen, S. 59.

²³ StAAu Reichsstift Ottobeuren 174 (Mühlordnung Ottobeuren 1689, Art. 15); BayHStA Passauer Blechkastenarchiv Kasten 50 Fasz. 1 (Mühlordnung Passau 1618); Jacob Grimm, Weithümer, Bd. III, Göttingen 1842, S. 627 (Ehaftrecht Schönfeld/Gde. Schernfeld/Lkr. Eichstätt).

²⁴ Hupfer, Ebersberger Mühlen, S. 94; StAAu Reichsstift Ottobeuren 174 (Mühlordnung Ottobeuren 1689, Art. 15).

²⁵ Heider, Mühlen, S. 11.

²⁶ BayHStA Staatsverwaltung 1531/3, fol. 36'.

²⁷ Johann Heinrich Zedler, Universalexikon, Bd. XXII, Leipzig 1739, S. 144.

²⁸ StadtA Rothenburg A 1362.

²⁹ Christoph Bachmann, Altbayerns erste bisher bekannte Mühlordnung. Die Ordnung der Ingolstädter Müller aus dem Jahr 1437, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 102/103 (1994), S. 309-316.

ten und regeln überwiegend technische Details, die Mühlbeschau und die Entlohnung der Müller. Die späteren Mühlordnungen beschäftigen sich fast ausschließlich mit der Zunftverfassung der Müller und regeln die Zulassung zum Handwerk, sowie die Details der Gesellen – und Meisterprüfung. So behandelt die Mühlordnung von Wasserburg aus dem Jahr 1776 fast ausschließlich die Zunftstatuten und regelt nicht einmal mehr die Bezahlung der Müller, die in allen vorausgegangenen Ordnungen einer der Hauptpunkte gewesen war³⁰.

Interessant bei einigen der bisher bekannten Mühlordnungen ist die Tatsache, dass viele Artikel von älteren Mühlordnungen anderer Städte oder Gerichte abgeleitet sind. So basiert die Mühlordnung der Stadt Weilheim aus dem Jahr 1663 im wesentlichen auf der Mühlordnung der Stadt München von 1567, die wiederum auf der Bayerischen Landesordnung von 1553 basiert³¹. Deshalb sei an dieser Stelle eine kleine Spekulation erlaubt. Die Münchner Ordnung bildete vielleicht eine «Mutterordnung» von der kleinere Städte und Märkte ihre Ordnungen ableiteten, ähnlich wie das von den Stadtrechtsfamilien bekannt ist, die es auch in Bayern gab. Dadurch könnten «Mühlenrechtsfamilien» entstanden sein, was sich jedoch erst noch durch weitere Untersuchungen verifizieren ließe.

Bleiben wir doch gleich bei der oben genannten durch zahlreiche normative Quellen gut belegten Entlohnung der Müller. In Altbayern gab es zwei verschiedene Arten der Entlohnung der Müller. Beim Mahlen «auf Muß» erhielt der Müller für seine Bemühungen den dreißigsten Teil des Getreides, das zum Mahlen auf die Mühle gebracht wurde³². Die andere Art war das Mahlen „auf Maß». Hier mußte aus einer bestimmten Menge Getreide eine gewisse Menge Mehl herausgemahlen werden, meist ein Drittel mehr. Der überschüssige Rest gehörte dem Müller³³. Bei dieser Art der Entlohnung kam es häufig zu Streitereien mit den Mahlgästen etwa wegen mangelnder Qualität des Getreides, denn aus schlechtem Getreide konnte weniger Mehl abgemahlen werden. In einem solchen Fall waren entweder die Müller benachteiligt oder die Mahlgäste, aus deren Getreide die erforderliche Mehrmenge nicht heraus gemahlen werden konnte. In Bayern stand es jedermann frei, auf «Muß» oder auf «Maß» mahlen zu lassen³⁴.

Beim Mahlen auf „Muß» nahm man es im Herzogtum Bayern offensichtlich nicht immer sehr genau, wie eine Aufstellung aus dem Rentamt Burghausen zeigt. Demzufolge schwankte der Mahllohn zwischen dem 16. und dem 32. Teil. Das führte natürlich zu Streitigkeiten der Müller untereinander, die sich bis zur kurfürstlichen Hofkammer hin-

³⁰ StAM AR Fasz. 1143, Nr. 46.

³¹ Christoph Bachmann, Die Mühlordnung für die Stadt und das Landgericht Weilheim aus dem Jahre 1663, in: Elisabeth Lukas-Götz/Ferdinand Kramer/Johannes Merz (Hrsg.), Quellen zur Verfassungs-, Sozial – und Wirtschaftsgeschichte bayerische Städte in Spätmittelalter und früher Neuzeit. Festgabe für Wilhelm Störmer zum 65. Geburtstag (Materialien zur Bayerischen Landesgeschichte 11), München 1993, S. 245–269.

³² Bachmann, Mühlenrecht, S. 725.

³³ Barische Landtsordnung 1553 V. Buch, VIII Titul, Art. 2 und 3.

³⁴ Landts – und Polizey-Ordnung 1616 IV. Buch, 8. Titul, Art. 1 = Teil des Landrechts 1616.

zogen; diese entschied dann, dass der Mahllohn der Müller auf den 20. Teil anzuheben sei, so z.B. 1734 im Gericht Teisbach und 1735 im Gericht Siegenburg³⁵.

Das Getreide, das die Müller zur Entlohnung erhielten, mußte von diesen auf der Schranne verkauft werden, konnte aber abgemahlen und dann zu Brot gebacken werden. Sowohl der Verkauf des Getreides auf der öffentlichen Schranne, als auch das Brotbacken war den Müllern mit der Landes – und Polizeiordnung von 1616 erlaubt bzw. bestätigt worden. Nur der Mehlhandel blieb ausschließlich den «Melbern» vorbehalten³⁶.

IV. DIE MÜHLBESCHAU

Die Bedeutung der Mühlen und Müller für Aufrechterhaltung der Grundversorgung der Bevölkerung machte die Mühlen in den Rechtsquellen häufig zum Objekt staatlicher Kontrolle. Damit stellen diese Bestimmungen zur Mühlbeschau gleichzeitig auch frühe Quellen zur staatlichen Lebensmittelüberwachung dar und waren damit ein obrigkeitliches Instrument zur Kontrolle und Durchsetzung der in den Mühlordnungen festgelegten Regelungen. Die Ausführung der Mühlbeschau lag im Zuständigkeitsbereich der Pfleggerichte. Dabei inspizierte eine Gruppe in regional differenzierter Ausformung – also Pfleger, Amtmänner, Gerichtsschreiber, Mühlgrafen, Wassergrafen, Handwerker u.ä. – einmal oder öfter im Jahr sämtliche Mahlmühlen des Pfleggerichts. Wurden Verstöße gegen die Artikel der Mühlordnungen festgestellt, drohten empfindliche Strafen. Die Beschauer hatten also insoweit richterliche Kompetenz, als sie kleinere Verstöße, vor allem technische und hygienische Mängel, sofort mit einer Geldbuße belegen konnten. Schwerwiegende Mängel mußten sie vor ein ordentliches Gericht bringen.

Für die Kosten der Mühlbeschau kamen die Müller gewöhnlich selbst auf³⁷. Mit Erlass der Landes – und Polizeiordnung 1616 sollte dann die Beschau „one allen deß Müllers entgelt und unkosten« durchgeführt werden³⁸. Doch diese Bestimmung zeigte nicht die gewünschte Wirkung, denn noch 1666 mußten z.B. die Müller im Pfleggericht Kelheim für die Beschau mit 24-30 hl selbst aufkommen. So kam es auch zum Widerstand gegen die Zahlung der Gebühr an den Mühlgrafen. Daraufhin forderte der Mühlgraf ein festes Gehalt von 8 fl im Jahr, andernfalls werde er sein Amt zur Verfügung stellen und da er sich tatsächlich weigerte, die Mühlbeschau durchzuführen, drohte die Beschau auszufallen. Nur durch die Zusage der kurfürstlichen Hofkammer, ihm sein Gehalt aus der Staatskasse zu bezahlen konnte der Mühlgraf dazu gebracht werden, die Beschau durchzuführen. Somit wurde zugleich die Bezahlung eines Deputats für die Müller des Pfleggerichts Kelheim abgeschafft³⁹.

³⁵ BayHStA GR Fasz. 856, Nr. 114.

³⁶ Landts – und Polizey Ordnung 1616 IV. Buch, 8. Titul, Art. 9.

³⁷ „Nota: In besichtigung der Mülwerckh sein die Millner bey welchen sollhe vorgenommen der Oberkait und denJenigen Personen so hierin Bemühet, die Azung zu bezahlen schuldig“ (um 1480), BayHStA Staatsverwaltung 1531, fol. 5.

³⁸ Landts – und Policy-Ordnung 1616 IV, Buch, 8. Titul, Art. 15.

³⁹ BayHStA GR Fasz. 1139/6, Bl. 15-24.

Eine solche Mühlbeschau kam der Staatskasse teuer zu stehen. 1691 kosteten die Überprüfungen im Rentamt München 341 fl, im Rentamt Straubing 281 fl, im Rentamt Burghausen 223 fl⁴⁰. Dabei stellte sich damals, wie auch nach dem heutigen Verständnis, die Frage nach der Rentabilität dieser Beschau. Zu diesem Zweck betrachten wir uns die Mühlbeschau des Jahres 1614 im Pfliegergericht Griesbach⁴¹: Das Beschauerkollegium bestand aus dem Pflieger, dem Gerichtsschreiber, zwei geschworenen Wassergrafen, dem Amtmann, zwei Knechten und einem Diener mit zwei Pferden. Die Beschau dauerte 10 Tage, für jedes der fünf Ämter des Pfliegergerichts benötigte man 2 Tage. Der Pflieger erhielt täglich 3 fl, der Gerichtsschreiber 1 fl, die Wassergrafen und der Amtmann je 24 hl. Die Gesamtkosten der Beschau beliefen sich auf 64 fl 36 hl. Bei der Beschau der insgesamt 40 Mühlen des Pfliegergerichts wurden insgesamt 14 Mühlen straffällig, das entspricht einem Prozentsatz von 35%. Die eingenommenen Strafen beliefen sich auf 35 Pfund Pfennige. Hinzu kam noch das von den straffällig gewordenen Müllern eingenommene Deputat für die Beschau, so dass insgesamt 65 fl eingenommen wurden. Es handelte sich hier also rein buchhalterisch gesehen um ein Nullsummenspiel. Doch darum geht es hier m.E. gar nicht; es geht hier vielmehr um ein staatliches Herrschaftsinstrument zur Überprüfung und Einhaltung der festgelegten gesetzlichen Bestimmungen und damit um eine frühe lebensmittelrechtliche Gesetzgebung. Dass diese Beschauen auch dringend notwendig waren, belegen z.B. die in der Herrschaft Hohenaschau durchgeführten Kontrollen. Betrachtet man sich die in der Mitte des 18. Jahrhunderts durchgeführten Mühlbeschauen, so stellt man fest, dass von den insgesamt 9 in der Herrschaft vorhandenen Mühlen durchschnittlich 6-7 Mühlen straffällig wurden, das entspricht einem Prozentsatz von etwa 75%, wobei Unsauberkeit in Form von Spinnweben noch die geringsten Mängel darstellten⁴². Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mühlbeschau ein fester Bestandteil des Mühlenrechts war und in die niedergerichtliche Kompetenz fiel. Sie wurde daher von jedem mit Hofmarksrecht begabten Grundherren gesondert durchgeführt. Die Beschau scheint auf altbayerischem Gebiet regelmäßig durchgeführt worden zu sein, meistens einmal im Jahr. Die Beanstandungen mussten in Geldstrafen abgegolten werden, die relativ hoch waren. Auffällig ist, dass bei einem Beschauetermin nicht selten über die Hälfte der Müller straffällig wurden. Genauere Ursachen dafür sind noch zu erforschen.

V. DAS MÜLLERHANDWERK

Ein Grund, warum Mühlen häufig mit Mängeln behaftet waren, könnte möglicherweise in der im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts zunehmenden Überbesetzung des Müllerhandwerks und damit im insgesamt rückläufigen Einkommensgefüge der Müller liegen. Einige statistische Daten aus dieser Zeit mögen dies verdeutlichen: Im Jahr 1771 kam auf dem Land auf 268 Personen ein Müllermeister. In den Märkten lag das Verhältnis bei

⁴⁰ BayHStA GR Fasz. 856/114.

⁴¹ BayHStA GR Fasz. 856/112.

⁴² StAM Herrschaft Hohenaschau A 1407.

390:1 und in den Städten bei 790:1. In den 4 bayerischen Rentämtern München, Landshut, Straubing und Burghausen gab es insgesamt 2946 Mühlen. Die Müller standen damit an der 6. Stelle in der Häufigkeit aller Gewerbe⁴³. Maßnahmen zur Überbesetzung des Handwerks setzten daher schon bei der Ausbildung der Lehrlinge an. Um ihre Zahl zu begrenzen, mußten sie eine ehrliche Geburt nachweisen können und ein hohes Lehrgeld bezahlen⁴⁴. Die andere Möglichkeit war, die Zahl der Meister zu beschränken, indem die Zulassung zur Meisterprüfung an verschiedene, schwer zu erfüllende Bedingungen geknüpft wurde. So mußte sich der Meisteranwärter in Wasserburg erst mit einer Meisterswitwe oder Meisterstochter verheiraten, oder eine Mühlgerechtigkeit erwerben⁴⁵. Auch die Prüfung selbst war mit erheblichen Kosten verbunden: Ein Meisterstück mußte abgeliefert, eine Prüfungsgebühr bezahlt werden; ferner mußte sich der Kandidat ins Handwerk einkaufen⁴⁶.

Wie bereits erwähnt, war Altbayern mit Mühlen offenbar reichlich versehen. Bis zum Jahr 1000 lassen sich allein in den Freisinger Traditionen 66 Mühlen belegen und bereits im Spätmittelalter kann von einer gewissen «Marktsättigung» ausgegangen werden⁴⁷. Möglicherweise rührt dies von der Konkurrenz der zahlreichen Grundherren untereinander her, von denen jeder Wert auf eine eigene Mühle legte. So lagen am 25 km langen Lauf der kleinen Paar 16 Mühlen. Die Schutter (bei Ingolstadt) hatte am Ende des Mittelalters auf 25 km Länge 22 Mühlen zu treiben⁴⁸. Das Bild ändert sich auch im Verlauf der nächsten Jahrhunderte nicht und lässt sich auch statistisch gut belegen: 1772 weist eine Mühlenzählung für das Rentamt München 954, für das Rentamt Landshut 740, für das Rentamt Straubing 625 und für das Rentamt Burghausen 627 Mühlen auf, also für das gesamte Herzogtum Bayern 2946 Mühlen⁴⁹.

Dass es sich tatsächlich um eine Überbesetzung des Handwerks handelte, beweist die Dachauer Mühlordnung von 1759: «15: solle im Landgericht, Marckt und denen hofmärcken, da dieselbigen mit Millmeistern versehen über die nach jetzt aufgerichter Ordnung verhandene anzahl ohne höchste Nothturfft, so zur obrigkeitlichen Ermessigung steht, keiner ferner zu stucken zugelassen werden ... so lang auß jezt verhandener anzahl ain Maister...versterben oder hinweck kommen wurden, alß dan ein anderer des Hand-

⁴³ Eckehard Schremmer, *Die Wirtschaft Bayerns*, München 1970, S. 390.

⁴⁴ StAM AR Fasz. 1143/46, Art. 24 (Mühlordnung Wasserburg; hier wird ein Lehrgeld von 40 fl verlangt).

⁴⁵ StAM AR Fasz. 1143/46, Art. 2.

⁴⁶ BayHStA Pflegericht Werdenfels 81 (Mühlordnung Mittenwald 1651, Art. 7); BayHStA Passauer Blechkastenarchiv 50, Fasz. 1 (Mühlordnung Passau 1618, Art. 14; StAAu Reichsstift Ottobeuren 174 (Mühlordnung Ottobeuren 1689, Art. 9).

⁴⁷ Vgl. hierzu die Liste der herzoglichen Mühlen an den Flüssen Laber, Glonn, Amper, Tegernbach usw. von ca. 1420. Hier wird die große Zahl der Mühlen plastisch deutlich; BayHStA Neuburger Kopialbücher 88, fol. 53-65. Vgl. auch: Wolfgang Kleinknecht, *Die Mühlen und ihr Einfluss auf die Amper*, in: Reinhard Jakob, *Die Amper. Geschichte eines Flusses* (Jexhof-Hefte 31), Schöngesing 2015, S. 57-81.

⁴⁸ Heider, *Mühlen*, S. 8-9; ein schönes Beispiel für die frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert bietet der Mühlbach in Nußdorf, der im 19. Jahrhundert auf 2 km Länge insgesamt 15 Werke zu treiben hatte. Michaela Firmkäs, *Nußdorfs Gewerbe am Mühlbach. Der Mühlweg. Ein Geschichtspfad in 18 Stationen*, Nußdorf a. Inn 2000, S. 28.

⁴⁹ BayHStA GR Fasz. 1139/3.

werck kündiger angenommen werden mußte, auf welch letzter fahl ainen solchen gleiche denen Meisters Söhnen vor anderen das Stucken vorbehalten und zuegelassen seyn soll»⁵⁰. Es war in Dachau also kaum noch möglich, zur Meisterprüfung zugelassen zu werden.

Als Fazit muß festgehalten werden, dass es sich bei dem Müllerhandwerk um ein überbesetztes Handwerk handelte, das einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt war.

VI. MÜHLE UND DORFGEMEINDE

Da Mühlen außerhalb des Dorfetters gelegen waren, gibt es nur wenige Nachrichten über wechselseitige Beziehungen. Sie stammen entweder aus Rechtsquellen oder aus ausgetragenen Konflikten zwischen Müllern untereinander. Dabei ist zu beachten, dass die Rechtsquellen nur die Norm wiedergeben, nicht die gelebte Wirklichkeit. Die Schilderungen in gerichtlichen Protokollen hingegen neigen eher zu Übertreibungen. So können Aussagen nur unter größtem Vorbehalt gemacht werden, zumal die Quellen aus mehreren Jahrhunderten zusammengetragen werden mußten.

Wie bereits erwähnt, lagen die Mühle außerhalb des Dorfetters und gehörten nicht zur Dorfmain. Sie waren damit auch vom gemeindlichen Frondienst befreit⁵¹. Aus diesem Grund finden sich auch in den sog. Ehaftrechten nur selten Bestimmungen zum Müllerhandwerk.

Hier spielt vor allem die Instandhaltung des Weges zur Mühle eine große Rolle; dies war überwiegend die Aufgabe der Müller⁵². War der Mühlweg nicht intakt, so konnte – zumindest bei einer Ehaftmühle – der Mahlzwang aufgehoben werden⁵³.

Viele Klagen traten bezüglich der Verarbeitung des auf «Muß» erhaltenen Getreides zu Brot auf, da die Müller dadurch mit den Bäckern in Konflikt gerieten, denen sie damit erhebliche Konkurrenz machten. Ein derartiger Fall ist beispielsweise aus dem Jahr 1563 für das Pfliggericht Tittmoning überliefert. Hier bot der Müller von Lanzing an Sonn – und Feiertagen sein Roggenbrot vor der Kirche von Palling zum Kauf an. Diese Praxis rief den Bäcker und den Wirt auf den Plan, die bisher das Verkaufsmonopol inne gehabt hatten. Allerdings hatten sie nicht mit der Reaktion der Gemeinde gerechnet. Diese unterstützte die bisherige Verkaufspraxis durch den Müller, da viele Gemeindemitglieder aus Armut es sich nicht leisten könnten, Getreide zu kaufen, dieses auf der Mühle mahlen und dann beim Bäcker zu Brot backen zu lassen. Außerdem seien die Brote des Müllers größer als die des Bäckers. Der Hofrat in Salzburg entschied dann 1564 tatsächlich zugunsten des Müllers⁵⁴. Prinzipiell kann gesagt werden, dass es den Müller in Altbayern erlaubt war, Roggenbrot herzustellen und an Sonn – und Feiertagen vor der Kirche zu

⁵⁰ BayHStA Staatsverwaltung 1531, fol. 30-30'.

⁵¹ Heider, Mühlen, S. 14.

⁵² BayHStA KL Neuburg-Benediktinerinnen 1, fol. 11'; Grimm, Weisthümer III, S. 627.

⁵³ Grimm, Weisthümer III, S. 627-628.

⁵⁴ StAM AR Fasz. 1039/90.

verkaufen. Nicht erlaubt war ihnen hingegen das Backen von Weißbrot und der Vertrieb der Brote durch Hausiererhandel.

Diese Konflikte leiten auch direkt über zur vielbehaupteten Unehrllichkeit der Müller⁵⁵. So schreibt selbst Wiguläus Kreittmayr in seinen Anmerkungen zum Codex Maximilianus Bavaricus Civilis, dass «das Müllerhandwerk ... überhaupt für ein verstohlenes Volk gehalten wird, und ist dem Sprichwort nach kein Müller ehrlich und redlich, der nicht Haar auf der Zung und in der Hand hat»⁵⁶. Beliebte Fragen zur Ehrlichkeit der Müller waren etwa folgende: „Was das best in der mühlen sey? Das die Sackh nit reden können. Warum man die miller nit, wie ander Dieb henge? Damit nit das ganze Handwerk untergehe“⁵⁷. Die Unehrllichkeit der Müller war fast so gravierend, wie die der Henker; dies hängt zum einen sicherlich damit zusammen, dass die Müller häufig beim Bau einer neuen Richtstätte den Galgen aufstellen oder die Galgenleiter liefern mußten⁵⁸. Ferner war es den Müllern in einigen Gegenden erlaubt, selbst über Mehldiebe zu richten⁵⁹. Zu dieser Bestrafung gehörte der Haargalgen, ein Galgen, an den man mit den Haaren gehängt wurde und sich nach einiger Zeit losschneiden konnte. Durch ein solches Recht der Selbstjustiz konnte der Müller in den Ruf der Unehrllichkeit kommen und hatten deshalb beim Galgenbau die mit den höchsten Tabus belasteten Teile aufzurichten. Zum anderen glaubte sowieso jeder, dass die Müller Betrüger wären, dass sie Mehlkästen mit doppelten Böden, auf das schlechte schwarze Mehl oben das schöne weiße Mehl füllten, zuviel Lohn verlangten, das Mehl mit Sägespänen versetzten usw.⁶⁰. Andere Vorwürfe galten der Verwendung von falschen Maßen, dem Abspenstigmachen von Mahlgästen, der Übervorteilung und der Gewinnsucht⁶¹.

Doch nicht nur Betrug soll in den einsam gelegenen Mühlen vorgekommen sein, sondern auch Raub, Mord, Spuk und vor allem Ausschweifungen. Die Mühle erscheint häufig als Ort des Lasters und des Ehebruchs, in den meist eine schöne Müllerin verwickelt ist. Müller und Müllerin erscheinen häufig in erotischen Schwanksituationen und Verführungsszenen⁶².

⁵⁵ „Nachdem auch in dem Mallwerch durch manigerley geuärllicheyt die jnwoner und arm leüt vnnsers Fürstennthombs vilfelligklich betrogen vnnd beschwärt werden...“ formuliert die Bayerische Landesordnung 1516/20 in IV, 57: Monika Ruth Franz, Die Landesordnung von 1516/1520. Landesherrliche Gesetzgebung im Herzogtum Bayern in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Bayerische Rechtsquellen 5), München 2003, S. 87.

⁵⁶ Wiguläus Kreittmayr, Anmerkungen zum Codex Maximilianus Bavaricus Civilis Teil 2, Kap. 8, §18, Ziff. 6.

⁵⁷ Claus-Peter Clasen, Die Augsburger Getreidemühlen 1500-1800 (Studien zur Geschichte des bayerischen Schwaben 27), Augsburg 2000, S. 247.

⁵⁸ Werner Danckert, Unehrlliche Leute. Die verfeimten Berufe, Bern-München 1963, S. 127.

⁵⁹ Bisher belegt in den Ostdeutschen Kolonistengebieten. Eugen Wohlhaupter, Haargalgen, Müllergalgen, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 63 (1943), S. 324-326.

⁶⁰ Zedler, Universallexikon, Bd. 22, Sp. 190-192; dort werden immerhin 34 Arten des den Müllern vorgeworfenen Betrugs aufgeführt.

⁶¹ Wilhelm Glauner, Die historische Entwicklung der Müllerei, München-Berlin 1939, S. 27-28.

⁶² Bachmann, Mühlenrecht, S. 742-744.

Die Unehrlichkeit der Müller läßt sich somit auf verschiedene Wurzeln zurückführen: 1) Die Selbstjustiz und ihre Verwendung beim Bau von Richtstätten, 2) Ihre angeblichen Betrügereien und 3) die abgelegene Lage der Mühlen, die die Phantasie der Menschen anregte. So erscheint die Mühle seit dem Mittelalter als heimlicher Ort, der erotische Abenteuer verspricht. Diese alte Symbolik wird beispielsweise noch heute in dem am Place Pigalle in Paris stehenden Vergnügungsort «Moulin Rouge» bewahrt.

VII. DAS ENDE DER MAHLMÜHLEN

Das Ende der herkömmlichen Mahlmühlen wurde aufgrund der technischen Innovationen aus den USA eingeleitet. Hier sind vor allem die bedeutenden Neuerungen des Thomas Ellikot zu nennen, der im Jahr 1785 eine der ersten „Kunstmühlen“ errichtete. Die wesentliche Neuerung war dabei, dass viele Handarbeiten, die der Müller bisher selbst erledigen mußte, nunmehr von Fördergeräten übernommen wurden und somit bei gleichbleibendem oder sogar sinkendem Personalbedarf eine Steigerung des Ertrages und der Mehlgüte erzielt werden konnte. Ermöglichte dies vor allem die Verwendung von eisernen Wellen und Zahnkränzen, die aufgrund des Materials wesentlich belastbarer waren, als das bisher verwendete Holz. Diese Materialien ermöglichten auch einen Tag – und Nachtbetrieb, günstigere Umsetzungsverhältnisse, damit schnellere Drehzahlen der Mahlsteine und demzufolge eine höhere Mahlleistung⁶³. Derartige Mühlen benötigten jedoch aufgrund der technischen Anforderungen ein eigenes Zweckgebäude, das mehrere Stockwerke besaß und bereits fabrikmäßigen Charakter hatte. Die Mühle als Architekturträger im großen Rahmen war damit geboren. Parallel dazu machten die Verbesserungen in der Maschinentechnik den kommerziellen Einsatz von Dampfmaschinen als Treibkräfte anstatt der Wasserräder rentabel. Die erste Mühle, die mit Dampfkraft betrieben wurde, wurde 1786 in London errichtet⁶⁴. Hinzu kam, dass die wohl besten Mühlsteine Europas, die in den Steinbrüchen von La ferte sous Jouarre und Bergerac im Departement Dordogne gebrochen wurden, weite Verbreitung fanden und so die Umsetzung der neuen technischen Errungenschaften erst möglich machten⁶⁵.

In den frühen Jahren des 19. Jahrhunderts begann sich auch die deutsche Mühlenbauerzunft für die Mahlmühle nach amerikanischem Vorbild zu interessieren. Preußen erkannte als erster Staat in Deutschland die Vorteile der modernen Kunstmühle⁶⁶. Durch die umfangreiche Aufklärungsarbeit der Regierung, die jegliche Modernisierungsbestrebungen der Müller unterstützte, gelang es, 1822 die erste Kunstmühle auf deutschem Boden, in Berlin, zu errichten. Ferner ermöglichte ein umfangreicher Technologietransfer von den Vereinigten Staaten und England nach Deutschland sowie staatlich geförderte Studienaufenthalte von Ingenieuren in Amerika und die Publizierung des erworbe-

⁶³ Krünitz, Encyclopädie, Bd. 95, Berlin 1804, S. 439.

⁶⁴ Krünitz, Encyclopädie, Bd. 96, Berlin 1804, S. 14-16.

⁶⁵ Carl Friedrich Ganzel, Über die Einrichtung der amerikanischen Mühlen und die Verfahrungsart bey der Mehlgereitheit in denselben, München, 1837, Sp. 7.

⁶⁶ Ganzel, Amerikanischen Mühlen, Sp. 5.

nen Wissens eine rasche Verbreitung der Kunstmühle⁶⁷. Besonderes Interesse an der Verbreitung der neuen Technologie herrschte im Königreich Bayern, denn Bayern selbst bezeichnete sich als eines der getreidereichsten Länder Europas⁶⁸. Der Getreidehandel war daher für das nur schwach industrialisierte Land von besonderer Bedeutung und da nunmehr durch das amerikanische Mahlverfahren Mehl wesentlich haltbarer war, kam zum Getreide – auch der Mehlhandel als neues wirtschaftliches Standbein des Landes hinzu. Ein technologischer Rückstand in der Mühlentechnik wäre für das Königreich Bayern deshalb kaum zu kompensieren gewesen⁶⁹. Um Marktanteile im Getreidehandel zu halten und um sich auf dem neuen exportorientierten Mehlhandel Anteile zu sichern, schrieb die königlich bayerische Regierung 1828 einen Staatspreis in Höhe von 3000 Gulden aus und zwar für den Bau einer dreigängigen Mühle innerhalb von 2 Jahren. Den Preis erhielt der einzige Bewerber, der mittelfränkische Mühlenbauer Johann Wilhelm Späth, der in Nürnberg-Dutzendteich eine 4-gängige überschlächtige Mühle errichtet hatte⁷⁰. Allerdings erlosch schon wenig später das Interesse der Regierung an der neuen Mühlentechnik, zumal auch innerhalb Bayerns vor allem die hohen Investitionskosten in die neue Mühlentechnik für eine sehr geringe Verbreitung sorgten. Das Jahr 1837 leitete jedoch einen zweiten großen Anlauf der königlichen Regierung Bayerns in die Modernisierung der Mühlentechnik ein. In diesem Jahr wurde ein Müllermeister als Beauftragter des bayerischen Müllervereins nach Württemberg entsandt, um die dortigen Kunstmühlen zu besichtigen. Da die Ergebnisse auch öffentlich bekannt gemacht wurden, waren den Müllern schon bald die negativen Auswirkungen der Kunstmühle bekannt, denn aufgrund der veralteten Technik und der damit verbundenen sechsfachen Mehrleistung der Kunstmühlen drohte den Müllern, die sich nicht dem Fortschritt anpassten, der wirtschaftliche Ruin. In Hinsicht auf die enormen Investitionskosten entwickelte sich in Bayern ein Alternativmodell, die Aktienmühle. Da ein Müller allein kaum das notwendige Kapital für eine Kunstmühle aufbringen konnte, wurde erwogen, daß Müllervereinigungen aufgrund des gemeinsamen höheren Kapitals, diese Mühlen erstellen sollten. Die Modernisierung der Mahltechnik und der Mahlleistung bedingte jedoch auch eine Erhöhung des Kraftbedarfs. Ein überschlächtiges Wassererad hat in etwa einen Wirkungsgrad von 75-80%, Deshalb boten Turbinen, die einen Wirkungsgrad von 80-90% hatten, eine willkommene Verbesserung der Antriebsleistung. Mitte des 19. Jahrhunderts war die Technik der Turbinen bereits derart ausgereift, dass Leistungen erreicht werden konnten, die die selbst von großen Dampfmaschinen übertrafen. Dabei kamen, wie heute auch noch, unterschiedliche Turbinenarten, je nach Gefälle

⁶⁷ Bedal, Mühlen in Franken, S. 80.

⁶⁸ Alois Schlögl, Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land – und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München 1954, S. 623-636; 150 Jahre Kraemer'sche Kunstmühle. Geschichte eines Familienunternehmens, München 2014, S. 25, 28.

⁶⁹ Kunst – und Gewerbeblatt des Polytechnischen Vereins für das Königreich Bayern 15 (1837), Sp. 30.

⁷⁰ Pascal Metzger, Maschinenfabrik, Eisengießerei und Brückenbauanstalt Joh. Wilh. Spaeth (1821-1969) (Nürnberger Werkstücke zur Stadt – und Landesgeschichte 69), Nürnberg 2011, S. 34-35; Pascal Metzger, «Spaeth, Johann Wilhelm» in: Neue Deutsche Biographie 24 (2010), S. 612-613 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/ppn137476035.html> <Aufruf am 10.9.2015>.

der Flüsse, zum Einsatz. Bei langsam fließenden Gewässern fand vor allem die Francis-Turbine mit stehender Welle weite Verbreitung⁷¹. Waren diese Turbinen zu Beginn noch in hölzerne Wasserkammern eingebaut, so bürgerte sich ab 1900 die Betonbauweise ein.

Parallel zu den frühen deutschen Kunstmühlen entstanden die sog. Privatwalzenmühlen, die statt der Steinmahlgänge eiserne Walzen zur Vermahlung des Getreides verwendeten. Diese nicht mehr so neue Technik, die schon seit Jahrhunderten in den Handmühlen Verwendung fand, ermöglichte in der Form von Walzenstühlen die eigentliche Umwandlung der Mühlen in einen Industriebetrieb, denn die Walzenstühle ließen bisher unbekannte Vermahlungskapazitäten zu. Die größte Mühle dieser Art in Deutschland war die Kunstmühle Vogt in Kassel, die 1875 in 24 Stunden 70 Tonnen Weizen und 24 Tonnen Roggen vermahlen konnte. Demgegenüber mahlten die alten deutschen Landmühlen nur 100 Kilo Getreide am Tag. Den Beginn dieser Entwicklung hatte die Errichtung einer Mühle mit Walzenstühlen im Jahr 1837 in München, der Tivoli-Kunstmühle (ehemals „Neumühle“), markiert⁷². Ab dem Jahr 1873 baute man auch Walzenstühle mit parallel liegenden Porzellanwalzen, die in einer Ebene angeordnet waren⁷³. An diesem Prinzip änderte sich im Grundsatz außer einigen technischen Feinheiten im Lauf der Zeit recht wenig. Der sich an den Mahlprozess anschließende Arbeitsverlauf in der Mühle war die Sichtung der verschiedenen Mahlprodukte. Sichtung bedeutet, dass die von den Mahlsteinen oder Walzenstühlen zermahlten Bestandteile des Getreides mit sogenannten Sichtmaschinen der Größe nach sortiert werden. Die früheste Entwicklung auf diesem Gebiet war der Beutelkasten, wo durch Rüttelbewegung eines Woll – oder Seidenbeutels Mehl abgesichtet wurde. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte sich für diesen Zweck der Haggenmacher'sche Plansichter durch. Dabei wird der Sichter, bestehend aus mehreren übereinander angeordneten Kästen mit unterschiedlicher Bespannung in eine kreisende Bewegung versetzt und das Mahlgut sortiert⁷⁴. An dem technischen Prinzip hat sich bis heute nichts geändert.

Im 20. Jahrhundert traten Müller häufig auch als kleine Elektrizitätsunternehmer auf. Der erste elektrische Strom, der auch im Dorf elektrisches Licht ermöglichte, kam häufig aus der Mühle, denn technisch war es kein Problem, mit dem Wasserrad oder der Turbine auch noch einen Dynamo zur Stromerzeugung anzutreiben⁷⁵. Solange es nur galt, Glühlampen zum Aufleuchten zu bringen, konnte manche Mühle mehrere Haushalte mit Strom versorgen. Erst der vermehrte Bedarf an Strom vor allem für Kraft (z.B. Elektro-

⁷¹ Hans-Dirk Joosten, Die technische Einrichtung der Unterlandtaler Mühle im 20. Jahrhundert, in: Freundschaftsblätter 39 (2000), S. 106-119, hier S.108; auch archivalisch lassen sich die Francis- und Kaplan-turbinen in den Mühlen nachweisen: StAM LRA 144944, 144945, 144965.

⁷² Werner Widmann, Ein Stück Schönheit liegt über dem Eisbach. Das Tivoli-Kraftwerk im Englischen Garten, München 1986, S. 39-40.

⁷³ Schlögl, Agrargeschichte, S. 655. Es handelt sich dabei um eine Erfindung des Schweizer Friedrich Wegmann, der diese zuerst auf der Weltausstellung in Wien 1873 präsentierte.

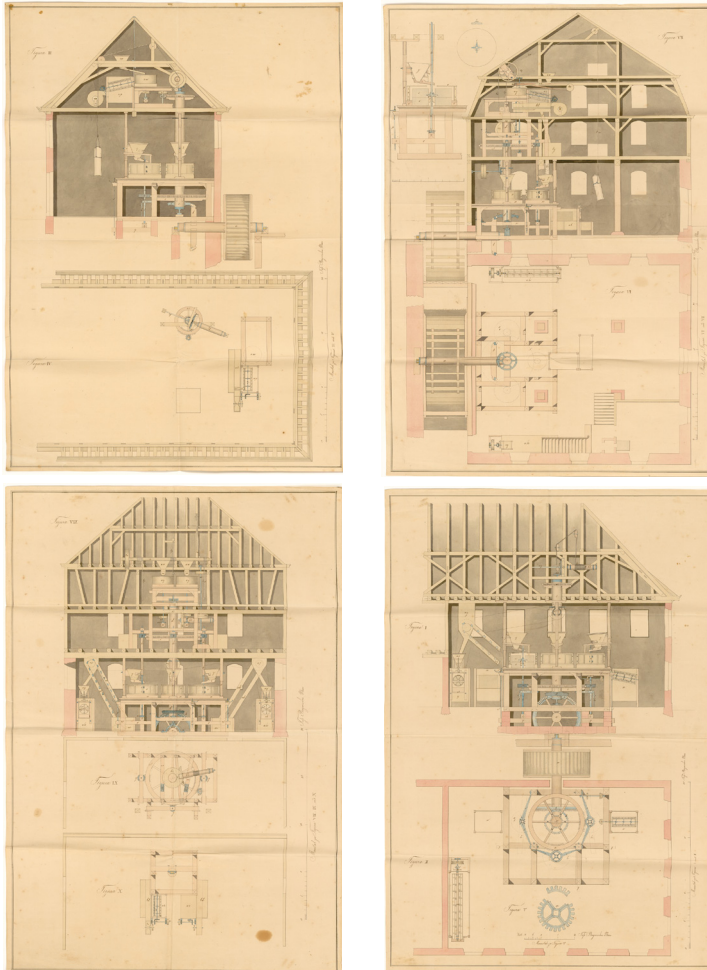
⁷⁴ Otto Lueger, Lexikon der gesamten Technik und ihrer Hilfswissenschaften, Bd. 7 Stuttgart, Leipzig 1909, S. 145-147.

⁷⁵ StAM LRA 165192, 165195, 165204, 165217, 165219, 165246, 165245 (alles für den Landkreis Tölz); LRA 6590, 6591, 6604, 41571-41574 (Lkr. Weilheim); LRA 144944, 144945, 144956, 144957, 144967, 144979 (Lkr. Wolfratshausen); die Nachweise ließen sich noch stark erweitern.

motoren) in der Landwirtschaft in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts, oft erst nach dem 2. Weltkrieg überstieg die Leistung dieser regenerativen Energiequelle. Die Mühle als Elektrizitätswerk blieb daher nur eine kurze Episode. Doch für den Eigenbedarf oder auch als Abgabe an das Elektrizitätswerk behalten noch manche Mühlen ihre Stromerzeugung und ihr Wasserrecht bei und erleben derzeit im Zuge der Einführung regenerativer Energien ein Revival. Ein Beispiel für eine derartige ländliche Mühle mit Mahlgang und Stromerzeugung ist die Fischbachmühle aus Wackersberg, heute im Freilichtmuseum Glentleiten oder die Furthmühle aus Rudelzhausen (Lkr. Freising) im Freilichtmuseum Amerang.

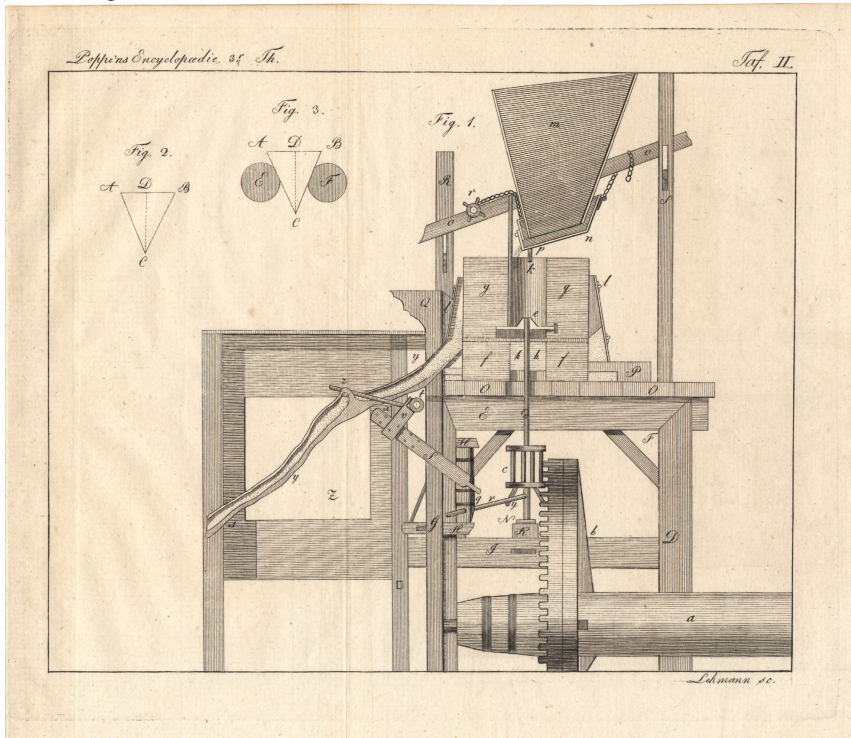
VIII. ILLUSTRATIONEN

Abbildung 1:



Pläne zu Späths Kunstmühle 1829 (s. Beschreibung im Text); BayHStA MInn 13701

Abbildung 2:



Technischer Grundaufbau einer Mahlmühle, aus: Johann Heinrich Moritz Poppe, *Encyclopädie des gesamten Maschinenwesens oder vollständiger Unterricht in der praktischen Mechanik und Maschinenlehre*, Leipzig 1806, Bd. 3

Ein Kloster am Fluss: Benediktbeuern und die Loisach in der Frühen Neuzeit

Britta Kägler

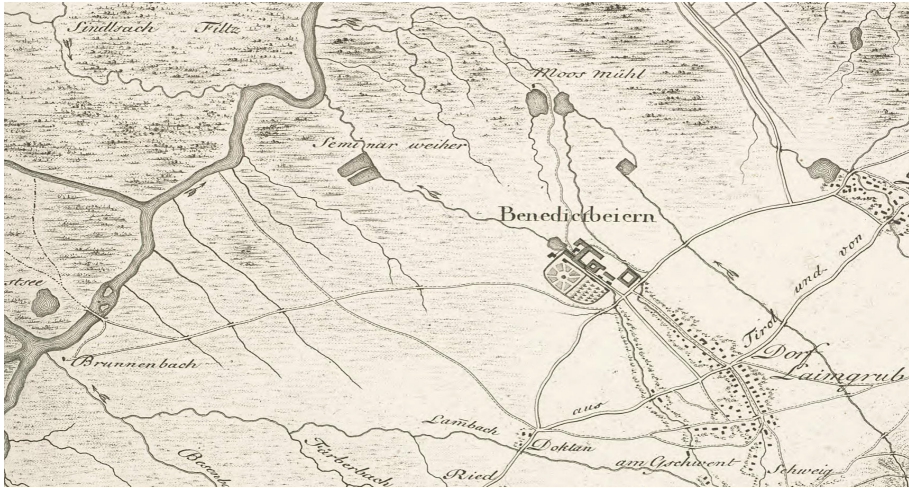


Abb. 1: Verlauf der Loisach, gestochen von Carl Schleich, Maßstab ca. 1:28 800. [Doppelblatt 11]. Aus: Adrian von Riedl, Strom-Atlas von Baiern, erschienen 1806-1808 München, 2 Mapp. 152 qea (Kupferstich, Originalgröße 69 x 44 cm).

I. EINFÜHRUNG: HOLZ UND FISCH FÜR DAS KLOSTER

Adrian von Riedls unvollendeter Strom-Atlas von Baiern¹ umfasst die Loisach, die Isar, den Inn, die Amper und die Donau mit all ihren Brücken und nahegelegenen Monumenten an den Flussläufen, hinzu kommen mehrere Seen, darunter der Kochelsee. Lediglich die Loisach wird in Riedls Atlaswerk allerdings in ihrer gesamten Länge auf bayerischem Gebiet bis zur Mündung in die Isar bei Wolfratshausen erfasst. Der Ausschnitt des Kupferstichs von Carl Schleich² zeigt die Umgebung des Klosters Benediktbeuern zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Es ist eingebettet in ein Netz aus Bächen, von denen die Sindelsach, der Lambach, der Färber- und der Brunnenbach jeweils mit Namen versehen sind. Westlich vom Klosterkomplex liegen die Seminarweiher, nördlich des Klo-

¹ Adrian von Riedl, Loisach-Fluss, Blatt II (Sectio 3 und 4). Gestochen von Carl Schleich jun. [Ca. 1:28 800]. [Doppelblatt 11] in: Riedl, Adrian von: Strom-Atlas von Baiern. München, Lentnerische Buchhandlung. In 3 Lieferungen (unvollendet) erschienen 1806-1808. 2 Mapp. 152 qea (Kupferstich, Originalgröße 69 x 44 cm); R. Finsterwalder in: 400 Jahre Mercator, 400 Jahre Atlas, 1995.

² Gestochen von Carl Schleich jun. [Ca. 1:28 800]. [Doppelblatt 11].

sters sind mehrere Mühleiche verzeichnet,³ unweit von denen der Flusslauf der Loisach zu erkennen ist. Anhand dieses Kartenausschnitts werden auf einen Blick verschiedene Aspekte des Lebens am Fluss offenkundig: Flüsse boten nicht nur Trinkwasser, sondern mit dem Fischfang und der Fischzucht in nahegelegenen Teichen auch Nahrung und Arbeit. Aus Wasserkraft ließ sich Energie gewinnen. Zugleich waren die schiff- und flößbaren Flussläufe Handelsstraßen und – da sich die Loisach zum Beispiel ganzjährig befahren ließ – im Voralpenland oft sogar die verlässlicheren Verkehrswege als die zur Verfügung stehenden Straßen. Studien aus dem Bereich der historischen Geographie haben sich bereits seit längerem mit den Alpen und dem Voralpenland als Verkehrsraum beschäftigt.⁴ Hierbei spielten die Flussläufe gegenüber Straßen, Pässen und Wegen zwar oft nur eine untergeordnete Rolle, aber auch die Wasserwege rückten in den vergangenen Jahren zunehmend in den Blick.⁵ Zu nennen sind hier beispielsweise die Arbeiten der Geographen Stefan Brönnimann und Dietrich Denecke sowie des Historikers Sascha Bütow.⁶ Geschichtswissenschaftliche Studien konzentrierten sich zunächst tatsächlich auf politische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte von Verkehrsräumen, bevor Wasserwege auch zunehmend im Kontext von umweltgeschichtlichen Fragestellungen in den Blick genommen wurden.⁷ Eine wichtige Rolle spielen dabei jeweils Zoll-, Maut-

³ Mühleiche sind auch bei den Ötschmann-Plänen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erfasst: Ansicht der oberflächigen Mühlräder einer Mühle des Klosters Benediktbeuern mit Wasserzuleitungssystem Maßstab: 31,3 cm = 60 Einheiten. Bayerisches Hauptstaatsarchiv (im Folgenden: BayHStA): Plansammlung 3102 / 18. [Querverweise: PLS 3102/0 bis 3102/103].

⁴ Vgl. Jean-François Bergier, *Le trafic à travers les Alpes et les liaisons transalpines du Haut Moyen Age au XVII siècle*, in: Ders. (Hrsg.), *Economia e transiti*, Bari 1975 (Alpi e l'Europa, Bd. 3), S. 1-72.

⁵ Stefan Brönnimann, *Zum Wassertransport in den Alpen während der frühen Neuzeit*, in: *Geographica Helvetica*. Schweizerische Zeitschrift für Geographie 52 (1997), S. 124-128, hier S. 124.

⁶ Stefan Brönnimann, *Wassertransport in den Alpen*; Ders., *Die schiff- und flößbaren Gewässer in den Alpen von 1500 bis 1800. Versuch eines Inventars*, in: *Der Geschichtsfreund* 150 (1997), S. 119-178; Martin Eckoldt / Hans-Georg Braun (Hrsg.), *Flüsse und Kanäle. Die Geschichte der deutschen Wasserstraßen. Die Entwicklung der Wasserwege unter dem Einfluß von Recht, Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wasserbau und Schifffahrt*, Hamburg 1998; Dietrich Denecke, *Wege der Historischen Geographie und Kulturlandforschung. Ausgewählte Beiträge zum 70. Geburtstag von Dietrich Denecke* hrsg. von Klaus Fehn und Anngret Simms, Stuttgart 2005; Sascha Bütow, *Straßen im Fluss. Schifffahrt, Flusssnutzung und der lange Wandel der Verkehrsinfrastruktur in der Mark Brandenburg und der Niederlausitz vom 13. bis zum 16. Jahrhundert*, Berlin 2015; Uwe Schirmer, *Der Warenverkehr auf der Elbe zwischen Pirna und Wittenberg (1444–1545)*, in: Peter Rauscher / Andrea Serles (Hrsg.), *Wiegen – Zählen – Registrieren. Handelsgeschichtliche Massenquellen und die Erforschung mitteleuropäischer Märkte (13.–18. Jahrhundert)*, Innsbruck u.a. 2015 (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, Bd. 25), S. 197-215; Erich Landsteiner, *Der Güterverkehr auf der österreichischen Donau (1560–1630)*, in: Peter Rauscher / Andrea Serles (Hrsg.), *Wiegen – Zählen – Registrieren. Handelsgeschichtliche Massenquellen und die Erforschung mitteleuropäischer Märkte (13.–18. Jahrhundert)*, Innsbruck u.a. 2015 (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, Bd. 25), S. 217-254; Peter Rauscher, *Die Aschacher Mautprotokolle als Quelle des Donauhandels (17./18. Jahrhundert)*, in: Ders. / Andrea Serles (Hrsg.), *Wiegen – Zählen – Registrieren. Handelsgeschichtliche Massenquellen und die Erforschung mitteleuropäischer Märkte (13.–18. Jahrhundert)*, Innsbruck u.a. 2015 (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, Bd. 25), S. 255-306; Attila Tózsá-Rigó, *Handelskonjunkturen im Zeitalter der Krise*, in: Peter Rauscher / Andrea Serles (Hrsg.), *Wiegen – Zählen – Registrieren. Handelsgeschichtliche Massenquellen und die Erforschung mitteleuropäischer Märkte (13.–18. Jahrhundert)*, Innsbruck u.a. 2015 (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, Bd. 25), S. 307-329.

⁷ Birte Förster / Martin Bauch, *Einführung: Wasserinfrastrukturen und Macht. Politisch-soziale Dimen-*

und Rechnungsüberlieferungen sowie normative Quellen, die Einblicke in Vorschriften, Lohnverhältnisse, Ordnungen, regelwidriges Verhalten und Rechtsstreitigkeiten geben (z.B. Zunftordnungen, Gewerbebeschränkungen, Vorrechte Münchener Flößer, Nutzungskonflikte). Darüber hinaus spielten der Warenverkehr und serielle Quellenbestände wie Zollregister u.a. eine große Rolle. Besonders umfangreiche Studien liegen zur Schifffahrt auf der Donau und zur Schifffahrt und Flößerei auf ihren Zuflüssen vor.⁸ Als Grund für die große Bedeutung des Warentransports werden dabei stets die florierenden Eisenwerke und Salinen oder die auflebende Wirtschaft von Städten wie Augsburg und München angegeben. Das damit einhergehende Bevölkerungswachstum förderte zudem die Bauwirtschaft und den Bedarf an Holz. Hinzu kommt für das ausgehende 17. und beginnende 18. Jahrhundert auch der „barocke Bauboom“⁹ im Alpenvorland mit seinem entsprechend hohen Bedarf an Holz, aber auch an Gips,¹⁰ Kalk, Kreide,¹¹ Sandstein und Marmor.¹² Dieses Baumaterial konnte nicht nur entlang der Loisach gewonnen,

sionen technischer Systeme, in: Dies. (Hrsg.), *Wasserinfrastrukturen und Macht. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Berlin u.a. 2015 (HZ Beiheft 63), S. 9-21; Jens Ivo Engels / Gerrit Jasper Schenk, *Infrastrukturen der Macht – Macht der Infrastrukturen. Überlegungen zu einem Forschungsfeld*, in: Birte Förster / Martin Bauch (Hrsg.), *Wasserinfrastrukturen und Macht. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Berlin u.a. 2015 (HZ Beiheft 63), S. 22-58; Wiebke Bebermeier / Anna-Sarah Hennig / Mathias Mutz, *Einleitung: Wasser in umweltgeschichtlicher Perspektive*, in: Dies. (Hrsg.), *Vom Wasser. Umweltgeschichtliche Perspektiven auf Konflikte, Risiken und Nutzungsformen*, Siegburg 2008 (Schriften der DWhG, Sonderbd. 4), S. 1-16; Verena Winiwarter / Martin Knoll, *Umweltgeschichte. Eine Einführung*, Köln u.a. 2007. Neue Ergebnisse verspricht insbesondere die Dissertation von Martin Kessler, die 2020 an der LMU München eingereicht wird: Martin Kessler, *Arbeit am Fluss in der Vormoderne: Fluss- und Brückenbau an Donau und Lech im 16. und 17. Jahrhundert in Bayern* (Betreuer: Prof. Dr. Ferdinand Kramer).

⁸ Brönnimann identifiziert die Flüsse Inn, Salzach, Traun und Enns als die wichtigsten schiffbaren Flüsse, als die wichtigsten flößbaren den Lech und die Isar. Stefan Brönnimann, *Wassertransport in den Alpen*, S. 126. Vgl. aber auch Hans-Heinrich Vangerow, *Handel und Wandel auf der Donau von Ulm bis Wien. Der Markt Aschach in Oberösterreich 1583 bis 1651*, in: *Jahrbuch der Oberösterreichischen Gesellschaft für Landeskunde und Denkmalpflege* 159 (2013), S. 235-276; Ders., *Handel und Wandel auf der Donau von Ulm bis Wien in den Jahren 1583 bis 1651*, in: *Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte, Kunst und Kultur* 57 (2011), S. 115-168. Darüber hinaus die grundlegenden Arbeiten von Ernst Neweklowsky, von denen hier nur die folgende angeführt werden soll: Ernst Neweklowsky, *Die Schifffahrt und Flößerei im Raume der oberen Donau, Linz 1952-1964* (Schriftenreihe des Institutes für Landeskunde in Oberösterreich, Bd. 1-3).

⁹ Vgl. Peter Hersche, *Muße und Verschwendung. Europäische Gesellschaft und Kultur im Barockzeitalter*, 2 Bde., Freiburg i.Br. 2006.

¹⁰ In der Nähe von Partenkirchen gab es mehrere Gipsbrüche. Da die Loisach ab Garmisch flößbar war, ließen sich der Gips dann direkt auf dem Wasserweg abtransportieren. Vgl. Wolf, *Flößerei und Trift*, S. 81.

¹¹ Kreide wurde vor allem bei Kaltenbrunn und Garmisch abgebaut und dann direkt in Richtung Norden geflößt. Vgl. Wolf, *Flößerei und Trift*, S. 81.

¹² Maximilian Loy bringt im Zusammenhang mit dem gestiegenen Nutzungsdruck auf geschlagenes, flößbares Holz nicht die Nachfrage nach Bauholz, sondern auch den im Zuge des barocken Baubooms exponentiell ansteigenden Heizbedarf in Verbindung. Vgl. Maximilian Loy, *Politisch-historische Analyse des Ressourcenmanagements im Benediktbeurer Klosterland von 1648–1803. Nachhaltige Entwicklung im Wandel der Zeit* [Elektronische Ressource], München 2009, S. 260. Bereits für das 14. Jahrhundert belegen Münchener Stadtkammerrechnungen, dass Wein, Kalk, Öl und als „Truckengut“ in Ballenform sowie Flüssigkeiten in Fässern geflößt wurden. In erster Linie wurde aber auch im hohen Mittelalter Holz geflößt: Wolf führt den Bedarf an Bauholz ebenso an wie den für Brennholz, um die Wohn- und Geschäftshäuser zu heizen; hinzu kam Holz als Werkstoff für städtische Zimmerer, Schreiner, Kistler, Schäffler und Wagner sowie als Brennholz für die Befuerung der Brennstellen von Bäckern, Schmiede-

sondern durch die Flößerei auf Loisach und Isar auch abtransportiert werden.¹³ Folglich wurden die Holzressourcen im Einzugsgebiet des Pfaffen- und Isarwinkels besonders gut erschlossen, was sich wiederum auf die Holznutzung und Holzbewirtschaftung in Benediktbeurer Klosterwäldern auswirkte. Maximilian Loy gelang es in seiner jüngst veröffentlichten forstwissenschaftlichen Dissertation „Politisch-historische Analyse des Ressourcenmanagements im Benediktbeurer Klosterland von 1648–1803“ nachzuweisen, dass in den Klosterwäldern Holz, das man für hiebsreif hielt, zunächst fast planlos und verschwenderisch geschlagen wurde.¹⁴ Handwerker suchten sich gezielt die Hölzer, die sie als spezifischen Werkstoff benötigten, Flößer hatten vor allem Interesse an Nadelhölzern, insbesondere an astlosen Fichten.¹⁵ Die guten Transportbedingungen durch die nahegelegene Loisach führten deswegen bald zur Gefahr einer Herabwirtschaftung der Klösterwälder: Zwar wurden wirklich nur Fichtenstämme unverhältnismäßig viel „ans Wasser geschlagen“, so dass sich die weitgehend verschonten Baumarten wie Tanne, Buche und die sogenannten Edellaubhölzer nach ökologischen Kriterien und Nachhaltigkeitsaspekten in den Klosterwäldern positiv hätten auswirken können.¹⁶ Dadurch, dass aber zahlreiche kranke und schlecht geformte Bäume im Bestand der natürlichen Regeneration überlassen blieben, müssen solche positiven Auswirkungen wieder relativiert werden.¹⁷ Dass der Forstwirtschaft im Kloster Benediktbeuern besondere Bedeutung beigemessen wurde,¹⁸ zeigt sich im Bestreben, den Bestand der klostereigenen Wälder zu erfassen. Die Plansammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs enthält zahlreiche Karten, die den Klosterbesitz Benediktbeuerns verzeichnen und dabei stets die Grenzen der

den oder Brauern. Im Gegensatz zur Frühen Neuzeit nennt Wolf aber auch den enormen Bedarf an hölzernen Schindeln, die fürs Dachdecken benötigt wurden. Die Schindeln wurden vor allem im Isarwinkel und im Werdenfeler Land gefertigt und zum Verkauf in die Residenzstadt geflößt. Aufgrund der großen Gefahr von Stadtbränden, ließ bereits Ludwig der Bayer ab 1342 bei Neubauten nur noch gebrannte Ziegel verwenden. Für den Betrieb der Ziegeleien war allerdings wieder so viel Holz als Brennstoff von Nöten, dass die Flößerei keinen Einbruch verzeichnete. Vgl. Wolf, Flößerei und Trift, S. 66.

¹³ Ebd.

¹⁴ Loy, Ressourcenmanagement im Benediktbeurer Klosterland, S. 105.

¹⁵ Loy, Ressourcenmanagement im Benediktbeurer Klosterland, S. 105, 259 f.

¹⁶ Loy betont, dass Baumarten wie Buchen, aber auch die Edel- oder Buntlaubhölzer wie Ahorn, Esche, Ulme oder Linden die Naturverjüngungsverhältnisse im Hinblick auf die ökologische Stabilität der Bestände tendenziell positiv beeinflussten. Loy, Ressourcenmanagement im Benediktbeurer Klosterland, S. 227 f.

¹⁷ Auch Gipfel- und Astholz oder solches Holz aus Beständen, in denen sich die Abfuhr aufwändig gestaltete, blieb weitgehend ungenutzt. Vgl. Loy, Ressourcenmanagement im Benediktbeurer Klosterland, S. 105. Hier wird in der Studie aus dem Jahr 2009 allerdings der „Hochwald“ zum Ideal erklärt, was dem Duktus moderner Forstwirtschaft entspricht, allerdings zeitgenössischer Waldbewirtschaftung nicht gerecht wird.

¹⁸ Das Urteil einer weit entwickelten und nachhaltigen Forstwirtschaft basiert auf den Studien von Hemmerle und Stutzer: Josef Hemmerle, Die Benediktinerabtei Benediktbeuern. Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz / Bistum Augsburg. Historisch-statistische Beschreibung der Kirche des Alten Reiches, Bd. 1 (Germania sacra / Neue Folge 28), Berlin u.a. 1991; Dietmar Stutzer, Klöster als Arbeitgeber um 1800. Die bayerischen Klöster als Unternehmenseinheiten und ihre Sozialsysteme zur Zeit der Säkularisation 1800) (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 28), Göttingen 1986.

Klosterforsten wiedergeben. Auch die Ötschmann-Pläne,¹⁹ die seit kurzem feinverzeichnet vorliegen, können einen Eindruck davon geben, wie viele Gebäude im Klosterbesitz in der Hochphase des Baubooms zu Beginn des 18. Jahrhunderts neu gebaut oder erhalten werden mussten. Indirekt lässt sich anhand der überlieferten Karten ableiten, wie sehr sich das Kloster inzwischen um eine planvolle Forstwirtschaft und die genaue Kontrolle der Wälder und ihrer Nutzungsrechte bemühte.²⁰ Die bis ins 18. Jahrhundert steigende Nachfrage nach Holz als Rohstoff führte zu einem Absatzaufschwung. Klosterholzordnungen geben darüber hinaus Auskunft über Nutzungsregelungen, die den massiven Holzeinschlag kontrollieren sollten. Eine Holzordnung aus dem Jahr 1700 verbot für die meisten der ortsnahen Gemeinschaftswälder den Holzeinschlag für den Verkauf.²¹ Dass zahlreiche Klosterbauern sich offensichtlich nicht an diese Vorgaben hielten, sondern weiterhin rücksichtslos möglichst viel bringungsgünstiges, d.h. leicht aus dem Wald zum Fluss zu bringendes flößbares Holz schlugen und zur Flößerei verkauften, steht auf einem anderen Blatt. Die Versuche des Klosters scheiterten, die Holznutzung in geregelte Bahnen zu lenken.²²

Das Holz und das dringend benötigte Baumaterial wurde aber nicht nur aus dem Alpenvorland nach Norden transportiert. Die Loisach²³ spielte aber auch für die Versorgung von Baustellen in ihrer direkten Umgebung eine Rolle. So wurden beispielsweise Baumaterialien für die barocke Umgestaltung des Klosters Benediktbeuern über die Isar und die Loisach transportiert. Die umfangreichen Erweiterungspläne, die mehr als zehn Jahre Bauzeit in Anspruch nahmen, ließ Abt Amand Thomamüller im Jahr 1669 beginnen.²⁴ Zugleich begann im ausgehenden 17. Jahrhundert und bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts im sogenannten Pfaffenwinkel die Barockisierung einer Vielzahl weiterer Kirchen und Klöster, so dass sich das Wasserwegenetz als Transportverbund etablierte.

Im Folgenden soll es um das Kloster Benediktbeuern und seine Nähe zur Loisach gehen. Inhaltliche Schwerpunkte werden dabei insbesondere auf die Loisach als Transportweg eingehen. Außerdem soll die Fischerei in der Loisach, in benachbarten Bächen und

¹⁹ Es handelt sich um 103 federgezeichnete Pläne von Michael Ötschmann, die das Kloster Benediktbeuern samt Wirtschaftsgebäuden, Gärten, Wäldern, die klösterlichen Pflegehäuser in München und Wolfratshausen sowie klösterlichen Besitzungen in Brunnenbach, Schwaigwall, Sindelsdorf und Strassberg sowie in Terlan in Südtirol darstellen. Die Karten wurden im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts erstellt; 1700 bis 1739.

²⁰ Loy vollzieht nach, dass die so genannten „Bann- oder Herrenhölzer“ für die Holznutzung der Klosterökonomie reserviert blieben, während die auf den Klostergütern wirtschaftenden Bauern „ihr Holz aus den so genannten „Gemein- oder Freibergen“ [bezogen]. Sie wurden den einzelnen Ortschaften gemeinschaftlich für die so genannte „Hausnotdurft“ der einzelnen Anwesen zugewiesen. ... Mit der „Hauszahl“ wurde jedoch die Menge an Stämmen, die pro Jahr genutzt werden durften, für jedes Anwesen begrenzt.“ Loy, Ressourcenmanagement im Benediktbeurer Klosterland, S. 259.

²¹ Loy, Ressourcenmanagement im Benediktbeurer Klosterland, S. 260.

²² Ebd.

²³ Die Loisach konnte jedoch nicht mit der Isar mithalten, wenn die Bedeutung für die Flößerei und die Menge an transportierten Gütern zugrunde gelegt wird.

²⁴ Das oft als barocker Musterkomplex bezeichnete Kloster erhielt im 18. Jahrhundert schließlich sogar den Titel „bayerischer Escorial“.

im Kochelsee jeweils nach ihrer Bedeutung für das Kloster Benediktbeuern untersucht werden.

II. EIN NEUES FLUSSBETT MIT FOLGEN

Der ursprüngliche Besitz des Klosters umfasste Gebiete in der direkten Umgebung zwischen Kochelsee und Staffelsee und an den Durchgangsstraßen zwischen Ammer- und Starnberger See.²⁵ In nachfolgenden Jahrhunderten kamen durch Ankauf und Schenkungen noch weitere Besitzungen im Umfeld der Tiroler Fernstraßen und im Landsberger Raum dazu; stets in direkter Nachbarschaft zum Herrschaftsgebiet von Schlehdorf und Freising. Aus den Säkularisationsakten wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts schließlich ein zeitgenössischer Besitzwert des Klosters errechnet, der mit etwa 1 Million Gulden beziffert wurde. Einen entscheidenden Anteil an dieser Summe hatte die intensivierete Bewirtschaftung des Klosters durch Forstwirtschaft, aber auch durch Fischfang und Fischzucht. Beides hatte Einfluss auf die Nutzung der nahe gelegenen Loisach, deren veränderter Flusslauf vielleicht sogar erst den Ausschlag für die erneuerte Fischzucht gegeben hatte.²⁶

Offensichtlich war eine Überschwemmung der Grund, weshalb die Loisach im Jahr 1529 nach dem Rückgang des Hochwassers ihr natürliches Flussbett verlagerte. Diese Information lässt sich u.a. der Chroniküberlieferung von Karl Meichelbeck OSB,²⁷ Historiker und Archivar des Klosters Benediktbeuern, entnehmen. Eine derartige Umlagerung des Flusslaufs wird in der Regel der hohen Erosionskraft eines Hochwassers zugesprochen. Der ursprüngliche Verlauf der Loisach lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Alle Karten, die den Flusslauf genauer verzeichnen, sind frühestens Ende der 1560er Jahre angefertigt worden. Hierzu gehören beispielsweise die Bayerischen Landtafeln von Philipp Apian, dessen 1563 fertiggestellte Landesaufnahme lediglich zeigt, wie die Loi-

²⁵ Josef Hemmerle, Die Benediktinerabtei Benediktbeuern. Die Bistümer der Kirchenprovinz Mainz / Bistum Augsburg. Historisch-statistische Beschreibung der Kirche des Alten Reiches, Bd. 1 (Germania sacra / Neue Folge 28), Berlin u.a. 1991, S. 286, sowie Wilhelm Störmer, Fernstraße und Kloster. Zur Verkehrs- und Herrschaftsstruktur des westlichen Altbayern im frühen Mittelalter, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 29 (1966), S. 299-343.

²⁶ Hemmerle, Die Benediktinerabtei Benediktbeuern, S. 290.

²⁷ Zu Karl Meichelbeck und seinem Oeuvre vgl. Thomas Stockinger, War Karl Meichelbeck ein „deutscher Mauriner“?, in: Thomas Wallnig u.a. (Hrsg.), Europäische Geschichtskulturen um 1700 zwischen Gelehrsamkeit, Politik und Konfession, Berlin / Boston 2012, S. 135-168; Leo Weber, Karl Meichelbeck OSB (1669-1734), in: Jahrbuch des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte 39 (2005), S. 129-145; Stefan Benz, Zwischen Tradition und Kritik. Katholische Geschichtsschreibung im barocken Heiligen Römischen Reich (Historische Studien, Bd. 473), Husum 2003; Laurentius Koch, Der Typus des „monachus eruditus historicus“ der Barockzeit und der Frühaufklärung im süddeutsch-katholischen Raum am Beispiel des Benediktiner-Historikers P. Carl Meichlbeck, in: Rudolf W. Keck u.a. (Hrsg.), Literaten – Kleriker – Gelehrte. Zur Geschichte der Gebildeten im vormodernen Europa, Köln u.a. 1996, S. 289-302; Karl Dachs, Die Meichelbeckiana der Bayerischen Staatsbibliothek, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige 80 (1969), S. 190-204. Auch wenn Meichelbeck hier als Archivar des Klosters Benediktbeuern im Vordergrund steht, soll doch ergänzt werden, dass er einer der bedeutendsten bayerischen Historiographen des 18. Jahrhunderts und der große barocke Geschichtsschreiber des Bistums Freising war.

sach inzwischen von Großweil aus in Richtung Süden in den Kochelsee hineinfließt und ihn dann westlich von Kochel wieder verlässt.²⁸

In den *Archivi Benedictoburani* heißt es hierzu: „Dazumahl nemblich, ante an[no] 1529, hatte die Loisach noch nit oberhalb in den See sich eingetrungen.“²⁹ Bis um die Jahrhundertwende 1600 versuchten das Kloster Benediktbeuern, das Kloster Schlehdorf und das Fürstbistum Freising die Loisach in ihr altes Flussbett zurückzuleiten.³⁰ Die Versuche misslangen. Die drei Grundherren, die sich um die erneute Verlagerung bzw. die Rückleitung des Flusslaufs bemühten, waren zugleich auch die drei, die sich die Fische-reirechte auf dem Kochelsee teilten.

Das ist wichtig, um zu verstehen, warum sich Karl Meichelbeck überhaupt in seinen Aufzeichnungen mit dem Flusslauf der Loisach beschäftigt. Er geht nicht so weit, ein topographisches oder gar hydrologisches Interesse an den natürlichen Veränderungen im Loisachtal zu verfolgen. Für ihn stand in seinen Aufzeichnungen vielmehr der Lebensalltag der Benediktinermönche im Vordergrund, die nach dem verheerenden Hochwasser von 1529 mit ganz unerwarteten Folgen zu kämpfen hatten. Meichelbeck hält fest, dass es nicht etwa Schäden an Gebäuden oder auf bestellten Feldern³¹ waren, die für die Mönche Unbill nach sich zogen. Vielmehr geht es Meichelbeck um den Fischfang und den Speiseplan der Mitbrüder, wenn er schreibt: „Nachdem die Loysach den alten Rünnsaal verlassen und dermalen zwischen denen zwayen sogenannten Warmsee und Sibelsee in den weiten Kochelsee hineingetrungen, und mit der Truebe ihres aus denen Gebürgen herfürfierenden Wassers dergleichen Ferchen [Forellen] den ganzen See verwiesen.“³²

Die Loisach schwemmte so viele Schwebeteilchen mit in den See, dass die Fischbestände aufgrund der ungewohnten Verschmutzung zurückgingen. Und Fisch bildete eine wichtige Nahrungsgrundlage der Benediktinermönche. Fisch aus der Region war das Nahrungsmittel schlechthin.³³

Aber nicht nur die Nahrungsgrundlage der Mönche veränderte sich gezwungenermaßen. Seitdem die Loisach durch den Kochelsee floss, mussten sich die Flößer auch auf

²⁸ Karl Wolf, Flößerei und Trift auf der oberen Loisach, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins Murnau* 28 (2011), S. 27; Hans Wolff (Hrsg.), Philipp Apian und die Kartographie der Renaissance (Ausstellungskataloge der Bayerischen Staatsbibliothek, Bd. 50), Weidenhorn 1989.

²⁹ P. Karl Meichelbeck, *Archivi Benedictoburani*, Tom. II, Bl. 127 f.

³⁰ Wolf, Flößerei und Trift, S. 29; vgl. hierzu auch BSB München, Handschriftenabteilung: P. Karl Meichelbeck, *Archivi Benedictoburani*, Tom. II, Bl. 127 f.

³¹ Die Moosflächen in der Nähe der Loisach waren durch die häufigen Hochwasser ohnehin in der ständigen Gefahr, überschwemmt zu werden, so dass nur wenig Feldbau betrieben wurde. Vgl. Hemmerle, *Die Benediktinerabtei Benediktbeuern*, S. 317.

³² P. Karl Meichelbeck, *Archivi Benedictoburani*, Tom. II, Bl. 127 f.

³³ Herzog Albrecht V. von Bayern hatte erst im 16. Jahrhundert mit Unterstützung des Augsburger Bischofs Otto Truchseß von Waldburg bei Papst Gregor XIII. erwirkt, dass die Benediktbeurer Mönche ebenso wie die Mönche von Tegernsee bis zu drei Mal in der Woche Fleisch essen durften. Friedrich Wimmer, *Vertraulicher Briefwechsel des Cardinals Otto Truchseß von Waldburg, Bischofes von Augsburg, mit Albrecht dem Fünften, Herzog von Bayern. 1568–1573. Ein Beitrag zur Geschichte und Biographie der beiden Fürsten und zur Geschichte ihrer Zeit*, in: *Beiträge zur Geschichte des Bisthums Augsburg* 2 (1852), S. 1–134, hier S. 80 f.

eine deutlich längere Fahrt einstellen. Denn im Kochelsee verringerte sich die Fließgeschwindigkeit.

Die Flöße mussten in der Regel durch den See gerudert werden, die natürliche Strömung der Loisach war bis zum Abfluss aus dem See zu gering, um die Flöße voranzubringen. Karl Wolf geht in seinen Veröffentlichungen davon aus, dass der Weg über den Kochelsee die Flößer bis zu drei Stunden mehr Zeit kostete.³⁴

III. KANALBAU ALS INFRASTRUKTURELLE MASSNAHME

Erst Ende des 17. Jahrhundert sollte ein kurfürstliches Kanalprojekt die großräumige Umgehung des Kochelsees möglich machen. Max Emanuel Kurfürst von Bayern initiierte den Bau und sicherte sich dabei die Unterstützung des Klosters Benediktbeuern, das durch seine Nähe zur Loisach und zum geplanten Stichkanal direkt betroffen war. Die Wittelsbacher machten eigentlich allenfalls im Loisachtal Station, wenn sie eine längere Reise über die Alpen nach Italien führte, wenn sie eine Jagd ausrichteten oder wenn sich Familienmitglieder zur Kur in Bad Heilbrunn aufhielten.³⁵ Insofern lässt sich das Interesse des Kurfürsten Max Emanuel, einen Floßkanal im Loisachtal zu bauen, erst im Kontext der Zeit verstehen. Denn das Vorhaben des bayerischen Kurfürsten konkretisierte sich erst im Jahr 1716. Der Kurfürst hatte sich nach der vernichtenden Niederlage im Spanischen Erbfolgekrieg über zehn Jahre im Exil aufhalten müssen. Erst im Frühjahr 1715 hatten Max Emanuel und seine Gemahlin Therese Kunigunde schließlich wieder in ihr Fürstentum zurückkehren können; und Max Emanuel konnte sich endlich wieder Bauvorhaben zuwenden, ohne von finanzieller Unterstützung Frankreichs abhängig zu sein.³⁶ Die höchste Priorität räumte er dabei gleich dem Ausbau der Sommerschlösser in Nymphenburg und Schleißheim sowie dem Jagdschloss Fürstenried ein, so dass in kürzester Zeit eine große Menge an Baumaterial, vor allem an Bauholz nötig war. Für einen vergleichsweise kleinen Bau wie das Schloss Lustheim, das Max Emanuel bereits 1684 fertigstellen ließ, kamen gut 1.320 Gulden für „Außgaben, umb underschidlich Holz, unnd Pretterwerck“³⁷ zustande. Nur für die hölzernen Baugerüste wurden damals dem

³⁴ Wolf, Flößerei und Trift, S. 28.

³⁵ Als junge, noch kinderlose Frau verbrachte Kurfürstin Henriette Adelaide mehrere Kuraufenthalte in Bad Heilbrunn, denen sie schließlich die glückliche Geburt der beiden ersten kurfürstlichen Kinder zuschrieb. Vgl. Hemmerle, Die Benediktinerabtei Benediktbeuern, S. 518; BayHStA, KU 1260 und KU 1262.

³⁶ Zur desolaten Finanzlage des Kurfürstenpaares während der Exilzeit vgl. Peter Claus Hartmann, Die Schuldenlast Bayerns von Kurfürst Max Emanuel bis König Ludwig I., in: Andreas Kraus (Hrsg.), Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. FS für Max Spindler. Bd. 2. Frühe Neuzeit. München 1984, S. 369-382; Ders., Geld als Instrument europäischer Machtpolitik im Zeitalter des Merkantilismus. Studien zu den finanziellen und politischen Beziehungen der Wittelsbacher Territorien Kurbayern, Kurpfalz und Kurköln mit Frankreich und dem Kaiser von 1715 bis 1740 (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Bd. 8) München 1978; Ders., Die französischen Subsidienzahlungen an den Kurfürsten von Köln, Fürstbischof von Lüttich, Hildesheim und Regensburg. Joseph Clemens im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714), in: Historisches Jahrbuch 92 (1972), S. 358-372.

³⁷ Staatsarchiv München (im Folgenden: StAM), Rechnungen Grau Nr. 4519: „Bautagebuch Lustheim,

Ländhüter Caspar Mörz vier komplette Flöße mit 49 Baumstämmen abgekauft. Der Preis lag bei insgesamt 20 Gulden.³⁸ Der Preis für ein „kleines Flessl“³⁹ betrug im 17. Jahrhundert auf der Münchener Floßlande etwas weniger als 3 Gulden. Selbst wenn man eine Preissteigerung zugrunde legt, lässt sich leicht hochrechnen, was für einen großen Holzbedarf Max Emanuels geplanter Ausbau seiner drei Schlösser mit sich brachte.

Das Holz sollte aus Werdenfelser Wäldern und Wäldern im Besitz des Kurfürsten geliefert werden. Soweit Ankauf weiterer Holzvorräte nötig sein sollte, kamen die Benediktbeurer Klosterwälder ins Spiel. Der Transport erfolgte also größtenteils per Floß, um dann das Holz an der Floßlande⁴⁰ in der Residenzstadt München anbieten zu können.⁴¹ Bis nach Wolfratshausen mussten die Stämme über die Loisach und durch einen Teil des Kochelsees gefloßt werden, was eine zusätzliche Zeitverzögerung bedeutete. Ob der Kurfürst auf eine besonders schnelle Umsetzung seiner Baupläne drängte, konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Tatsache ist aber, dass er „Pläne zur Beschleunigung der Materialtransporte“⁴² ausarbeiten ließ. Hierbei sollte ein Triftkanal, in dem ungebundene Rohhölzer transportiert werden konnten, am einfachsten den Kochensee zu umgehen helfen. Der seit 1695 als kurfürstlicher Hofgeometer erfahrene Mathias Paur⁴³ nahm bereits im Januar 1716 die Vermessung für einen solchen Kanal vor und fertigte später auch das Modell einer Schleuse. Ab 1730 wird sein Sohn Franz Anton Paur ebenfalls als Geometer, d.h. als Landvermesser, in den Unterlagen des Münchner Hofes geführt,⁴⁴ so dass davon ausgegangen werden kann, dass Paur seinen Sohn bereits in der Frühphase des Kanalprojekts mit hinzuzog.

Lugauer erstellte 1935 eine Übersichtsskizze zum Kanalprojekt, die hier wiedergegeben werden soll.⁴⁵ Das Kloster Schlehdorf blieb von den Bauplänen völlig unberührt. Der etwa 4 Kilometer lange Kanal sollte bei Großweil beginnen und mehr als eine Tagesfahrt an Zeitersparnis bringen, indem nicht nur die Wegstrecke verkürzt und das zeitverzögernde Stück durch den Kochensee umgangen werden sollte. Auf zusätzliche Zeitersparnis konnten die Flößer durch die gerade Anlage des Kanals hoffen, die ihnen mühsames

1684–1686“, fol. 7v.

³⁸ „... 3 fless mit 34 peumb erkhaufft umb 14 fl. 10 kr. dann einen andern flos mit 15 peumb p. 4 fl. 40 kr. unnd hiefür sambt von iedem auff der Jsar nach Gärching zuführen 32 kr. bezahlt.“ (StAM), Rechnungen Grau Nr. 4519, fol. 5r.

³⁹ Georg Mooseder, Das „Rechnungsbüchl“ der Gemain Allach (1642–1665), in: *Amperland* 24 (1988), S. 144–148, hier S. 146.

⁴⁰ Der Begriff Floßlande für den Landeplatz eines Floßes ist vor allem in Bayern und Österreich üblich.

⁴¹ Einen Überblick über das Stapelrecht in München und die verschiedenen Floßlanden bietet Wolf: Wolf, Flößerei und Trift, S. 64–66.

⁴² Wolf, Flößerei und Trift, S. 31.

⁴³ Vater von Franz Anton Paur, (+ im 1. Quartal 1730). – Hofgeometer 1695–1706, 1715–1730. – Quellenachweise: BayHStA, Hofzahlamt Kurbayern, HR I 240/62.

⁴⁴ Vgl. BayHStA, HR I 240/63: Franz Anton Paur (ab 1757: von Paur), Sohn von Matthias Paur. Kurfürstlicher Geometer (Feldmesser) von 1718–1743, Bruckhauptmann 1737–1743, Landzeugamtsverwalter 1743–1768.

⁴⁵ F. K. Lugauer, Der Floßkanal im Benediktbeurer Moos, in: *Lech–Isar–Land. Monatsschrift des Heimatverbandes Huosigau* 11 (1935), S. 4–8, hier S. 5.

Mäandern ersparte. Ein großer Teil des geplanten Kanals sollte auf Benediktbeurer Klostergrund liegen, nicht auf dem Gebiet des kurfürstlichen Pfliegergerichts Weilheim. Der Kurfürst, der ohnehin gute Beziehungen zum Benediktinerorden unterhielt, bemühte sich daher um gutes Einvernehmen mit dem Abt. Wegen des Eingriffs ins Loisachtal, das vor allem Grund und Boden von Benediktbeuern betraf, und weil die Konventualen eine Absenkung des Wasserstandes befürchteten, was die Laichplätze der Fische in den flachen Moosseen gefährden könnte, übertrug der Kurfürst dem Benediktbeurer Weihermeister P. Sartori schließlich auch die Aufsicht über die Kanalarbeiter. Außerdem sollte das Kloster entschädigt werden, indem es Gebühren für die Nutzung des Kanals erheben können sollte. Unter diesen Bedingungen willigte Abt Magnus Pachinger in den Kanalbau ein.⁴⁶

Ein halbes Jahr lang lief alles bestens, die Löhne wurden bezahlt, der Kanal wurde flach gegraben, weil die Berechnung vorsah, dass eine gegrabene Tiefe von nur 60 cm ausreichen würde, um das Holz aufzunehmen und dass das natürliche Gefälle und der regelmäßige Holztransport den Kanal ohne weiteres Zutun noch tiefer eingraben würden. Allerdings war bereits im November des gleichen Jahres die Baukasse des Kurfürsten erschöpft und die Bauarbeiter erhielten keinen Sold mehr, sondern mussten mit Sachleistungen in Form von Brennholzlieferungen entschädigt werden. Benediktbeuern hatte zumindest keine Lasten zu tragen, denn das Brennholz wurde aus den kurfürstlichen Wäldern gestellt. Kaum war der Kanal fertig, ereignete sich aber auf Benediktbeurer Gebiet ein Zwischenfall, der bereits andeutete, was mit dem neuen Wasserlauf auf das Kloster zukommen sollte: Bei besonders hohem Wasserstand brach die Uferböschung ein, das Wasser strömte in das sumpfige Umland und in den Höllsee. Erst eine umfangreiche Befestigung der Uferböschung mit Pfählen und eine abschnittsweise Verlegung des Kanals sorgten schließlich wieder für einen funktionierenden Floßbetrieb.

Aus Benediktbeurer Perspektive gab der Kanaleinbruch nur wenige Wochen nach der Fertigstellung allerdings Anlass zu Bedenken. Grundsätzlich war man sich bewusst gewesen, dass der Kanal für die Fischteiche und gute Laichplätze gefährlich werden könnte. Auch wenn die Fischerei im gesamten Wirtschaftsverbund des Klosters mit weniger als 10 Prozent zu Buche schlug, ging es Abt Pachinger doch vorausschauend um eine möglichst umfangreiche Entschädigung durch das Kurfürstentum Bayern, die mögliche negative Folgen des Kanalbaus, die vielleicht noch gar nicht absehbar waren, auffangen sollte.

Die Begründung, die Meichelbeck in seinem 2. Band der *Archivi Benedictoburani* anführt, erinnert an die Erfahrungen mit dem Hochwasser von 1529: Wegen des „yber das Weillermos fuehrenten Canals [entgehet dem Kloster] ain schöne fischnutzung ...“, indeme an dem orth, wo ersagter Canal wider in die Loisach eingelaittet würdt, wegen der alda sich befindenten grieben und gimppen, die beste Vischstendt, und merckhliche Vischerey sich bezaigen, welche ohrt aber durch den ausflus erdeuthen Canals und dardurch einflössente Erdten, Stain, und grieß, verschidt, und verschwaibt, mithin die

⁴⁶ Der Abt stand in engem Kontakt mit der kurfürstlichen Familie. Vgl. Hemmerle, *Die Benediktinerabtei Benediktbeuern*, S. 531.

nuzungen entzogen werden, miessen dahingegen der entgang des Vischwerchs sonderbahr zur fasten: und advent zeit, anderer gestalten nit, als durch den Pach die Sindlsach genannt, worauf dem Closter das Jus piscandi ohne dem zuestehet, zuersezzen sey...“⁴⁷

Die Vereinbarungen betrafen schließlich drei Ebenen von Entschädigungen: Fischereirecht, Maßnahmen zur Vorbeugung weiterer Schäden und der Tausch von Hoheitsrechten. Das Kloster Benediktbeuern erhielt das alleinige Fischrecht auf dem Kanal selbst; es musste dafür allerdings auch eine geringe Kanalsteuer von 3 Gulden pro Jahr an den Kurfürsten zahlen. Maßnahmen zur Vorbeugung weiterer Schäden sahen vor, dass der verbindliche Bau eines Stauwehrs ein Absinken des Wasserstands in den Klosterweihern verhindern sollte. Im Blick war hier vor allem der sehr fischreiche Rohrsee, der eine etwas mehr als 4 Kilometer lange nördliche Fortsetzung des Kochelsees war, die inzwischen nur noch als Teil des Mooses erkennbar ist.⁴⁸ Schließlich wurde auch der Tausch von Hoheitsrechten ausgehandelt, was konkret den Tausch der Klosterhofmark Aidling gegen das bislang kurfürstliche Sindelsdorf betraf.⁴⁹ Benediktbeuern, das bereits das Fischrecht auf der fischreichen Sindelsach besaß, erlangte hierdurch nun auch die Gerichtshoheit über das nahe gelegene Dorf. Interesse hatte das Kloster an diesem Tausch vor allem, weil Sindelsdorfer „Wildfischer“ regelmäßig Fische aus dem Bach entnehmen, vom Kloster aber nicht gerichtlich belangt werden konnten. Denn bis dahin hatten die Dorfbewohner dem Landgericht Weilheim unterstanden, das kein größeres Interesse an fremdfischenden Dörflern gehabt zu haben schien...

Ein vierter Punkt betraf die Kanalinstandhaltung. Ein Aspekt, der das Kloster eigentlich weniger interessieren dürfte als den bauenden Kurfürsten. Hier aber entstand im März 1718 der eigentliche Fehler – zumindest aus Benediktbeurer Perspektive: Die Nutzung des Kanals anstelle der Loisach wurde 1717/18 festgeschrieben und zollpflichtig. In einer landesherrlichen Verordnung erhielt Benediktbeuern von Bayern das Recht der Zollerhebung, die Pflicht eine jährliche Abrechnung vorzulegen und damit verbunden die Verpflichtung, auch die Kosten für den Unterhalt des Kanals zu tragen. Aber die „Unterhaltskosten sowie der Nachteil in der Fischerei [war] durch die Zollgebühren bei weitem nicht auszugleichen.“⁵⁰

Ausgehend von den Jahresrechnungen wurde bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts im Durchschnitt ein Gewinn von lediglich 26 Gulden erwirtschaftet. Da Benediktbeuern eigentlich zu den Klöstern zählte, die vor allem auf landwirtschaftlichen Gebiet zu den „Organisations- und Pionierzentren“⁵¹ ihrer Zeit gehörten, wäre es unwahrscheinlich, dass die Einbußen im Fischertrag und die hohen Ausgaben für die Instandhaltung und fortwährende Reparatur des Kanals langfristig hingenommen wurden. Als der Kanal 1752 auch noch auf Kosten des Klosters verbreitert werden sollte, war Karl Wolf zufolge die „Schmerzgrenze“ erreicht. Benediktbeuern stieg aus. Der Abt begründete seine

⁴⁷ BSB München, Handschriftenabteilung: P. Karl Meichelbeck, *Archivi Benedictoburani*, Tom. II, Bl. 275.

⁴⁸ Vgl. Lugauer, *Der Floßkanal im Benediktbeurer Moos*, S. 6.

⁴⁹ BayHStA, KU 1322; Hemmerle, *Die Benediktinerabtei Benediktbeuern*, S. 192 f.

⁵⁰ Wolf, *Flößerei und Trift*, S. 36.

⁵¹ Stutzer, *Klöster als Arbeitgeber*, S. 147.

Weigerung damit, dass schon längst nicht mehr von einer tragbaren Entschädigung die Rede sein könne, der ehemals fischreiche, schon immer sehr seichte Rohrsee hätte sich zu einem Moos entwickelt, in dem „kaumb ein Frosch, geschweige denn ein Fisch“⁵² zu finden sei.

Die Trockenlegung der Moosflächen wurde schließlich um 1900 durch die Begrädiung der Loisach nördlich des Kochelsees intensiviert. Ziel dieser Maßnahme war ein weiterer Hochwasserschutz, Moorentwässerung und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, indem Platz für die Planung von Eisenbahnstrecken und Straßen geschaffen wurde; vor allem westlich von Grainau.

IV. GEWERBE AM UND MIT DEM FLUSS

Allen Hochwassern, Verunreinigungen und Unterhaltskosten des Kanals zum Trotz profitierten die gewerblichen Betriebe und Nebenbetriebe des Klosters eindeutig von der Nähe zur Loisach, zu angelegten Fisch- und Mühlteichen. So hatte Benediktbeuern im 17. und 18. Jahrhundert eine Klostermühle mit drei Mahlgängen, eine Moosmühle mit zwei Mahlgängen, eine Sägemühle, eine gewerbliche Wäscherei und neben einem Kalkofen auch eine Ziegelei mit einer Kapazität von etwa 3.000 Steinen sowie einen eigenen Gipssteinbruch, in dessen Nähe zusätzlich noch Wetz- und Schleifsteine⁵³ gefertigt wurden, deren Nachfrage in München hoch war. Der „Inventarisierung der beim Kloster Benediktbeuern vorgefundenen Handwerke und Gewerbe“⁵⁴ ist zu entnehmen, dass die Ziegelei nur die Hälfte der gebrannten Steine für den Eigenbedarf verwendete, die andere Hälfte aber für den steigenden Baumaterialbedarf nach München flößte. Zum Exportgut, das auf der Loisach nach Norden geflößt wurde, gehörte vor allem Langholz aus den Klosterforsten; Bruchholz, das bei der Trift zersplittert war, ließ sich wenigstens noch als Brennholz verkaufen.⁵⁵

Für einen ganzen Wirtschaftszweig des Klosters spielte aber der Transportweg auf der Loisach wiederum gar keine Rolle: Die Benediktbeurer Weingüter in Südtirol sicherten den Weinbedarf, der in erheblichen Mengen für den täglichen Konsum, aber auch als Messwein benötigt wurde. Umgerechnet auf den pro-Kopf-Verbrauch an Wein kam auf jeden Mönch ein Jahresdurchschnitt von etwa 350 Litern Wein; sicherlich größtenteils verdünnt. Angesichts dieser Menge und durchaus ertragreicher Weingüter in Südtirol lässt sich für das späte 18. Jahrhundert errechnen, dass „die Weingüter des Klosters

⁵² Hemmerle, Die Benediktinerabtei Benediktbeuern, S. 544.

⁵³ In den kieselsäurereichen Lagen am nördlichen Alpenrand wurde seit dem frühen 16. Jahrhundert Kalkstein abgebaut, woraus später die Wetz- und Schleifsteine hergestellt wurden. Zentren der Wetzsteinherstellung waren insbesondere Unterammergau und Ohlstadt, von wo aus die fertig verarbeiteten Steine dann über die Loisach nach München und – in der Regel von Münchener Flößern – weiter nach Norden transportiert wurden. Vgl. Otto Krätz / Claus Priesner, Die Wetzsteinschnitzer von Unterammergau, in: Kultur & Technik 4 (1980), S. 32-37.

⁵⁴ Inventarisierung der beim Kloster Benediktbeuern vorgefundenen Handwerke und Gewerbe, Beschreibung und Abschätzung derselben. BayHStA KL 101/14 ½.

⁵⁵ Zur Bezeichnung Bruchholz vgl. Hans Knott, Geschichte der Salinenwälder von Berchtesgaden, Ort 1991, S. 16.

Jahreserträge von 366 Faß Wein⁵⁶ einbrachten. Nur geringe Mengen, nämlich ca. 20 Fass pro Jahr, wurden im Etschtal auf dem freien Markt verkauft, während der größte Teil zum Eigenbedarf nach Benediktbeuern transportiert werden musste. Hierfür fuhren allerdings Weingespanne der Klöster Wessobrunn, Andechs und Polling gemeinsam mit denen von Benediktbeuern nach Bozen. Der Brenner oder der Jaufenpass waren die gängigste Route für den Transport. Der Wasserweg spielte für den Wein im Alpenraum entgegen der sonst so weit verbreiteten Flößerei also eine zu vernachlässigende Rolle.

Anders sieht es hingegen beim Fischfang aus, dessen Rolle für das Kloster bislang nur immer wieder gestreift werden konnte. Fischfang auf dem Kochelsee und dessen nördlichsten Teil, dem Rohrsee, aber auch Fischfang in diversen Bächen, der Loisach selbst oder sogar im Kanal war ein Wirtschaftszweig, der vom Frühjahr bis zum Abfischen der Teiche im Spätherbst am engsten mit dem Wasser verbunden war. Benediktbeuern betrieb wie zahlreiche andere Klöster zur Erfüllung der Speise- und Fastenvorschriften der Benediktinerregel eine intensive Fischereiwirtschaft, die allerdings jahrhundertlang von Nachbarschaftskonflikten beeinträchtigt wurde. Benediktbeuern und das nicht weit entfernt, aber näher am Kochelsee gelegene Kloster Schlehdorf stritten sich seit dem ausgehenden Mittelalter so intensiv um die Fischerei auf dem Kochel- und dem Walchensee, dass eine letztlich gefundene Einigung im 18. Jahrhundert damit beginnt, dass der langjährige Konflikt eigens thematisiert wird. So heißt es: „zwischen beeden lobl[ichen] Clöstern Benedictbeyrn und Schlehdorff vor ainigen Jahren hero etliche Irrungen und Differentien sowohl auf dem Waller: als kochelsee, wegen bederseiths der ohrten habenten Underthonnen, und fischern, auch derselben gerechtsame zu fischen, [sich] erhalten“⁵⁷ hätten. Seit 1414 einigten und entzweiten sich der Abt von Benediktbeuern und der Propst von Schlehdorf immer wieder über der Frage, wer auf dem Kochelsee fischen dürfe. Nachdem 1414 eine eigentlich ganz stabile Lösung gefunden wurde, die Fischerei mit Schleppnetzen für beide Grundherren vorsah, kam es 1455 zum Eklat, als der Benediktbeurer Abt geltend machte, dass sein Kloster allein fischberechtigt sei und kurzerhand die Fischer des Hochstifts Freising und des Klosters Schlehdorf gefangen setzen und ihre Netze beschlagnahmen ließ.⁵⁸ Eine Klage vor dem herzoglichen Hofgericht wurde vor dem kaiserlichen Kammergericht in Frage gestellt und der Prozess zog sich bis 1466, als der bayerische Herzog schließlich die Entscheidung traf, dass die drei Grundherren jeweils Schleppnetze auf dem Kochelsee verwenden durften: der Abt bekam sechs Fischer zugestanden, der Bischof vier und der Propst zwei. Diese Regelung blieb im Großen und Ganzen bis zum beginnenden 18. Jahrhundert in Kraft, obwohl sie regelmäßig in Frage gestellt wurde und Ausgangspunkt für mehrere Fischordnungen war, die auch die Fischnutzung zu den Seen führender Bäche beinhaltete. Erst im Jahr 1716 konnte ein Vergleich zwischen Schlehdorf und Benediktbeuern vertraglich festgelegt werden. Der sogenannte Friedensakt wurde am 9. Juni 1717 aufgrund des jahrhundertlangen Ringens um die Fischerei-Hoheit sogar festlich begangen und die aufrichtige Nachbarschaft

⁵⁶ Weinrechnungen der Benediktbeuerischen Weingüter im Tiroler Etschland. BayHStA KL 97/7.

⁵⁷ BSB München, Handschriftenabteilung: P. Karl Meichelbeck, *Archivi Benedictoburani*, Tom. II, Bl. 277.

⁵⁸ Hemmerle, *Die Benediktinerabtei Benediktbeuern*, S. 309.

und „beyhaltung khünfftiger ainigkheit“⁵⁹ beschworen, die für den Kochelsee in Zukunft folgendes vorsah: „man [will] fürs Erste von dem lobl. Closter Benedictbeyrn Amore Pacis & bonae vicinia in den Eysbruch negst an dem dorf zu Schlechdorff hiemit auch einwilligen, also und dergestalten, das neben denen sechs zu Schlechdorff ansessigen fischern auch das lobl. Closter Benedictbeyrn ainen fischer dabey haben: und einen gleichen theill von denen bey disem Eysbruch gefangnen fischen geniesen soll“⁶⁰

Ein zweiter wiederkehrender Konflikt blieb davon allerdings unberührt: Der Konflikt zwischen Klöstern als Arbeitgebern und ihren scharwerkspflichtigen Bauern. Die Fuhrwerks- oder Handdienste, die geleistet werden mussten, entlohnnte das Kloster zwar mit 2-10 Kreuzern pro Tag und Gespann, hinzu kamen auch noch Kost und Futter sowie Reparaturen. Aber das eigentliche Problem bestand darin, dass Benediktbeuern mit seiner umfangreichen Teichwirtschaft den größten Bedarf an bäuerlichen Scharwerksdiensten im Spätherbst hatte, wenn durch das Abfischen der Teiche und den Fischtransport besonders viel Arbeit gebraucht wurde. Denn gleichzeitig mussten die Bauern ihre eigenen Arbeitsspitzen bewältigen, so dass die Konflikte um die zeitliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft das Hauptproblem waren.⁶¹

V. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Nähe zur Loisach betraf das Kloster Benediktbeuern in nicht geringem Maß; direkt über Zerstörungen durch Hochwasser oder den Rückgang der Fischbestände bei zunehmender Wasserverschmutzung, aber auch indirekt über die Anbindung an ein weitverzweigtes Netz aus Wasserstraßen, die den Absatz klostereigener Güter erleichterten, zugleich aber auch den Import von Lebensmitteln, Baumaterial und Spezialgütern unterstützten.

Die Äbte versuchten aufgrund der engen Verflechtung von Fischfang und Versorgung der Konventualen mit Speisefisch seit dem ausgehenden Mittelalter ihre Fischrechte auszuweiten. Sei es durch den Anspruch, auf dem Kochelsee ein Fischereimonopol zu erhalten, sei es bei jeder ökologischen Krise achtsam nach Alternativen oder doch zumindest Entschädigungen Ausschau zu halten; wobei Krisenfaktoren sowohl ein natürliches Hochwasser als auch das großangelegte Kanalprojekt des bayerischen Kurfürsten sein konnten. Dass die Störanfälligkeit des Kanals schließlich nicht absehbare Kosten für das Kloster nach sich zog, war hierbei nicht von vornherein zu erwarten. An dieser Stelle ist Joachim Radkau zuzustimmen, der in seiner Weltgeschichte der Natur feststellt, dass ein Kanalnetz nie ganz stabil gewesen sei und nie perfekt funktioniert habe. Vielmehr seien ihre Erbauer – oder im Fall Benediktbeuerns: der unglückliche Anrainer – „in einen ewigen Kampf verstrickt, im Ringen mit den durch die Lösung früherer Probleme hervorgerufenen Störeffekten“.⁶²

⁵⁹ BSB München, Handschriftenabteilung: P. Karl Meichelbeck, *Archivi Benedictoburani*, Tom. II, Bl. 277.

⁶⁰ Ebd., S. 278.

⁶¹ Stutzer, *Klöster als Arbeitgeber*, S. 118 f.

⁶² Joachim Radkau, *Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Natur*, München 2000, S. 113.

Alltagsleben im 19. Jahrhundert? Die Berichte der bayerischen Gerichtsärzte (1858-1861)

Horst Gehringer

I. FORSCHUNGS-LAGE

„Sie hassen jeden Beamten, weil sie gehorchen sollen, scheuen das Militärleben, sind feig, falsch und hinterlistig und suchen überhaupt das Versteck der Lüge und Verleumdung“ – so äußerte sich der Landgerichtsarzt Joseph Spieß in seinem Bericht über die Lebensverhältnisse im Physikatsbezirk Werdenfels.

Bei solchen keineswegs singulären Zitaten in den Berichten bayerischer Gerichtsärzte lohnt es sich, auf die Personen, ihre Funktion und den Auftrag dieser Mediziner im Staatsdienst sowie zumindest auf einige wenige Aspekte in ihren Berichten einzugehen.

Als Physikatsberichte oder medizinische Topographien können Beschreibungen von Ärzten verstanden werden, „die eine möglichst geschlossene Darstellung der Gesundheits- und Krankheitsverhältnisse der Bevölkerung in Verbindung mit der geographischen Umwelt, d. h. der Ortslage, dem Klima, den geologischen und hydrologischen, sowie den sozialen, kulturellen und ethnischen Erscheinungen enthalten“¹. Zusammen mit Ausführungen zur Botanik sowie zur wirtschaftlichen und gewerblichen Situation in ihrem Zuständigkeitsbereich zählen diese Beschreibungen von beamteten Medizinnern, den *physici*,² in ihren Zuständigkeitsbereichen, den Physikaten, zu den Unterlagen behördlicher Verwaltungstätigkeit. Ihre Anfertigung geht auf zwei Verordnungen des kgl. bayerischen Staatsministeriums des Innern aus dem Jahr 1858 zurück³. Mit einigen wenigen Ausnahmen liegen die Berichte für das gesamte Königreich Bayern vor. Die Verfasser waren akademisch ausgebildete Mediziner, die als Beamte einen Teil der rechtlich und organisatorisch klar definierten Struktur des modernen bayerischen Staates des 19. Jahrhunderts darstellten.

Die Berichte entstanden auf der Ebene der Landgerichte, die im Kurfürstentum Bayern auf der unteren Behördenebene Rechtsprechung und Verwaltung vereinten – ein System, das nach der Besetzung der fränkischen und schwäbischen Gebiete auch auf diese neubayerischen Gebiete übertragen wurde. Von den Unterbehörden aus gelangten die Berichte an die jeweils vorgesetzten Kreisregierungen und von dort an das Innenministerium. Im Rahmen einer Abgabe des statistischen Landesamtes wurden die Physikatsberichte 1913 zusammen mit der 1808 angelegten Montgelas-Statistik an die damalige

¹ Spiegel, Beate: Physikatsberichte als Spiegel des Alltagslebens in Niederbayern um 1860. Magisterarbeit, München 1986. S. 4.

² *Physicus* = Arzt.

³ Aertzliches Intelligenzblatt 5, 1858, S. 209-213.

vgl. Hof – und Staatsbibliothek, die heutige Bayerische Staatsbibliothek in München, abgegeben⁴. Dort sind die 246 Berichte in 207 Bänden und Mappen mit einem Umfang von über 10.000 Seiten in der Handschriftenabteilung zusammengefasst.⁵ Hinzu kommen die oberbayerischen Berichte, die lange als verschollen galten und sich im Stadtarchiv München als Depositum des Historischen Vereins von Oberbayern befinden.⁶ Von 1995 bis

⁴ Kleindienst, Josef: Geschichte der neueren bayerischen Statistik. München 1914 (= Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. 87).

⁵ Signatur: Cgm 6874-6880.

⁶ Signatur: Historischer Verein, Manuskripte 401. – Insgesamt liegen für die folgenden Landgerichte edierte Berichte der Ärzte vor: Aibling – Heimers, Manfred Peter: Der Physikatsbericht für das Landgericht Aibling. In: Ostbayerisches Archiv (= OA) 125/2, 2001, S. 289-314. – Aichach: Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Landgericht Aichach für die Jahre 1857-1861. In: OA 120, 1996, S. 7-70. Liebhart, Wilhelm; Wagner, Rudolf (Hg.): Land und Leute des Landgerichts Aichach um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die physikalisch-medizinische Topographie und Ethnographie von 1861. In: Aichacher Heimatblatt 44, 1996, 11, S. 41-52; 12, 45-48; 13, 49-52. – Altötting: Renate, Huch, Reiner: Gerichtsarztlicher Jahresbericht pro 1857-1860 des Physikatsbezirks Altötting. In: Oettinger Land 20, 2000, S. 48-75. – Berchtesgaden: Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Berchtesgaden. In: OA 126, 2002, S. 279-298. – Bruck: Neubauer, Brigitte; Pusch, Wolfgang: Der Physikatsbericht für das Landgericht Bruck aus den Jahren 1857-1860. In: OA 123, 1999, S. 265-313. – Burghausen: Heinrich, Renate; Huch, Reiner: Gerichtsarztlicher Jahresbericht für die Etatsjahre 1857-1860 für den Physikatsbezirk Burghausen. In: Oettinger Land 21, 2001, S. 32-84. – Heimers, Manfred Peter: Die Physikatsberichte für das Landgericht Burghausen aus den Jahren 1858-1860. In: OA 126, 2002, S. 299-368. – Dachau: Hanke, Gerhard: Zur Edition des Dachauer Physikatsberichts von 1861. In: Amperland 4, 1993, S. 165. – Stephan, Michael: Edition des Physikatsberichtes für das Landgericht Dachau aus dem Jahr 1861. In: Amperland 29, 1993, S. 184-204. – Ebersberg: Schäfer, Bernhard: Der Physikatsbericht für das Landgericht Ebersberg aus dem Jahre 1861. In: OA 122, 1998, S. 335-434. – Schäfer, Bernhard (Hg.): Der Physikatsbericht für das Landgericht Ebersberg aus dem Jahre 1861. Ebersberg 1998 (= Der Landkreis Ebersberg. Geschichte und Gegenwart. 5). Vgl. auch Werner, Walter: Medizinische Vollversorgung hat keine lange Geschichte. Königlicher Landgerichtsarzt Dr. Ludwig Schwaiger verfaßte 1861 „Physikatsbericht“. In: Ebersberger Heimatblätter 8, 1997, 3, S. 1. – Erding: Adelsberger, Paul: Der Physikatsbericht für das Landgericht Erding von 1861. In: OA 122, 2000, S. 283-371. – Freising: Hug, Ludwig Anton: Medizinische Topographie des kgl. Stadt – und Landgerichtsbezirkes Freising. Erlangen 1870. – Grammel, Wolfgang: Edition des Physikatsberichts für das Landgericht Freising aus den Jahren 1858-1861. In: Amperland 31, 1995, S. 205-230. – Friedberg: Fuchs, Johannes: Die Physikatsberichte für das Landgericht Friedberg für Jahre 1857-1861. In: OA 122, 1998, S. 267-291. – Haag: Adelsberger, Paul: Die Physikatsberichte für das Landgericht Haag für die Jahre 1857/58-1859/60. In: OA 126, 2002, S. 249-277. – Ingolstadt: Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Stadt – und Landgericht Ingolstadt für die Jahre 1857-1861. In: OA 125/2, 2001, S. 225-287. – Landsberg: Münzer, Klaus: Zur Edition des Physikatsberichts des Landgerichts Landsberg von 1861. In: Landsberger Geschichtsblätter 91/92, 1992/93, S. 83-85. – Münzer, Klaus; Eberle, Georg M.: Topographischer & ethnographischer Bericht über das k. Landgericht Landsberg vom k. Gerichtsarzt Dr. Sensburg. In: Landsberger Geschichtsblätter 91/92, 1992/93, S. 86-100. – Laufen: Roth, Hans: Der Physikatsbericht für das Landgericht Laufen. In: OA 127, 2003, S. 191-282. – Roth, Hans: Die medizinischen Verhältnisse im Landgericht Laufen 186. Der Physikatsbericht des Gerichtsarztes Dr. Julius Neudegger. In: Das Salzfaß 37, 2003, 2, S. 96-160. – Miesbach: Wank, Barbara: Der Physikatsbericht für das Landgericht Miesbach für die Jahre 1857/58-1859/60. In: OA 123, 1999, S. 235-264. – Moosburg: Goerge, Rudolf: Der Physikatsbericht für das Landgericht Moosburg (1861). In: OA 125/2, 2001, S. 159-224. – Mühldorf: Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 315-365. – München Stadt, München links der Isar, München rechts der Isar: Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte des Bezirks der Stadt München und der Landgerichte München links der Isar und München rechts der Isar (1861/62). In: OA 125/2, 2001, S. 7-158. – Neumarkt: Rehm-Deutinger, Sabine: Die Physikatsberichte für das Landgericht Neumarkt in Oberbayern (1859, 1861). In: OA 125/2, 2001, S. 367-395. – Pfaffenhofen: Sauer, Andreas; Sedlmeier, Martin: Der Physikatsbericht für das Landgericht Pfaffenhofen an der Ilm von 1861. Pfaffenhofen an der Ilm 1994 (= D'Hopfakirm. 22). – Prien: Fuchs, Johannes: Der Physikatsbericht für das Landgericht Prien von 1861.

2006 wurden diese Berichte im „Oberbayerischen Archiv“, der Zeitschrift des Historischen Vereins von Oberbayern, ediert bzw. auch als Monographien publiziert.

Der Umfang der in Einzelfällen, wie etwa im Falle Berchtesgadens und Pfaffenhofens, nur als Fragmente überlieferten Berichte weicht zum Teil erheblich voneinander ab. Er reicht von 20 Folioseiten (Berchtesgaden) bis 437 Seiten (Trostberg)⁷. Die äußere Gestaltung der Berichte ist ebenfalls durchaus unterschiedlich. Es finden sich neben einfachen fadengehefteten Lagen auch einige optisch sehr ansehnliche, gebundene Exemplare.⁸ Auch die einzelnen Punkte des amtlich vorgegebenen Frageschemas⁹ wurden unterschiedlich gewichtet, so dass sich die Bearbeitung einzelner Themen von Landgericht zu Landgericht in ihrem Umfang erheblich unterscheidet. Einem ersten Kapitel über die weitgehenden natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, wobei die Landwirtschaft hier subsumiert wurde, folgte der größere zweite Abschnitt, der sich den vom Menschen geschaffenen Phänomenen zuwandte. Neben demographischen Punkten finden sich hier aber auch bereits im Fragebogen Ansätze zu unspezifischen Generalisierungen, etwa in der Frage nach dem Charakteristischen der Bevölkerung, reichlicher oder ärmlischer Nahrungsweise oder nach der geistigen Constitution. Die Erforschung mög-

In: OA 123, 1999, S. 315-377. – Rain: Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Landgericht Rain für die Jahre 1857-1861. In: OA 119, 1995, S. 97-146. – Reichenhall: Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Reichenhall. Zum 100. Geburtstag von Dr. Georg von Liebig. In: OA 127, 2003, S. 353-393. – Rosenheim: Heimers, Manfred Peter: Der Physikatsbericht für das Landgericht Rosenheim aus dem Jahr 1861. In: OA 122, 2000, S. 373-415. – Schongau: Reinhardt, Kay: Aus dem Jahresbericht des Königlichen Gerichtsarztes zu Schongau für 1857/58 an die königliche Regierung von Oberbayern. In: Der Welf. Jahrbuch des Historischen Vereins Schongau. Stadt und Land 1994, S. 129-139. – Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 7-96. – Schrobenhausen: Vitthum, Werner: Je ärmer, umso kleiner die Fenster. Schrobenhausener Physikatsbericht von 1861, verfaßt von Eduard Widmann. In: Heimat-Blätter 10, 1996, 6, S. 1-2 und 11, 1997, 1, S. 1. – Direktor, Max: Der Physikatsbericht für das Landgericht Schrobenhausen für das Jahr 1861. In: OA 126, 2002, S. 369-412. – Starnberg: Neubauer, Brigitte: Der Physikatsbericht für das Landgericht Starnberg (1861) mit Beilagen und ergänzenden Berichten. In: OA 121, 1997, S. 7-222. – Tegernsee: Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 71-108. – Tittmoning: Gehringer, Horst: Die Physikatsberichte für das Landgericht Tittmoning für die Jahre 1859 und 1864. In: OA 124, 2000, S. 219-282. – Tölz: Probst, Christian; Probst, Rita: Das Land um Isar und Loisach und seine Menschen im Blick der Ärzte. Zwei Landes- und Volksbeschreibungen aus den Jahren 1806 und 1860. In: Beiträge zur Isarwinkler Heimatkunde 1, 1985, S. 5-108. – Traunstein: Sachse, Christian: Der Physikatsbericht für das Landgericht Traunstein für das Jahr 1861. In: OA 127, 2003, S. 283-351. – Trostberg: Neubauer, Brigitte: Der Physikatsbericht für das Landgericht Trostberg aus dem Jahre 1861. In: OA 129, 2005, S. 67-151. – Wasserburg: Fuchs, Johannes: Der Physikatsbericht für das Landgericht Wasserburg für die Jahre 1857-1861. In: OA 120, 1996, S. 109-190. – Weilheim: Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 7-96. – Werdenfels: Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Werdenfels (1857/58). In: OA 122, 1998, S. 293-334. – Wolfratshausen: Fleige, Matthias: „Vom Wasser sind sie Feinde ...“. Eine medizinische Ortsbeschreibung des Landgerichts Wolfratshausen aus dem Jahre 1862. Diss. med. München 1996.

⁷ Die Angaben beruhen auf einer Liste mit statistischen Angaben zu den Berichten. An dieser Stelle sei meinem Kollegen im Stadtarchiv München Herrn Archivdirektor i. R. Dr. Helmuth Stahleder, herzlich gedankt.

⁸ Der Mühldorfer Gerichtsarzt Dr. Max Ludwig Medicus erhielt im Januar 1863 eine Belobigung „wegen fleißiger und umsichtiger Bearbeitung der Topo- und Ethnographie“, BayHStA, MInn 61260a.

⁹ Aertztliches Intelligenz-Blatt 1858, S. 213.

licher pathogener Faktoren in der Ernährung, den Arbeits- oder den Wohnverhältnissen kam dabei ebenso zum Ausdruck wie das Bemühen durch die Sammlung von Fakten über Baumaterialien, Fensterabmessungen, Ausrichtung der Gebäude, Lage der Aborte und Dungstätten zugleich auch Ansatzpunkte für eine obrigkeitliche Baupolizei zu ermitteln. Initiativen Max von Pettenkofers¹⁰ in München, die zur Vorbeugung der Cholera genau diese Aspekte berücksichtigten¹¹, oder aber die Bemühungen des Landgerichtsarztes Dr. Alois Rosner in Tegernsee um eine Verbesserung der Hygiene durch baupolizeiliche Maßnahmen griffen diese Punkte auf. Während das Interesse an Festen und Vergnügungen, Eheschließungen und Geburten noch mit medizinischen oder statistischen Zielsetzungen begründet werden können, stellt der abschließende Abschnitt mit Fragen zu Religion, Aberglauben und Mystizismus einen Anklang an die von Johann Nepomuk von Ringseis¹² geprägten medizinischen Vorstellungen dar. Auch das Bemühen der Ärzte aus medizinischer Sicht, aber auch der Verwaltung aus obrigkeitlicher Fürsorge für geordnete Verhältnisse findet sich in diesem Punkt.

Dieses Frageschema der Physikatsberichte war vom Ministerium einheitlich vorgegeben und umfasste neben der Topographie mit Angaben zur geographischen Lage, den natürlichen und politischen Grenzen des Bezirks, Klima, Bodenbeschaffenheit, Botanik und Bodenkultur insbesondere einen zweiten großen Bereich, nämlich die Ethnographie. Dabei ging es um Charakteristika der Bezirksbevölkerung, Wohn-, Arbeits-, Kleidungs- und Nahrungsverhältnisse, Arbeitsweise, Wohlstand, Reinlichkeit der Häuser, Feste und Feierlichkeiten, Eheschließungen und Kinderzahl sowie um die „geistige Constitution der Bevölkerung“ samt Neigung zu Aberglauben, religiöse Haltung und Heimatverbundenheit. Gerade hier kam zehn Jahre nach der Revolution von 1848 und dem Rücktritt König Ludwig I. auch ein Aspekt zum Tragen, der König Maximilian II. (1848-1864) im Hinblick auf stabile Herrschaftsverhältnisse ein besonderes Anliegen war.

Neben den politisch-staatsrechtlichen Bedingungen und dem formalen Rahmen der Überlieferung dieser Berichte für das Königreich Bayern spielen die Verfasser eine wichtige Rolle bei ihrer Interpretation, Bewertung und Einordnung. Die Darstellung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung um 1860 wird aus der Sicht der Ärzte beschrieben, so dass deren Biographien zu berücksichtigen sind, wenn es darum geht, charakteristische Merkmale eines Zeitabschnitts oder von Entwicklungstendenzen zu ermitteln. Es gilt also, diese Art von Biographie wie eine „geologische Bohrsonde“¹³ anzuwenden. Die erhaltenen Personalakten des Innenministeriums im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, ergänzt um die kommunale Überlieferung stellen dazu vorzügliche Quellen dar.

¹⁰ Max Josef von Pettenkofer (1818-1901): Hygieniker, vgl. NDB 20, S. 271-273.

¹¹ Mühlauer, Elisabeth: Welch' ein unheimlicher Gast. Die Cholera-Epidemie 1854 in München. Münster u.a. 1996 (= Münchner Beiträge zur Volkskunde. 17).

¹² Johann Nepomuk von Ringseis (1785-1880): Obermedizinalrat und Medizinalreferent im Innenministerium 1825-1871, Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, vgl. ADB 28, S. 635-640.

¹³ Schulze, Hagen: Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft“. In: GWU 29, 1978, S. 508-518.

Die Ärzte zählten in den Gemeinden, die Sitz von Landgerichten waren, neben ihrem vorgesetzten Landrichter, dem Bürgermeister, dem Lehrer, dem Pfarrer, den Kaufleuten und Ökonomen zur Oberschicht und zu dem kleinen Kreis derer, die ein Hochschulstudium absolviert hatten. Sie waren nicht nur organisatorisch in die staatlichen Verwaltungsstrukturen eingebunden. Vielmehr ist zu berücksichtigen, dass die Ärzte als Teil des Systems Staatsverwaltung in ihrer Darstellung sicherlich auch in Betracht zogen, welche Aspekte mit einer bestimmten Diktion mit Rücksicht auf das berufliche Fortkommen, auf Versetzungswünsche etc. gegenüber der vorgesetzten Stelle anzusprechen waren.

Das zwar einheitliche, aber weit gefasste Frageschema ließ den Ärzten großen Spielraum bei der Bearbeitung. Dies zeigen bereits die erheblichen Unterschiede in der Seitenzahl der einzelnen Berichte. Das Interesse des Arztes, die Kenntnis der lokalen Zusammenhänge, der von ihm zu leistende Zeitaufwand, das Vorhandensein einer aussagekräftigen Amtsregistratur, die Zugriffsmöglichkeit auf gedruckte Literatur, wie z. B. der zumindest für Oberbayern bereits vorliegenden „Bavaria“¹⁴, und die subjektive Sicht des Arztes auf die zu untersuchenden Menschen¹⁵ und Gegebenheiten bestimmten ganz wesentlich den Informationsgehalt der Berichte. Vor allem die subjektive Wahrnehmung der Personen und Strukturen vor Ort, die Kritik an Missständen und mögliche Verbesserungsvorschläge oder eben das Ausbleiben der Kritik machen die Perspektive der Ärzte auf das Leben der Landbevölkerung um die Mitte des 19. Jahrhunderts so interessant. Ferner muss dem Beamtenstatus der Ärzte Rechnung getragen werden. Die Rücksicht auf ihre berufliche Position spielte bei der Formulierung der Berichte eine Rolle.

Dies bezieht sich schon auf die Erwähnung der politischen Zuverlässigkeit und der Anhänglichkeit der Gerichtsbevölkerung an das Herrscherhaus, ein Faktor, der nach der Revolution von 1848 einen wichtigen Punkt darstellte. Die staatsbürgerliche Loyalität gegenüber der Dynastie spielte bei Versetzungen, Beförderungen und Auszeichnungen schon aus beamtenrechtlicher Sicht eine wichtige Rolle.¹⁶

Bezüglich ihrer ärztlichen Praxis waren die Landgerichtsärzte zur unentgeltlichen Behandlung der von den Gemeinden erfassten Armen verpflichtet, die grundsätzlich vor Ort bei den Patienten erfolgte. Dies verursachte erhebliche Beschwerden für die Ärzte, die bei jedem Wetter zum Teil erhebliche Strecken meist zu Fuß zu ihren Patienten zurückzulegen hatte, was durchaus Risiken für die eigene Gesundheit mit sich brachte. Der

¹⁴ Bavaria. Landes – und Volkskunde des Königreiches Bayern bearbeitet von einem Kreise bayerischer Gelehrter. 1. Bd. Ober – und Niederbayern. München 1860. Dieser erste Band wurde etwa vom Verfasser des Weilheimer Physikatsberichtes zitiert, vgl. Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 32, ebenso vom Verfasser des Tegernseer Berichtes, vgl. Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 93.

¹⁵ Pötzl, Walter: Die Charakterisierung der Eichstätter im Jahre 1860. Nach dem Physikatsbericht des kgl. Gerichtsarztes Dr. Karl Barth. In: *Schönere Heimat* 81, 1992, S. 72-76.

¹⁶ Dies gilt sowohl für die Betonung der eigenen Zuverlässigkeit in den Schreiben, die die Ärzte an ihre vorgesetzte Stellen richteten, wie auch in allen Stellungnahmen der jeweiligen Kreisregierung oder des Innenministeriums. Vgl. dazu die umfangreiche Personalaktenüberlieferung im Bestand Innenministerium (MInn) des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.

spätere Mühldorfer Gerichtsarzt Dr. Max Ludwig Medicus¹⁷ musste während seiner Tätigkeit im oberfränkischen Ludwigsstadt in der hügeligen Umgebung seines Sprengels an der Grenze zwischen Thüringer Wald und Frankenwald sowie in Ermangelung von Pferd und Wagen größere Strecken zu Fuß bergauf und bergab zurücklegen. So hatte er wegen eines allzu anstrengenden Fußmarsches im August 1846 einen Blutsturz erlitten. Der Gesundheitszustand von Medicus verschlechterte sich so, dass gemäß der Bestätigung seines Kollegen aus Nordhalben die Beschwerden bei seinen Fußmärschen zusammen mit den klimatischen Verhältnisse eine fortwährende Gefahr für schwerwiegende Erkältungen darstellten. In den Versetzungsgesuchen von Medicus fand sich daher immer wieder der Wunsch nach einem Dienort mit angenehmerem Klima.

Solche Klagen über klimatische Unbilden, damit zusammenhängende gesundheitliche Problem sowie Bemerkungen über die körperlichen Belastungen wegen der zu Fuß bei Wind und Wetter zurückzulegenden weiten Wege zu den Patienten auf unwegsamen Straßen kehren in den Schreiben vieler Ärzte wieder. Darüber hinaus bilden die Petitionen um Verleihung eines Physikats wegen der schlechten materiellen Verhältnisse sowie die Versetzungsgesuche das Gros der in den Personalakten abgelegten Unterlagen.

Das Jahreseinkommen¹⁸ eines Gerichtsarztes lag bei 600 fl., in einigen Fälle¹⁹ bei 550 fl., zu denen dann noch Naturralleistungen in Form von Weizen oder Korn im Wert von etwa 50 fl. gewährt wurden. Es betrug damit genau die Hälfte der Bezüge des vorgesetzten Landrichters. Erst 1862 erfolgte eine Erhöhung zumindest für die Ärzte der größeren Bezirke (Bezirksärzte I. Klasse) auf 800 fl. Daher kann mit Recht von einer Sparmaßnahme gesprochen werden, mit der der flächendeckende Ausbau der ärztlichen Versorgung in Bayern finanziert wurde.²⁰ Zusätzlich durften die Landgerichtsärzte aber Einkommen aus privater Praxis erzielen. Dabei stellte sich jedoch die Verpflichtung zur unentgeltlichen Behandlung der Armen sowie die Tatsache, dass der Armenanteil generell, wenn auch regional unterschiedlich, hoch war, als Hindernis heraus. Die Konkurrenzsituation zu dem bei der Bevölkerung beliebten, nicht akademisch ausgebildeten Personal, vor allem den Badern, oder zu praktizierenden Ärzten außerhalb des Staatsdienstes ließ die Gerichtsärzte ihre wirtschaftliche Situation oft als schwierig empfinden, zumal ihre soziale Herkunft, ihr Universitätsstudium, ihr Berufsethos und ihre soziale Stellung vor Ort²¹ eine bestimmte Vorstellung über ihren Lebensstandard mit sich brachte.

¹⁷ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 316-321.

¹⁸ Vgl. Loos, Edeltraud: „Behufs der Bestimmung des im Bezirk herrschenden Kulturgrades ...“. Die Physikatsberichte in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte Mittelfrankens. Ansbach 1999 (= Mittelfränkische Studien. 13), S. 104-106.

¹⁹ So in Mitterfels, vgl. Spiegel, Beate: Physikatsberichte als Spiegel des Alltagslebens in Niederbayern um 1860. Magisterarbeit, München 1986. S. 35; ähnlich in Mühldorf, vgl. Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 319.

²⁰ Probst, Christian: Die Reform des Medizinalwesens in Bayern zwischen 1799 und 1808. In: Weis, Eberhard (Hg.): Reformen im rheinbündischen Deutschland. München 1984. S. 202.

²¹ Vgl. Loos, Edeltraud: „Behufs der Bestimmung des im Bezirk herrschenden Kulturgrades ...“. Die Physikatsberichte in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte Mittelfrankens. Ansbach 1999 (= Mittelfränkische Studien. 13), S. 95-104.

Die angesprochene Konkurrenz unter den Ärzten muss auch vor der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung Bayerns im 19. Jahrhundert durch die Zunahme der Zahl akademisch ausgebildeter Ärzte (um 1800 ca. 100 Ärzte in Ober- und Niederbayern, davon 19 auf dem Land²²; im Königreich Bayern 1843 bei 4 Mill. Einwohnern: 1.118; 1869: 1.467²³), die den Bevölkerungszuwachs in der Relation bei weitem übertraf. Hinzu kam der Aufbau der Krankenhäuser im ländlichen Raum. Die Folge war eine fortwährende Klage über die unzureichende Einkommenssituation. Für private Praxis blieb den Gerichtsärzten oft nicht mehr viel Zeit angesichts ihrer Arbeitsbelastung durch Verwaltungstätigkeit und Armenbehandlung. Diejenigen Patienten aber, die sie gegen Bezahlung hätten behandeln können, stellten wiederum für die nicht verbeamteten Ärzte die Grundlage ihrer Existenz dar. Die zusätzliche Aufgabe der Anfertigung einer Topographie und Ethnographie wurde vor dem Hintergrund dieser Situation oft als Belastung empfunden. Deutlich wird dies in den Ausführungen im Physikatsbericht des inzwischen nach Mühldorf am Inn versetzten Dr. Max Ludwig Medicus:

Übrigens ist die gestellte Aufgabe eine sehr umfangreiche, zu deren gediegener Lösung vor Allem genaue Specialkarten und dann vielfältige literarische Hilfsmittel gehören. Bei dem geringen Dienstesgehalte der Gerichtsärzte werden wahrscheinlich nur Wenige derselben im Stande sein, die Kosten zur Anschaffung dieser chartographischen und literarischen Hilfsmittel aufzubringen. [...] Ganz abgesehen von der Neigung dürfte bei sehr Vielen die Sorge für ihre Familien, welche eine nicht minder heilige Pflicht als die Dienstespflicht ist, solchen Kostenaufwand um so mehr kategorisch verbieten, als die dienstlichen Anforderungen an die Gerichtsärzte bei sich gleich bleibenden Diensteseinkommen in stetiger Steigerung begriffen sind und daher den Gerichtsärzten von Jahr zu Jahr weniger Zeit übrig bleibt, um ihr geringes Diensteseinkommen durch Privat-Erwerb zu ergänzen.²⁴

Welche Bedeutung die Biographie eines Arztes für seine Sicht der Dinge hatte, mögen die Beispiele des Werdenfelser und des Tegernseer Physicus zeigen. Der Gerichtsarzt Dr. Joseph Spieß charakterisierte die im Landgericht Werdenfels lebenden Menschen in wenig schmeichelhafter Weise. Zwar beobachtete er auch hier ein Verharren an der Heimat²⁵, v. a. bei den Altwerdenfelsern, doch stellte er fest:

Die Altwerdenfelser sind nämlich weder Bayern noch Tyroler, haben keinen Patriotismus, träumen viel von der ehemals bischöflich freisingischen Grafschaft Werdenfels, möchten sich selbst regieren, haßen jeden Beamten, weil sie gehorchen sollen, scheuen das Militär Leben, sind feig, falsch und hinterlistig, laufen zwar unablässig in die Kirche, haben aber dennoch ein

²² Probst, Christian: Die Reform des Medizinalwesens in Bayern zwischen 1799 und 1808. In: Weis, Eberhard (Hg.): Reformen im rheinbündischen Deutschland. München 1984. S. 197.

²³ Weber, Reinhard: Ärzte und Medizinalwesen im 19. Jahrhundert. In: Amperland 29, 1993, S. 174.

²⁴ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 322.

²⁵ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Werdenfels (1857/58). In: OA 122, 1998, S. 320.

weites Gewissen, ziehen sich zurück, wenn es gilt, die Wahrheit zu sagen, legen Pasquille [=Spott-, Schmähschrift]²⁶ und suchen überhaupt das Versteck der Lüge und Verläumdung²⁷.

Spieß wurde im Alter von 43 Jahren 1854 zum Arzt des Landgerichts Werdenfels ernannt und war zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichtes knapp vier Jahr in dieser Funktion tätig. Aus seiner Biographie wird die schwierige materielle Situation der im Staatsdienst tätigen Ärzte deutlich, weil die Bevölkerung zu den ortsansässigen Badern mehr Vertrauen hatte als zu dem jungen studierten Arzt von außerhalb. Die Tatsache, dass aus diesem Grunde eher die Dienste der Bader in Anspruch genommen wurden, und die Kosten, die der Kauf der Baderei in Irlbach sowie seine Ansässigmachung und Verehelichung verursachten, führten schließlich zu einer außerordentlichen finanziellen Belastung. Spieß, kaum 30 Jahre alt, ersuchte daher in einem Schreiben an das Innenministerium dringlich um die Überlassung einer Gerichtsarztstelle *in irgendeinem Theile des Reiches*²⁸. Dennoch musste er bis 1854 warten, ehe ihm nach 26 (!) vergeblichen Anläufen der Distrikt Giesing im Landgericht Au mit einer besseren finanziellen Dotierung übertragen wurde. Vergeblich hatte Spieß bis dahin immer wieder seine missliche materielle Lage unter Hinweis auf seine Frau und seine inzwischen vier Kinder als Begründung für die Verleihung eines Physikates angeführt. Spieß folgte Dr. Joseph Wägner nach, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war. Gegen letzteren gab es von Seiten der Obrigkeit eine Reihe von Bedenken, die von seinem zum Teil beleidigenden Verhalten über die Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht bis hin zu nachlässiger Dienstausbübung und zu Unregelmäßigkeiten bei der Honorarabrechnung reichten. Dazu zählten auch fragwürdige Ergebnisse bei Musterungsuntersuchungen. Bei diesen hatte Wägner einige junge Männer zuzunächst ausgemustert, die nachträglich dann doch für den Militärdienst tauglich befunden wurden.

Aber auch jetzt besserte sich die finanzielle Situation der Familie Spieß keineswegs, denn Spieß hatte in einem zwar pensionierten, aber noch praktizierenden Kollegen im Kainzenbad im benachbarten Partenkirchen eine unliebsame Konkurrenz. Wieder bewarb sich Spieß um einen lukrativeren Posten, der ihm nach sieben Bewerbungsschreiben 1860 mit der Gerichtsarztstelle in Moosburg schließlich auch verliehen wurde. Die ersehnte materielle Verbesserung aber fand Spieß auch hier nicht, da er durch ein Brandunglück im Jahr 1865 allein einen Schaden von 1.000 fl. erlitt.

Demgegenüber steht die Sicht des Tegernseer Landgerichtsarztes. Dr. Alois Rosner betonte die Verbundenheit der hiesigen Bevölkerung mit ihrer Heimat

und seitdem der höchstselige König Max I., angezogen von den Reizen der Landschaft Tegernsee zu seinem Lieblingsaufenthalte erkoren, und mit Wohlthaten, und mit volksbeglückenden, wohlstandhebenden Einrichtungen

²⁶ Grimm, Jacob; Grimm, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch. Bd. 7, Leipzig 1889, Sp.1482-1483.

²⁷ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Werdenfels (1857/58). In: OA 122, 1998, S. 320.

²⁸ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Werdenfels (1857/58). In: OA 122, 1998, S. 295.

gesegnet hat, findet er [=der Bewohner] in ihr alles, was ihm zu einem sicheren, heiteren Dasein nöthig ist, so reichlich, dass er es nicht auswärts zu suchen braucht²⁹.

Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen fühlte sich Rosner an seinem Wirkungsort wohl. Nur einmal in seiner bis zu seinem Tod im Januar 1898 reichenden Tätigkeit beantragte Rosner im Jahre 1864 sechs Jahre nach seinem Amtsantritt erfolglos eine Versetzung nach München, um dort in der Nähe von Fachkollegen arbeiten zu können. In Tegernsee erwarb sich Rosner wegen seines medizinischen Engagements und seines Einsatzes für die gesundheitspolizeilichen Verhältnisse, insbesondere für die Schaffung einer Wasserleitung³⁰ und für Abwasserentsorgung hohes Ansehen. Deshalb verlieh ihm die Gemeinde Tegernsee in Anbetracht seiner ersprießlichen Verdienste und hervorragender [!] Thätigkeit“ mit Beschluss vom 4. November 1875 das Ehrenbürgerrecht³¹. Rosner tat sich neben seinem Engagement auf hygienischem Gebiet aber auch als Mediziner hervor, zum einen als Mitglied im ärztlichen Bezirksverein Rosenheim, zum anderen als Spezialist in der Augenheilkunde, was Herzog Carl Theodor in Bayern durch die Assistenz Rosners in der herzoglichen Augenklinik aus eigener Erfahrung kannte, und schließlich durch seine Behandlungstätigkeit in Bad Kreuth. In der Begründung für eine Ordensverleihung 1885 wurde neben den genannten Verdiensten, darauf hingewiesen, dass Rosners ärztlicher Einsatz und sein Engagement für das Distriktkrankenhaus dazu beigetragen habe, die Bedeutung Tegernsees als klimatischer Kurort und als Ort der Sommerfrische und damit des frühen Tourismus zu steigern.

Kehren wir aber noch einmal ins Werdenfelser Land zurück.

Die hiesigen Gebirgs Bewohner beiderlei Geschlechtes bilden in physischer Beziehung einen mittelkräftigen Menschengeschlag, gewöhnlicher Statur, unternetzten Körperbaues und erfreuen sich einer ebenso guten als dauerhaften Gesundheit, so daß ein Lebens Alter von 70 – 90 Jahren nicht selten ist. Am kräftigsten tritt dieser Menschengeschlag hervor in den Gemeinden Schwaigen, Oberau, Eschenlohe, Krün und Wallgau, deren Bewohner sich durch stärkeren Knochen – und Muskelbau sowohl wie auch durch höhere Gestalten vor allen übrigen auszeichnen.

Weniger kräftig und mehr schwächlicher Constitution sind diejenigen Bewohner von Oberammergau, welche sich mit Schnitz Arbeiten beschäftigen. Eine geschwächte Körper Constitution dagegen hat ein grosser Theil der Einwohner Mittenwalds, der mit Geigenmachen nur kümmerlich sein Leben fristet.

²⁹ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 102-103.

³⁰ Loos, Edeltraud: Wasserversorgung im Wandel der Zeiten. In: Erste Begegnungen mit Geschichte, hrsg. von Waltraud Schreiber, 2, 1999, S. 1345-1369 (= Bayerische Studien zur Geschichtsdidaktik. 1).

³¹ Eintrag im Beschlußbuch, Registratur der Stadt Tegernsee.

Charakteristisch ist in physischer Beziehung, dass der Altwerdenfelser (Garmisch, Partenkirchen und Mittenwald) seine körperlichen Kräfte möglichst zu schonen sucht. Fleißig und arbeitsam ist derselbe nur so lange, als es sich um die nöthigsten Lebensbedürfnisse, nämlich seinen Holz – und Viehfutter Vorrath handelt. Will Jemand Anderer seine Dienste, so verlangt er gut bezahlt und fünfmal des Tages genährt zu werden. Wird ihm die erwünschte Kost nicht verabreicht, so bleibt er dann zu Hause, daher das Sprüchwort: „Lieber einen leeren Darm als einen müden Arm!“

Neben den Beschreibungen von Hausbau und Arbeitsweise sind es in den Physikatsberichten gerade solche Charakterisierungen, die geradezu Bilder von dem „typischen“ Bayern, Schwaben oder Franken entwerfen. Es sind dabei vor allem Vertreter des Faches Volkskunde bzw. nach der Umbenennung der Europäischen Ethnologie, die mit Arbeiten zur Stereotypen-Forschung in der Literatur hervortreten. Der schwäbische Bezirksheimatpfleger Peter Fassl wies darauf jüngst in einem Beitrag hin.³² Zu Recht bezeichnete er Stereotypen als geistige Konstrukte, die als Selbstbestimmungsmerkmal die Gruppenidentität stärken und als Fremdbestimmung von anderen Gruppen abgrenzen. Die Aktualität solcher Stereotypen stellt der Werdenfelser Gerichtsarzt im 19. Jh. ebenso unter Beweis, wie ein Blick auf die aktuelle europapolitische Diskussion in den Medien mit ihren Stereotypen von Nationalitäten. Den Beobachtungen der Ärzte lagen bei ihren Ansichten bereits vorhandene Volksbeschreibungen, allgemeine Beobachtungen aus der Geschichte oder eben wie in unserem Fall ein bestimmtes anthropologisches Denken zu Grunde, das sich seit dem 18. Jh. zu einem biologisch-rassekundlichem Forschungsansatz auch an den Universitäten weiterentwickelte. Bezüglich dieser Stereotype kommt in den Berichten „der Franke“ bezüglich der intellektuellen Fähigkeit am besten weg, gefolgt von „den Schwaben“ und „den Bayern“. Letzteren wird nachgesagt, dass sie unreinlich und rückständig sind, keine Arbeitsamkeit zeigen, raufen und trinken und an ihrer herkömmlichen Lebensweise und ihrer Heimat festhalten. Manchen Gerichtsärzten waren diese Stereotypen bewusst und sie konterkarierten sie mit ihren eigenen Beobachtungen, ohne aber den Widerspruch aufzulösen. Dabei nimmt die Perspektive der Ärzte immer die Position des Erzählers ein, der mit dem Blick von außen auf die Gruppe berichtet. Sie gehörten dem bürgerlichen Stand an und zählten bezüglich Erziehung und Ausbildung zur Oberschicht. Beobachtungen zu Hygiene, Kindererziehung und gesunder Kinderernährung, Reduzierung der Säuglingssterblichkeit, zu bürgerlichen Tugenden wie Fleiß, Ordnung, Disziplin, gesittetes Betragen kommen in den Berichten geradezu flächendeckend vor. Am Ende stehen dann Äußerungen über die sparsamen, klugen, fleißigen Schwaben, den dummen Bayern oder den aufgeweckten Franken. In jedem Fall spiegeln sich in diesen Auffassungen ältere Einflüsse über das Bild der einzelnen bayerischen Stämme, eigene Wahrnehmungen der Gerichtsärzte vor Ort und bisweilen auch

³² Fassl, Peter: Schwaben, Franken und Bayern in den Physikatsberichten von 1858-1861. In: Fassl, Peter; Liebhart, Wilhelm; Wüst, Wolfgang (Hgg.): Groß im Kleinen – Klein im Großen. Beiträge zur Mikro – und Landesgeschichte. Konstanz, München 2014 (=Irseer Schriften. N.F. 10). S. 311-356.

eine gewisse Ironie der beamteten Verfasser der Berichte.³³ Der Gerichtsarzt des Landgerichts von München links der Isar bringt dies in wenigen Zeilen als Rückblick auf die letzten Jahrzehnte bayerischer Geschichte zum Ausdruck:

*Es ist eine alte und durch die Geschichte bewährte Erfahrungssache, dass die neuen Eindringlinge die alten Einwohner allmählig verdrängen. Rhein- und Oberpfälzer haben bereits den Stoß gegeben und die Altbayern aus ihren Geleise getrieben, die Neubayerischen Franken, welche wie nach einem gelobten Lande zu uns herübersiedeln werden mit ihrer berechnenden Schlaueit das Werk vollenden und uns beherrschen.*³⁴

Seit den Ausführungen von Wolfgang Zorn fanden die Berichte der bayerischen Gerichtsärzte aus den Jahren von 1858 bis 1861, die Physikatsberichte, das Interesse der Forschung.³⁵ Mit medizinischen Topographien beschäftigten sich seit den 1930er Jahren bis hin zur Edition des Tölzer Physikatsberichtes durch Christian und Rita Probst³⁶ zunächst die Medizingeschichte³⁷ und die Sozialgeschichte. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten wandte sich auch die Volkskunde und die Landesgeschichte diesen von Ärzten verfassten Berichten zu, die vor allem als Grundlage für orts-³⁸ oder regionalhistorische³⁹,

³³ Fassl, S. 325-327.

³⁴ Neubauer, in: OA 125/2, 2001, S. 119-120.

³⁵ Willi, Gerhard: Chronologische Bibliographie zu den Physikatsberichten in Bayern. In: Fassl, Peter; Kießling, Rolf (Hgg.): Volksleben im 19. Jahrhundert. Studien zu den bayerischen Physikatsberichten und verwandten Quellen. Wolfgang Zorn zum 80. Geburtstag. Augsburg 2003 (=Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 10 Quellen zur historischen Volks- und Landeskunde, 2), S. 213 – 226.

³⁶ Probst, Christian; Probst, Rita: Das Land um Isar und Loisach und seine Menschen im Blick der Ärzte. Zwei Landes- und Volksbeschreibungen aus den Jahren 1806 und 1860. Bad Tölz 1985, S. 5-108 (= Beiträge zur Isarwinkler Heimatkunde. 1).

³⁷ Vgl. die Einordnung des ersten deutschsprachigen Physikatsberichtes von G. Jägerschmid aus dem Jahr 1760 durch Alfons Jäger zur Medizingeschichte. Fischer, Alfons: Beiträge zur Kulturhygiene des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Deutschen Reiche. Leipzig 1928 (= Studien zur Geschichte der Medizin. 16).

³⁸ Pötzl, Walter: Die Entwicklung der drei Siedlungen vom späten Mittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Gottlieb, Gunther; Pötzl, Walter (Hgg.): Geschichte der Marktgemeinde Stadtbergen. Stadtbergen. Leitershofen, Deuringen. Stadtbergen 1992, S. 57-78. – Pötzl, Walter (Hg.): Zusmarshausen. Markt, Pfliegamt, Landgericht und Bezirksamt. Zusmarshausen 1992. – Knöpfle, Georg: Bonstetten. Ein Dorf im Wandel der Zeit. Bonstetten 2001. – Wormer, Eberhard J.: Die bayerischen Physikatsberichte aus medizingeschichtlicher Sicht. In: Fassl, Peter; Kießling, Rolf (Hgg.): Volksleben im 19. Jahrhundert. Studien zu den bayerischen Physikatsberichten und verwandten Quellen. Wolfgang Zorn zum 80. Geburtstag. Augsburg 2003 (=Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 10 Quellen zur historischen Volks- und Landeskunde. 2), S. 125-142.

³⁹ Lamping, Heinrich: Verwaltungs und Wirtschaftszentren im Übergangsraum von Mittel- und Unterfranken im 19. Jahrhundert. In: Frankenland 21, 1969, S. 68-71, 110-112. – Sachsse, Christoph; Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1980. – Fischbach, Tilman M.: Die medizinische Versorgung des Landkreises. In: Dobras, Werner; Kurz, Werner (Hgg.): Daheim im Landkreis Lindau. Konstanz 1994, S. 325-331. – Kilian, Ruth: Blicke auf das Ries. Land und Leute in der verwalteten Region. Nördlingen 2000. – Simmacher, Georg: Wo die Hilfe Heimat hat. Zur Geschichte des Sozialwesens im Landkreis Günzburg. Augsburg 2000.

landeskundliche⁴⁰, geographische⁴¹, sozialhistorische⁴² und volkskundliche⁴³ Forschungen zu Aspekten des Alltagslebens⁴⁴ wie etwa der täglichen Arbeit⁴⁵, der Brauchforschung⁴⁶

- ⁴⁰ Pötzl, Walter (Hg.): *Landschaft und Natur*. Augsburg 1993 (= *Der Landkreis Augsburg*. Bd. 1).
- ⁴¹ Lamping, Heinrich: *Der Landkreis Karlstadt in seiner wirtschafts- und verwaltungsgeographischen Entwicklung*. In: *Der Landkreis Karlstadt am Main 110 Jahre*. München 1972, S. 9-14. – Lamping, Heinrich: *Der Landkreis Königshofen im Grabfeld und seine geographische Entwicklung*. In: *Landkreis Königshofen im Grabfeld*. München-Assling 1972, S. 9-13.
- ⁴² Lamping, Heinrich: *Zur Bevölkerungsmobilität in landwirtschaftlich-gewerblichen Räumen, untersucht am Beispiel Frankens mit vier Karten*. In: Harmening, Dieter u. a. (Hg.): *Volkskultur und Geschichte*. Festgabe für Josef Dünninger zum 65. Geburtstag. Berlin 1970, S. 137-152. – Lamping, Heinrich: *Zur Relevanz administrativer Zentren und Einheiten für die Entwicklung zentraler Orte und ihrer Bereiche*. Würzburg 1970 (= *Würzburger Geographische Arbeiten*. 32). – Willi, Gerhard: *Die schwäbischen Juden in den volkskundlichen Berichten des 19. Jahrhunderts*. In: Fassl, Peter (Hg.): *Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben II. Neudeer Forschungen und Zeitzeugenberichte*. Stuttgart 2000, S. 243-256 (= *Irseer Schriften*. 5).
- ⁴³ Willi, Gerhard: *Die Physikatsberichte als wiederentdeckte volkskundliche Quelle*. *Der Physikatsbericht von Obergünzburg*. In: *Heimatverein für den Landkreis Augsburg, Jahresbericht 26, 1997/99*, 2, S. 635-663. – Pötzl, Walter: *Bauern – Handwerker – Arbeiter*. *Beiträge zur Wirtschafts – Sozial – und Bildungsgeschichte*. Augsburg 2001 (= *Der Landkreis Augsburg*. 4).
- ⁴⁴ Brügelmann, Jan: *Der Blick des Arztes auf die Krankheit im Alltag 1779-1850*. *Medizinische Topographien als Quelle für die Sozialgeschichte des Gesundheitswesens*. Berlin 1982. – Brandlmeier, Karl-Paul: *Medizinische Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet*. Berlin 1942 (= *Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften*. 38). Fischer, Alfons: *Geschichte des deutschen Gesundheitswesens*, Bd. II: *Von den Anfängen der hygienischen Ortsbeschreibungen bis zur Gründung des Reichsgesundheitsamtes*. Berlin 1933. – Heizmann, Berthold: *Medizinische Topographien als volkskundliche Quelle*. In: *Fachwerk* (= *Mitteilungsblatt des volkskundlichen Instituts der Universität Bonn*). Nr. 1/2, 1983, S. 24-32. Zeiss, Heinz: *Medizinische Topographien als volkskundliche Quelle*. In: *Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik* V, 1935, S. 175-182. – Shorter, Edward: „La Vie Intime“. *Beiträge zu seiner Geschichte am Beispiel des kulturellen Wandels in den bayerischen Unterschichten im 19. Jahrhundert*. In: Ludz, Peter Christian (Hg.): *Soziologie und Sozialgeschichte*. Opladen 1973, S. 530-549. – Shorter, Edward: *Die Geburt der modernen Familie*. Hamburg 1977. – Shorter, Edward: *Der weibliche Körper als Schicksal*. *Zur Sozialgeschichte der Frau*. München 1982. – Willi, Gerhard: *Dokumentation volkskundlichen Lebens in Schwaben*. In: *Heimatspflege und Museen in Schwaben* 1994, 3, S. 1 f. – Atterer, Maria: *Volksmedizinische Praktiken im süddeutschen Raum nach den Physikatsberichten des 19. Jahrhunderts*. Unveröff. Magisterarbeit Augsburg 1996. – Reder, Klaus: *Wie unsere Altvorderen im 19. Jahrhundert lebten*. In: *Heimat-Jahrbuch des Landkreises Rhön-Grabfeld* 18, 1996, S. 313 – 317.
- ⁴⁵ Eckl, Josef: *Die Landwirtschaft im Physikatsbericht Kötzing*. In: *Beiträge zur Geschichte im Landkreis Cham* 15, 1998, S. 125-136. – Kilian, Ruth: *Die Rieser Landwirtschaft im Wandel*. *Vom Kuhgespann zum Traktor*. *Von der Sichel zur Mähmaschine*. *Vom Untertan zum Unternehmer*. *Von der Gemeinschaftsarbeit zum Einmannbetrieb*. Oberschönenfeld. 2002 (= *Schriftenreihe der Museen des Bezirks Schwaben*. 27). – Müller, Gerhard: *Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848-1919*. Theuern 1988 (= *Schriftenreihe des Berbau – und Industriemuseums Ostbayern*. 15).
- ⁴⁶ Pötzl, Walter: *Brauchtum*. In: *Landkreis Unterallgäu*, Bd. 1, hg. v. *Landkreis Unterallgäu*. Mindelheim 1987, S. 417-431. – Pötzl, Walter: *Brauchtum im Landgericht und Bezirksamt Kempten im 19. und 20. Jahrhundert*. In: *Allgäuer Geschichtsfreund* (= AGF) 89, 1989, S. 79-94. – Pötzl, Walter: *Der Landkreis Augsburg*. *Natur, Geschichte, Kunst und Kultur*. Augsburg 1989. – Pötzl, Walter: *Brauchtum um die Jahrhundertwende*. In: *Jahresbericht des Heimatvereins für den Landkreis Augsburg* (=JHLA), 21. Sonderbd., Augsburg 1990. – Pötzl, Walter: *Brauchtum*. *Von der Martinsgans zum Leonhardiritt, von der Wiege zur Bahre*. Augsburg 1999 (= *Der Landkreis Augsburg*. 7). – Wörndl, Rupert: „*Treuherziges Gepolter und gellende Jubelrufe*“. *Die Aschauer Almen im Physikatsbericht von 1861*. In: *Der Almbauer* 55, 2003, 2, S. 22-23.

der Tracht⁴⁷, der Ernährung⁴⁸, der Volksfrömmigkeit⁴⁹ und der Hausgeschichte⁵⁰ ausgewertet wurden.

Auch wenn die Thematik angefangen von der wissenschaftlichen Literatur bis hin zur Rundfunkberichterstattung⁵¹ bis auf den heutigen Tag breites Interesse fand, kam das Projekt einer gesamt-bayerischen wissenschaftlichen Bearbeitung der Physikatsberichte nicht zur Realisierung. Stattdessen gibt es auf regionaler Ebene Bemühungen, diese Quellen allgemein zugänglich zu machen. Als Ergebnis der Beschäftigung mit den Physikatsberichten entstanden eine Reihe von Arbeiten, die diese als eine wichtige Grundlage

⁴⁷ Weitnauer, Alfred: Tracht und Gwand im Schwabenland. 1. Teil. Beschreibungen der letzten bodenständigen Trachten im Gebiet des Regierungsbezirkes Schwaben. Kempten 1957. – Zaborsky-Wahlstätten, Oskar von: Die Tracht im Bayerischen und Böhmerwald. München 1958 (= Trachtenkunde der bayerischen Gaue. 3). – Zaborsky-Wahlstätten, Oskar; Ritz, Gislinde: Die Tracht in der Oberpfalz. Kallmünz 1985. – Haller, Reinhard: Aus alten Kästen und Truhen. München 1980. – Wörtz, Walter: Tracht und Gwand. In: Landkreis Unterallgäu. 1, hg. v. Landkreis Unterallgäu. Mindelheim 1987. S. 432-438.

⁴⁸ Benker, Gertrud: Altoberpfälzer Kost – Medicinische Ethnographie und Topographie des Regierungsbezirks Oberpfalz und Regensburg nach den Berichten der amtlichen Ärzte. In: BJV 1966/67, 1967, S. 172-204. – Wiegelmann, Günter: Volkskundliche Studien zum Wandel der Speisen und Mahlzeiten. In: Teuteberg, Hans J.; Wiegelmann, Günter (Hgg.): Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung. Göttingen 1972. S. 223-368. (= Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert. 5). – Heizmann, Berthold: Medizinische Topographien als volkskundliche Quelle. Ein Beitrag zur Nahrungsforschung im Rheinland. In: Fachwerk. Mitteilungsblatt des volkskundlichen Seminars der Universität Bonn 1983, 1/2, S. 24-32. – Dietl, Markus: Die Essensgewohnheiten des Landvolkes in Unterfranken nach den Physikatsberichten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Würzburg 1989 (= Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte 37). – Siemons, Stefan: Süße Nudeln und braunes Bier. Alltagsernährung in Bayerisch-Schwaben untersucht an den Physikatsberichten. In: Jahresbericht des Heimatvereins für den Landkreis Augsburg, 27, 2000, S. 239-257. – Pötzl, Walter: Kirchengeschichte und Volksfrömmigkeit. Augsburg 1994 (= Der Landkreis Augsburg. 5).

⁴⁹ Pötzl, Walter: Ostbayerische Volksfrömmigkeit im 19. Jahrhundert auf der Grundlage der Physikatsberichte. In: Ostbairische Grenzmarken. Passauer Jahrbuch für Geschichte, Kunst und Volkskunde 31, 1989, S. 86-97. – Blessing, Werner K.: Reform, Restauration, Rezession, Kirchenreligion und Volksreligiosität zwischen Aufklärung und Industrialisierung. In: Schieder, Wolfgang (Hg.): Volksreligiosität in der modernen Sozialgeschichte. Göttingen 1986 (= Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 11). S. 97-122. – Pötzl, Walter: Volksfrömmigkeit. In: Brandmüller, Walter (Hg.) Handbuch der bayerischen Kirchengeschichte, 3: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil. St. Ottilien 1991, S. 809-844. – Reder, Klaus: Fränkische Wallfahrt im Urteil der bayerischen Physikatsberichte von 1861. In: Brückner, Wolfgang (Hg.): Wallfahrt im Bistum Würzburg. Würzburg 1996. S. 40-48 (= Kirche, Kunst und Kultur in Franken. 3).

⁵⁰ Gebhard, Torsten: Bäuerliches Wohnen im 19. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel Bayern. In: Spies, Gerd (Hg.): Wohnen – Realität und museale Präsentation. 1. Arbeitstagung der Arbeitsgruppe Kulturge-schichtlich Museen 1971. Braunschweig 1971, S. 63-77. – Gebhard, Torsten: Wohnen und Wirtschaften im Ries bis zum Beginn des Industriezeitalters. In: Rieser Kulturtage 2, 1978, S. 90-105. – Bedal, Konrad: Ofen und Herd im Bauernhaus Nordostbayerns. Eine Untersuchung der älteren Feuerstätten im ländlichen Anwesen des östlichen Franken und der nördlichen Oberpfalz. München 1972 (= Beiträge zur Volkskulturforschung. 20). – Gläntzer, Volker: Ländliches Wohnen vor der Industrialisierung. München 1980 (= Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland. 12). – Pötzl, Walter; Gutmann, Horst (Hgg.): Das Staudenhaus aus Döpschhofen. Augsburg 1985 (= Beiträge zur Heimatkunde des Landkreises Augsburg. 8). – Pötzl, Walter; Hartmann, Anni (Hg.): Geschirr und Gerät in alter Zeit. Augsburg 1995 (= Beiträge zur Heimatkunde des Landkreises Augsburg 13/1995). – Kilian, Ruth: Wohnen und hygienische Verhältnisse im Ries um 1860. In: Rieser Kulturtage 13, 2000, Nördlingen 2001, S. 621-636.

⁵¹ Dimpfl, Monika: „Aus einem Stumpfhaufen bei der Regierung von Oberbayern gerettet“. Physikatsberichte aus den Jahren 1858-1862. Ms. München: Bayerischer Rundfunk 2000 (= Bayern – Land und Leute).

zur Untersuchung der Volksmedizinforforschung und der sozialen Volkskunde behandeln. Im Mittelpunkt der Untersuchungen über das Zusammenwirken klimatischer, topographischer und sozialer Faktoren und über ihren Einfluss auf die Bevölkerung standen dabei entweder Bayern⁵² insgesamt oder allerdings in unterschiedlicher Gewichtung einzelne Regierungsbezirke, also die Oberpfalz⁵³, Oberfranken⁵⁴, Mittelfranken⁵⁵, Unter-

⁵² Bergmeier, Monika: Wirtschaftsleben und Mentalität. Modernisierung im Spiegel der bayerischen Physikatsberichte 1858-1862. Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Pfalz, Oberpfalz. München 1990.

⁵³ Probst, Christian; Zorn Wolfgang: Karl Georg Bredauer: Bezirksamt Riedenburg. Eine topographisch-ethnographische Bezirksbeschreibung von 1861. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für die Oberpfalz (= VHVO) 125, 1985, S. 239-325. – Wormer, Eberhard J.: Das Leben der Oberpfälzer in Gesundheit und Krankheit an der Schwelle zum Industriezeitalter. München 1988 (= Miscellanea Bavaria Monacensis, MBM 114). – Probst, Erwin: Ostbayern – Land und Leute im 19. Jahrhundert. Bayerische Physikatsberichte um 1860 und ihr historisches Umfeld als landes- und volkskundliche Quelle. In: VHVO 142, 2002, S. 65-80.

⁵⁴ Beck, Albin Heinrich: Soziales Leben, Gesundheit und Krankheit in Oberfranken um 1860. Nach den Physikatsberichten der Amtsärzte. München 1990. – Stolberg, Michael: Heilkunde zwischen Staat und Bevölkerung. Angebot und Annahme medizinischer Versorgung in Oberfranken im frühen 19. Jahrhundert. München 1986. – Scheinost, Marina; Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für die Stadt Bamberg von 1861. In: Berichte des Historischen Vereins Bamberg (= BHVB) 140, 2004, S. 197-236. – Scheinost, Marina; Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Bamberg II. In: BHVB 141, 2005, S. 403-433. – Scheinost, Marina; Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Bamberg I. In: BHVB 142, 2006, S. 159-228.

⁵⁵ Krauss, Heinrich: Zur Schwabacher Volkskunde – Land und Leute im Landgerichtsbezirk Schwabach. In: Schwabach – Stadt und Bezirk. Ein Heimatbuch, Bd. 1. Schwabach 1930, S. 226-238. – Mahr, Helmut: Die medizinische, topographische und ethnographische Beschreibung des Landgerichts Cadolzburg durch den kgl. Gerichtsarzt Dr. Rieger 1860. Fürth 1985 (= Kulturkunde des Bibert- und Zenn Tales. 4). – Seitz, Jutta: Nürnberg vor 125 Jahren. Die Medizinal-Topographie von 1862, verfaßt von Dr. med. Adalbert Küttlinger und Dr. med. Hermann Reuter. Nürnberg 1987 (= Nürnberger Forschungen. 24). – Plank, Sieglinde: Bericht über den königlichen Landgerichtsbezirk Schwabach nebst Deutenbach, Eibach, Günzersreuth, Kornburg, Leerstetten, Prünst, Regelsbach, Reichelsdorf, Rohr, Schwand, Wendelstein und anderen Gemeinden. Landschaft, Brauchtum, Volksheilkunde und Aberglaube von 1860. Schwabach 1988 (= Schriftenreihe des Geschichts – und Heimatvereins Schwabach und Umgebung. 4). – Hung, Johannes: Die medizinische, topographische und ethnographische Beschreibung des Landgerichtsbezirkes Heilsbrunn durch den kgl. Gerichtsarzt Dr. Ebersberger 1860. Heilsbrunn 1989. – Ott, Hermann: Fürth zu Beginn des Industriezeitalters. Geschichte, Lebensumstände und Bevölkerungsentwicklung. Verfaßt von Dr. Adolf Mair 1861 als Bericht über die „Geschichte, Topo – und Ethnographie des Physikatsbezirks Fürth“. Fürth 1989 (= Fürther Beiträge zur Geschichts- und Heimatkunde. 6). – Mayer, Wolfgang: Das Leben in Mittelfranken in Gesundheit und Krankheit an der Schwelle zum Industriezeitalter. Nach den Physikatsberichten der Bezirksärzte aus den Jahren 1858 bis 1862. München 1992. – Scharold, Carl Gottfried Johann Baptist; Feuerlein, Heinz: Medizinische, topographische und ethnographische Beschreibung des kgl. Physikatsbezirks Markt Erlbach 1860. Markt Erlbach o. J. [1995]. – Beichold, Robert: Medicinische Topographie und Ethnographie des Physikatsbezirks Rothenburg o. d. T. (1861). In: Alt-Rothenburg 1898-1998. Jahrbuch des Vereins Alt-Rothenburg zum hundertjährigen Jubiläum (1998), S. 203-264. – Utzat, Doris: Der „Physikatsbericht für das Landgericht Lauf“. In: Die Fundgrube 39, 1998, 3, S. 1-13. – Meyer, Hermann. Der Dinkelsbühler Physikatsbericht 1859/60. In: Historischer Verein Alt-Dinkelsbühl. Jahrbuch 1997/2000, S. 45-111. – Ott, Norbert; Meyer, Hermann (Bearb.): Physikatsbericht Wassertrüdingen 1860 von Georg Ernst Kirchner. In: Historischer Verein Alt-Dinkelsbühl. Jahrbuch 2000/2003, (2003), S. 63-163. – Loos, Edeltraud: Quellenkritische Anmerkungen zu den mittelfränkischen Physikatsberichten. In: Fassl, Peter; Kießling, Rolf (Hgg.): Volksleben im 19. Jahrhundert. Studien zu den bayerischen Physikatsberichten und verwandten Quellen. Wolfgang Zorn zum 80. Geburtstag. Augsburg 2003 (= Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 10 Quellen zur historischen Volks – und Landeskunde, 2), S. 75-92.

franken⁵⁶, Niederbayern⁵⁷, Oberbayern⁵⁸ und Schwaben⁵⁹, aber auch die ehemals zu Bay-

⁵⁶ Merklein, Paul: Bericht der Königlich-Bayerischen Sanitätspolizei der Jahre 1851-1860. Karlstadt 1984 (= Beiträge zur Geschichte der Stadt Karlstadt und des Umlandes. 7).

⁵⁷ Egger, Joseph Georg: Medizinische Topographie und Ethnographie von Niederbayern. In: Jahrbuch des Naturhistorischen Vereins für Passau 4, 1860, S. 19-166. – Haller, Reinhard: Ethnographische Beschreibung der Landgerichte Viechtach und Regen aus den Jahren 1858-1860. In: Der Landkreis Regen – Heimat im bayerischen Wald. Regen 1982, S. 277-309. – Haller, Franz: Die medizinischen Landes- und Volksbeschreibungen Bayerns unter Kurfürst Maximilian II. Mit der Edition des Physikatsberichtes für Abensberg (1859). München 1985. – Molitor, Johannes: Zwei Physikatsberichte des Landgerichts Degendorf aus den Jahren 1830 und 1860. In: Degendorfer Geschichtsblätter 6, 1986, S. 99-143. – Spiegel, Beate: Physikatsberichte als Spiegel des Alltagslebens in Niederbayern um 1860. Magisterarbeit, München 1986. – Spiegel, Beate: Häufiger Kindstod – unreinliche Landleute – unsittliche Fruchtbarkeit. Die körperliche Konstitution der Niederbayern um 1860 im Spiegel der Physikatsberichte. In: Freundeskreis-Blätter, hrsg. vom Freundeskreis Freilichtmuseum Südbayern e.V., 18, 1989, S. 20-35. – Spiegel, Beate: „Die Bauernweiber sind durchweg schlechte Köchinnen ...“. Die Ernährung der Niederbayern um 1860 im Spiegel der Physikatsberichte. In: Freundeskreis-Blätter, hrsg. vom Freundeskreis Freilichtmuseum Südbayern e.V., 30, 1991, S. 27-38. – Kolb, Carl J.: Beschreibung von Stadt – und Landgerichtsbezirk Straubing in einem Physikatsbericht aus dem Jahre 1859. Straubing 1990 (= Straubinger Hefte. 40; Beilage zum Jahresbericht des Johannes-Turmair-Gymnasiums). – Huber, Alfons: Eine Schilderung des Stadtgerichtsbezirks Straubing in topographischer und ethnographischer Hinsicht aus dem Jahre 1859. In: Jahresbericht des Historischen Vereins für Straubing und Umgebung 85, 1983, S. 451-476. – Huber, Alfons (Hg.): Beschreibung von Stadt – und Landgerichtsbezirk Straubing in einem Physikatsbericht aus dem Jahre 1859. Topographie und Ethnographie des Kgl. Landgerichtsbezirks Straubing [von Carl J. Kolb] Straubing 1990 (=Straubinger Hefte. 40). – Kick, Robert: Der Mallersdorfer Physikatsbericht des Landgerichtsarztes Dr. Andreas Heiß aus dem Jahre 1859. In: Labertaler Lesebuch 3, 1993, S. 309-325. – Neueder, Hans (Bearb.): Land und Leute im vorderen Bayerischen Wald. Das königliche Landgericht Bogen 1838-1862. Ein Quellenbuch zur Geschichte des heutigen Landkreises Straubing-Bogen. Bogen 1997. – Hoffmann, Roland: Die Lebensverhältnisse im heutigen Landkreis Cham um 1860 nach den Physikatsberichten. Unveröff. Magisterarbeit, Regensburg o. J. [2002].

⁵⁸ Wormer, Eberhard J.; Wellenhofer, Wolfgang: Alltag und Lebenszyklus im Bayerischen Oberland. Ländliches Leben im südlichen Oberbayern im Spiegel medizinischer Ortsbeschreibungen aus den Jahren 1858 bis 1861. München 1999 (= MBM 173).

⁵⁹ Bader, Franz: Ein ethnographischer Bericht über das ehemalige Physikat Roggenburg. In: Mitteilungen des Museumsvereins Weißenhorn und Umgebung 9 (18.11.1916), S. 39 f., 10 (24.6.1922), S. 3. – Bader, Franz: Topographischer Bericht des Physikatsbezirks Roggenburg. In: Mitteilungen des Museumsvereins Weißenhorn und Umgebung 4, (Juni 1925), S. 14; 5/6 (Juli/Aug. 1925), S. 18-22. – Frank, Christian: Das Volk im Ostallgäu. In: Die Landwirtschaft im Ostallgäu (=Festschrift zur Eröffnung des Neubaus der Landwirtschaftsschule Kaufbeuren). Kempten 1926. S. 7-18. – Füssen nach einem Bericht des kgl. Gerichtsarztes Dr. Koepf von Füssen vom 26. Oktober 1860. In: Das schöne Allgäu 6, 1938, 7, S. 110 f.; 8, S. 127. – Grönenbach. Nach dem Bericht des kgl. Landgerichtsarztes Dr. Johann Nepomuk Martin von Grönenbach vom 26. April 1861. In: Das schöne Allgäu 6, 1938, 9, S. 138 f., 10, S. 157. – Gruber, Anton: Das kgl. Landgericht Weiler um 1860. In: Westallgäuer Heimatblätter 7, 1938, S. 1-3, 19-21, 25-27, 33-35, 41-43. – Dömling, Martin: Das Volk im Ostallgäu vor hundert Jahren. In: Ostallgäuer Heimat, vom Auerberg bis Burg Stein. Beilagen für Heimatpflege im Lkr. Marktoberdorf 1963, H. 5-7. – Zirkel, Heinrich: Der Landkreis Sonthofen vor hundert Jahren. In: Schwäbische Blätter für Volksbildung und Heimatpflege 19, 1968, S. 43-52. – Vogel, Rudolf: Der Physikatsbericht von 1861 für den Landgerichtsbezirk Zusmarshausen. In: Jahresbericht des Heimatvereins für den Landkreis Augsburg 1974/75, S. 127-141; 1976, S. 230-252; 1977, S. 231-253. – Böhm, Reinhold: Die Beschreibung des Landgerichtsbezirks Füssen und ihr Verfasser Dr. Koepf. In: Alt-Füssen 1979, S. 34-43. – Weißfloch, Lorenz: Das Leben in Kaufbeuren und seiner Umgebung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ein Bericht aus dem Jahre 1858. In: Kaufbeurer Geschichtsblätter 11, 1989, 10, S. 415-421; 11, S. 466-471. – Völker, Michael: Lebenszyklus und Alltag der Bevölkerung Bayerisch-Schwabens im 19. Jahrhundert. Nach den Physikatsberichten der Bezirksärzte aus den Jahren 1858 bis 1861. Diss. med. München 1988. – Stammel, Josef: Kaufbeuren und sein ehemaliger Landgerichtsbezirk um 1860. Geographisch betrachtet im „Bericht des Jahres 1861 des Physikatsbezirks Kaufbeuren“ mit einer Interpretation. In: Kaufbeurer Geschichtsblät-

ern gehörige Pfalz⁶⁰. In jüngster Zeit waren dann vor allem Unterfranken und Mittelfranken Gegenstand wichtiger Arbeiten aus volkskundlicher⁶¹ und landeshistorischer⁶² Sicht.

ter 11, 1989, S. 506-518. – Vgl. vor allem Pötzl, Walter (Hg.): So lebten unsere Urgroßeltern. Die Berichte der Amtsärzte der Landgerichte Göggingen, Schwabmünchen, Zusmarshausen und Wertingen. Augsburg 1988 (= Beiträge zur Heimatkunde des Landkreises Augsburg. 10). – Scharer, Werner: Topographie und Ethnographie des Landgerichts Kempten um 1860. In: AGF 90, 1990, S. 41-104, 91, 1991, S. 43-110. – Völker, Michael; Wormer, Eberhard J.: Alltag und Lebenszyklus in Bayerisch-Schwaben. Rekonstruktion ländlichen Lebens nach den Physikatsberichten der Landgerichtsärzte aus den Jahren 1858-1861. München 1991 (= MBM 156). – Scharer, Werner: Topographie und Ethnographie der Stadt Kempten nach dem Physikatsbericht von Dr. Karl Hartmann. In: AGF 93, 1993, S. 15-54. – Till, Anneliese: Alltagsleben in Harburg um 1860. In: Rieser Kulturtag 9, 1992, S. 246-259. – Till, Anneliese: Alltagsleben in der Region Wemding. In: Rieser Kulturtag 9, 1992, S. 260-275. – Ried, Ludwig: Das Leben unserer Urgroßeltern im Bezirksamt Neuburg. Aus den Jahresberichten des kgl. Bezirksarztes Dr. Julius Lauber, Neuburg, und der praktischen Ärzte in Rain am Lech und Rennertshofen. In: Neuburger Kollektaneenblatt (= NKB) 142, 1994, S. 113-135. – Veit, Manfred: Die gute alte Zeit ...(?). Der Physikatsbericht des Neuburger Bezirksarztes Dr. August Höger aus dem Jahr 1861. In: NKB 144, 1996, S. 169-217. – Till, Anneliese: Alltagsleben in Donauwörth und Umgebung um 1860 nach den Physikatsberichten des Donauwörther Bezirksgerichtsarztes Dr. Thomas Lauber. In: Mitteilungen des Historischen Vereins für Donauwörth und Umgebung 1994, S. 23-34. – Till, Anneliese: Leben im ländlichen Raum in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts am Beispiel der Physikatsberichte der Amtsgerichte Donauwörth, Monheim und Wemding. Unveröff. Magisterarbeit Univ. Eichstätt 1994. – Willi, Gerhard: „Den Schmuck der Unschuld längst als Mädchen feilgeboten...“ Alltag, Arbeit, Brauch und Sitte um 1860 in einem schwäbischen Physikatsbericht. In: Ebbes, 1996, 1, S. 6-7. Vgl. auch die Arbeiten von Wolfgang Zorn (wie Anm. 1). – Willi, Gerhard: Die Physikatsberichte als wiederentdeckte volkskundliche Quelle. In: Kohlberger, Alexandra (Hg.): KulturGeschichteN. Festschrift für Walter Pötzl zum 60. Geburtstag. Augsburg 1999 (= 26. Jahresbericht des Heimatvereins für den Landkreis Augsburg 1997, 1998, 1999), S. 635-663. – Willi, Gerhard: Die bayerischen Physikatsberichte von 1858/61. Bemerkungen zu Entstehung und Bedeutung der Quelle unter besonderer Berücksichtigung von Bayerisch-Schwaben. In: Fassl, Peter; Kießling, Rolf (Hgg.): Volksleben im 19. Jahrhundert. Studien zu den bayerischen Physikatsberichten und verwandten Quellen. Wolfgang Zorn zum 80. Geburtstag. Augsburg 2003 (= Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 10 Quellen zur historischen Volks- und Landeskunde. 2), S. 23-62.

⁶⁰ Kermann, Joachim: Die gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Lage der pfälzischen Landbevölkerung in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach den Berichten der Kantonsärzte und des Kreismedizinalrates. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 74, 1976, S. 101-129. – Roots, Catherine-Eva: Die bayerische Pfalz und die Pfälzer im Spiegel der Physikatsberichte der Kantonsärzte aus den Jahren um 1860. München 1991. – Maier, Franz: Der Physikatsbericht für den Kanton Speyer (1861). In: Pfälzer Heimat 54, 2003, 2, S. 51-61. – Schmidt, Franz (Bearb.): Die Sonderberichte der pfälzischen Kantonsärzte von 1861. Speyer 2006. (= Stiftung zur Förderung der Pfälzischen Geschichtsforschung. Reihe A: Pfälzische Geschichtsquellen. 5).

⁶¹ Reder, Klaus: Die bayerischen Physikatsberichte 1858-1861 als ethnographische Quelle am Beispiel Unterfrankens. Würzburg 1995 (= VVK 57). – Reder, Klaus: Die Physikatsberichte. Versuch einer Landesaufnahme in der Mitte des 19. Jahrhunderts? In: Kolb, Peter; Krenig, Ernst-Günter (Hgg.): Unterfränkische Geschichte. 5,1, Würzburg 2002, S. 311-326. – Reder, Klaus: Die Physikatsberichte als Versuch einer Landesaufnahme in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Fassl, Peter; Kießling, Rolf (Hgg.): Volksleben im 19. Jahrhundert. Studien zu den bayerischen Physikatsberichten und verwandten Quellen. Wolfgang Zorn zum 80. Geburtstag. Augsburg 2003 (= Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 10 Quellen zur historischen Volks- und Landeskunde, Bd. 2), S. 63-73.

⁶² Zuletzt insbesondere Loos, Edeltraud: „Behufs der Bestimmung des im Bezirk herrschenden Kulturgrades ...“. Die Physikatsberichte in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte Mittelfrankens. Ansbach 1999 (= Mittelfränkische Studien. 13). – Loos, Edeltraud: Physikatsberichte. Ein Beitrag zur Alltagsgeschichte um 1860. 1. und 2. Teil. Ansbach 1999 (= Heimatkundliche Beiträge. Beilage des Amtlichen Schulanzeigers für den Regierungsbezirk Mittelfranken. 1/99, 2/99). – Loos, Edeltraud (Hg.): „... ein liebenswürdiges Völkchen ... von welchem man sich nur schwer wieder trennen kann“. Der „Physikatsbericht“ für den Stadtgerichtsbezirk Erlangen aus dem Jahr 1861 von Dr. Heinrich v. Fabrice. In: Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung 47, 1999, S. 231-316.

Schwieriger erscheint die Lage auf der Ebene der Textüberlieferung in Form wissenschaftlicher Editionen. Lediglich für Unterfranken⁶³ und Oberbayern⁶⁴ existieren bisher Projekte, die sich die textkritische Edition der handschriftlich überlieferten Berichte zum

⁶³ Weber, Barbara: Stadt und Landgericht Schweinfurt im Spiegel der Physikatsberichte von 1861. Kommentierte Edition der medizinischen Topographien und Ethnographien. Würzburg 1989 [zugl. Diss. München 1988] (= VVK 33). – Weber, Barbara; Weber, Reinhard: Die Landes- und Volksbeschreibung des Landgerichtsbezirks Werneck von 1861. Zur ländlichen Kultur Unterfrankens um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine kommentierte Edition. Würzburg 1994 (= VVK 51). – Reder, Klaus: „Medizinisch-topographische und ethnographische Beschreibung des Physikatsbezirkes Arnstein“ von Landgerichtsarzt Dr. Nickels. In: Jahrbuch des Arnsteiner Heimatkunde-Vereins 1996, S. 105-164. – Reder, Klaus; Albert, Reinhold: Rhön und Grabfeld im Spiegel der Beschreibungen der Bezirksärzte Mitte des 19. Jahrhunderts. „Die Bewohner sind gutmütig, ihre Leidenschaft nicht heftig“. Kleineibstadt 1995 (= Schriftenreihe des Vereins für Heimatgeschichte im Grabfeld e.V. 8; VVK 58). – Reder, Klaus; Selheim, Claudia; Weiß, Josef: Der Landkreis Miltenberg um 1860. Amtsärzte berichten aus den Landgerichten Stadtprozelten, Miltenberg, Amorbach, Klingenberg und Obernburg. Würzburg 1999 (= VVK 69). – Braun, Josef; Deubert, Michael; Hecht, Julia; Reder, Klaus (Bearb.): Der Landkreis Main-Spessart um 1860. Amtsärzte berichten aus den Landgerichten Arnstein, Gemünden, Karlstadt, Lohr, Marktheidenfeld, Rothenfels und Stadtprozelten. Würzburg 2000 (= VVK 75). – Eberth, Werner: Physikatsbericht für den Landgerichtsbezirk Brückenau von Dr. Johann Michael Riegel. Bad Kissingen 1997. (= Land und Leute im Landkreis Bad Kissingen 1861. 1). – Eberth, Werner (Hg.): Physikatsbericht für den Landgerichtsbezirk Hammelburg von Dr. Johann Adam Kamm. Bad Kissingen 1997. (= Land und Leute im Landkreis Bad Kissingen 1861. 2). – Eberth, Werner: Physikatsbericht für den Landgerichtsbezirk Euerdorf von Dr. Johann Nikolaus Albert. Bad Kissingen 1998. (= Land und Leute im Landkreis Bad Kissingen 1861. 3). – Eberth, Werner (Hg.): Physikatsbericht für den Landgerichtsbezirk Kissingen von Dr. Friedrich Daniel Erhard. Bad Kissingen 1999. (= Land und Leute im Landkreis Bad Kissingen 1861. 4). – Eberth, Werner (Hg.): Physikatsbericht für den Landgerichtsbezirk Münnerstadt von Dr. Franz Michael Riegel. Bad Kissingen 2000. (= Land und Leute im Landkreis Bad Kissingen 1861. 5). – Bauer, Hans; Egert, Gerhard; Hecht, Julia; Wolfsberger, Christian (Bearb.): Der Landkreis Kitzingen um 1860 (Teil 1). Amtsärzte berichten aus den Landgerichten Dettelbach, Kitzingen, Volkach und Wiesentheid. Würzburg 2001 (= VVK 77). – Söllner, Anne; Reder, Klaus (Bearb.): Der Landkreis Kitzingen um 1860 (Teil II). Amtsärzte berichten aus den Landgerichten Marktbreit und Marktst. Würzburg 2001 (= VVK 78). – Weid, Inge (Bearb.): Der Landkreis Würzburg um 1860. Amtsärzte berichten aus den Landgerichten Aub, Ochsenfurt und Würzburg. Würzburg 2001 (= VVK 91). – Reder, Klaus: Der Physikatsbericht für die Stadt Aschaffenburg. In: Aschaffener Jahrbuch für Geschichte, Landeskunde und Kunst des Untermaingebietes 21, 2001, S. 203-243. – Eberth, Werner (Hg.): Land und Leute im Kahlgrund. Physikatsberichte für die Landgerichte Alzenau und Schöllkrippen von Dr. Hermann Metz (1816-1869), Alzenau, und Dr. Ludwig Zinn (1814-1888), Schöllkrippen. Bad Kissingen 2002. – Hecht, Julia (Bearb.): Das Landgericht Gerolzhofen um 1860. Ein Amtsarzt berichtet. Mit einem Beitrag von Klaus Reder. Würzburg 2002 (= De Geroldeshova 7; VVK 92). – Hecht, Julia; Reder, Klaus: Die Landgerichte Rothenbuch und Aschaffenburg. Amtsärzte berichten. Würzburg 2002 (= VVK 93). – Reder, Klaus: Was sind Physikatsberichte? In: Reder, Klaus (Bearb.): Der Landkreis Miltenberg um 1860. Würzburg 1999, S. 12-29 (= VVK 69). Zweitabdruck in: Diller, Stephan: Die Physikatsberichte der Landgerichte Eltmann, Haßfurt und Hofheim von 1861. Haßfurt 2004 (=Schriftenreihe des Historischen Vereins Landkreis Haßberge. 1), S. 11-24. – Diller, Stephan: Die Physikatsberichte der Landgerichte Eltmann, Haßfurt und Hofheim von 1861. Haßfurt 2004 (=Schriftenreihe des Historischen Vereins Landkreis Haßberge. 1), S. 11-24. – Reder, Klaus: Der Physikatsbericht für die Stadt Würzburg. Quelle und Kontext. In: „... bin ich mir der Verantwortung bewußt, die ich mit meinem Amt auf mich genommen habe“. Mit Beitr. von Ingrid Eyring u.a. Würzburg, 2002, S. 175-218 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. 10). – Lipp, Beate und Günter; Reder, Klaus; Reimann, Susi-K: Der Landkreis Haßberge um 1860. Amtsärzte berichten aus den Landgerichten Baunach und Ebern. Würzburg 2004 (= VVK 97). – Heiler, Thomas (Bearb.): Die Landgerichte Hilders und Weyhers um 1860. Mit einem Beitrag von Klaus Reder und Willy Kiefer. Würzburg 2005 (=VKK. 98).

⁶⁴ Seit 1995 werden die oberbayerischen Bericht vom Historischen Verein von Oberbayern in seiner Zeitschrift „Oberbayerisches Archiv“ ediert.

Ziel setzten und bereits kurz vor dem Abschluß stehen.⁶⁵ Als Ergebnis dieser Bemühungen liegen bislang beinahe flächendeckend Editionen für die beiden genannten Regionen vor, gefolgt von Schwaben liegt ein erster Band innerhalb eines Editionsprojektes bereits vor.⁶⁶ In Oberfranken wurden in den letzten Jahren erste Editionen veröffentlicht.⁶⁷ Insgesamt liegt mit rund 15.000 handschriftlich überlieferten Seiten für das gesamte Königreich Bayern ein umfangreicher Quellenfundus vor. Im folgenden Beitrag wird es daher das Ziel sein, nach einer Annäherung an den Quellencharakter der Physikatsberichte ihre Aussagen für einzelne Aspekte der Geschichte des ländlichen Raumes und ihren Quellenwert zu skizzieren.

Die Verfasser der Physikatsberichte stellen einen zentralen Faktor bei der Auswertung dieser Quellen dar, da ihre Sicht der Dinge entscheidenden Einfluss auf das in den Berichten nachgezeichnete Bild des Lebens der Menschen hat. Damit stellt sich aber auch die Frage, ob Ärzte trotz ihrer akademischen, aber eben fachspezifischen Ausbildung in der Lage waren, die Verhältnisse vor Ort überdies nach häufig erst kurzer Anwesenheit in ihrem Sprengel adäquat beurteilen zu können. Daher spielt neben der Biographie der Mediziner die Frage nach ihren Quellen, der benutzten Literatur, den amtlichen Akten der Landgerichtsregistraturen sowie eigenen naturwissenschaftlichen Beobachtungen und Experimenten eine wesentliche Rolle. Bereits den Auftraggebern war klar, dass die Ärzte diese Berichte nicht allein aus eigener Kenntnis oder eigener Beobachtung abfassen konnten. Deshalb war es durchaus beabsichtigt, dass bei der Abfassung der Berichte Hilfsmittel verwendet werden sollten⁶⁸. Dies galt in erster Linie für den topographischen Teil. Hier waren die Ärzte auf gedruckte Literatur angewiesen, um überhaupt meteorologische Messergebnisse oder Informationen über Geographie, Geologie, Mineralogie, Botanik⁶⁹, Biologie, Pharmakologie, Verwaltungs- und politische Geschichte

⁶⁵ Als Einzelfälle liegen für Schwaben bislang Teileditionen von Walter Pötzl (vgl. Anm. 19) vor, für Niederbayern vgl. Reindl, Josef: Die Hallertau als der Aehnlichste noch hauste. In: Hallertauer Heimat, Nr. 7-50, 1930-1935 und vor allem Pinzl, Christoph: Ein Arzt und das Hallertauer „Volk“. Der „ethnographische“ Teil des Physikatsberichtes von 1860 aus dem Landgericht Mainburg. Wolnzach 1992 (= Schriftenreihe des Deutschen Hopfenmuseums Wolnzach. 1).

⁶⁶ Die Edition erfolgt in der von Peter Fassl herausgegebenen Reihe 10 „Quellen zur historischen Volks- und Landeskunde“ der Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Forschungsstelle Augsburg der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Volks- und landeskundliche Beschreibungen aus dem Landkreis Dillingen: Willi, Gerhard (Bearb.): Die Physikatsberichte der Landgerichte Bissingen, Lauingen, Dillingen und Wertingen (1858-1861). Georg Simnacher zum 70. Geburtstag. Augsburg 2002 (=Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Schwäbische Forschungsstelle Augsburg der Kommission für Bayerische Landesgeschichte: Reihe 10, Quellen zur historischen Volks- und Landeskunde. 3), vgl. in diesem Band auch den Beitrag von Gerhard Willi: Zur Edition der Physikatsberichte aus dem heutigen Landkreis Dillingen a. d. Donau. S. 15-32.

⁶⁷ Scheinost, Marina; Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für die Stadt Bamberg von 1861. In: BHVB 140, 2004, S. 197-236. – Scheinost, Marina; Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Bamberg II. In: BHVB 141, 2005, S. 403-433. – Scheinost, Marina; Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Bamberg I. In: BHVB 142, 2006, S. 159-228.

⁶⁸ Aerztliches Intelligenz-Blatt 5, 1858, S. 213.

⁶⁹ Jäger, Christa: Bemerkungen zu den Pflanzenlisten der Physikatsberichte. In: Diller, Stephan: Die Physikatsberichte der Landgerichte Eltmann, Haßfurt und Hofheim von 1861. Haßfurt 2004 (=Schriftenreihe des Historischen Vereins Landkreis Haßberge. Bd. 1), S. 302-304.

zu erhalten. Neben der gedruckten Literatur, die nur selten von den Ärzten auch zitiert wird, standen eigene Beobachtungen und Messungen, die Akten der Amtsregistratur des Landgerichts sowie Gewährsleute vor Ort zur Verfügung, um die benötigten Informationen zu ermitteln. Aber auch hier ist der Nachweis mangels Quellenangaben oft schwierig, da nur in den wenigsten Fällen exakt der Informationsnachweis angegeben ist. Fälle wie die des Landgerichtsarztes von Dr. Wollf⁷⁰ aus Rain am Lech oder von Dr. Schröder⁷¹ im unterfränkischen Sommerhausen, der sich vom Germanischen Nationalmuseum und der Würzburger Universitätsbibliothek eine umfangreiche Literaturliste mit topographischen, landeskundlichen und nach heutigem Begriff volkskundlichen Titeln zusenden ließ und diese Titel auch genau wiedergab, zählen zumindest in dieser Ausführlichkeit zu den Ausnahmen. Eher der Regelfall ist die Darstellung des Berchtesgadener Physikus Dr. Joseph von Spitzel ohne Angabe der Quellen. Hier kann zumindest auch aufgrund des Inventars⁷² der Registratur des Landgerichts Berchtesgaden nur davon ausgegangen werden, dass lediglich eine medizinische Topographie⁷³ als einziges für die Abfassung des Physikatsberichtes einschlägiges wissenschaftliches Werk in der Dienstbibliothek vorhanden war.

Die Analyse personenbezogener Quellen der unterschiedlichsten Provenienz ist also bei der Interpretation und Einordnung der Physikatsberichte eine wesentliche Voraussetzung. Der Sicht des Arztes, der sich in seinem Bezirk entweder heimisch fühlte oder aber, wie etwa der Arzt im Landgericht Werdenfels wegen des durch persönliche Anschuldigungen belasteten Verhältnisses zu seinem in der Nähe praktizierenden Kollegen⁷⁴, versetzt werden wollte, kommt daher eine wesentliche Bedeutung zu. Die bei diesen Untersuchungen zu Tage tretenden Ergebnisse vermitteln neben interessanten Details bezüglich der lokalen Verhältnisse zugleich bei entsprechend umfangreicher Auswertung Einblicke in die Lebensverhältnisse einer ganzen Schicht von Staatsbeamten.

Außerdem werden in den Physikatsberichten vielfach statistische Angaben zu klimatischen Bedingungen und zur Bevölkerungsentwicklung gemacht. Wie für die Berichte insgesamt gilt auch für diesen Abschnitt, dass sich Angaben in unterschiedlicher Qualität finden und Statistiken gegebenenfalls auf eigenen Zählungen bzw. Messungen der Ärzte beruhten. Eine Verifizierung der Angaben bzw. in nicht seltenen Fällen eine Korrektur ergibt sich durch die Heranziehung der Mitte des Jahrhunderts einsetzenden Überlieferung publizierter amtlicher Statistiken⁷⁵. Die Ausführungen der Berichte zu Aspekten der

⁷⁰ Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Landgericht Rain für die Jahre 1857-1861. In: OA 119, 1995, S. 144.

⁷¹ Reder, Klaus: Die bayerischen Physikatsberichte 1858-1861 als ethnographische Quelle am Beispiel Unterfranken. Würzburg 1995 (= VVK 57). S. 16-17.

⁷² Staatsarchiv München, Gesundheitsämter 5450.

⁷³ Kropf, F. G.: Studien zu einer medicinischen Topographie des Königreichs Bayern und zur Anwendung der Mortalitäts-Tabellen auf Pathogenese. München 1858.

⁷⁴ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Werdenfels (1857/58). In: OA 122, 1998, S. 297-298.

⁷⁵ Vgl. die Reihe der „Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern“, deren erster Band „Stand und Bewegung der Bevölkerung 1818-1846, Gewerbestatistik 1847“ im Jahre 1850 publiziert wurde.

Botanik, der Biologie, der Geologie und Mineralogie bedürfen der jeweiligen fachspezifischen Einordnung. Ebenso müssen die Aussagen zu Therapie und Diagnose die von den Ärzten in ihren Berichten zu den unterschiedlichsten Fragen formuliert wurden, aus medizinhistorischer Sicht beurteilt und vor dem Hintergrund der damals gültigen naturwissenschaftlich-medizinischen Sicht analysiert werden. Als ein erstes Ergebnis bleibt daher festzustellen, dass die Physikatsberichte als Quelle für unterschiedliche Forschungen herangezogen werden können, angefangen von der Wohnungs-, Nahrungs – und Kleidungsforschung bis hin zur Brauch- und Festforschung und zur Volksmedizin⁷⁶ sowie zur Brauch- und Festforschung.

II. ZUR REZEPTION DER PHYSIKATSBERICHTE

Die Berichte waren von den Ärzten gemäß einer vom Innenministerium 1858 postulierten Richtschnur zu verfassen⁷⁷, die durch eine weitere Anordnung von 1859 ergänzt wurde. Allgemeine, nur auf oberflächlichen Informationen beruhende Klagen über Zustände hatten zu unterbleiben, ebenso wie wiederkehrende stereotype Formulierungen etwa über schlechte Trinkwasserqualität, mangelhafte Kinderpflege, geringe Qualifikation des niederärztlichen Personals usw. Vielmehr sollten sich die Ärzte gründlich über vorhandene Probleme informieren, diesen auf den Grund gehen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Allerdings war dabei auch immer das rechte Maß zu wahren, was konkret bedeutete, dass die Verhältnisse vor Ort zu berücksichtigen waren, um nicht überhöhte Anforderungen zu erheben. Zudem war zu beachten, dass

*auch die Medicinalpolizei ihre Grenzen habe und sich anderen höheren Zwecken unterordnen müsse. [...] Zu hohe Anforderungen, wogegen Zeit und Oertlichkeit sprechen, zu rasches Vorschreiten ist eher Hemmnis als Förderung der Entwicklung*⁷⁸.

Hieraus spricht eher konservative Gesinnung als der Drang nach rascher Realisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse der Medizin.

In diesem Zusammenhang spielte Johann Nepomuk Ringseis, Obermedizinalrat im bayerischen Innenministerium in den Jahren von 1821 bis 1871, eine zentrale Rolle. Ringseis beeinflusste aufgrund seiner maßgeblichen amtlichen Position und seiner engen Verbindung zu König Ludwig I. entscheidend die bayerische Gesundheitspolitik mit seiner christlich-romantischen Medizinauffassung, in der Religion, Philosophie und Medizin eng miteinander verbunden waren⁷⁹. Auch wenn die zeitgenössische Wissenschaft

⁷⁶ Vgl. dazu den Literaturbericht von Reder, Physikatsberichte, S. 26-92.

⁷⁷ Aerztliches Intelligenzblatt 5, 1858, S. 213.

⁷⁸ Aerztliches Intelligenzblatt 5, 1858, S. 509, 510.

⁷⁹ Busse, Adolf: Der medizinische Unterricht an der Ludwig-Maximilians-Universität von 1826-1875 im Spiegel der Vorlesungsankündigungen. München 1978. – Goerke, Heinz: Die medizinische Fakultät von 1472 bis zur Gegenwart. In: Boehm, Laetitia; Spoerl, Johannes (Hgg.): Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten. Bd. 1. Berlin 1972. S. 185-280. – Weber, Reinhard: Ärzte und Medizinalwesen im 19. Jahrhundert. In: Amperland 29, 1993, S. 175. – Heller, Rudolf: Dr. med. Julius Neudegger. Das Leben eines bayerischen Arztes im 19. Jahrhundert. München 1990.

seine Auffassung bereits überholt hatte, blieb Ringseis' Position unangetastet. Auf seine Initiative hin entstanden wenn auch ohne großen Erfolg medizinische Topographien, von denen in Bayern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts elf veröffentlicht wurden.⁸⁰ Sie stehen in einem größeren Entwicklungszusammenhang. 1767 wurde in Baden-Durlach, 1778 in Paris von der Akademie der Medizin zur Erarbeitung von medizinischen Topographien aufgefordert⁸¹. In Bayern gilt die Veröffentlichung Schäffers als erste medizinische Topographie⁸², von denen im gesamten deutschen Sprachraum im 19. Jahrhundert eine dichte Überlieferung einsetzte, die auch in der Wissenschaft intensiv bearbeitet wurde⁸³. Ringseis galt als Vertreter der Auffassungen des schottischen Mediziners J. Brown (1735-1788). Danach entstanden Krankheiten durch ein Übermaß oder ein Defizit von äußeren Umweltreizen, zu denen neben Ernährung und Sinnesreizen auch Gemütsbewegungen und körperliche Aktivitäten gezählt wurden. Dieser Aspekt stand im Zentrum der medizinischen Topographien, von „Beschreibungen aus der Feder von Ärzten, die eine möglichst geschlossene Darstellung der Gesundheits- und Krankheitsverhältnisse der Bevölkerung in Verbindung mit der geographischen Umwelt, d. h. der Ortslage, dem Klima, den geologischen und hydrologischen sowie mit den sozialen, kulturellen und ethnischen Erscheinungen enthalten“⁸⁴. Auf die Physikatsberichte trifft diese Definition exakt zu.

Andere Forschungsansätze um die Mitte des 19. Jahrhunderts bezogen soziale Ursachen bei der Entstehung von Krankheiten mit ein. Insbesondere Rudolf Virchow⁸⁵ und Salomon Neumann⁸⁶ sind hier zu nennen. Krankheiten wie Typhus oder Tuberkulo-

⁸⁰ Die bibliographischen Angaben finden sich bei Reder, Physikatsberichte, S. 216-217. Dort werden auch die Fundorte weiterer bislang unveröffentlichter Topographien genannt.

⁸¹ Zorn, Wolfgang: Medizinische Volkskunde als sozialgeschichtliche Quelle. Die Bayerische Bezirksärzte-Landesbeschreibung von 1860/62. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 69, 1982, S. 220.

⁸² Schäffer, Jakob Christian Gottlieb: Versuch einer medicinischen Ortsbeschreibung der Stadt Regensburg. Nebst einer kurzen Uebersicht der Krankheiten, welche in den Jahren 1784, 1785 und 1786 daselbst geherrschaft haben. Regensburg 1787; vgl. Zorn, Wolfgang: Medizinische Volkskunde als sozialgeschichtliche Quelle. Die Bayerische Bezirksärzte-Landesbeschreibung von 1860/62. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 69, 1982, S. 220.

⁸³ Zeis, H.: Medizinische Topographien als volkswundliche Quellen. In: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik 5, 1935. – Brandlmeier, Karl Paul: Medizinische Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet. Berlin 1942. – Jusat, Helmut J.: Die Bedeutung der medizinischen Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der Hygiene. In: Artelt, Walter; Rüegg, Walter (Hgg.): Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1967. S. 179-200. (= Studien zur Medizingeschichte des 19. Jahrhunderts. 1). – Imhof, A. E. (Hg.): Biologie des Menschen in der Geschichte. Beiträge zur Sozialgeschichte der Neuzeit aus Frankreich und Skandinavien. Stuttgart 1978, S. 54 ff. – Brügelmann, Jan: Der Blick des Arztes auf die Krankheit im Alltag 1779-1850. Medizinische Topographien als Quelle für die Sozialgeschichte des Gesundheitswesens. Berlin 1982.

⁸⁴ Jusat, Helmut J.: Die Bedeutung der medizinischen Ortsbeschreibungen des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der Hygiene. In: Artelt, Walter; Rüegg, Walter (Hgg.): Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1967. S. 179-200. (= Studien zur Medizingeschichte des 19. Jahrhunderts. 1). S. 180.

⁸⁵ Rudolf Ludwig Carl Virchow (1821-1902): Pathologe, vgl. DBE 10, S. 213-214.

⁸⁶ Salomon Neumann (1819-1908): Sozialmediziner, Gesundheitspolitiker, vgl. NDB 19, S. 160-161.

se wurden nach ihrer Auffassung durch soziale Ursachen, insbesondere durch soziales Elend, hervorgerufen. Vor allem Virchow steht mit seinem Werk „Die Not im Spessart“⁸⁷ für die Ansicht, dass dieser Zustand verändert werden müsste, dafür aber die genaue Kenntnis der Situation die notwendige Voraussetzung sei. Falsche und mangelhafte Ernährung, schlechte Wohnverhältnisse mit ungenügender Beleuchtung mit zuwenig Fläche und Frischluft, andererseits zu großer Feuchtigkeit und mangelhafter Hygiene wurden als krankheitsverursachende Faktoren festgestellt und tauchten auch in den Berichten der Landgerichtsärzte immer wieder auf. Pettenkofer's Auffassung von der Bedeutung topographischer Faktoren wie Boden und Grundwasser sowie Robert Koch's Theorie über den Kausalzusammenhang zwischen Bakterien und Krankheitsentstehung sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen, ähnlich wie die Entdeckung der Erreger des Erbgrindes durch Schönlein (1837), der Nachweis von Infektion als Entstehung von Kindbettfieber durch Semmelweis (1847), der Entdeckung des Milzbranderreger's (1849) sowie die Entdeckung der Zellulärpathologie durch Virchow (1855). Letztlich standen sich zwei Systeme gegenüber: die Suche nach Miasmen und Ausdünstungen von Wasser, Luft und Boden sowie die körperliche Heilung durch Genesung der Seele einerseits und andererseits das auf die Erforschung der Zellen als Körper- und Krankheitsbestandteile gerichtete Interesse der Medizin. Selbst wenn zu berücksichtigen ist, dass diese wissenschaftlichen Errungenschaften noch nicht den Durchbruch für die eine oder andere Richtung bedeuteten, so hatte dies doch zur Folge, dass in der Gesundheitsfürsorge der öffentlichen Verwaltung medizinische Topographien noch eine Rolle spielten, während die Medizin an den Hochschulen davon Abstand nahm. Auch wenn in den einzelnen Physikatsberichten nicht immer und in gleicher Weise die Quellen angegeben werden, so kann doch davon ausgegangen werden, dass die Werke der genannten Mediziner den Landgerichtsärzten vor Ort durchaus bekannt waren⁸⁸.

In dem Frageschema der Physikatsberichte kommen folglich zwei Tendenzen zusammen. Der topographische erste Teil der Berichte steht in der Tradition der deskriptiven Topographien. Im zweiten ethnographischen Teil der Physikatsberichte zeigt sich aber auch, dass Ringseis' Auffassung gegenüber den neuen Erkenntnissen der Naturwissenschaften sich nicht mehr durchsetzen konnte, da der ethnographische Teil eben jene Punkte wie Wohnung, Kleidung, Arbeitsweise, Ernährung mit aufnahm. So kann gemäß der Ansicht von Klaus Reder⁸⁹ sicher zu Recht davon ausgegangen werden, dass das Frageschema der Physikatsberichte eine Kompromisslösung darstellte, die alte Ansätze aufnahm und neue integrierte und deshalb auch nicht einem Verfasser allein zuzuschreiben ist. Auch seine Ansicht, dass die Physikatsberichte eher aus Verwaltungskreisen als aus dem Bereich der von Maximilian II. versammelten Wissenschaftler, allen voran Wilhelm Heinrich Riehl, stammen, dürfte in die richtige Richtung gehen, zumal wesentli-

⁸⁷ Virchow, Rudolf: Die Not im Spessart eine medicinisch-geographisch-historische Skizze. Vorgetragen in der Physikalisch-Medicinischen Gesellschaft in Würzburg am 6. und 13. März 1852. Würzburg 1852.

⁸⁸ Vgl. etwa das Beispiel des Tittmoninger Arztes Dr. Eduard Schönleutner; Gehringer, Horst: Die Physikatsberichte für das Landgericht Tittmoning für die Jahre 1859 und 1864. In: OA 124, 2000, S. 219-282, v.a. S. 232-233.

⁸⁹ Reder, Klaus, Physikatsberichte, S. 221.

che Bereiche des volkskundlichen Interesses wie Mundart, Brauchtum, Erzählforschung im Frageschema nicht aufgeführt wurden. Die Ergebnisse der Physikatsberichte wurden in der Folgezeit von der im Entstehen begriffenen „Bavaria“ nicht rezipiert. Einzig Carl Friedrich Majer nahm die Physikatsberichte zur Grundlage einer zeitgenössischen Publikation aus der medizinischen bzw. statistischen Sicht der Verwaltung.⁹⁰

III. DIE PHYSIKATSBERICHTE UND DIE BEMÜHUNGEN MAXIMILIANS II. UM DIE VOLKSKULTUR

Aufgrund des nach französischem Vorbild durch den leitenden Minister Montgelas (1799-1817) zentralistisch organisierten bayerischen Verwaltungsaufbaus forderte das Innenministerium im Jahre 1858 zum ersten und einzigen Mal für ganz Bayern derartige umfassende Berichte der Ärzte ein. Dabei stand die Zielsetzung im Hintergrund, durch einen differenzierten Fragenkatalog Informationen für die Verwaltung auf den Gebieten der Topographie und der Ethnographie zu gewinnen. Allgemeine Interessen der Wissenschaft und Landesplanung kommen dabei ebenso zum Ausdruck wie Aspekte der inneren Sicherheit und natürlich gesundheitspolitische Ziele, etwa in Bezug auf die Vermeidbarkeit von Krankheiten durch die Verbesserung der Wohn- und Hygieneverhältnisse der Bevölkerung. Mit diesem Zugriff staatlicher Verwaltung auf die Lebenssituation der Untertanen war das seit der Aufklärung entwickelte landesherrliche Interesse verbunden, durch Verbesserung innenpolitischer Verhältnisse die Grundlagen für eine prosperierende Nationalökonomie zu schaffen. Gesunde Untertanen, Erhöhung der Geburtenziffer, Absenkung der Sterblichkeitsrate sowie die Ermittlung und Beseitigung von Krankheitsursachen spielten dabei eine wichtige Rolle⁹¹. Für den König war nach den Erlebnissen des Jahres 1848 die Information über die Lebenssituation seiner Untertanen wichtig, um potentielle Brennpunkte sozialer Unruhen nicht nur in den Städten, sondern gerade im ländlichen Raum zu erkennen und diesen Tendenzen entgegenzusteuern. Schlechte unzweckmäßige Kleidung, der Gesundheit nachteilige Nahrungsmittel, Unkenntnis in deren Zubereitung, ungesunde Wohnungen, frühzeitige körperliche Anstrengung stellten nach Ansicht Maximilians Ursachen für etliche Missstände auf dem Land dar. Die Physikatsberichte stehen also vor dem Hintergrund einer Anzahl von Motiven, vor denen die bayerische innere Verwaltung in den 1850er Jahren agierte. Volkswirtschaftliche Aspekte und sozialpolitische Tendenzen, gesundheitspolitische Interessen an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse, humanitäre Ansätze, Ausbau der statistischen Instrumentarien, landesplanerische Intentionen, frühzeitige Erkenntnis potentieller Unruheherde nach dem Eindruck und dem Schock der Revolution von 1848 sowie das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse König Maximilians II.⁹² „für die Realität volkswirt-

⁹⁰ Majer, Carl Friedrich: Generalbericht über die Sanitätsverwaltung im Königreiche Bayern 1857/58-1865/66. 5 Bde. München 1868/69.

⁹¹ Vgl. Bleker, Johann: Der gefährdete Körper und die Gesellschaft – Ansätze zu einer sozialen Medizin zur Zeit der bürgerlichen Revolution in Deutschland. In: Imhof, Arthur E. (Hg.): Der Mensch und sein Körper. Von der Antike bis heute. München 1983. S. 226-242.

⁹² Sing, Achim: Die Wissenschaftspolitik Maximilians II. von Bayern (1848-1864). Nordlichterstreit und

schaftlicher und sozialpolitischer Probleme“⁹³ bilden ein ganzes Bündel von Faktoren, die es bei der Entstehung dieser für das Königreich Bayern flächendeckenden Überlieferung zu berücksichtigen gilt. Auch für die politische Geschichte spielen die Physikatsberichte eine bislang nicht hinreichend beachtete Rolle. Bayern hatte sich in der Zeit von 1799 bis 1815 durch Säkularisation und Mediatisierung zu einem Staatswesen entwickelt, in dem es aufgrund sozialer, konfessioneller, sprachlicher und mentaler Unterschiede einen erheblichen Integrationsbedarf zwischen den alt- und den neubayerischen Gebieten in Franken und Schwaben gab. Neben einer ganzen Anzahl von Bereichen – Verwaltungsorganisation, Armee, Strafrecht, Bildung-, Kultur-, Wissenschaftspolitik, Kanal- und Eisenbahnbau, Präsenz der Wittelsbacher in den Regionen – beinhalten auch die Physikatsberichte interessantes Material für die Frage der Integration der einzelnen Landesteile.⁹⁴ Dies trifft insbesondere für die im ethnographischen Teil des Frageschemas abgefragten Informationen zu, z. B. für Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung bezüglich des Geschlechtes oder Familienstandes, die Siedlungsdichte und die Verteilung der Siedlungen und vor allem die geistige Konstitution, die Verbundenheit mit der Heimat, dem Hang zu Mystizismus, Schwärmerei usw.

Maximilians Versuch, die Ursachen der Armut im ländlichen Raum zu ermitteln, wurde ergänzt von den Bemühungen des Königs um die verschiedenen Bereiche der Volkskultur. Hier sind die Recherchen seines Sekretärs, des Sagenforschers Franz Xaver von Schönwerth⁹⁵ bezüglich der Kleidung, Wohnung, Ernährung, Festgewohnheiten usw. zu nennen⁹⁶. Hierher gehören aber auch die auf seinen Streifzügen besonders im bayerischen Oberland ermittelten Ergebnisse von Josef Friedrich Lentner⁹⁷, die dieser in handgeschriebenen Heften, „Dr. Lentner's Ethnographie“⁹⁸, zusammenstellte. Diese Forschungen wurden durch seinen Nachfolger Eduard Fentsch⁹⁹ und insbesondere durch Wilhelm Heinrich Riehl¹⁰⁰ fortgesetzt. Das Projekt des Bayerischen Nationalmuseums¹⁰¹ und der „Bavaria“ aus den Jahren 1855/56 wurden von Maximilian II. ins Werk gesetzt mit dem

gelehrtes Leben in München. Berlin 1996.(= Ludovico Maximiliana. Forschungen. 17).

⁹³ Moser, Hans: Zum Geleit. Münchner Volkstum zwischen Dichtung und Wahrheit. In: Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1958, S. 7-23.

⁹⁴ Wüst, Wolfgang: Standardisierung und Staatsintegration. Probleme bayerischer Politik im 19. und 20. Jahrhundert. In: OA 126, 2002, S. 199-228.

⁹⁵ Franz Xaver von Schönwerth (1810-1886): Ministerialrat, Volkskundler und Germanist; Arbeiten zu Mundart und Erzählforschung u.a. „Aus der Oberpfalz. Sitten und Sagen. 3 Theile, Augsburg 1857-1859.

⁹⁶ Hartinger, Walter: „... liegt mir gleichwohl die Erhaltung der Volkstrachten sehr am Herzen.“ Maximilian II. und die Volkskultur in Bayern. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hg.): König Maximilian II. von Bayern 1848-1864. Rosenheim 1988. S. 202.

⁹⁷ Josef Friedrich Lentner (1814-1852): Schriftsteller und Maler.

⁹⁸ Bayerische Staatsbibliothek, Handschriftenabteilung: Cgm. 5418 und 5419.

⁹⁹ Eduard Fentsch (1814-1877): Jurist, Regierungsfinanzdirektor in Augsburg, Verfasser von Heimaterzählungen und von Aufsätzen zu Sagen, Sitten und Gebräuchen.

¹⁰⁰ Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897): Publizist, Kulturhistoriker, Professor für Staatswissenschaften, Begründer der wissenschaftlichen Volkskunde.

¹⁰¹ Heydenreuter, Reinhard: „Meinem Volk zu Ehr und Vorbild“. König Maximilian II. und die Gründung des Bayerischen Nationalmuseums. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hg.): König Maximilian II. von Bayern 1848-1864. Rosenheim 1988. S. 263-270.

vornehmste[n] Zwecke [...] Hebung und Kräftigung des Nationalgefühls, Festigung der Liebe zur Heimat und Belebung von Pietät und Patriotismus¹⁰². Das eine Ziel wurde mit der Sammlung von Sachgütern, das andere im geschriebenen Wort zu erreichen versucht. Dieser eigene Stellenwert der Volkskultur¹⁰³, die es zu fördern galt auch im Interesse des Staates, kam auch auf dem Gebiet der Volksmusik zum Ausdruck. Neben dem Gelehrten Wilhelm Heinrich Riehl war es hier Herzog Max in Bayern mit seiner Aufzeichnungs-, Sammlungs-, Dichtungs- und Kompositionstätigkeit, der Einfluss auf den Monarchen ausübte. In den Physikatsberichten werden jedoch kaum Aussagen über Musik und Gesang gemacht. Ausgerechnet der Tegernseer Landgerichtsarzt Dr. Alois Rosner formulierte für das Tegernseer Tal, also den Sittersitz der königlichen und herzoglichen Familie und in späterer Zeit einem Kristallisationspunkt der Volksmusik stilisiert, dass Tegernsee der gesangleerste Winkel im ganzen bayer[ischen] Hochgebirge sei und die dortige Bevölkerung keine Freude am Gesange und keine Lieder hat. Rosner führte dies auf die klösterliche Zucht zurück, unter der die Menschen lange Zeit gestanden hätten. Er ging sogar soweit zu behaupten, dass wenn je einmal ein Lied ertönt, es aus fremden Munde, [...] von Handwerksburschen und zufällig anwesender Arbeiter aus Tyrol¹⁰⁴ stamme.

Der Bereich der Volkskultur mit den nachhaltigsten Interventionen Maximilians II. dürfte wohl jener der Tracht sein. Bereits 1842 wurde das Interesse des damaligen Prinzen deutlich, als anlässlich seiner Hochzeit 35 Hochzeitspaare zu einem Umzug in ihrer Volkstracht eingeladen wurden.¹⁰⁵ Aber damals brachte eine zur Vorbereitung dieses Ereignisses unternommene umfangreiche Fragebogenaktion in den Landgerichten das Ergebnis, dass in vielen Gebieten keine traditionelle Tracht mehr getragen wurde, so dass Nachbildungen nach vorhandenen Erbstücken eigens angefertigt werden mussten.¹⁰⁶ Gegenüber seinem Innenminister von Zwehl äußerte der nunmehrige König Maximilian II. 1849: Es ist von großer Wichtigkeit, auch in Bayern das Nationalgefühl des Volkes zu heben und kräftigen.¹⁰⁷ In diesen Worten ist vor dem Hintergrund der persönlichen Erfahrungen im unmittelbaren Vorfeld der Regierungsübernahme Maximilians als Folge der

¹⁰² Burian, Peter: Die Idee der Nationalanstalt. In: Deneke, Bernward; Kahsnitz, Rainer (Hgg.): Das kunst- und kulturgeschichtliche Museum im 19. Jahrhundert. München 1977. S. 11-18, hier S. 15 (= Studien zur Kunst des 19. Jahrhunderts. 39).

¹⁰³ Moser, Hans: Vom Folklorismus in unserer Zeit. In: Zeitschrift für Volkskunde 58, 1962, S. 177-209. – Moser, Hans: Der Folklorismus als Forschungsproblem. In: Hessische Blätter für Volkskunde 55, 1964, S. 9-57.

¹⁰⁴ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 100-101.

¹⁰⁵ Vgl. dazu insbesondere Hartinger, Walter: „... liegt mir gleichwohl die Erhaltung der Volkstrachten sehr am Herzen.“ Maximilian II. und die Volkskultur in Bayern. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hg.): König Maximilian II. von Bayern 1848-1864. Rosenheim 1988. S. 201-210.

¹⁰⁶ Moser, Hans: Zum Geleit. Münchner Volkstum zwischen Dichtung und Wahrheit. In: Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1958, S. 20.

¹⁰⁷ Zit. bei Hartinger, Walter: „... liegt mir gleichwohl die Erhaltung der Volkstrachten sehr am Herzen.“ Maximilian II. und die Volkskultur in Bayern. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hg.): König Maximilian II. von Bayern 1848-1864. Rosenheim 1988. S. 202.

Ereignisse von 1848 geradezu ein Programm zu sehen.¹⁰⁸ Die Reformprozesse der letzten fünfzig Jahre, die etwa bezüglich der Beseitigung der Grundherrschaft noch nicht endgültig abgeschlossen waren, die Tendenz zum Nationalstaat, die beginnende Industrialisierung sowie eine zunehmende Verarmung gerade ländlicher Bevölkerungsschichten schufen ein Klima der Unsicherheit gegenüber dem Fortbestand der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung mit ihren etablierten Machteliten.

Hinzu kommt das Interesse des bayerischen Königs an der Geschichte und am Leben seiner Untertanen. Diese Grundhaltung scheint in der Politik Maximilians ebenso auf wie in seinen Initiativen auf den Gebieten der Wissenschaft. Staatspolitischer Konservatismus und wissenschaftliches Erkenntnisinteresse trafen in der Person Maximilians zusammen und manifestierten sich in Gutachten über die Situation in seinem Land oder in Wettbewerben wie der Darstellung des sozialen und wirtschaftlichen Volkslebens eines Landgerichtsbezirkes oder der Darstellung der sanitätlichen Volkssitten und des medizinischen Volksaberglaubens eines Landgerichtsbezirkes¹⁰⁹ von 1857, ein Jahr vor der Verordnung zu den Berichten der Landgerichtsärzte.

Bezüglich der Tracht, die auch in den Physikatsberichten angesprochen wurde, führte diese Haltung zu zahlreichen Maßnahmen, die vom persönlichen Auftreten des Monarchen in Tracht bis hin zu Aufrufen und Aktionen von Lehrern, Verwaltungsbeamten, Geistlichen und Landgerichtsärzten zur Erhaltung und Bewahrung der alten Tracht reichten. Langfristig hatte diese Trachteninitiative durchaus Erfolg, machte sie doch Tracht letztlich hoffähig. In gewisser Weise gilt Tracht zumindest in Bezug auf ihre altbayerische Ausprägung bis heute als gesellschaftlich korrekt. Freilich war das Tragen traditioneller Kleidung bereits Mitte des 19. Jahrhunderts auf dem Rückzug. Billigere Fabrikprodukte und wie seit jeher der Wandel der Mode beeinflussten das Kleidungsverhalten der Menschen. Insofern versuchte Maximilian II., dieser Tendenz entgegenzusteuern und die alte Kleidung durch verwaltungstechnische Maßnahmen und insbesondere durch das Vorbild der gesellschaftlichen Oberschicht wieder als tragenswert darzustellen. Die sich aus der Aufstellung des Trachtenzuges ergebenden Probleme bei der Herstellung der alten überkommenen Kleidung führten 1851 zu einer Verordnung bezüglich des Aussehens und der Erhaltung der Tracht in den einzelnen Regionen. In dieser Trachtenförderung, die sich des Wandel der Kleidung vor dem Hintergrund veränderter Sitten, Mode, Billigkeit der Baumwollstoffe durchaus bewusst war, kam auch der gesundheitliche Aspekt in der Schädlichkeit einiger dieser Trachten bezüglich der Gesundheit¹¹⁰ vor. Auch in dieser Hinsicht wird die Aufnahme des Fragepunktes nach der Kleidung der Bevölkerung bei den Physikatsberichten verständlich. Der Dachauer Landgerichtsarzt Dr. Johann Nepomuk Loe charakterisierte die Tracht im Dachauer Lande als

¹⁰⁸ Sing, Achim: Die Memoiren König Maximilians II. von Bayern (1848–1864). Mit Einführung und Kommentar. München 1997 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte. 112).

¹⁰⁹ Aerztliches Intelligenzblatt 4, 1857, S. 87.

¹¹⁰ Seiner Königlichen Majestät Allerhöchster Befehl zur Trachtenförderung, 28. Mai 1853, zit. bei Hartinger, Walter: „... liegt mir gleichwohl die Erhaltung der Volkstrachten sehr am Herzen.“ Maximilian II. und die Volkskultur in Bayern. In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hg.): König Maximilian II. von Bayern 1848–1864. Rosenheim 1988. S. 202.

häßlich, ungesund und obscön, indem durch die abgeschmackte Form derselben der schönste Körper verunstaltet, durch die weiten und schweren Röcke, s[o] [g]enannte Bollenkittel, und unzweckmäßigen schweren und engen Schnürbrüste der Leib, vorzüglich die Brust samt den Lungen in seiner Ausbildung gehemmt und durch die kurze Beschaffenheit der weiblichen Röcke auch leicht Gelegenheit zur Unsittlichkeit gegeben wird¹¹¹.

Dennoch stand nicht die Frage nach pathogenen Erscheinungen bei der Kleidung im Mittelpunkt, sondern eine detaillierte Schilderung, die den Verlust der alten und daher auch als qualitativ angesehenen Tracht gegenüber den neuen modischen Stoffen und Schnitten bedauernd zum Ausdruck brachte und den in der Kleidung zur Schau gestellten Luxus kritisierte. Freilich schilderten die Ärzte in ihren Berichten auch häufig sehr detailliert die Sonntags- und Festtagskleidung, weniger die zur Arbeit getragene Werktagskleidung, bei der sich die Informationen oft auf die Angabe des Stoffes oder auf die Tragweise bestimmter Kleidungsstücke beschränkten. Die Kritik an der luxuriösen Kleidung richtete sich auf den dafür notwendigen finanziellen Aufwand und insbesondere auf das Verwischen des mit einer bestimmten Kleidungsweise zum Ausdruck gebrachten innerörtlichen sozialen Gefalles sowie des Stadt-Land-Unterschiedes. Der schlichte Satz des Aiblinger Physicus Dr. Desiderius Beck: Die Kleidung ist gut und bäuerlich¹¹² kann in seiner Wertung beinahe schon als Programm gelten, was die Auffassung von Kleidung und ihrer sozialen Aussagekraft angeht. So betonte Dr. Florian Eisenreich, der Schongauer Gerichtsarzt, dass die Kleiderpracht gerade bei den Frauen und bei den weiblichen Dienstboten an Luxus grenze¹¹³ und bezüglich der sonntäglichen Bekleidung die bäuerliche Landbevölkerung sich immer mehr dem Bürgertum annäherte.¹¹⁴ In ähnlicher Weise argumentierte der Rainer Arzt Dr. Johann Baptist Wolff, der auch die beinahe gänzliche Verdrängung der nationalen altbayerischen Tracht sowie die Annäherung an die städtische Kleidung konstatierte.¹¹⁵ Der Kollege aus Wasserburg, Dr. Ludwig Martin, sah in seiner umfangreichen und differenzierten Schilderung der regionalen Kleidung den Grund für die Verwischung der Unterschiede in der im Vergleich zu früheren Zeiten größeren Mobilität der Menschen durch neue Verkehrsmittel wie die Eisenbahn.¹¹⁶ Gerade bei der städtischen Kleidung sei ein Unterschied zwischen den Ständen nicht mehr erkennbar.¹¹⁷

¹¹¹ Staatsarchiv München, Regierungsakten 15191, zit. bei Weber, Reinhard: Ärzte und Medizinalwesen im 19. Jahrhundert. In: Amperland 29, 1993, S. 180.

¹¹² Heimers, Manfred Peter: Der Physikatsbericht für das Landgericht Aibling. In: OA 125/2, 2001, S. 304.

¹¹³ Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 86.

¹¹⁴ Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 88.

¹¹⁵ Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Landgericht Rain für die Jahre 1857-1861. In: OA 119, 1995, S. 123.

¹¹⁶ Fuchs, Johannes: Der Physikatsbericht für das Landgericht Wasserburg für die Jahre 1857-1861. In: OA 120, 1996, S. 169.

¹¹⁷ Fuchs, Johannes: Der Physikatsbericht für das Landgericht Wasserburg für die Jahre 1857-1861. In: OA 120, 1996, S. 172.

Alter, Modeeinflüsse, Nähe zur Stadt und die finanzielle Situation der Menschen bestimmten auch Mitte des 19. Jahrhunderts das Kleidungsverhalten.¹¹⁸ Trends drangen aus den Städten, wo sie selbst allmählich abebbten, in den ländlichen Raum vor und fanden dort unter der jüngeren Generation mehr Anhang als bei der älteren, die mehr dem Hergebrachten anhing.¹¹⁹ Bisweilen schwang offene Kritik mit, wenn etwa der Mühldorfer Arzt Dr. Max Ludwig Medicus feststellte, dass auch die Armen [...] ihre sauer verdienten Kreuzer möglichst an Kleiderluxus¹²⁰ hingen. Diese Kritik bezog sich auf Jung und Alt und auf die städtische wie die ländliche Bevölkerung gleichermaßen. Medicus wies dabei auch auf die wirtschaftliche Kehrseite für den Einzelhandel hin, da manche Kaufleute sich von einem besonders gefragten Stoff einen größeren Vorrat anlegten, diesen dann jedoch nicht absetzen konnten. Eine entsprechende Auswahl an Stoffen sei aber notwendig, da es kaum glaublich sei, wie wählerisch die Bauernweibsbilder beim Einkaufe an Kleiderstoffen¹²¹ seien.

Auch wenn die Physikatsberichte als Quelle zahlreiche Informationen zum alltäglichen Leben in der Mitte des 19. Jahrhunderts beinhalten, so stellen sie letztlich doch keine Alltagsgeschichte dar. Die Problematik, was unter Alltag, Alltagsgeschichte, Alltagskultur genau verstanden wird, soll im Rahmen dieses Beitrages außer Acht bleiben.¹²² Ob überhaupt Alltag als Phänomen darstellbar ist jenseits eines Grundgerüsts regelmäßig wiederkehrender, aber eben individuell verschiedener und ferner vom Individuum selbst nicht beeinflussbarer äußerer Faktoren, stellt in diesem Zusammenhang die grundlegende Frage schlechthin dar.¹²³ Bezüglich der Physikatsberichte muss diese Frage insofern beantwortet werden, als die Berichte der Ärzte nicht das Alltagsleben, sondern den Blick akademisch gebildeter Staatsbeamter in gehobener Position in ihrer sozialen und berufsspezifischen Bedingtheit darstellen mit einer durch individuelle Vorkenntnisse und Vorstellungen bestimmten Sichtweise.

Das Interesse am Menschen als Individuum und seinem Alltagsleben, wie es sich in den Physikatsberichten wiederfindet, geht auf die Aufklärung zurück. Damit ergaben sich Konsequenzen für die Entwicklung der Wissenschaften. Die Geographie etwa verfolgte das Ziel der Darstellung der Unterschiede zwischen den Völkern, richtete sich inhaltlich aber in Richtung auf die Zwecke der Bürokratie des späten 18. Jahrhunderts aus¹²⁴, so

¹¹⁸ Besonders galt dies für München und seine Umgebung, vgl. Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte des Bezirks der Stadt München und der Landgerichte München links der Isar und München rechts der Isar (1861/62). In: OA 125/2, 2001, S. 153.

¹¹⁹ Vgl. die Ausführungen des Ingolstädter Gerichtsarztes: Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Stadt – und Landgericht Ingolstadt für die Jahre 1857-1861. In: OA 125/2, 2001, S. 262.

¹²⁰ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 351.

¹²¹ Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 351.

¹²² Vgl. dazu grundlegend: Protzner, Wolfgang; Guth, Klaus (Hgg.): Alltagsgeschichte in Bayern. Kulmbach 1987.

¹²³ Kriss-Rettenbeck, Lenz: Gesichtspunkte und Grundsätze für Freilichtmuseen. In: Bayerische Blätter für Volkskunde 8, 1981, S. 188-196. – Tenfelde, Klaus: Schwierigkeiten mit dem Alltag. In: Geschichte und Gesellschaft 10, 1984, S. 376-394.

¹²⁴ Könenkamp, Wolf Dieter; Lutz, Gerhard: Geographie und Statistik im 18. Jahrhundert. In: Rassem, Mohammed; Stagl, Justin (Hgg.): Statistik und Staatsbeschreibung vornehmlich im 16.-18. Jahrhundert. Pa-

etwa auf den Gebieten der Kartographie, der Landesvermessung und der Landesplanung insgesamt¹²⁵. Vor diesem Hintergrund konnten sich auch Statistik und Ethnographie entwickeln. In dieser Hinsicht trifft der den Physikatsberichten zugrunde liegende Fragenkatalog mit der Ethnographie zusammen, ohne dass diese jedoch eine Alltagsgeschichte der Bevölkerung in Bayern darstellen.

Angesichts der Fülle des Gesamtmaterials von in Bezug auf das gesamte Königreich Bayern etwa 15.000 handschriftlich überlieferten Seiten sowie einer eigenen zum Teil kontroversen Debatte um die wissenschaftliche Bearbeitung der Physikatsberichte kann es im Rahmen dieser Ausführungen nur um die Region Oberbayern und auch hier wieder nur exemplarisch um einige wenige edierte ethnographische Aussagen gehen. Ein Vergleich verschiedener Regionen des Königreich Bayerns etwa mit unterschiedlichem Urbanisierungsgrad ist dabei ebenso ein Desiderat wie eine Arbeit, die innerhalb Oberbayerns Landgerichte alpiner Prägung mit jenen anderer oberbayerischer Regionen, etwa des Dachauer Landes oder des Erdinger Mooses zueinander in Beziehung setzt. Nach Abschluss der vom Historischen Verein von Oberbayern getragenen Textedition steht für derartige Forschungen eine breite Quellengrundlage zur Verfügung. Bislang sind nur ansatzweise Ausführungen zu Einzelbereichen des Lebens um die Mitte des 19. Jahrhunderts möglich.

Neben dem ethnographischen Teil, auf den sich die Arbeiten zum Alltag der Menschen in der Regel stützen, bieten auch die Abschnitte über die Topographie eine Fülle von Information über Klima, Oberflächenformen, Gewässer, Botanik, Siedlungen und Erwerbszweige, die für das Leben und die Gesundheit der Menschen in einer bestimmten von der Natur, aber auch von künstlicher Infrastruktur geprägten Umwelt wesentliche Komponenten darstellten. Eine Untersuchung der Berichte etwa aus der Sicht der in letzter Zeit stärker in den Blickwinkel getretenen Umwelt- und Forstgeschichte¹²⁶ könnte daher durchaus zu interessanten Ergebnissen führen bis hin zu derzeit in der Politik aktuell diskutierten Fragen der Wasserversorgung,¹²⁷ für die der hydrographische Teil der Berichte im Einzelfall Anhaltspunkte über bestimmte Quellen und sonstige Wasservorräte einzelner Regionen bieten kann. Auf die Bedeutung für die Geschichte der Medizin

derborn 1980. S. 249-268.

¹²⁵ Schlögl, Daniel: Der planvolle Staat. Raumerfassung und Reformen in Bayern 1750 – 1800. München 2002 [Phil. Diss. 2000] (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte. 138).

¹²⁶ Vgl. die Otto-von-Freising-Tagung „Umweltgeschichte und Landesgeschichte in Bayern“, die vom 21. bis 22. Juni 2001 von Prof. Dr. Ferdinand Kramer in Verbindung mit der Generaldirektion der Staatlichen Archiv an der Katholische Universität Eichstätt ausgerichtet wurde. Zumindest hingewiesen sei auf den 1992 gegründeten Arbeitskreis Forstgeschichte in Bayern mit seinen „Forstlichen Forschungsberichten München“, bislang fünf Bände aus den Jahren 1995, 1996, 1997, 1998, 2000).

¹²⁷ Dies gilt für den Bereich der Landesplanung wie etwa die Überleitung von Altmühl-Donau-Wasser in der wasserärmere Einzugsgebiet von Rednitz, Regnitz und Main, vgl. Agrarbericht 2000 des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, online unter: http://www.stmelf.bayern.de/landwirtschaft/agrarbericht/2000/landwirtschaft/2-7-8_landwirtschaft.html <07.03.2002>, aber ebenso für Tendenzen in Richtung auf eine Privatisierung der Wasserversorgung, vgl. hier zuletzt Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 4. Dezember 2001, online unter: <http://www.umweltministerium.bayern.de/aktuell/newsroom/presse/2001/587.htm> <07.03.2002>.

wurde bereits hingewiesen. Darüber hinaus liefern die Berichte Informationen über die gesundheitlichen Verhältnisse, die ärztliche Versorgung, die Niederlassung von Hebammen, die einsetzende Verdichtung des Netzes der Krankenhäuser und damit über Ansätze einer allmählichen Modernisierung des bayerischen Gesundheitswesens insgesamt auch im ländlichen Raum. Eine zusammenfassende Auswertung unterblieb abgesehen von der erwähnten Zusammenstellung Majers aus dem Jahr 1868, der in seiner Publikation von einer weiteren Topographie und Ethnographie auf bayerischer Ebene ausging.¹²⁸ Der Tod König Maximilians II. bereits vier Jahre zuvor nahm der Beschäftigung mit dieser Materie einen letztlich wohl entscheidenden persönlichen Impetus. Die zeitgleich entstandene „Bavaria“ bezog zumindest in ihrem Ober- und Niederbayern umfassenden ersten Band die Physikatsberichte nicht mit ein.¹²⁹

Bei näherer Betrachtung der Inhalte fällt auf, dass die Ärzte zahlreiche potentiell pathogene Aspekte in ihren Berichten beleuchteten. Dies gilt zunächst rein physisch. Das weibliche Verhalten während der Schwangerschaft und unmittelbar nach der Geburt, die Ernährung der Kleinkinder sowie die hohe Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr wurden allgemein hervorgehoben und kritisiert. Im Brennpunkt steht dabei stets die Abneigung der Ernährungsweise der Neugeborenen, denen praktisch von Geburt an schwer verdauliche, mit Butter versehene Breie etwa aus Roggenmehl und Milch verabreicht wurden. Dies veranlasste den Tegernseer Physikus Dr. Alois Rosner zu der Feststellung, dass von 100 Neugeborenen 28,1 dieser Ernährung erliegen und daß die, die sie aber überstehen, [...] kräftig und stark werden¹³⁰.

Der Arzt fungierte hier mehr als Beobachter von Zuständen, z. B. schlechter Ernährung, Unsauberkeit, unzureichend gelüfteter Zimmer oder Fehlverhalten der Mütter etwa durch schwere körperliche Arbeit bis kurz vor der Entbindung oder falsche Ernährung und allzu frühen Arbeitsbeginn nach der Geburt, ohne Ursachen auf den Grund zu gehen oder konkrete Veränderungen anzuregen. Ein immer wiederkehrender Kritikpunkt ist die Körperpflege. Das Bad der Neugeborenen durch die Hebamme wird als das letzte bis zu dem Punkt bezeichnet, bis der Arzt es aus medizinischen Motiven empfahl. Baden galt als Sommervergnügen, nicht als Verpflichtung körperlicher Hygiene, ein Umstand, der von den Ärzten vielfach kritisiert wurde.

Einfluss auf die Gesundheit der Menschen hatten neben den Komponenten Topographie und Konstitution vor allem die Lebensverhältnisse. Dies bezog sich auf die Existenzsicherung, die im bäuerlich geprägten Oberbayern überwiegend aus der Landwirtschaft stammte. Damit aber wurde von den Ärzten nicht nur Aussagen über Ackerbau, Vieh- und Almwirtschaft verbunden, sondern auch über den für die Existenzgründun-

¹²⁸ Majer, Carl Friedrich: Generalbericht über die Sanitätsverwaltung im Königreiche Bayern 1857/58-1865/66. 5 Bde. München 1868/69. Bd. 1, S. IV.

¹²⁹ Im Bd. 1, S. 1031, wird bei der Beschreibung der Volkskrankheiten auf das nach Aussage von Physikatsberichten verbreitete „Schnupfen“ der Waldler und seine gesundheitlichen Schäden hingewiesen. Ob aber ausgerechnet dieser einzige Hinweis aus den nach 1858 verfassten Physikatsberichten stammt, erscheint fraglich.

¹³⁰ Gehring, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 99.

gen zentralen Vorgang der Hofübergabe. Nicht nur soziale und rechtliche Veränderungen waren mit diesem Besitzwechsel verbunden, sondern aus Sicht der Ärzte entscheidende Voraussetzungen für die Fruchtbarkeit von zum Teil spät eingegangenen Ehen. Die hohe Zahl illegitimer Kinder, der aufgrund des bereits fortgeschrittenen Alters bei der Eheschließung eine geringere Zahl legitimer Kinder gegenüberstand, wurde als „Ergebnisse“ der Unmoral betrachtet. In diesen Zusammenhang gehört also die Frage der obrigkeitlichen Konzessionierung der Ansässigmachung und Verehelichung, die schon seit den Notjahren 1816/17 als Folge der Napoleonischen Kriege Gegenstand der politischen Diskussion war.¹³¹ Zusammen mit liberalen Bestimmungen auf dem Gewerbesektor wurde in einer höheren Geburtenziffer ein Mittel zur Verbesserung der ökonomischen Situation und ein möglicher Machtzuwachs für Bayern gesehen. Auf der anderen Seite stand die restriktive Tendenz der seit 1816 für die Konzessionierung zuständigen Kommunen, Ehen nur bei entsprechenden gesicherten Einkommensverhältnissen zuzulassen. Rücksichten auf den Gemeindehaushalt bezüglich der Armenversorgung spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Vermeidung unliebsamer Konkurrenz für bereits im Ort vorhandene Gewerbe. Im Hintergrund stand hier das Heimatrecht, das seit der gesetzlichen Regelung von 1825 das Recht auf Zugehörigkeit zu einer Gemeinde und damit auch das Recht auf Unterstützung durch eben diese Gemeinde im Falle der Bedürftigkeit beinhaltete. Die Rechtssituation nach 1825 sollte neben den genannten Zielen die Zahl der unehelichen Kinder senken und die allgemeine Sittlichkeit verbessern.

Dieses Ziel wurde vielfach dadurch unterlaufen, dass Beziehungen zwischen Knechten, Mägden, Tagelöhnern und Dienstboten ohne Genehmigung bestanden und auch nicht legalisiert wurden. Daraus erklärt sich die hohe Zahl illegitimer Kinder mit den entsprechenden finanziellen Belastungen für die Heimatgemeinden im Bereich der Armenpflege. Von den Kommunen wurde daher gerade bei dieser Klientel auf arbeitsamen und häuslichen Lebenswandel geachtet. Andererseits waren Ehen aus materiellen Motiven zur Erhaltung oder Mehrung des Besitzes eher die Regel als die Ausnahme. Als Ergebnis dieser Motive stellten die Ärzte eine hohe Anzahl unglücklicher Ehen fest.

Neben den sozial bedingten Unterschieden etwa auf dem Gebiet der Hygiene oder der Säuglingspflege lassen sich auch regionale Differenzierungen ausmachen, die aus topographischen Gründen insbesondere die Landwirtschaft, letztlich aber das Erwerbsleben insgesamt betrafen. Der in den Physikatsberichten ebenfalls angesprochene Bereich von Ruhe und Arbeit vermittelt dem Leser einen Eindruck von der Arbeitswelt Mitte des 19. Jahrhunderts.

Breiten Raum nahm in den Berichten die Darstellung des Wohnens ein. Dabei ging es den Ärzten im Wesentlichen um äußere Beschreibungen wie die baulichen Abmessungen, die Anordnung einzelner Gebäudeteile bei bäuerlichen Anwesen, die Baumaterialien etc. Zu diesen Angaben traten ergänzende, aus eigener Beobachtung gewonnene Schilderungen zur Helligkeit, Belüftung und Sauberkeit der Räume. Demgegenüber sind

¹³¹ Heydenreuter, Reinhard: Gesetze gegen das Elend – staatliche Regelungen zu Ansässigmachung und Verehelichung. In: Ottomeyer, Hans; Laufer, Ulrike (Hgg.): Biedermeiers Glück und Ende ... die gestörte Idylle 1815-1848. München 1987. S. 23-44.

die Aussagen über Siedlungsformen jedoch vergleichsweise allgemein und aus dem vorhandenen statistischen Material zusammengetragen. Damit beinhalten die Physikatsberichte Informationen, die für die Hausforschung, die ja sowohl die bauliche und räumliche Erscheinung wie auch die funktionale und soziale Bedeutung untersucht,¹³² einige Aufschlüsse bieten.

Als Baumaterial trat überwiegend Holz in Erscheinung mit seinen unbestrittenen Vorteilen der Isolierung und Wärmedämmung, aber auch den von den Medizinern sehr genau beobachteten Nachteilen. An diesem Abschnitt der Berichte über Baumaterial und Baugrund wird die Verbindung zu Ausführungen im Kapitel zur Topographie deutlich. Als Problem sahen die Mediziner vor allem die wegen der Blockbauweise gegebene geringe Fenstergröße und die niedrige Raumhöhe der Zimmer, in denen Wohnen, gewerbliche Arbeit (Spinnen, Holzverarbeitung), Kochen, Waschen, Wäschetrocknen unmittelbar nacheinander oder auch gleichzeitig erfolgten. Häufig nahm die Enge in diesen Räumen noch zu, da nach erfolgter Hofübergabe eine zusätzliche Schlafkammer für die ihren Austrag fristenden Altbauern eingerichtet wurde.

In den Berichten finden sich ferner Details zur funktionalen Anordnung einzelner Gebäudeteile bzw. im Hausinnern der einzelnen Räume. Informationen im Sinne etwa der Sachkulturforschung über die Ausstattung der einzelnen Räume kommen nicht allzu häufig vor.¹³³ Hier müssen ergänzend andere Quellen herangezogen werden, wie z. B. Inventare, Briefprotokolle¹³⁴ und insbesondere die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende umfangreiche Bauplanüberlieferung¹³⁵ etc. Dennoch enthalten die Berichte der Ärzte durchaus aufschlussreiche Informationen und insbesondere Schilderungen des Wohnumlieus, mit denen ein Einblick in einen Bereich der Lebensverhältnisse um 1860 möglich ist.¹³⁶ Eine derart umfassend angelgte Studie wie diejenige Konrad Bedals¹³⁷ fehlt jedoch bislang für Oberbayern. Für diese Arbeit stellten neben geographischen und sta-

¹³² Bedal, Konrad: Historische Hausforschung. Ein Einführung in Arbeitsweise, Begriffe, Literatur. Bad Windsheim 1993 (= Quellen und Materialien zur Hausforschung in Bayern. 6; Schriften und Kataloge des Fränkischen Freilandmuseums des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim. 18). S. 7.

¹³³ Spiegel, Beate: Physikatsberichte als Spiegel des Alltagslebens in Niederbayern um 1860. Magisterarbeit, München 1986. S. 88, führt zwei solcher Beispiele in den Berichten von Vilshofen und Mainburg als Ausnahmen an. – Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 43. Die detaillierten Angaben zu den Verhältnissen im Tegernseer Raum sind eine Ausnahme, vgl. Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 93-96.

¹³⁴ Heydenreuter, Reinhard: Gerichts- und Amtsprotokolle in Altbayern. Zur Entwicklung des gerichtlichen und grundherrlichen Amtsbuchwesens. In: MAB 25/26, 1979/80, S. 11-46, v.a. S. 29 ff.

¹³⁵ Wild, Joachim: Baupläne als heimatgeschichtliche Quelle. Dargestellt am Beispiel Oberbayerns. In: Schöner Heimat 70, 1981, S. 20-28.

¹³⁶ Vgl. die Ausführungen des Tegernseer Arztes Dr. Alois Rosner, vgl. Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 93-96.

¹³⁷ Bedal, Konrad: Ofen und Herd im Bauernhaus Nordostbayerns. Eine Untersuchung der älteren Feuerstätten im ländlichen Anwesen des östlichen Franken und der nördlichen Oberpfalz. München 1972 (= Beiträge zur Volkstumsforschung. 20). Bedals Aussagen gelten zwar auf der Quellenbasis der Physikatsberichte der Region des östlichen Oberfranken, des nördlichen Mittelfranken und der nördlichen Oberpfalz, lassen sich aber in vielen Punkten auch auf die oberbayerischen Verhältnisse übertragen.

tistischen, vereinzelt auch technischen Quellen die Berichte der Gerichtsärzte die überwiegend benutzte Informationsgrundlage dar. Im Mittelpunkt von Bedals Arbeit standen Ofen und Herd und damit zwei Elemente des bäuerlichen Hauses, die eine zentrale Funktion als Ort der Speisenzubereitung und Feuerstätte einnahmen. Von daher waren sie auch aus Sicht der Ärzte interessant, wenn auch aus einem anderen Blickwinkel als jenem der heutigen Hausforschung. Insbesondere ging es den Ärzten um das Baumaterial der Gebäude, die Lage der Wirtschaftsgebäude, der Ställe, der Dungstätten und der im Freien stehenden Toiletten, um die Lage der einzelnen Räume im Haus, die Unterbringung der Bauersleute, ihrer Kinder sowie der Knechte und Mägde und die auf diese Funktionen bezogene Konzipierung der Räume im Haus. Der einzig heizbare Raum im Haus war die Stube, die die oft mehr als behagliche Wärme¹³⁸ durch ein Spundloch in der Decke oder einfach durch die dünne Beschaffenheit der Holzdecken auch noch in die benachbarten Räume abgab. Ferner spielte der Lichteinfall durch die bauartbedingt meist zu kleinen Fenster, die Gestaltung der Böden in Hausflur und Küche (Bretter oder Lehm-boden) aus sanitätspolizeilicher Sicht ebenso eine Rolle wie die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.¹³⁹

Die Angaben der Ärzte bestätigten das Vorkommen der alten Ofenformen, vor allem des zuglosen, überwiegend als Hinterlader ausgeführten Kachelofens und der allerdings selteneren Verwendung von Eisen zum Ofenbau. Häufig werden die großen Kachelöfen erwähnt, die bis zu 1/3 der Wohnstube einnahmen¹⁴⁰ und die enorme Mengen an Holz verbrauchten. Aus ärztlicher Sicht sorgte dies für eine durchaus gesundheitsschädliche große Hitzeentwicklung auch in der wärmeren Jahreszeit. Der Holzverbrauch schlug auf dem Land durch die Wahrnehmung von Holzrechten weniger zu Buche als in den eher gewerblich orientierten Städten. Dennoch wurden von staatlicher Seite die Entwicklung sparsamer Herd- und Ofentypen gefördert. Dies führte zur Entstehung fabrikartiger Betriebe im Bereich der Ofenproduktion (Seiler in Bayreuth, Dirr in Bamberg), die jedoch ihrerseits eher den städtischen Markt bedienten. Auf dem Land hielt sich von Ausnahmen wie etwa im Weilheimer Bezirk¹⁴¹ abgesehen der althergebrachte Ofentypus, nicht zuletzt wegen der hohen Preise für die modernen Öfen.¹⁴²

Die Verwendung des Ofens als Kochstelle und das sich daraus ergebende Heizen des Ofens über das ganze Jahr hinweg brachte zusammen mit der Speisen- und Futterzubereitung auf dem Herd eine permanente Hitze und Ausdünstung mit sich, die von den

¹³⁸ Gehring, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Tegernsee aus dem Jahr 1861. In: OA 120, 1996, S. 93.

¹³⁹ Eine eingehende Schilderung mit einem kurzen historischen Abriss findet sich im Bericht des Wasserburger Arztes, vgl. Fuchs, Johannes: Der Physikatsbericht für das Landgericht Wasserburg für die Jahre 1857-1861. In: OA 120, 1996, S. 143-151.

¹⁴⁰ Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 86.

¹⁴¹ Neubauer, Brigitte: Die Physikatsberichte der Landgerichte Weilheim (1860/61) und Schongau. In: OA 119, 1995, S. 45.

¹⁴² In diesem Sinne äußerte sich der Arzt des Gerichtes Rain am Lech, vgl. Löffelmeier, Anton: Die Physikatsberichte für das Landgericht Rain für die Jahre 1857-1861. In: OA 119, 1995, S. 122.

Ärzten in ihren Berichten immer wieder kritisiert wurde. Daneben setzte die Kritik stets an den hygienischen Nachteilen an, die sich aus der Zubereitung von Viehfutter, dem Auskochen der Wäsche, dem Kochen von Klößen und Würsten sowie dem Geschirrspülen und Händewaschen in den im Ofen eingebauten Behältnissen zum Erhitzen von Wasser ergaben.¹⁴³

In der Stube diente die Ofenbank auch als Schlafstätte. Der längere Aufenthalt ohne Tageslicht und frische Luft sowie das Trocknen von Obst und die Unterbringung von Geflügel in eigenen Verschlagen in der Stube wurde von den Ärzten ebenfalls als der Gesundheit nicht zuträglich dargestellt.

Insgesamt lässt sich aus den Physikatsberichten die um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Veränderung der Bauweise feststellen, die mit baupolizeilichen Vorschriften und deren behördlicher Überwachung vor allem auf eine bessere Herstellung der Häuser und Dächer sowie auf eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse, insbesondere der Abwasserentsorgung, abzielte.

Auf dem Gebiet der Ernährung beinhalteten die Darstellungen der Ärzte ebenfalls die Beschreibung dessen, was tatsächlich an Nahrungsmitteln konsumiert wurde. Fleisch war rar auf dem Speiseplan, der überwiegend aus Mehl-, Kartoffel- und Milchspeisen bestand. Der Zusammenhang zwischen sozialem Status und Ernährungsweise wurde zwar erkannt, aber nicht weiter hinterfragt bzw. als Ansatzpunkt für Verbesserungsvorschläge erkannt. So gehörte Bier in der bäuerlichen Bevölkerung mit Ausnahme des zur Arbeit gerne konsumierten Nachbieres, des sogenannten Schöps, zur Ausnahme, während es auf dem bürgerlichen Tisch häufig zu finden war, ja geradezu zum täglichen Brot gehörte. Dabei geraten dann Ausführungen in die Diktion, die mit dem Thema nur am Rande zu tun haben. Der Mühldorfer Arzt erwähnte an dieser Stelle, dass jeder Bürger abends ins Wirtshaus geht, was als unverbrüchliches Gesetz angesehen wurde. Dies galt aber nicht nur einem geradezu unentbehrlichen Lebensbedürfnis, sondern auch den Gewerbrücksichten. Bei einem Verstoß gegen den sogenannten Compagnietag, einem wöchentlich festgelegten Wirtshaustermin mit entsprechender Konsumverpflichtung, konnte dies in fortgesetztem Falle umgekehrt den Kundschaftsentzug der Wirtsleute zu Folge haben. An den Namenstagen der Wirtsleute musste darüber hinaus auch ordentlich gegessen werden, um so für Umsatz zu sorgen. Diese Verpflichtung traf offenbar auch die Ärzteschaft.¹⁴⁴

Feste und Feierlichkeiten gaben in den Berichten der Ärzte einen Einblick in die Ausnahme vom täglichen Leben der Bevölkerung und damit auch einen Ansatz zu ihrer Charakterisierung, wenn in diesen Ausnahmesituation etwa allzusehr über die Stränge geschlagen wurde. Ein eingehenderer Vergleich dieser hier nur angedeuteten Bereiche, die in unterschiedlichem Umfang in den einzelnen Physikatsberichten behandelt wur-

¹⁴³ Als Bezeichnungen für diese Gefäße finden sich z. B. Ofentopf, Ofenhafen, Höllhafen. Lokale Bezeichnungen dafür finden sich selten, weil entweder die Begriffe dem Hochdeutschen angenähert wurden oder die Ärzte nicht lange genug in ihrem Amtsbezirk waren, um diese Ausdrücke zu kennen.

¹⁴⁴ Die genannten Zitate vgl. Gehringer, Horst: Der Physikatsbericht für das Landgericht Mühldorf (1862). In: OA 125/2, 2001, S. 353.

den, in verschiedenen Regionen dürfte für Oberbayern sicher interessante Ergebnisse zu Tage bringen¹⁴⁵.

IV. ZUSAMMENFASSUNG

Ohne Zweifel stellen die Physikatsberichte mit ihrer großen räumlichen Bandbreite und ihrer annähernd gleichzeitigen Abfassung eine wertvolle Quelle für landeshistorische und volkskundliche Untersuchungen dar. Dabei kommt den Ärzten als den Verfassern dieser Berichte, dem Fragebogen des Innenministeriums als vorgegebenem Raster und den von den Ärzten benutzten Quellen eine zentrale Funktion zu. Nur unter quellenkritischer Berücksichtigung dieser drei Faktoren und der Heranziehung weiterer für die Beantwortung einzelner Fragen einschlägiger Quellen kann ermessen werden, unter welchem Blickwinkel die Ärzte die von ihnen erlebte Realität sahen. So erhalten diese Berichte ihren vollständigen Quellenwert nicht aus sich selbst heraus, sondern durch Einbeziehung zusätzlicher, sie ergänzender Quellen. Dennoch vermitteln auch die Berichte selbst interessante Einblicke in das Leben auf dem Land um 1860. Gerade die eigenen Erfahrungen der Ärzte und die in den Berichten vorgebrachte Kritik ergeben eine ganze Anzahl von Hinweisen auf die Situation des Alltags. Sie beinhalten daher auch indirekt, z. B. auf dem Gebiet der Ansässigmachung oder der Baupolizei, Ansatzpunkte für staatliche Interventionen. Eine kritische Edition und in noch höherem Maß eine Auswertung der Berichte muss daher das Netzwerk anfangen von den politisch-staatsrechtlichen Rahmenbedingungen und den wissenschaftlichen Absichten König Maximilians II. über die Biographien der Ärzte bis hin zu den von diesen zur Kenntnis genommenen Quellen berücksichtigen. Die Physikatsberichte wurden möglich in einer seit Montgelas zentral und straff organisierten dreistufigen Staatsverwaltung. Sie geben den Blickwinkel einer ihrer sozialen Herkunft und ihrer Ausbildung nach weitgehend homogenen Berufsgruppe wieder, die als Gerichtsärzte schon den Zenit ihrer Karriere erreicht hatten. Ihr Blick richtete sich auf eine Bevölkerung, in der sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits Anzeichen für Veränderungen auf unterschiedlichen Gebieten ergaben. Die Wirtschaft war zwar in Oberbayern noch bäuerlich geprägt, aber die aufkommende Industrie zeichnete sich in einigen Regionen Bayerns bereits ab. Für die historische Geographie, die Landesgeschichte und die Volkskunde bietet sich auf dem Gebiet der Auswertung der Physikatsberichte ein breites Feld interdisziplinärer Zusammenarbeit zur Erforschung zahlreicher Phänomene des Lebens der bayerischen Bevölkerung in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

¹⁴⁵ Zum Vergleich sei an dieser Stelle auf die umfassenden Darstellungen von Klaus Reder für Unterfranken und Edeltraud Loos für Mittelfranken hingewiesen.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bau des Walchenseekraftwerks

Wolfgang Ehberger

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen, die angesichts der beschlossenen Energiewende in den kommenden Jahren eine spürbare Ausweitung erfahren soll, stellt das vor über neun Jahrzehnten errichtete Walchenseekraftwerk im Isarwinkel dar, welches noch im Jahre 2010 von seiner damaligen Betreiberin, der EON Wasserkraft GmbH¹, als „Juwel der Technik in den Alpen“ charakterisiert wurde.²

„Die Ausnützung des ca. 200 Meter hohen Gefälles zwischen Walchensee und Kochelsee ist so naheliegend, dass dieses Projekt zu den ältesten und am häufigsten vorgeschlagenen Wasserkraftprojekten in Bayern gehört.“³

Mit diesen Worten leitete der „Pionier der modernen Elektrizitätsversorgung“ Oskar von Miller⁴ in der Sitzung des Bayerischen Ingenieur- und Architektenvereins am 17. Mai 1907 seine Ausführungen über die Möglichkeit einer Nutzung der Wasserkräfte zwischen Walchen- und Kochelsee ein.

Tatsächlich lassen sich bereits zu Beginn des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts die ersten Überlegungen, das natürliche Gefälle zwischen den beiden Seen für die Erzeugung elektrischer Energie zu nutzen, festmachen.⁵ Im Jahre 1897 erarbeitete dann das Münchener Ingenieurbüro Huber ein erstes konkretes Walchenseeprojekt, welches jedoch nicht weiterverfolgt wurde, nachdem schon der Antrag auf Genehmigung von Messungen und Vorarbeiten durch das zuständige Forstamt abgelehnt worden war.⁶

So sollte es sieben weitere Jahre dauern, bis der Walchensee als Basis für eine umfassende Elektrizitätsversorgung erstmals zum Gegenstand eines breiteren öffentlichen Diskurses wurde. Am 13. Juli 1904 beantragten der hessische Oberbaurat Rudolph Schmick und der Schweizer Ingenieur Jean Jaquel bei der Regierung von Oberbayern eine Konzession zur Nutzung der Wasserkräfte zwischen der Oberen Isar bei Wallgau, dem Walchensee und dem Kochelsee.⁷ Im Rahmen ihrer Projektskizze schlugen sie vor, die Isar

¹ Seit 2015 fungiert die „Uniper-Kraftwerke GmbH“ als Betreibergesellschaft des Walchenseekraftwerks.

² Vgl. EON Wasserkraft GmbH. Unternehmenskommunikation (Hg.), Das Walchenseekraftwerk. Ein Juwel der Technik in den Alpen, Landshut 2010.

³ Oskar von Miller, Bayerns Wasserkräfte, in: Süddeutsche Bauzeitung 60 (1907).

⁴ Hans-Joachim Hildebrand, Wirtschaftliche Energieversorgung, Bd. 1, Leipzig 1965, S. 51.

⁵ Zur gleichen Zeit wurde das erste größere Elektrizitätswerk an der Isar, das Werk Höllriegelskreuth der Isarwerke GmbH, geplant und errichtet sowie 1894 in Betrieb genommen. Vgl. hierzu Manfred Pohl, Das Bayernwerk, München 1996, S. 81.

⁶ Vgl. den Antrag sowie den abschlägigen Bescheid in: BayHStA MF 67 742. Siehe hierzu auch 30 Jahre Bayernwerk AG. 1921-1951, München 1951, S. 35.

⁷ Vgl. Schreiben des Staatsministers des Innern an den Staatsminister der Finanzen vom 6.5.1905

unterhalb von Wallgau durch ein Wehr aufzustauen und von dort Wasser in den Walchensee überzuleiten, um den Pegel des Sees zu erhöhen. Mit Hilfe eines Speicherkraftwerks sollte aus der Ableitung des Wassers in den tiefer gelegenen Kochelsee eine dauernde Leistung von rund 20 000 PS erzielt werden.

Dieser Vorstoß löste in den zuständigen bayerischen Ministerien eine ebenso intensive wie kontroverse Diskussion über Nutzen und Wert der staatlichen Wasserkräfte aus. Erstmals wurde sich die Regierung nun offenkundig ihrer besonderen Verantwortung für eine gesamtstaatliche Stromversorgung bewußt und entwickelte konkrete Ansätze für eine eigene Elektrizitätspolitik. Hintergrund für diese Entwicklung bildete wiederum die seit Ende des 19. Jahrhunderts massiv zunehmende „Kohlenot“, die maßgeblich durch die spürbare Verknappung und Preiserhöhung der Kohle als Folge der Monopolpolitik der großen Syndikate⁸ verursacht worden war und das in hohem Maße von Kohleimporten abhängige Bayern⁹ besonders hart traf. Nicht zuletzt in Anbetracht der Tatsache, dass der Energiebedarf von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft stetig zunahm, erschien die Elektrizitätsgewinnung aus Wasserkraft, die signifikanterweise vielfach auch „weiße Kohle“ titulierte, als praktikable und zukunftssträchtige Lösung für eine Überwindung der zu erwartenden Engpässe im Energiesektor.

Die Verhandlungen innerhalb der Ministerien des Innern, der Finanzen und für Verkehrsangelegenheiten, die sich vom Juli 1904 bis zum November 1905 eingehend mit dem Konzessionsgesuch von Schmick und Jaquel auseinandersetzten, konzentrierten sich nicht zuletzt auf die grundsätzliche Frage, ob die Ausnutzung der Wasserkräfte des Walchensees einem privatwirtschaftlichen Unternehmen oder dem Staat vorbehalten werden solle – bislang hatte der Staat alle vergleichbaren Aktivitäten privaten Initiativen überlassen. Nach kontroversen Diskussionen auch in den beiden Kammern des Bayerischen Landtags lehnte Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer, der das neugeschaffene Ressort Anfang 1904 übernommen hatte, am 12. November 1905 in einer Stellungnahme an das Innen- und das Finanzministerium das Konzessionsgesuch von Schmick und Jaquel ab.¹⁰ Er begründete diese Entscheidung in erster Linie damit, dass die Ausnutzung der Wasserkräfte der Isar und des Walchensees durch den Staat selbst zum Zweck

(BayHStA MF 67 742).

⁸ Besondere Bedeutung kam dabei dem „Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikat“ mit Sitz in Essen zu, welches im Verdacht stand, die Kohleknappheit willkürlich herbeigeführt zu haben, um die Höhe der Verkaufspreise künstlich aufrechtzuerhalten. Vgl. hierzu Fritz Blach, Die Energiepolitik Bayerns, Kallmünz 1981, S. 3-6.

⁹ So konnte das Königreich Bayern im Jahr 1900 nur etwa 13 Prozent seines Steinkohlebedarfs und 39 Prozent seines Braunkohlebedarfs aus eigener Produktion decken (Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern 12 (1900), S. 218). Im Übrigen war man auf Importe vorwiegend aus dem Ruhr- und Saargebiet sowie aus Böhmen angewiesen. Gerade das rechtsrheinische Bayern litt somit an einer „Revierferne“, die sich in vergleichsweise hohen Frachtkosten niederschlug und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie nachhaltig gefährdete (siehe etwa Hermann Schaumberger, Das Verhältnis der Produktionskosten der bayerischen Eisen-, Maschinen- und Metallindustrie zu denen des Rheinlandes, München 1916, S. 13 f; Blach, Energiepolitik, S. 2 f).

¹⁰ Stellungnahme Frauendorfers vom 12.11.1905, in: BayHStA MKr 9735. Vgl. zudem Schreiben des Staatsministers des Innern an den Staatsminister der Finanzen vom 10.2.1906, in: MF 67 742.

ke der angestrebten Elektrifizierung der Haupteisenbahnlinien im südbayerischen Raum erfolgen solle¹¹ – eine Auffassung, die sich sodann auch das Innen- und das Finanzressort ausdrücklich zu eigen machten. Im folgenden Jahrzehnt sollte nun das Walchenseeprojekt primär unter dem Aspekt der Elektrifizierung der bayerischen Staatseisenbahnen betrachtet und diskutiert werden, bis es schließlich 1914 zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel kam.

Nur wenige Wochen nach der Ablehnung des Antrags von Schmick und Jacquel reichte Anfang des Jahres 1906 der „Zukunftstechniker“ Major Fedor Maria von Donat¹² in Vertretung eines belgisch-deutschen Syndikats bei der bayerischen Staatsregierung ein Konzessionsgesuch zum Bau eines großangelegten Stausees im Isartal selbst¹³ und für ein Kraftwerk am Walchensee mit einer zu erwartenden Gesamtleistung von rund 100 000 PS ein.¹⁴ Vor diesem Hintergrund fand am 5. März 1906 im Staatsministerium des Innern zum ersten Mal eine übergreifende Besprechung über die staatlichen Wasserkräfte und ihre Nutzung statt.¹⁵ In deren Verlauf stellten sich die Vertreter der beteiligten Ressorts dezidiert auf den Standpunkt, dass die Nutzung der Wasserkräfte des Walchensees nicht durch private Investoren, sondern einzig und allein durch den Staat zu erfolgen habe – ein Beschluss, der auch maßgeblich für die formelle Ablehnung des Projekts Donats durch die Staatsregierung am 17. März 1906 gewesen sein dürfte.

Beide Konzessionsgesuche hatten jedoch letztlich zur Folge, dass das Walchenseeprojekt auch in den folgenden Monaten sowohl auf der Ebene der zuständigen Ministerien als auch anderer staatlichen Institutionen eingehend diskutiert wurde. So legte etwa am 15. Juli 1906 das Königl. Hydrotechnische Bureau einen ausführlichen Bericht über die

¹¹ Frauendorfer war schon als Ministerialrat und Leiter der Verkehrsabteilung im Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren dafür eingetreten, insbesondere angesichts der deutlichen Kohleverteuerung (und der damit einhergehenden finanziellen Belastungen für den Staatshaushalt) sowie der zunehmenden technischen Konkurrenzfähigkeit der Elektrolokomotive die bayerischen Staatseisenbahnen möglichst rasch zu elektrifizieren. Kurz nach seinem Amtsantritt beauftragte er daher Oskar von Miller, mit seinem Ingenieurbüro eine entsprechende Machbarkeitsstudie zu erarbeiten. Im Oktober 1904 legte Miller dem Verkehrsministerium ein erstes Gutachten vor, in dem der Vorschlag unterbreitet wurde, zunächst die Strecken München – Lindau und München – Garmisch auf Strombetrieb umzustellen, wodurch jährliche Einsparungen in Höhe von 600 000 Mark erzielt werden könnten. Die hierfür erforderliche Energie sollte durch Wasserkraftwerke am Walchensee sowie an Lech und Isar mit einer Gesamtleistung von 40 000 PS gewonnen werden. Vgl. Blaich, *Energiepolitik*, S. 38 f.; Wilhelm Lukas Kristl, *Der weiß-blaue Despot. Oskar von Miller in seiner Zeit*, München 1965, S. 154; Wilhelm Füßl, *Oskar von Miller 1855-1934*, München 2005, S. 168 f.

¹² Donat hatte kurz zuvor durch seine maßgebliche Mitwirkung an der Trockenlegung der pontinischen Sümpfe die Fachwelt auf sich aufmerksam gemacht.

¹³ Dieser Stausee sollte durch Errichtung einer gewaltigen, rund 35 Meter hohen Talsperre zwischen Wallgau und Vorderriß geschaffen werden.

¹⁴ Diese hohe Leistung sollte nicht zuletzt dadurch erreicht werden, dass zusätzlich zu der natürlichen Gefällstufe zwischen Walchen- und Kochelsee eine weitere Stufe zwischen Isar und Walchensee errichtet wurde. Zum Antrag Donats vgl. Schreiben des Oberbaudirektors von Sörgel an Gustav Droste vom 26.2.1907 sowie Bericht des Königl. Hydrotechnischen Büros vom 15.7.1906, in: BayHStA MF 67 742.

¹⁵ Siehe Protokoll der Sitzung in: BayHStA MF 67 742.

Ausnutzung der Wasserkräfte in Bayern vor¹⁶, in dessen Rahmen auch und gerade das Walchenseeprojekt thematisiert wurde.

Diese in der Öffentlichkeit intensiv geführte Diskussion dürfte letztlich auch der Auslöser dafür gewesen sein, dass Major von Donat am 4. Dezember 1906 erneut ein – leicht überarbeitetes – Konzessionsgesuch einreichte. Bereits am 19. Januar 1907 wurde im Ministerium des Innern in einer Besprechung über diesen Antrag beraten, wobei zum ersten Mal Baurat Oskar von Miller als Sachverständiger der Staatsregierung auftrat und ein von ihm verfasstes Gutachten vorstellte.¹⁷ Dabei beurteilte Miller die Ausnutzung der Wasserkraft in erster Linie unter dem Aspekt des Stromabsatzes: Primärer Abnehmer sollten die Staatseisenbahnen werden, die rund achtzehn Stunden pro Tag Strom benötigten. Darüber hinaus könnte der erzeugte Strom kleineren Industrie- und Gewerbebetrieben in Städten und Märkten zugutekommen, wodurch der gewerbliche Sektor „außerordentlich“ gestärkt werde. Als dritten potentiellen Nutzer führte von Miller die stark expandierende chemische Industrie an. Darüber hinaus nahm er, wie auch noch in einem späteren Gutachten vom 6. März 1907¹⁸, konkret zu den Plänen von Schmick und Donat Stellung. Oskar von Miller hielt – ebenso wie die anderen beigezogenen Sachverständigen – das Projekt Donats aus technischen Gründen für nicht realisierbar, vor allem weil sich die gewaltige Staumauer angesichts der labilen Bodenverhältnisse nicht adäquat fundieren lasse¹⁹. Auch sei die geplante Wasserführung durch einen elf Kilometer langen Hangkanal in den steilen Felsrissen technisch nur schwer zu verwirklichen. Der Vorschlag Schmicks wäre hingegen durch eine deutlich zu geringe Wasserentnahme aus dem Walchensee gekennzeichnet. Miller trat daher für eine Ableitung ein, die zehn Meter unter dem Normalpegel des Walchensees liegen sollte, und damit eine ganz erhebliche Absenkung ermöglicht hätte. Als Alternative schlug er vor, die Isar über einen Tunnel bei Wallgau in den Walchensee zu leiten und den kleinen Rissbach über ein Aquädukt und einen besonderen Tunnel ebenfalls in den See zu führen. In diesem Zusammenhang entstanden auch erstmals genauere Berechnungen über die nutzbaren Leistungen der Isar- und Rißbach-Kraft sowie die erforderlichen Kosten²⁰. Diese gründeten sich wiederum auf Erhebungen der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, welche sich zwischenzeitlich intensiv mit wasserwirtschaftlichen Problemen auseinandersetzte und zur maßgeblichen Behörde in elektrizitätswirtschaftlichen Fragen wurde. Dabei wurden insbesondere der Nutzeffekt der Turbinenanlage, die zufließenden Wassermengen und die potentielle Ausnutzung von Hochwässern spürbar vorsichtiger geschätzt, als dies in der Projektskizze Donats der Fall war.²¹ Zudem sollte die Anlage sukzessive, d.h. dem wachsenden Bedürfnis entsprechend, auf- und ausgebaut und

¹⁶ Bericht des Königl. Hydrotechnischen Bureaus vom 15.7.1906, in: BayHStA MF 67 742.

¹⁷ Protokoll der Sitzung vom 19.1.1907, in: BayHStA MF 67 742.

¹⁸ Gutachten Millers vom 6.3.1907 in: BayHStA MF 67 742.

¹⁹ Miller und die anderen Sachverständigen gingen davon aus, dass die Staumauer ein Fundament von weit über 25 Meter Tiefe benötigt hätte, um auf festen Felsen zu stoßen.

²⁰ Siehe Oskar von Miller, Bayerns Wasserkräfte, in: Süddeutsche Bauzeitung 22 (1912), S. 213 f.

²¹ Vgl. hierzu die Gegenüberstellung bei Pohl, Bayernwerk, S. 86.

damit der Gefahr begegnet werden, dass von Anfang an übermäßig hohe Kosten entstehen. Ferner bemühte sich der Vorschlag der Sachverständigen auch, den Interessen der Anwohner Rechnung zu tragen, die sich gegen tiefgreifende Eingriffe in die Natur aussprachen.

Die Diskussion um das Walchensee-Kraftwerk hatte freilich dazu geführt, dass die bayerische Regierung nun der Frage der Wasserkraftnutzung eine deutlich gesteigerte Aufmerksamkeit entgegenbrachte – ein Umstand, der sich auch in mehreren konkreten verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen widerspiegelt. So wurde bereits 1906 eine „Kommission für die Ausnützung der staatlichen Wasserkräfte“ ins Leben gerufen²², die dann per Verordnung vom 25. November 1908 zum „Wasserwirtschaftsrat“ ausgebaut wurde. Dieser Institution kam die Aufgabe zu, bei Angelegenheiten der Wasserkraftnutzung zur Gewinnung elektrischer Kraft, des Ausbaus der Wasserstraßen sowie der Durchführung großer Be- und Entwässerungsanlagen beratend mitzuwirken und auf Verlangen Gutachten zu erstellen. Am 1. April 1908 wurde dann bei der Obersten Baubehörde im Innenministerium eine besondere Abteilung für Wasserkraftausnützung geschaffen, die sich aus mehreren Beamten des höheren Dienstes zusammensetzte und von einem Ministerialrat als Vorstand geleitet wurde.²³

Diese neu geschaffenen Institutionen waren von Anfang an intensiv mit dem Projekt eines Walchensee-Kraftwerks befasst, wobei man sich rasch mit einer ganzen Reihe von ernstzunehmenden Gegnern auseinanderzusetzen hatte, durch die vor allem die Zweckmäßigkeit, Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Vorschläge in Zweifel gezogen wurden. So vertraten ökonomische Interessenvertreter vielfach die Auffassung, eine konsequente Nutzung der Dampfkraft sei angesichts der vergleichsweise billigen Kohle prinzipiell der Vorzug vor der Wasserkraft zu geben. Das Militär äußerte generell ernste Bedenken gegen eine Elektrifizierung der Staatseisenbahnen, da auf diese Weise die Einheitlichkeit des Bahnbetriebs aufgehoben und dieser wesentlich stör- bzw. sabotageanfälliger werde.²⁴ Gleichzeitig machten aber auch andere Interessengruppen ihre massiven Bedenken geltend und widersetzten sich einer durchgreifenden Umgestaltung der Natur durch Verwertung des Wassers zur Elektrizitätsgewinnung.²⁵ Die Fischer und die Flößer äußerten die Befürchtung, dass durch die Überleitung von Isarwasser in den Walchensee und die geplanten Absenkungen des Seespiegels ihre Existenz vernichtet werde. Die Bewohner des oberen Isartals gründeten eine Bürgerinitiative und wandten sich in mehreren Versammlungen und Resolutionen mit aller Schär-

²² Siehe Oberste Baubehörde (Hg.), *Die Wasserkräfte Bayerns*, S. 513.

²³ Am 1. Januar 1910 wurde die Abteilung noch durch einen in der Elektro- und Maschinentechnik ausgebildeten und in der geschäftlichen Praxis versierten Fachmann als beratendem Ingenieur erweitert. Vgl. hierzu Pohl, *Bayernwerk*, S. 86 f.

²⁴ Vor diesem Hintergrund bestand die Militärverwaltung darauf, dass der aktuelle Stand der Dampftriebsmittel und auch des Bedienungspersonals in jedem Fall aufrechterhalten werde – eine Forderung, die freilich jede Form der Bahnelektrifizierung von vornherein wirtschaftlich unrentabel gemacht hätte.

²⁵ Zu den diversen Bemühungen unterschiedlicher Interessengruppen, den Bau des Kraftwerks zu verhindern bzw. in seiner Dimension zu beschränken vgl. die eingehende Darstellung bei Reinhard Falter, *Achtzig Jahre „Wasserkrieg“*. Das Walchenseekraftwerk, in: *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte*, Berlin 1988, S. 63-115, hier bes. S. 71-95.

fe gegen das Großkraftwerk, da sie eine massive Beeinträchtigung der Naturschönheiten und einen Rückgang des Tourismus befürchteten. In der Tagespresse und mittels Flugschriften stellten diese Gruppen die Absatzmöglichkeiten für den erzeugten Strom ernsthaft in Frage und verwiesen auf die schwerwiegenden Folgen einer Umsetzung der Pläne der Regierung für die ganze Region. So wurde etwa die Befürchtung geäußert, Bayern sei „im Begriff, die Henne die goldene Eier legt, in unbedachtsamer Weise zu schlachten und den Fremdenverkehr, an dem weite Kreise ihr Brot verdienen, das Wasser abzugraben, ohne entsprechende Gegenwerte zu schaffen.“ Der Walchensee mit dem Isarwinkel und der Jachenau drohe durch das Projekt „leichtfertig der Vernichtung preisgegeben“ zu werden.²⁶ Schließlich formulierte ein „Landesausschuss für Naturpflege“ 1907/08 verschiedene Eingaben, die das Walchenseeprojekt zwar nicht prinzipiell in Frage stellten, jedoch dessen Dimensionen aus ästhetischen und ökologischen Erwägungen strikt begrenzen wollten.²⁷

Um den öffentlichen Druck zu kanalisieren und die kontroverse Diskussion etwas zu beruhigen, beschloss die bayerische Staatsregierung im November 1907 die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs zum August 1908, welcher das Projekt auf Wirtschaftlichkeit sowie Art und Umfang der Wasserzuleitung untersuchen und die Kosten Seite klären sollte. Das Preisgericht setzte sich aus 13 erfahrenen Ingenieuren zusammen, zu denen auch Oskar von Miller zählte, der nach einigem Zögern darauf verzichtet hatte, sich mit einem eigenem Projekt an der Ausschreibung zu beteiligen²⁸. Von den insgesamt 31 eingereichten Entwürfen wurden im Frühjahr 1909 sechs mit Preisen ausgezeichnet. Siegerprojekt war der Entwurf mit dem Kennwort „Einfach und Sicher“, der von den Firmen Dyckerhoff u. Widmann in Nürnberg mit Oberbaurat Dr. Kinzer aus Wien, der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG mit Geh. Regierungsrat Prof. Reichel aus Charlottenburg und den Siemens-Schuckert-Werken eingebracht worden war. Dieser Vorschlag schien bei einer vergleichsweise geringen Wasserentnahme und daher größtmöglichen Schonung der Natur eine hinreichende Leistung bei finanziell erträglichem Aufwand zu bieten.²⁹ Mit dem zweiten Preis wurde der Entwurf „Fons roburis aqua“ der Motor AG für angewandte Elektrizität in Baden (Schweiz) und der BBC in Mannheim/Käfertal bedacht. Der dritte Preis ging an den Entwurf „Unsere Kohlen, B“, der von Oberbaurat Schmick in Darmstadt in Verbindung mit dem Baugeschäft Heilmann u. Littmann GmbH in München und der AEG verfasst worden war.³⁰

²⁶ Das Bayernland Nr. 7 (1921). Als weitere signifikante Beispiele sei verwiesen auf die Artikel zum Walchenseeprojekt von Albert Schmid, in: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 568, 570 und 571 (1907); Gabriel von Seidl, in: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 575 (1907); Otto Freiherr von und zu Aufseß, in: Augsburger Abendzeitung Nr. 356 (1907) sowie Robert Piloty, in: Frankfurter Zeitung Nr. 171 (1908).

²⁷ Diese Eingaben sind zusammengefasst in der „Denkschrift zum Walchenseeprojekt, München 1909“, in: BayHStA MF 67 743.

²⁸ Vgl. Füßl, Oskar von Miller, S. 170.

²⁹ Die Kraftanlagen am Walchensee. Die preisgekrönten Entwürfe des Wettbewerbs. Hgg. von N. Holz, R. Thomann, B. Gleichmann, München und Berlin 1916, S. 23-36.

³⁰ Siehe Pohl, Bayernwerk, S. 88 f.

Der Wettbewerb hatte zwar zu einer ganzen Reihe von neuen wesentlichen Erkenntnissen geführt³¹, jedoch waren weder der Siegerentwurf noch die anderen platzierten Vorschläge geeignet, sämtliche technischen und administrativen Probleme in vollkommen befriedigender Weise zu lösen.

Aus diesem Grund wurden zur weiteren Klärung eingehende Untersuchungen durch die Oberste Baubehörde und die Bauabteilung des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten angeordnet. In den folgenden Monaten fanden zahlreiche Sitzungen im Staatsministerium des Innern statt, in deren Rahmen insbesondere technische und administrative Fragen des Walchenseeprojekts erörtert wurden. Am 11. Februar 1910 legte die Abteilung für Wasserkraftausnutzung und Elektrizitätsversorgung im Innenministerium schließlich einen umfassenden „Übersichtsbericht“ vor, in dem das Projekt nochmals detailliert in seiner Gesamtausführung dargestellt wurde.³² Wenige Tage später setzte die bayerische Regierung einen interministeriellen „Ausschuß zur Klärung administrativer Vorfragen“ des Walchenseeprojekts ein, welchem wiederum fünf Unterausschüsse (für Rechtsfragen, Grunderwerb, Land- und Forstwirtschaft, Flößerei und für „ästhetische Fragen“³³) angegliedert waren, die im April 1910 ihre Beratungen aufnahmen.³⁴

Nachdem der Wasserwirtschaftsrat in seiner Sitzung am 28. Mai 1910 ein positives Votum abgegeben hatte³⁵, reichte die Regierung am 15. Juni 1910 bei den Kammern des Landtags den Antrag auf Bewilligung der zweiten Rate von sechs Millionen Mark zur „Einführung des elektrischen Betriebs auf den bayerischen Staatseisenbahnen“ ein, mit der letztlich die erste Ausbaustufe des Walchenseekraftwerks bestritten werden sollte.³⁶

Im Rahmen der Beratungen in der Kammer der Abgeordneten, die ab dem 19. Juli 1910 stattfanden, zeigte sich rasch, dass die Parlamentarier dem Projekt über die Parteigrenzen hinweg positiv gegenüberstanden.³⁷ So entzündete sich Kritik praktisch ausschließlich an der Monopolstellung einiger großer Unternehmen: Vor allem die Zentrumspolitiker Heinrich Osel und Heinrich Held wandten sich in Verbindung mit

³¹ Hierzu zählte insbesondere die Feststellung, dass eine höhere Kraftleistung als 50 000 – 60 000 PS mit den zeitgenössischen Mitteln der Technik in wirtschaftlicher Weise nicht zu erreichen war, wobei diese Höchstleistung durch die Überleitung von Isarwasser und Rißbachwasser sowie Nutzung der Wassermengen bei der Gefällstufe Walchensee/Kochelsee erzielt werden konnte. Für die Wassererfassung der Isar und des Rißbaches waren lediglich niedere Wehranlagen in Betracht zu ziehen und Talsperren in Form von Staumauern oder hohen Staudämmen auszuschließen. Für den Wasserausgleich konnte letztlich nur der Walchensee in Betracht kommen, dessen Spiegelschwankung zumindest um 13,5 Meter betragen müsse, um die angestrebte maximale Kraftleistung erreichen zu können. Vgl. hierzu Pohl, Bayernwerk, S. 89 f.

³² Bericht in: BayHStA MF 67 743.

³³ Dem „Ausschuss für ästhetische Fragen“ gehörten bemerkenswerterweise auch erklärte Projektkritiker bzw. -gegner wie der Münchner Architekt und Mitbegründer des „Isartalvereins“ Gabriel von Seidl, der Tölzer Bürgermeister Stollreiter und der Künstler Theodor Fischer an.

³⁴ Vgl. Falter, Wasserkrieg, S. 81 f.

³⁵ Protokoll der Sitzung in: BayHStA MF 67 744.

³⁶ VI. Nachtrag zum a.o. Budget vom 15.6.1910: Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1909/10, Beil.Bd. X, S. 949.

³⁷ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1909/10, Bd. XII, S. 541 – 575.

mehreren liberalen Abgeordneten gegen die absehbare Bevorzugung weniger führender Konzerne (wie Siemens-Schuckert oder AEG) und forderten eine adäquate Berücksichtigung bayerischer Firmen bei der Vergabe von Regierungsaufträgen. Obwohl teilweise auch die potentielle technische und wirtschaftliche Mittelmäßigkeit von kleineren Betrieben thematisiert wurde, setzten sich die Interessenverbände und Mittelstandspolitiker schließlich insoweit durch, als angesichts der einstimmigen Verabschiedung des Regierungsantrags durch das Plenum der Zweiten Kammer am 21. Juli 1910³⁸ noch einmal explizit die Forderung erhoben wurde, dass die Vergabe aller Aufträge und Lieferungen ausschließlich bayerischen Firmen vorbehalten werden solle.

Die Beratungen über den Antrag in der Kammer der Reichsräte verliefen demgegenüber spürbar kontroverser und ließen die Unterschiede der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Ansichten innerhalb des Hauses deutlich zu Tage treten: Zu Beginn der Verhandlungen stellte Verkehrsminister von Frauendorfer in der Sitzung des Finanzausschusses am 3. August 1910³⁹ eine zusammenfassende Rentabilitätsrechnung vor, die von der Prämisse ausging, dass bereits nach Ausbau der ersten Stufe erheblich mehr Strom, als von den Bayerischen Staatseisenbahnen benötigt, erzeugt werden könne und daher für eine gewinnbringende Veräußerung an Dritte zur Verfügung stehe.⁴⁰ Bei vorsichtiger Schätzung seien daher die gesamten Anlagekosten spätestens nach 50 Jahren vollständig getilgt.⁴¹ Eine zweite Ausbaustufe, die zu einer Verdoppelung der Kraftwerksleistung führen könne, würde die potentiellen Erträge freilich noch bedeutend steigern. Auch der Referent Soden-Fraunhofen sprach sich dafür aus, die Rate zu bewilligen und so die weitere Finanzierung des staatlichen Projekts zu sichern. Obwohl die Eisenbahnelektrifizierung auf große technische und finanzielle Schwierigkeiten stoße, müsse diese weiterverfolgt werden. Dem Walchenseewerk komme als „Rückgrat anderer großer Wasserkraftwerke in Bayern“ zentrale Bedeutung für die ganze Volkswirtschaft zu.⁴² Obwohl sich mehrere Ausschussmitglieder (u.a. der ehemalige Ministerpräsident Crailsheim sowie die Industriellen Cramer-Klett und Maffei) entschieden gegen diese Auffassung wandten, votierte das Gremium schließlich mehrheitlich für eine Annahme des Antrags.⁴³ In der folgenden Plenarsitzung am 9. August 1910 lehnten wiederum mehre-

³⁸ Siehe Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1909/10, Bd. XII, S. 575.

³⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1909/10, Beil.Bd. VI, S. 1121 – 1139.

⁴⁰ Frauendorfer verwies darauf, dass das Walchenseewerk in seiner ersten Ausbaustufe eine Leistung von rund 12 000 PS erreichen könne. Wenn man berücksichtige, dass der Strombedarf der Bahnlinie München-Garmisch und deren Linien München-Holzkirchen-Tölz und Schliersee sowie Holzkirchen-Rosenheim lediglich 7 500 PS betrage, blieben 4 500 PS zur Abgabe an Dritte verfügbar. Dies seien insgesamt 22,5 Millionen Kilowattstunden pro Jahr, die ab Werk an Dritte veräußert werden könnten.

⁴¹ Der Verkehrsminister bezifferte die Gesamtkosten für den Bau des Kraftwerks und die Elektrifizierung der relevanten Bahnstrecken auf insgesamt 31,72 Millionen Mark; die Betriebskosten des Walchenseewerks in seiner ersten Ausbaustufe gab er mit 1,3 Millionen Mark jährlich an. Was die Verzinsung und die Amortisation des Anlagekapitals anbetraf, sei von 4 bzw. 0,75 Prozent pro Jahr auszugehen.

⁴² Vgl. Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1909/10, Beil.Bd. VI, S. 1121-1124.

⁴³ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1909/10, Beil.Bd. VI, S. 1139.

re Reichsräte das Walchenseeprojekt vor allem aus Rentabilitäts- und finanzpolitischen Erwägungen entschieden ab. Sie bezeichneten das Vorhaben als eines der größten Spekulationsgeschäfte der damaligen Zeit und plädierten dafür, seine Ausführung lieber der Privatindustrie zu überlassen. Zudem wurden erneut die möglichen ökologischen Beeinträchtigungen einer „großen und blühenden Gegend“ ins Feld geführt. Oskar von Miller, seit 1909 selbst Mitglied der Reichsrätekammer, betonte daraufhin, dass die Berechnungen, die Verkehrsminister Frauendorfer vorgetragen habe, durchaus fundiert und zutreffend seien. Es bestünden keine Zweifel daran, dass zur Verzinsung und Amortisation des eingesetzten Kapitals ein voller Nutzen von ein bis zwei Millionen Mark jährlich vom Staat erzielt werden könne, je nachdem wie der Betrieb gestaltet werde. Die Walchenseekraft sei damit „eine der günstigsten Kräfte Mitteleuropas und die günstigste Kraft, die wir in Bayern ausnützen können“. Als er zusätzlich darauf verwies, dass das Walchenseewerk zu einem Grundstein für eine flächendeckende Energieversorgung des ganzen rechtsrheinischen Bayern werden könne, indem man den von der Bahnverwaltung nicht benötigten Strom überregional zur Nutzung durch Gemeinden, Industrielle, Handwerker und Landwirte verteile, eröffnete er erstmals eine neue energiepolitische Perspektive, die weit über eine reine Bahnelektrifizierung hinausging.⁴⁴ Ähnlich positiv äußerte sich auch Soden-Fraunhofen und betonte, dass die Rentabilität von Walchenseewerk und Bahnelektrifizierung gesichert sowie ihre Notwendigkeit unbestritten sei: „Wir leben jetzt nun einmal nicht mehr in der Zeit des Kienholzes, sondern des elektrischen Lichtes. Wir bedürfen dessen. Ohne gewisse Eingriffe in die Natur ist dieses aber nicht zu schaffen, auch nicht von der Privatindustrie, [...] wenn man derartige Eingriffe in die Natur nicht machen wollte, so würde man zu Zuständen kommen, die heute als unmöglich bezeichnet werden.“⁴⁵ Nachdem daraufhin auch mehrere entschiedene Kritiker staatlicher Elektrizitätsbetriebe wie Fink oder Crailsheim ein positives Votum signalisiert hatten, genehmigte die Kammer der Reichsräte „mit überwiegender Mehrheit“ die Rate in Höhe von sechs Millionen Mark für den Bau der ersten Stufe des Walchenseekraftwerks.⁴⁶

Ungeachtet dessen sollte es jedoch nun keineswegs zu einer raschen Aufnahme der Bauarbeiten kommen. Vielmehr veranlasste die außergewöhnliche Trockenheit im Frühjahr 1909 und im Sommer 1911 die zuständigen Ministerien, zunächst weitere eingehende wasserwirtschaftliche Untersuchungen anzuordnen.⁴⁷ Anfang des Jahres 1912 bereitete dann das mittlerweile von Soden-Fraunhofen geleitete Innenministerium die Aufstellung eines „Gesamtplans für die Versorgung des rechtsrheinischen Bayerns mit Elektrizität“ vor, welcher ursprünglich von Oskar von Miller angeregt worden war.⁴⁸ Darin war vorgesehen, dass angesichts der immensen Kosten der Landeselektrifizierung

⁴⁴ Siehe Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1909/10, Bd. II, S. 542 – 545, Zitat S. 542.

⁴⁵ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1909/10, Bd. II, S. 553.

⁴⁶ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1909/10, Bd. II, S. 554.

⁴⁷ Siehe Pohl, Bayernwerk, S. 92.

⁴⁸ Vgl. hierzu Füßl, Oskar von Miller, S. 171 f; Kristl, Miller, S. 162 ff.

vom Staat vorerst nur Kraftanlagen für die Bahnelektrifizierung errichtet werden sollten; alle übrigen Wasserkräfte sollten an private oder kommunale Interessenten unter Beachtung bestimmter sozialpolitisch begründeter Auflagen verpachtet werden. Die Staatsregierung hielt somit auch weiterhin prinzipiell an ihrer bisherigen programmatischen Ausrichtung fest, welche durch eine enge Verknüpfung von Energiegewinnung aus Wasserkraft und Elektrifizierung der Staatseisenbahnen gekennzeichnet war.

Noch während der Ausarbeitung dieser konzeptionellen Planungen wurde jedoch in der Ersten Kammer erneut entschiedener Widerspruch gegen das staatliche Elektrifizierungsprojekt, insbesondere gegen den Bau des Walchenseekraftwerks, laut. Ausgangspunkt bildete eine Interpellation vom 8. März 1912, mit der Reichsrat Graf Ernst von Moy eine prinzipielle Überprüfung des Projekts forderte. Der begüterte Großgrundbesitzer und Aufsichtsrat der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank warf die Frage auf, ob in Anbetracht der hohen Kosten der Bahnelektrifizierung und der ungeklärten Frage des Stromabsatzes „ein so großes Unternehmen von so mangelhafter Rentabilität ins Leben“ gerufen werden sollte, „welches in landschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung eingestandenermaßen von einschneidender, nachteiliger Bedeutung für einen ausgedehnten, blühenden Landstrich ist“.⁴⁹ Wenn man berücksichtige, dass die geplante Elektrifizierung der relevanten Bahnstrecken nur 7 500 PS benötige, das Walchenseewerk in seiner zweiten Ausbaustufe jedoch eine Leistung von 24 000 PS produzieren würde, sei dieses vollkommen überdimensioniert. Zudem wären Dampfanlagen, Wärmekraftwerke und Dieselmotoren durch eine „fortschreitende Verbesserung“ gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund sei das geplante Vorhaben ökologisch und ökonomisch nicht vertretbar.⁵⁰ Unterstützung erhielt Moy durch den Bankier Finck und den Industriellen Maffei: Während Finck betonte, die Landeselektrifizierung und der Bau von Großkraftwerken müsse aus finanzpolitischen und betriebswirtschaftlichen Gründen Aufgabe der Privatindustrie sein, führte Maffei an, dass der Bau von Elektrolokomotiven technisch noch nicht ausgereift und zudem wesentlich kostspieliger als der von Dampflokomotiven sei.⁵¹

Nach der Interpellation Moys erfuhr die Konzeption der Regierung einen sukzessiven Wandel, der nicht zuletzt auch durch den Rücktritt von Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer im Herbst 1912 ausgelöst wurde. Während Frauendorfer immer wieder mit Nachdruck für eine Elektrifizierung der bayerischen Staatseisenbahnen eingetreten war, stand sein Nachfolger, Lorenz von Seidlein, nur noch eingeschränkt hinter dem Projekt.⁵² In der Energiepolitik der Regierung trat nun zunehmend die Bahnelek-

⁴⁹ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1912, Beil.Bd. I, S. 21 f.

⁵⁰ Siehe Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1912, Bd. I, S. 80 ff.

⁵¹ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1912, Bd. I, S. 85 ff.

⁵² Vgl. hierzu auch die Erklärung Seidleins im Finanzausschuss der Ersten Kammer am 3.12.1913, in der dieser betonte, dass das Walchenseeprojekt zwar weiterverfolgt werde, die erhebliche Preissteigerung bei den Elektrolokomotiven und die kostengünstigere Fortentwicklung der technisch ausgereifteren Heißdampflokomotive jedoch einen Verzicht auf die rasche Einführung des elektrischen Bahnbetriebs angezeigt erscheinen lasse (Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1913/14, Beil.Bd. III, S. 100 f).

trifizierung, gegen die nach wie vor von verschiedener Seite erhebliche Bedenken vorgebracht wurden, hinter das Ziel der Landeselektrifizierung zurück; die Wasserkraftausnutzung sollte nicht mehr in erster Linie den Staatseisenbahnen dienen, sondern wurde als unabdingbare Voraussetzung für eine flächendeckende Energieversorgung angesehen, wodurch ihr zwangsläufig ein größeres Eigengewicht zukam. Am 31. Januar 1913 wurde dieser grundlegende Paradigmenwechsel in einer vertraulichen Besprechung von Ministerpräsident Hertling mit den Ministern Soden, Seidlein, Thelemann und Breunig auf höchster Regierungsebene vollzogen, indem man die verwaltungsorganisatorische Trennung von Bahnelektrifizierung einerseits und Wasserkraftausbau mit dem Ziel der Landeselektrifizierung andererseits beschloss.⁵³ Somit war fortan allein das Innenministerium für das Walchenseeprojekt zuständig, während das bislang primär verantwortliche Verkehrsministerium praktisch völlig in den Hintergrund trat.⁵⁴ Diese grundsätzliche Entscheidung kam zum Ausdruck in einer Regierungsvorlage vom Februar 1914, die den Kammern einen Nachtrag zum Budgetentwurf 1914/15 (im a. o. Budget) unterbreitete, welcher die Umschichtung der zur Einführung des elektrischen Betriebs auf den Staatsbahnen bewilligten Mittel vom Etat des Verkehrsministeriums auf das Innenressort unter dem Ausgabetitel „für den Bau des Walchenseekraftwerkes. I. Rate“ zum Gegenstand hatte. Nachdem die Kammer der Abgeordneten diese Umstrukturierung Ende April 1914 mit großer Mehrheit gebilligt hatte⁵⁵, kam es im Mai und Juni des Jahres wiederum zu intensiven und kontroversen Debatten in der Reichsrätekammer. Dabei setzte sich Referent Hans Veit von Toerring-Jettenbach entschieden für einen durch das Innenministerium geleiteten Ausbau der Landeselektrizität auf der Basis eines Generalplans ein. Gleichzeitig betonte er im Einklang mit Oskar von Miller, dass der Errichtung des Walchenseewerks grundsätzlich Priorität vor der Bahnelektrifizierung zukomme. Während das Walchenseekraftwerk als reines Staatsunternehmen zu konzipieren sei, gelte es, das Versorgungssystem gemischtwirtschaftlich zu organisieren, wobei sich der Staat als Vertreter des Allgemeinwohls freilich „eine weitestgehende Kontrolle“ zu sichern habe.⁵⁶ Ungeachtet der teilweise geäußerten Bedenken, die sich erneut auf das hohe finanzielle Risiko für den Staat, den nicht gesicherten Energieabsatz und die unverhältnismäßigen Eingriffe in die Natur bezogen,⁵⁷ votierte auch die Erste Kammer am 13. Juni 1914 für die Etatvorlage⁵⁸ – eine Entscheidung, die in Verbindung mit dem vorausgegangenen Placet

⁵³ Protokoll der Besprechung vom 31.1.1913 in: MA 93 011.

⁵⁴ Die förmliche Abgabe des Projekts an das Innenministerium erfolgte dann erst im September 1913 (siehe MA 93 011). Zudem sei verwiesen auf die Ministerialbesprechungen von Juli bis Dezember 1913, in denen die energiepolitische Ausrichtung der Regierung eine weitere Präzisierung erfuhr (Protokolle in: MWi 2898).

⁵⁵ Siehe Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1913/14, Bd. X, S. 524-651.

⁵⁶ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1913/14, Beil.Bd. III, S. 495-506, Zitate: S. 497, 505.

⁵⁷ Vgl. Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1913/14, Beil.Bd. III, S. 507 f, 510.

⁵⁸ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1913/14, Bd. II, S. 324 f.

der Abgeordnetenkommission letztlich einem parlamentarischen Beschluss zur Errichtung des Walchenseekraftwerks gleichkam.

Der wenige Wochen später ausgebrochene Erste Weltkrieg sollte jedoch eine neuerliche Stagnation des Projekts nach sich ziehen. Auch wenn König Ludwig III. die Staatsregierung nach einem persönlichen Gespräch mit Oskar von Miller im Oktober 1914 drängte, den Ausbau der Wasserkraftanlage am Walchensee gerade jetzt in der Kriegszeit konsequent voranzutreiben, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns unter Beweis zu stellen, wurde sehr schnell deutlich, dass sich das Vorhaben angesichts der täglich größer werdenden personellen und materiellen Anforderungen des Krieges vorerst nicht verwirklichen ließ.

Gleichzeitig sah jedoch Oskar von Miller in den Bedingungen der Kriegswirtschaft einen Weg, um die von ihm schon seit 1911 angestrebte Verkoppelung der Überlandnetze im rechtrheinischen Bayern durch ein Verbundsystem in die Wege zu leiten. So trat er noch im Herbst 1914 an Innenminister Soden-Fraunhofen heran und unterbreitete den Vorschlag, die weitere Planung der Elektrizitätsversorgung des Landes sowie des Walchenseewerks als „freiwilligen Kriegsdienst“ unentgeltlich in seinem Ingenieurbüro durchzuführen; Miller verfolgte das Ziel, die Arbeiten soweit voranzutreiben, dass unmittelbar nach Kriegsende mit dem Bau begonnen werden konnte.⁵⁹ Ungeachtet gewisser Bedenken nahm Soden-Fraunhofen das Angebot nach Rücksprache mit dem König an, so dass bereits im Oktober 1914 eine förmliche Vereinbarung zwischen der Staatsregierung und Oskar von Miller abgeschlossen werden konnte.⁶⁰ Darin wurde fixiert, dass Miller unter staatlicher Ägide maßgeblich an der Projektierung und Verwertung der staatlichen Wasserkräfte mitwirken sollte. Dabei sollte er insbesondere einen Vertragsentwurf erarbeiten, welcher die Lieferungen des Stroms, der aus dem (vom Staat gebauten und betriebenen) Walchenseewerk gewonnen wurde, an ein neu zu gründendes Überlandwerk regelte. Zudem wurde Miller die Aufgabe übertragen, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie dieser technische und wirtschaftliche Zusammenschluss im rechtsrheinischen Bayern realisiert werden könne. Schließlich kam man überein, dass Miller den maschinellen und elektrotechnischen Teil des Walchenseewerks projektieren sollte.

Erste Ergebnisse seiner unverzüglich aufgenommenen Arbeiten konnte Miller ein Jahr später, im Oktober 1915, vorlegen. In einem umfassenden Gutachten⁶¹ plädierte er noch einmal für die Trennung zwischen einem staatlich errichteten Walchenseewerk und einem davon unabhängigen, gemischtwirtschaftlich organisierten Betreiberunternehmen, welches alle größeren Kraftwerke des Landes in einem Verbundnetz zusammenschließen sollte. Dieses „Bayernwerk“, dessen Grundkapital vom Staat, den Kommunen, den Überlandwerken und unmittelbar beteiligten Privatfirmen aufzubringen wäre, würde die notwendigen Hochspannungsleitungen und Transformatorstationen errich-

⁵⁹ Vgl. Oskar von Miller, Die Verwertung der Walchensee-Wasserkraft für ein Bayernwerk, in: Elektrotechnische Zeitschrift 37 (1916), S. 85-89, S. 102-105, hier: S. 85.

⁶⁰ Vereinbarung zwischen der Staatsregierung und Oskar von Miller (o. Dat.), in: MF 67 746.

⁶¹ „Vorschläge des Herrn von Miller in München über den Ausbau die die Verwertung der Walchenseekraft (Oktober 1915)“, in: BayHStA MF 67 746.

ten, um dann den überschüssigen Strom der diversen Kraftwerke anzukaufen und diesen je nach Bedarf in die einzelnen Stromversorgungsgebiete zu liefern. Zugleich wartete Miller mit ersten detaillierte Berechnungen im Hinblick auf Gesamtverbrauch, Anlagengskosten, Betriebskosten und erzielbarem Gewinn eines landesweiten Versorgungsunternehmens auf, dessen Wirtschaftlichkeit im Vorfeld immer wieder in Zweifel gezogen worden war.⁶²

Nachdem das Ingenieurbüro Millers bis zum Ende des Jahres 1916 die Pläne und Unterlagen für den wasserbau-, maschinen- und elektrotechnischen Teil des Walchenseeprojekts erstellt hatte, entstand Anfang 1917 wohl auf Initiative des nunmehrigen Innenministers Friedrich von Brettreich ein neuer Ausführungsentwurf für das Walchenseewerk mit nachträglicher Ergänzung einer Bahnstromerzeugung für die Zeit nach dem Krieg. Ein zentrales Novum dieses Entwurfs bildete neben einer merklichen Steigerung der Kraftwerksleistung die Verlegung der Wehranlage zur Ortschaft Krün. Dort sollte die Isar vier Meter hoch aufgestaut werden, um das Vorhaben realisieren zu können, den Wasservorrat des Walchensees ständig durch kanalisierte Zuleitung von Isarwasser zu ergänzen.⁶³

Am 25./26. März 1918 wurden im Rahmen eingehender Besprechungen im Staatsministerium des Innern, an denen Vertreter der Städte München, Nürnberg und Augsburg sowie der großen Überlandzentralen teilnahmen, die Gründungsmitglieder des Bayernwerks festgelegt, deren Kapitaleinbringung geklärt und die Rahmenverträge beschlossen, wobei man im Wesentlichen den von Miller unterbreiteten Vorschlägen⁶⁴ folgte.⁶⁵

Die endgültige parlamentarische Entscheidung für die Errichtung des Walchenseekraftwerks wie auch den Aufbau eines landesweiten Stromversorgungsunternehmens sollte dann im Frühsommer 1918 fallen. Am 13. Mai legte die Staatsregierung den beiden Kammern einen Nachtrag zum Staatshaushalt vor, in dem 4,66 Millionen Mark für die Errichtung des Walchenseewerks und 5,4 Millionen für eine staatliche Beteiligung an der „Bayernwerk GmbH“ vorgesehen waren. In der Begründung⁶⁶ hierfür wurde ausgeführt, dass das Bayernwerk „die wertvolle Kraft“ des Walchenseewerks durch ein ausgedehntes Hochspannungsnetz über das ganze rechtsrheinische Bayern verteilen solle. Im Unterschied zum rein staatlichen Walchenseewerk sei für Aufbau und Betrieb des Bay-

⁶² Für den Fall eines Zusammenschlusses aller bayerischen Großversorger errechnete Miller ein jährliches Einsparpotential von 4,2 Millionen Mark.

⁶³ Vgl. Richard Wohlfarth, Die weiße Kohle in Bayern, in: Deutschland. Zeitschrift für Aufbau 11 (1922), S. 242-245, hier S. 242; Staatsministerium des Innern u.a. (Hg.), Das Walchense-Werk, S. 20 f; Pohl, Bayernwerk, S. 93 f.

⁶⁴ Im Februar 1914 war es Miller gelungen, das Bayerische Wasserkraft-Konsortium – eine Vereinigung der wichtigsten Stromversorger – von zentralen Punkten seines Bayernwerk-Plans zu überzeugen, so dass er am 14. März 1914 dem Innenministerium einen vergleichsweise detailliert ausgearbeiteten Entwurf vorlegen konnte. Siehe hierzu Stellungnahme des Wasserkraftkonsortiums zu dem Projekt Oskar von Millers vom 21./23.2.1918, in: MWi 2881; Pohl, Bayernwerk, S. 60.

⁶⁵ Ergebnis der Besprechung über das Bayernwerk am 25. und 26.3.1918, in: BayHStA MWi 2881; vgl. insbes. auch Pohl, Bayernwerk, S. 61 f.

⁶⁶ Siehe Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1917/18, Beil.Bd. XVIII, S. 136-143.

ernwerks eine gemischtwirtschaftliche Unternehmensform anzustreben, „weil hierdurch die Interessen aller Beteiligten am besten gewahrt werden und dem großzügig angelegten Werke eine kaufmännische Leitung dauernd gesichert werden kann“⁶⁷. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung habe zehn Millionen Mark Stammkapital, wovon sich 51 Prozent in Staatsbesitz befinden würden. Dies habe zur Folge, dass kein Beschluss ohne oder gegen den Staat getroffen werden könne. Darüber hinaus sollten mehrere zwischen Staat und Bayernwerk abzuschließende Verträge den Schutz des staatlichen Eigentums, konsumentenfreundliche Strompreise und eine Übernahmegarantie für den Staat nach fünfzig Jahren gewährleisten. Nach äußerst positiver Debatte, in deren Verlauf der wenige Tage zuvor zum „Königlichen Kommissär in den Sitzungen des Landtags“ ernannte⁶⁸ Oskar von Miller noch einmal die ideale Lösung einer technischen und finanziellen Entlastung der öffentlichen Hand bei gleichzeitiger Staatskontrolle hervorhob, nahm das Plenum der Abgeordnetenversammlung den Budgetnachtrag am 21. Juni 1918 mit überwältigender Mehrheit an.⁶⁹ Auch die folgenden Beratungen in der Ersten Kammer verliefen sehr zustimmend⁷⁰, so dass das Haus den beantragten Budgetnachtrag schließlich am 27. Juli 1918 einstimmig verabschiedete.⁷¹ Die Errichtung des Walchenseekraftwerks war damit endgültig gesichert, allein der nun in sein fünftes Jahr gehende Krieg verhinderte vorerst dessen Realisierung.⁷²

Durch die Novemberrevolution gelangten dann zwei entschiedene Befürworter des Walchensee- und Bayernwerkprojekts auf die maßgeblichen Kabinettsposten⁷³: Innenminister wurde der SPD-Abgeordnete Erhard Auer, der als langjähriger energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion stets einen konsequenten Ausbau der Landeselektrifizierung gefordert hatte und in den Tagen des Umsturzes darauf verwies, dass es gerade die Sozialdemokratie gewesen sei, die verhinderte, „daß die Sache einschliefe“⁷⁴. Verkehrs-

⁶⁷ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1917/18, Beil.Bd. XVIII, S. 142.

⁶⁸ Dekret König Ludwigs III. vom 19.6.1918: Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1917/18, Bd. XIX, S. 336.

⁶⁹ Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1917/18, Bd. XIX, S. 443-471.

⁷⁰ Lediglich Wilhelm von Finck, der schon im Vorfeld immer wieder als vehementer Kritiker jeglichen Staatsinterventionismus im Energiesektor aufgetreten war, sah sich noch einmal zu mahnenden Worten veranlasst und trat für eine stärkere Beachtung der ökonomischen und finanziellen Interessen der privaten Elektroindustrie ein. Ungeachtet seiner Bedenken stellte nun aber auch Finck den nationalökonomischen Nutzen des Bayernwerkprojekts nicht mehr prinzipiell in Abrede und begrüßte ausdrücklich, dass durch das Werk „die große Energiequelle der mit dem Walchenseekraftwerk zusammengeschlossenen Elektrizitätswerke allen rechtsrheinischen Landesteilen zugefügt werden“ könne. Vgl. Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1917/18, Beil.Bd. VI, S. 647 f.

⁷¹ Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtags 1917/18, Bd. V, S. 374 f.

⁷² So musste auch Innenminister Brettreich am 25. Oktober 1918 bei der Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Osel (BVP) vor der Abgeordnetenversammlung eingestehen, dass die energiewirtschaftliche Nutzung der Wasserkräfte ganz generell durch die „außerordentliche Erhöhung der Baukosten“ verzögert werde. Siehe Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1918, Bd. XX, S. 56.

⁷³ Vgl. auch Falter, *Wasserkrieg*, S. 99.

⁷⁴ Die Neue Zeit 37 (1918), Heft 2.

minister wurde erneut der parteiunabhängige Heinrich von Frauendorfer, in dessen politischer Verantwortung seinerzeit das Projekt einer Bahnelektrifizierung und davon ausgehend die ersten konkreten Planungen für die Errichtung eines Kraftwerks am Walchensee sowie den Aufbau eines landesweiten Stromverbundsystems entstanden waren.

So konnte Minister Auer bereits am 2. Dezember 1918 den bayerischen Soldatenräten nicht ohne gewissen Stolz berichten, dass wohl selten eine bedeutende Regierungshandlung so rasch vollzogen worden sei, wie der zwischen ihm und Frauendorfer gefasste Beschluss über den Ausbau des Walchenseewerks, den man seit Jahren verschleppt habe.⁷⁵ Die Vorarbeiten seien inzwischen so weit gediehen, dass die ausgewählten privaten Baufirmen⁷⁶ schon in einer Woche mit ihrer Arbeit beginnen könnten.⁷⁷

Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt hatte Verkehrsminister Frauendorfer sich an Oskar von Miller gewandt und diesem die gesamte Bauleitung für das Walchenseekraftwerk und das Bayernwerk angeboten. Nachdem Miller – trotz gewisser politischer Vorbehalte gegen die von SPD und USPD gestützte Regierung Eisner – kurz darauf seine Bereitschaft signalisiert hatte, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen und die Arbeiten sogar ohne finanzielles Entgelt für seine Person zu erledigen, im Gegenzug jedoch eine umfassende Verantwortlichkeit für beide Projekte und die Begrenzung der Einsprüche der Fachministerien gefordert hatte,⁷⁸ zögerte die Staatsregierung zunächst, sich in eine zu weitreichende Abhängigkeit von Miller zu begeben. Daher gab das Finanzministerium Ende November 1918 noch eine „geheime Bemerkung“ über die Hintergründe der langjährigen Planungsphase in Auftrag, die letztlich zu dem Schluss kam, dass gerade auch in der Person Oskar von Millers eine Hauptursache für die Verzöge-

⁷⁵ Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern 1918/19, Beil.Bd., S. 89.

⁷⁶ Die gesamten Baumaßnahmen wurden in drei Abschnitte eingeteilt: Die Arbeiten im Bereich des Abschnitts 1, die das Isarwehr, den Überleitungskanal zum Sachensee und den Ausbau der Oberrach bis zum Walchensee umfassten, wurden von der Firma Friedrich Buchner mit Sitz in Würzburg durchgeführt, wobei die MAN die notwendigen Rohre lieferte. Im Bauabschnitt 2 übernahm die Firma Wolle aus Leipzig die Arbeiten am Einlaufwerk in Urfeld und am Kesselbergstollen sowie die Errichtung des Wasserschlosses und der Rohrbahnen; die Bauarbeiten für das Krafthaus mit Unterwasserkanal, Zufahrtstraße und dem Hilfskraftwerk am Kesselbach, das man zur Stromerzeugung für die Baumaschinen erstellte, wurden von der Firma Edwards & Hummel – A. Kunz (München) durchgeführt. Zu Bauabschnitt 3 gehörten neben der „Ertüchtigung“ der Loisach die beiden Großbaustellen am Kraftwerk Schönmühl und am Loisach-Isar-Kanal; diese Arbeiten oblagen der Bayerischen Baugesellschaft Kallenbach aus München und der Oberrheinischen Bauindustrie aus Freiburg/Baden. Vgl. hierzu insbesondere Peter Schwarz, Baugeschichte des Walchenseekraftwerkes, Teil 1, in: Lech-Isar-Land. Heimatkundliches Jahrbuch 2017, S. 277–312; hier S. 231 f; Otto von und zu Aufseß, Kriegschronik von Kochel, Dießen 1920, S. 124 f; Pohl, Bayernwerk, S. 94.

⁷⁷ Schon 1914 war für die lokalen Vorarbeiten eine von einem Regierungsbaumeister geführte staatliche Bauleitung in Kochel eingerichtet worden, die nun personell deutlich aufgestockt wurde. Vgl. Peter Schwarz, Baugeschichte des Walchenseekraftwerkes, Teil 2, in: Lech-Isar-Land. Heimatkundliches Jahrbuch 2018, S. 231–270, hier S. 231 f.

⁷⁸ Maßgeblich für Entscheidung Millers war zweifellos die Hoffnung, nun endlich jene Pläne verwirklichen zu können, die nach seiner Überzeugung seit Jahren entweder an der Unentschlossenheit und Inkompetenz der Ministerialbürokratie oder am unüberbrückbaren Gegensatz verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessen gescheitert waren. Vgl. insbes. Füßl, Oskar von Miller, S. 180; Pohl, Bayernwerk, S. 65.

rungen bei der Realisierung der beiden Projekte zu sehen sei.⁷⁹ Ungeachtet der in dem Bericht zum Ausdruck gekommenen latenten Vorbehalte der Ministerialbürokratie gegen den in ihren Augen allzu oft selbstherrlich agierenden Miller wollte die Revolutionsregierung letztlich aber nicht auf dessen profunde Fachkenntnisse verzichten und ernannte ihn am 20. Dezember 1918 zum „Staatskommissar für das Walchenseewerk und das Bayernwerk“.⁸⁰ Als solcher war Miller verantwortlich, dass das Walchenseekraftwerk „entsprechend der Genehmigung nach den Regeln der Baukunst und in zweckdienlicher Weise zur Ausführung gelangt“, wobei er ausdrücklich „die erste und maßgebende Stimme beim Entscheid über alle wichtigen zweifelhaften Fragen“ besaß und – auf seinen dezidierten Wunsch hin – nur dem Staatsminister des Innern (und nicht dem gesamten Ministerium) Rechenschaft abzulegen hatte.⁸¹

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der im Zuge der Demobilisierung des Heeres und der Einstellung der Rüstungsproduktion massiv angestiegenen Arbeitslosigkeit sowie der nur mehr stark eingeschränkten Verfügbarkeit fossiler Energieträger⁸² maß auch die im März 1919 aus Vertretern von SPD, USPD und dem Bauernbund gebildete Regierung unter Führung des Mehrheitssozialdemokraten Johannes Hoffmann der Errichtung des Walchenseekraftwerks sowie eines landesweiten Verbundsystems prioritäre Bedeutung zu. Allerdings sollte nach dem Willen der neuen Regierung nun nicht nur das Walchenseewerk, sondern auch das Bayernwerk ein rein staatliches Unternehmen werden – eine Entscheidung, die freilich nicht allein ideologische Gründe hatte, da weder von den kommunalen noch von den privaten Überlandwerken in der Nachkriegszeit nennenswerte finanzielle Beteiligungen zu erwarten waren.⁸³ Wenn der Staat schon die

⁷⁹ So wurde in dem Bericht festgestellt, dass bei den diversen Besprechungen in den Ministerien zwischen den Auffassungen Millers und denen der Ministerialvertreter wiederholt größere „Unstimmigkeiten“ zu Tage getreten seien. Zusätzlich erschwert wurde der Fortgang der Planungen „außerdem noch dadurch, daß Herr von Miller einen Widerspruch namentlich vonseiten des Wasserkraftkonsortiums nicht ertragen wollte und wiederholt mit dem Aufhören seiner Mitarbeit drohte“. Für den Minister des Innern hätten sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten ergeben, eine Entscheidung zu treffen, „wenn unter den Gutachtern Meinungsverschiedenheiten bestanden oder wenn gar gegen Wünsche des Verkehrsministeriums Stellung genommen werden mußte“. Siehe „Geheime Bemerkung“ vom 17.12.1918, in: BayHStA MF 67 747; vgl. zudem auch Pohl, Bayernwerk, S. 65 f.

⁸⁰ Ernennung Millers zum Staatskommissar vom 20.12.1918, BayHStA MF 67 747.

⁸¹ Dadurch sollten insbesondere Reibungsverluste, wie sie die bisherige Planungsphase gekennzeichnet hatten, vermieden werden. Vgl. Füßl, Oskar von Miller, S. 180 f.

⁸² Mit der faktischen Abtrennung der „Saarpfalz“ vom bayerischen Staatsgebiet hatte die Rheinpfalz alle bedeutenden Steinkohlegruben verloren, so dass sie als Kohlelieferant nahezu völlig ausfiel. Zugleich waren die Kohlelieferungen aus Böhmen massiv zurückgegangen. Da auch die Einfuhren aus dem Ruhrgebiet, aus Sachsen und aus Oberschlesien zeitweilig ausblieben, kennzeichnete eine regelrechte „Kohlenot“, also ein unzulängliches Angebot an dem mit Abstand bedeutendsten Energieträger bei exorbitant hohen Verkaufspreisen, die Phase der Übergangswirtschaft nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Bayern. Noch ungünstiger gestaltete sich freilich die Versorgung mit Mineralölprodukten, die angesichts der alliierten Blockade fast vollständig zusammengebrochen war. Vgl. hierzu etwa Bayerische Landeskohlenstelle / Bayerisches Oberbergamt (Hg.), Die Kohlewirtschaft Bayerns bis Ende 1920, München 1921; Blauch, Energiepolitik, S. 165 – 167.

⁸³ So betonte auch der Abgeordnete Ludwig Giehrl (BVP) in der Landtagsdebatte am 30. Mai 1919, dass die Kommunen und die privaten Überlandwerke Kapital allenfalls zu außergewöhnlich hohen Zinssätzen hätten aufbringen können, wodurch das Ziel des Staates, die Strompreise für die Verbraucher „einiger-

ganzen Kosten des Ausbaus zu einem ökonomisch überaus ungünstigen Zeitpunkt übernehmen musste, so schien es nur logisch und konsequent, dass er auch die volle Verfügung über das Werk erhalten sollte. Dementsprechend brachte die Regierung im Landtag eine Gesetzesvorlage über die Fortführung der Elektrizitätswirtschaftspolitik ein, die vorsah, dass das gesamte Leitungsnetz und die Transformatorstationen des Bayernwerks zunächst „von Staats wegen ohne Beteiligung weiterer Interessenten“ gebaut werden; zur Durchführung der Baumaßnahmen wurde für das laufende Jahr ein Betrag bis zu 50 Millionen Mark und für die Jahre 1920 und 1921 jeweils 100 Millionen Mark beantragt.⁸⁴ Nach intensiver Debatte, in deren Verlauf nur vereinzelt Bedenken gegen den staatlichen Regiebetrieb in der Elektrizitätswirtschaft geäußert wurden⁸⁵, billigte der in Bamberg tagende Landtag am 30. Mai 1919 den Regierungsantrag und sanktionierte damit die Vollsozialisierung des Bayernwerks.⁸⁶

Ungeachtet einer ganzen Reihe gravierender Erschwernisse und Belastungsfaktoren (wie etwa Material- und Rohstoffknappheit, Mangel an technischer und maschineller Ausstattung, infrastrukturelle Defizite, latente Unzufriedenheit der Arbeiter angesichts großer gesundheitlicher Belastung bei schlechter Versorgung und Entlohnung⁸⁷) schrit-

maßen erträglich“ zu halten, nachhaltig gefährdet worden wäre (Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919, Bd. I, S. 120). Eine ähnliche Argumentation lag letztlich auch dem Ende Juli gefassten Beschluss der Weimarer Nationalversammlung zur Schaffung eines Reichselektrizitätsmonopols zugrunde: Wegen der gewaltigen Kosten könne ein Ausbau der Wasserkräfte von privaten Unternehmern nicht erwartet werden; vielmehr sei derzeit nur das Reich imstande eine solche Aufgabe „im Großen“ zu realisieren (Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, Bd. 338, Nr. 714, S. 489).

⁸⁴ Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919, Beil.Bd. I, Nr. 117.

⁸⁵ Insbesondere die Vertreter der rechtskonservativen BMP, Hilpert, und der liberalen DDP, Hübsch, artikulierten eine gewisse Skepsis gegen das Projekt, signalisierten dann aber vor allem im Sinne der erhofften positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt die Zustimmung ihrer Fraktionen zur Regierungsvorlage. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919, Bd. I, S. 126, S. 129.

⁸⁶ Siehe Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919, Bd. I, S. 133. Auch in dem am gleichen Tag unterzeichneten „Bamberger Abkommen“ über die Bildung einer Koalitionsregierung aus SPD, BVP und DDP in Analogie zur „Weimarer Koalition“ auf Reichsebene wurde im Rahmen der politischen Vereinbarungen zu Wirtschafts- und Sozialpolitik explizit die Absicht fixiert, „die zur Herstellung von elektrischer Energie dienenden Wasserkräfte [...] in Gemeinwirtschaft zu nehmen“. Vgl. Ziffer B I a des Bamberger Abkommens (kommentierte Edition bei Wolfgang Ehberger (Bearb.), Die Protokolle des bayerischen Ministerrats 1919 – 1945, Bd. II/1: Das Kabinett Hoffmann II Teil 1, München 2017, S. 277 – 283).

⁸⁷ Ein eindrucksvolles Bild von den Bauarbeiten, nicht zuletzt auch von den Ereignissen um die kurzlebige Kocheler Räterepublik, vermittelt das Buch „Die Baraber vom Walchensee“, welches 1931 von einem ehemaligen Walchenseearbeiter verfasst wurde. Dieser authentische Bericht beschreibt insbesondere auch, dass die Bauarbeiten vielfach äußerst gefährlich und gesundheitsschädlich waren. So wird etwa der Kesselbergdurchstich mit folgenden drastischen Worten geschildert: „Gelblicher mit Bohrstaub vermischter Rauch umgibt die unter gräßlichen Kopfschmerzen mit letzter Kraft schuftenden Männer. Als wenn sie jeden Augenblick erlöschen wollten, so flimmern die matten Flämmchen der an den Felswänden herumhängenden Karbidlampen in der sauerstoffarmen Luft. Schmerzverzerrt sind die Gesichter der Bohrer. Der unbändig ratternde Preßlufthammer schüttelt ihren ganzen Körper, bei dem sich schon die leiseste Bewegung in einem stechenden Schmerz im Hinterkopf auswirkt. Die Schlepper lösen sich immer häufiger ab. Einer lehnt schon wieder am Wagen und erbricht sich. Noch ein paar Minuten Auschnaufen in dieser fürchterlichen Luft, dann fängt er wieder zu arbeiten an [...]“. Siehe Josef Rambeck, Die Baraber vom Walchensee, Berlin 1931, S. 140.

ten die Bauarbeiten am Walchenseekraftwerk in den folgenden Monaten zügig voran, wobei auf der Großbaustelle zeitweise über 2 000 Menschen beschäftigt waren⁸⁸. Allerdings zeigte sich schon bald, dass die Baukosten bedeutend höher ausfallen sollten, als ursprünglich prognostiziert. Während 1914 die Gesamtkosten noch auf 14 bzw. 20 Millionen Mark veranschlagt worden waren, stiegen diese infolge der ständigen Preissteigerungen und der beginnenden Inflation bis März 1919 auf 32 Millionen Mark und wurden zum Ende des Jahres 1920 bereits auf rund 300 Millionen Mark geschätzt.⁸⁹ Angesichts dieser Entwicklung sah sich die zweite von Gustav von Kahr (BVP) geleitete Regierung zur Jahreswende 1920/21 nicht mehr in der Lage, die exorbitanten Baukosten weiterhin aus dem Staatshaushalt zu bestreiten. So wurde am 5. Januar 1921 auf Betreiben des Gesamtministeriums in München die Walchenseewerk Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 50 Millionen Mark gegründet, wobei deren Anteile zu fast 100 Prozent vom bayerischen Staat gehalten wurden⁹⁰. Der einstimmig gewählte neunköpfige Aufsichtsrat setzte danach die Zahl der Vorstandsmitglieder auf eine Person fest und bestellte den bisherigen Staatskommissar für das Walchenseekraftwerk, Oskar von Miller, zum Vorstandsmitglied. In der anschließend genehmigten Satzung für die Aktiengesellschaft wurde festgeschrieben:

„Gegenstand des Unternehmens ist der Ausbau der zum Walchenseegebiet gehörigen Wasserkräfte und ihre Verwertung durch Abgabe der gewonnenen Arbeit oder Verwendung in eigenen Betrieben, die Errichtung ähnlicher Unternehmungen, die Beteiligung an solchen und der Erwerb von Grundstücken und Rechten, welche dem Zwecke des Unternehmens dienen.“⁹¹

Finanzminister Krausneck beantragte kurz darauf im Landtag, die Umwandlung des Walchenseekraftwerks wie auch des Kraftwerks „Mittlere Isar“ von staatlichen Regiebetrieben in Aktiengesellschaften zu bewilligen, deren Stammkapital praktisch ausschließlich von der die Regierung gezeichnet wird. Diese Änderung der Unternehmensform würde es nämlich beiden Werken erlauben, zur Deckung ihres erheblichen Finanzbedarfs auf dem Kapitalmarkt Schuldverschreibungen auszugeben, für deren Verzinsung

⁸⁸ Die Zahl der beim Bau des Walchenseekraftwerks beschäftigten Arbeiter stieg von lediglich 120 im Januar 1919 auf 800 im Januar 1920. Zwischen dem Beginn des Jahres 1921 und November 1923 waren dann regelmäßig um die 2000 Arbeitskräfte im Einsatz. In den folgenden Monaten ging die Zahl drastisch zurück, so dass im Februar 1924 nur noch 110 Beschäftigte in den Lohnlisten geführt wurden. Vgl. Aufseß, *Kriegschronik von Kochel*, S. 125; E. Mattern, *Das Walchensee- und Bayernwerk*, in: *Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure* 4 (1923), S. 77 – 80, hier S. 77; Schwarz, *Baugeschichte des Walchenseekraftwerks*, Teil 2, S. 232.

⁸⁹ Zur Baukostenentwicklung des Walchenseekraftwerks vgl. die entsprechenden detaillierten Aufstellungen in: BayHStA MF 67 749 sowie die Angaben bei Mattern, *Das Walchensee- und Bayernwerk*, S. 77 und Pohl, *Bayernwerk*, S. 94 f.

⁹⁰ Von den 50 000 000 Mark übernahm der bayerische Staat Anteile in Höhe von 49 996 000 Mark; Anteile von je 1000 Mark hielten der Staatsminister a.D. und Landtagsabgeordnete Eugen von Knilling, der Ministerialdirektor und Vorstand der Obersten Baubehörde Eduard von Reuter, der Ministerialrat im Staatsministerium des Innern Hans Schneider sowie die Bayerische Staatsbank. Vgl. Notariatsvertrag vom 5.1.1921, in: BayHStA MF 67 748.

⁹¹ § 4 der Satzung der Walchenseewerk AG; vgl. Notariatsvertrag vom 5.1.1921, in: BayHStA MF 67 748.

und Tilgung der Staat bürden wolle.⁹² In der Parlamentsdebatte am 28. Januar 1921 sprach sich lediglich der Vertreter der USPD, Gareis, gegen den Antrag der Regierung aus, wobei er insbesondere darauf verwies, dass dann jede Möglichkeit der Einflussnahme „weitgehend ausgeschaltet“ sei, da die einzelnen Positionen nicht mehr Bestandteil des Staatshaushalts wären. Anstatt mit einer Aktiengesellschaft wieder den Weg in eine privatwirtschaftliche Organisationsform einzuschlagen, plädierte er dafür, neue gemeinwirtschaftliche Formen des Staatsbetriebs entwickeln; in diesem Kontext verwies Gareis auf das Beispiel der deutschen Kohlengemeinschaft und sprach sich für eine Assoziation von Unternehmensleitung, Beschäftigten, Arbeitnehmerbetrieben und Endverbrauchern sowie Sachverständigen aus Parlament und Wirtschaftsrat aus, die noch durch „eine Anzahl von allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrenen Mitgliedern“ erweitert werden könne.⁹³ Während Finanzminister Krausneck diese „utopischen Ideen“ als vollkommen undurchführbar zurückwies⁹⁴, führte der Vertreter der SPD, Ackermann, gegen derartige Pläne in erster Linie finanzielle Sachzwänge an: man sei schlichtweg noch nicht so weit, dass man die beiden Werke ohne Fremdkapital ausbauen könne. Zudem bleibe der Primat der Politik durch die nahezu ausschließliche Eignerschaft des Staates gewährleistet; der Landtag habe auch in der Folge noch genügend Einfluss durch „das Kontrollrecht, das Recht der Enquete, und das Recht, der Regierung sofort den Marsch zu blasen“.⁹⁵

So billigte die große Mehrheit der Abgeordneten die Umwandlung des Walchenseewerks und des Kraftwerks Mittlere Isar in Aktiengesellschaften und erklärte sich auch mit der beantragten staatlichen Bürgschaft für die Rückzahlung der Zinsen und Anleihen einverstanden.⁹⁶ Auf der Basis dieses Beschlusses wurde bereits am 8. April 1921 die erste Walchensee-Schuldverschreibung ausgegeben, die binnen weniger Monate immerhin 100 Millionen Mark einbrachte, so dass die Aktiengesellschaft noch im gleichen Jahr die Vorleistungen des Staats in Höhe von 37,7 Millionen Mark zurückerstatten konnte.⁹⁷

Das positive Votum des Landtags veranlasste die Regierung, bald darauf auch die Überführung des Bayernwerkes in eine Aktiengesellschaft in Vorschlag zu bringen, um

⁹² Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Beil.Bd. III, Nr. 737, S. 457.

⁹³ Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Bd. II, S. 210-214.

⁹⁴ Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Bd. II, S. 215.

⁹⁵ Siehe Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Bd. II, S. 215-217.

⁹⁶ Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Bd. II, S. 220. Auf der Basis des Landtagsbeschlusses wurde schließlich am 5. Dezember 1921 ein Vertrag zwischen dem bayerischen Staat und den Aktiengesellschaften Walchenseewerk und Mittlere Isar abgeschlossen, in dem der Staat die Bürgschaft für „Verzinsung und Heimzahlung der von den beiden Gesellschaften unter deren samtvorbinderlicher Haftung auszugebenden Schuldverschreibungen“ übernahm. Vgl. Vertrag vom 5.12.1921, in: BayHStA MF 70 477.

⁹⁷ In den folgenden zweieinhalb Jahren sollten zur Finanzierung des Walchenseewerks (sowie teilweise auch des Kraftwerks Mittlere Isar und des Bayernwerks) vier weitere Anleihen aufgelegt werden, die sich angesichts der vergleichsweise hohen Zinsgarantien ebenfalls als durchaus erfolgreich erwiesen. Vgl. hierzu die diversen Exemplare der Walchensee-Anleihen (1921-1923) in: MF 67 749 sowie Pohl, Bayernwerk, S. 94-96 und Schwarz, Baugeschichte Teil 2, S. 242 f.

ihm ebenfalls den Zugang zum Kapitalmarkt zu öffnen.⁹⁸ Am 18. März 1921 stimmte der Landtag dem Regierungsantrag zu, versah ihn aber gleichzeitig mit der von den Sozialdemokraten geforderten Bedingung, dass von den insgesamt sieben Aufsichtsräten des Unternehmens mindestens vier vom Landtag zu benennen seien.⁹⁹ Bereits am 5. April 1921 wurde in München die Bayernwerk AG gegründet, wobei deren Grundkapital in Höhe von 100 Millionen Mark – ähnlich wie im Falle der Walchenseewerk AG – nahezu ausschließlich vom bayerischen Staat gehalten wurde.¹⁰⁰

Nicht zuletzt als Reaktion auf diese Vorgänge trat Oskar von Miller zum 30. Juni 1921 von seinen Verpflichtungen als Staatskommissar und als Vorstand des Walchenseewerks zurück. Durch die Wahl der neuen Rechtsform wurde seiner Überzeugung nach im öffentlichen Bewusstsein nicht mehr der Staat als Eigentümer der Wasserkraft wahrgenommen und damit leichtfertig die Möglichkeit vergeben, neues Vertrauen in die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Bayerns zu wecken. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft berge nicht nur das große Risiko, dass der Staat in ökonomisch schwierigen Zeiten seine wichtigsten Schätze veräußere, vielmehr habe sie auch im täglichen Geschäft erhebliche Nachteile: So lasse der Staat „sein einheitliches Interesse zersplittern durch die Willensmeinung von verschiedenen Aufsichtsräten und Direktionen“.¹⁰¹

Ungeachtet des überraschenden Ausscheidens Millers, welches in der Öffentlichkeit Erstaunen und Verwunderung ausgelöst hatte,¹⁰² wurden die Bauarbeiten am Walchenseekraftwerk in den folgenden Jahren weitgehend planmäßig fortgesetzt, so dass im Geschäftsbericht des ersten Geschäftsjahres Ende 1921 festgehalten wurde, mit einer Inbetriebsetzung des Werkes könne im Jahre 1923 „bestimmt gerechnet werden“. Auch seien die anfallenden Energiemengen bereits vollständig abgesetzt: Von den unter normalen Wasserverhältnissen im Betriebsjahr erzeugten 160 Millionen Kilowattstunden werde

⁹⁸ Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Beil.Bd. IV, Nr. 1065, S. 76.

⁹⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920/21, Bd. II, S. 731 f. Allgemein zur Debatte um die Rechtsform 1920/21 vgl. auch Falter, Wasserkrieg, S. 99–101. Der Versuch der Sozialdemokratie durch die Besetzung der überwiegenden Zahl der Aufsichtsräte eine wirkungsvolle Kontrolle durch die Legislative zu ermöglichen, wurde indessen bereits Ende des Jahres 1924 wieder beendet, als die Landtagsmehrheit (aus BVP, BMP und Bauernbund) anlässlich der Aufnahme der Reichsbahn als ersten Fremdkaktionär in die Aktiengesellschaft den entsprechenden Beschluss von 1921 auf Initiative der bayerischen Staatsregierung wieder aufhob, so dass die Bestimmung der Aufsichtsratsmitglieder fortan „im freien Ermessen“ des Gesamtministeriums stand. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1924, Bd. I, S. 730–732.

¹⁰⁰ Zu den Vorgängen um die Gründung des Bayernwerks vgl. insbes. die eingehende Darstellung bei Pohl, Bayernwerk, S. 63–80.

¹⁰¹ Vgl. Schreiben Millers an das Staatsministerium des Innern vom 31.3.1921, in: BayHStA MF 70 489.

¹⁰² Ministerpräsident und Innenminister Gustav von Kahr, der mit seit längerem Miller befreundet war, hatte sich noch darum bemüht, diesen zu einer Revision seiner Entscheidung zu bewegen. Nachdem Miller im Gegenzug jedoch die Einräumung bedeutender Ämter und weitreichender Kompetenzen für seine Person (wie die Funktion als oberster Leiter des staatlichen Büros für Wasserkraft und die Positionen des Vorstands sowohl in der Bayernwerk AG wie in der Walchenseewerk AG sowie die uneingeschränkte Entscheidungshoheit über die Verwendung der bereitgestellten Finanzmittel) gefordert hatte, nahm die Staatsregierung jedoch von weiteren Versuchen Abstand, diesem einen „Rücktritt vom Rücktritt“ nahezulegen. So zog sich Miller im Februar 1922 völlig aus dem Bayernwerk zurück und trat auch seine Aktie im Nennwert von 1000 Mark an den Staat ab. Vgl. hierzu Schreiben Millers an Innenminister von Kahr vom 2.5.1921, in: BayHStA MF 70 489 sowie Füßl, Oskar von Miller, S. 192 f.

das Bayernwerk zur Deckung seiner Spitzenbelastungen rund 100 Millionen Kilowattstunden entnehmen; 60 Millionen Kilowattstunden würden indessen dem Verkehrsministerium für den Betrieb der Bahn geliefert.¹⁰³

Trotz einiger nicht vorhersehbarer technischer und witterungsbedingter Probleme gelang es in den folgenden beiden Jahren, den ambitionierten Zeitplan im Großen und Ganzen einzuhalten, so dass Anfang Januar 1924 der erste Turbinenprobelauf¹⁰⁴ stattfinden konnte. Mit dem Anlaufen der Turbine wurden die zahlreichen Anwesenden einschließlich des Reporters der Münchner Neuesten Nachrichten von einer geradezu euphorischen Begeisterung für die Technik erfasst:

„Einige kurze harte blecherne Schläge im Innern der Turbine, dann ein Rauschen, das immer leiser wurde und das Schaufelrad der Turbine drehte sich in rasender Geschwindigkeit. [...] In der atemlosen Spannung, in der die Anwesenden dem Schauspiel anwohnten, ertönte plötzlich ein lautes Bravo und alles reichte sich die Hände und beglückwünschte sich.“¹⁰⁵

Am 26. Januar lieferte das Walchenseekraftwerk im Beisein einer Reihe von Ehren Gästen (darunter der bayerische Ministerpräsident Eugen von Knilling, Innenminister Franz Schwyer und Finanzminister Wilhelm Krausneck) zum ersten Mal Strom in das Netz des Bayernwerks.¹⁰⁶ Mitte Februar 1924 leitete man erstmals das Wasser der Isar in den Walchensee, Ende 1924 wurde mit der regelmäßigen Bahnstromspeisung begonnen.

Die endgültige Fertigstellung erfolgte dann bis Mitte des Jahres 1925¹⁰⁷; am 4. August 1925 konnte die gesamte Anlage im Rahmen einer offiziellen Einweihungsfeier, an der neben den Mitgliedern der nunmehr von Heinrich Held geführten bayerischen Staatsregierung auch der neue Reichspräsident Paul von Hindenburg teilnahm, betriebsbereit der Bayernwerk AG übergeben werden, der gemäß Vertrag vom 31. Mai 1924 die Betriebsführung im Walchenseewerk zustand.¹⁰⁸

Damit verfügte Bayern – freilich um den Preis eines nachhaltigen Eingriffs in die regionale Natur¹⁰⁹ – über eines der weltweit stärksten und modernsten Hochdruckspei-

¹⁰³ Geschäftsbericht der Walchenseewerk Aktiengesellschaft München über das erste Geschäftsjahr vom 5.1.1921 bis 30.9.1921, in: BayHStA MF 67 748.

¹⁰⁴ Das Maschinenhaus des Walchenseekraftwerks wurde mit insgesamt acht Turbinen (vier Francis- und vier Zwillings-Pelton-Turbinen) und der gleichen Anzahl an Generatoren (vier Drehstrom- und vier Einphasengeneratoren) ausgestattet. Vgl. Schwarz, Baugeschichte Teil I, S. 302 f; Pohl, Bayernwerk, S. 98.

¹⁰⁵ Siehe Münchner Neueste Nachrichten vom 13.1.1924.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu den Bericht in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 28.1.1924, der von einem „geschichtlichen Augenblick der bayerischen Wirtschaftsgeschichte“ spricht.

¹⁰⁷ Zuletzt waren noch erhebliche Baumaßnahmen am Ufer des Walchensees notwendig geworden, da sich als unmittelbare Folge des schwankenden Wasserspiegels massive Uferabsenkungen und Wegeunterbrechungen eingestellt hatten. Vgl. J. Eichhorn, Die staatliche Energieversorgung in Sachsen und Bayern, Leipzig 1926, S. 51; Pohl, Bayernwerk, S. 98; Schwarz, Baugeschichte Teil 2, S. 246 – 249.

¹⁰⁸ Vom Walchenseewerk, in: Die Wasserkraft. Zeitschrift für die gesamte Wasserwirtschaft und Wassertechnik 20 (1925), S. 75 – 77; Ralf Roman Rossberg, 75 Jahre Walchenseekraftwerk und elektrischer Fernbahnbetrieb in Bayern, in: eb – Elektrische Bahnen 98 (2000), S. 35 – 51, hier S. 47.

¹⁰⁹ Gerade die entscheidende Planungsphase des Kraftwerks war maßgeblich geprägt durch den nahezu un-

cherkraftwerke¹¹⁰, welches sich in der Folge zu einem Grundpfeiler und Transmissionsriemen für den Aufbau einer stabilen landesweiten Elektrizitätsversorgung entwickeln¹¹¹ und damit einen nicht unbedeutenden Beitrag zum bemerkenswerten industriellen Aufschwung, den Bayern gerade in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erlebte, leisten sollte.

ILLUSTRATIONEN

Abbildung 1



Blick auf die Baugrube des Krafthauses und den Unterwasserkanal, 1922/23 (Bayer. Wirtschaftsarchiv, München)

gebremsten Fortschritts- und Technikglauben der ausgehenden Wilhelminischen Epoche, eine Tatsache, der letztlich eine entscheidende Bedeutung für die – bei aller mit Nachdruck von verschiedenster Seite vorgebrachter Kritik – nur bedingte Berücksichtigung von Aspekten des Natur- und Umweltschutzes zukommen sollte.

¹¹⁰ A. Menge, *Das Bayernwerk und seine Kraftquellen*, Berlin 1925, S. 92.

¹¹¹ Mit dem Verbundnetz des Bayernwerks, das den im Walchenseekraftwerk produzierten Strom über diverse Umspannwerke und 1100 Kilometer Leitungen quer durch das rechtsrheinische Bayern verteilte, besaß der Freistaat als erster deutscher Flächenstaat eine landesweite Stromversorgung.

Abbildung 2



Rohrleitungen in der Krafthausbaugrube, 1923 (Bayer. Wirtschaftsarchiv, München)

Alpine Welt und technischer Umbruch – Der Bergbahnbau in Bayern (1880-1950)

Karin Leonhardt

Der Fremdenverkehr in die europäischen Alpen hatte schon eine geraume Zeit floriert, als erste Urlaubsorte begannen, ihre attraktiven Höhen einem breitem Publikum vereinfacht zugänglich zu machen.¹ Da die Eisenbahnen bereits bis in die Voralpenregionen führten², stand nun deren Fortsetzung ins Gebirge an.³ Hierbei war die Schweiz Vorrei-

¹ Das maßgebliche Standardwerk zum Bergbahnwesen aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ist König, Wolfgang: *Bahnen und Berge. Verkehrstechnik, Tourismus und Naturschutz in den Schweizer Alpen 1870-1939* (= Beiträge zur Historischen Verkehrsforschung, Bd. 2). Frankfurt a. M. 2000. Für andere Alpenländer ist noch keine umfängliche Studie erschienen. Bei der hier vorgestellten Entwicklung Bayerns handelt es sich um eine erste Bilanz eines Dissertationsprojektes bei Prof. Ferdinand Kramer an der LMU München. Zum Fremdenverkehr in den Alpen sowie zum Alpinismus gibt es vielfältige, auch wissenschaftliche Literatur. Als aktuelle Überblicksdarstellung sei hier nur verwiesen auf Mathieu, Jon: *Die Alpen. Raum, Kultur, Geschichte*. Stuttgart 2015.

² Markus Hehl: *Das Buch der Alpenbahnen. Geschichte, Züge, Landschaften. Auf Schienen über steile Alpenpässe*. München 2013. Schivelbusch, Wolfgang: *Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert* (= *Hanser Anthropologie*). München 1977. Lange, August: *Eisenbahn-Stationsverzeichnis sämtlicher deutscher Voll-, Neben- und Kleinbahnen mit Angabe der Verwaltung*. Bischofswerda 1904. Überblick zu Bayern vgl. Ücker, Bernhard: *Die bayerische Eisenbahn: 1835-1920*. München 1985. Kandler, Udo / Kirchner, Christoph: *Eisenbahnen in den Bayerischen Alpen, 1-2. Fürstentum Bayern* 1997. Weichenstellungen. *Eisenbahnen in Bayern 1935-1920. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs*. München 29. November 2001 bis 3. Februar 2002.

³ Grundlegend zu Bergbahnen Schneider, Asciano: *Gebirgsbahnen Europas*. Zürich 1982. Sanzin, R.: Der Einfluß des Baues der Semmeringbahn auf die Entwicklung der Gebirgslokomotive. In: *Technikgeschichte – Die Fachzeitschrift für technikhistorische Forschung*, 04 (1912), 333. Ferner Dinhobl, Günter: *Die Semmeringbahn. Der Bau der ersten Hochgebirgseisenbahn der Welt*. Wien 2004. Hefti, Walter: *Schienen- und Seilbahnen in aller Welt. Schiefe Seilebenen. Standseilbahnen. Kabelbahnen*. Basel / Stuttgart, 1975. Schletzbaum, Ludwig: *Eisenbahn (= Technikgeschichte im Deutschen Museum)*. München 1990. *Deutsche Bergbahnen. Technik*. Rottach-Egern 1962. Hefti, Walter: *Zahnradbahnen der Welt*. Basel / Stuttgart 1971. Schwarz, Marlene: *Der Zug zum Höheren. 100 Jahre Jungfraubahn – Pionierleistung im Hochgebirge*. In: *Kultur & Technik* 3 (2001), 43-47. *Die Bayerischen Bergbahnen. Deutschland-Bilderheft Nr. 143*. Berlin o.J. Moser, Sepp: *Aufwärts. Geschichte und Technik der Bergbahnen*. Zürich, 1998. Eckert, Klaus: *Alpenbahnen*. München, 2000. Caminada, Paul: *Waghalsige Projekte durch Fels und Firn im ausgehenden 19. Jhd.* In: *Bautechnik* 87 (2010) Heft 8, 494-511. Ders.: *Bahntechnik im Gebirge zu Beginn des 20. Jhdts.* In: *Bautechnik* 86 (2009) Heft 9, 586-594. Schwink, Otto: *Bayerische Bergbahnen*. In: *Bayern und der Verkehr*. Bayerland 55 (Juni 1953), 201-240. Buße, Siegfried: *Zahnradbahnen in Bayern*. München 1977. Für den kulturgeschichtlichen Aspekt der Eisenbahn vgl. Kos, Wolfgang: *Über den Semmering. Kulturgeschichte einer künstlichen Landschaft*. Wien 1984. Tschöfen, Bernhard: *Berg, Kultur, Moderne*. In: *Alpenbahnen. Gebirge als technische Welt*. 1999, 185-226. Pap, Robert: *UNESCO Weltkulturerbe Semmeringland*. In: *Ölbildern, Aquarellen, Stichen, Lithographien und Photos*. Wien 2003. Luxbacher, Günther: *Bergauf schweben. Die Raxbahn – die älteste moderne Seilbahn Österreichs*. In: Kos, Wolfgang (Hg.): *Die Eroberung der Landschaft. Semmering – Rax – Schneeberg. Katalog zur Niederösterreichischen Landesausstellung Schloss Gloggnitz 1992*. Wien, 1992, 557-566. Dinhobl, Günter: *Gebirgsbahnen. Fluchtlinien der Moderne. Ausstellungskatalog. Südbahn Museum Mürzzuschlag am Semmering*. Mürzzuschlag 2008. Dinhobl, Günter: *Bahnbrechend zum „Culturpflug“ unserer Zeit. Kulturwissenschaftliche Zugänge zur Eisenbahngeschichte*. Innsbruck 2009. Grange, Daniel J.: *L'espace alpin et la modernité. Bilans et perspectives au tournant du siècle*. Grenoble 2002. Den Naturaspekt be-

ter.⁴ Die erste Zahnradbahn Europas nahm 1871 am Luzerner See ihre Fahrt auf. Von da ab galt die Vitznau-Rigibahn international als Orientierungsgröße⁵. Etwa zehn Jahre später folgten weitere Bahnen. Klangvolle Schweizer Destinationen wurden technisch erschlossen, u.a. der Pilatus, die Jungfrau, die Höhen um St. Moritz und Davos sowie der Gronergrat bei Zermatt. In Österreich eröffneten die Raxbahn für die Wiener den bequemen Gebirgszugang, für die Salzburger wurden Gais- und Schafberg bebaut. In Südtirol brachte u.a. die Mendelbahn den Gästen das Bergerlebnis vereinfacht nahe.

Die Herausforderung bei der Erschließung der Gebirge war vorrangig technischer Art.⁶ Es gelang bald mit Zahnschienen-, Adhäsions- und Zahnradbahnen eine beachtliche Steigung bis zu 25% zu bewältigen. Dabei konnte man schon bis zu den hochgelegenen Alpentälern vordringen. Führend waren hierbei Schweizer Ingenieure und Unternehmen. Mit ausgeklügelten Zahnstangensystemen wurde sogar eine Neigung von 48% befahrbar. Noch größere Steigungen ermöglichten dann Standseilbahnen mit einer optimierten Kombination aus Zahnstange, Seiltransport und Bremssystemen.⁷ Doch nicht nur die Schwerkraft bildete einen begrenzenden Faktor: Der Bau der Anlagen erforderte große Aufwände an Planung, Arbeit, Material und Zeit. Das geeignete Rollmaterial war

tont König, Wolfgang: Bergbahnen in den Alpen (1870-1940). Zwischen Naturerschließung und Naturbewahrung. Wien 2001. Barton, Susan: Healthy Living in the Alps. The Origins of Winter Tourism in Switzerland. Manchester 2008.

⁴ Waldis, Alfred: Es begann am Gotthard. Eine Verkehrsgeschichte mit Pionierleistungen. Luzern 2002. Stadelmann, W.: Schweizer Bergbahn-Pioniere. Chur 1994. W. Latscha: Niklaus Riggenbach (1817-99). In: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik 81 (2005), 13-22. Sieben Bergbahnpioniere. In: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik. Zürich 2005. Bertho Lavenir, Catherine: Développement des transports et transformations du tourisme. In: Traverse 15 (2008) Heft 1, 79-92. Gohl, Ronald: Schweizer Bergbahnen. Zürich, 1988.

⁵ Frey, Thomas / Salsvedt, H.U.: Die internationale Erreichbarkeit von alpinen Schweizer Touristenzentren 1850-1930 am Beispiel Rigi. In: Burri, Monika / Elsässer, Kilian F. / u.a. (Hgg.): Die Internationalität der Eisenbahn 1850-1970. Zürich 2003, 219-235. Für Bayern ist das Konzessionsgesuch für eine Bergbahn auf den Hohenpeißenberg eines von vielen Beispielen, das sich auf die Rigi-Bahn bezieht: „Kein Berg in Baiern verdient es so sehr wie der „baierische Rigi“, daß man ihn dem Strom der Touristen zugänglich macht.“ Schreiben des Bergingenieurs L. Rosenthal an die Kgl. Oberbay. Regierung vom 6.10.1884, StA München, LRA 9507.

⁶ Die technisch fundierte Eisenbahnliteratur ist reich. Als prägnanter Einstieg vgl. <http://www.seilbahn-nostalgie.ch/geschichte.html> (10.01.2015). Schletzbaum, Ludwig: Die Eroberung der Berge – Seilbahn und Zahnradbahn. Am Anfang war das Rad. Frankfurt a. M. u.a. 1997. Innerhofer, Albert / Staffler, Reinhold: Stählerne Stege. Der Seilbahnpionier Luis Zuegg. Bozen, 1996. „Luis Zuegg“. In: Attemayr, Ernst: Tiroler Pioniere der Technik. 35 Lebensbilder. Innsbruck / München 1968, 92 ff. Für Bayern vgl. Localbahnmuseum Bayerisch Eisenstein: Katalog – mit kleinem Nachschlagewerk zu den bayerischen Nebenbahnen, Privatbahnen und Bergbahnen speziell deren Triebfahrzeuge (bis 1950). Tegernsee 2000. Zu Technik und Kultur einführend König, Wolfgang: Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse (= Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte, 7). Stuttgart, 2009. Ders. / Weber, Wolfhard: Netzwerke, Stahl und Strom. 1840 bis 1914 (= Propyläen Technikgeschichte, 4. Bd.) Berlin 1997. Ebenso grundlegend Heßler, Martina: Kulturgeschichte der Technik (= Campus Historische Einführungen, 13). Frankfurt, New York 2012.

⁷ In der vorliegenden Studie wird der technisch unspezifizierte Ausdruck „Bergbahn“ verwendet, da der Fokus auf die landesgeschichtliche Perspektive und nicht die technische Ausdifferenzierung gelegt wird. In dem Begriff sind alle Typen der Aufstiegshilfen hineingedacht – ohne sprachlich die verschiedenen Beförderungsformen zu unterscheiden, wie Adhäsions-, Zahnstangen-, Zahnrad-, Standseil-, Schwebe- seil-, Drahtseilbahn, Pendelbetrieb, Zug, Gondel, Sessel- oder Schlepplift etc.

teuer, oft lag schwieriges Gelände vor, geröllreich oder unstabil. Häufig konnten nur mit langgezogenen Trassen entsprechendes Gelände und Steigung überwunden werden. Dafür musste ein witterungsfestes Gleisbett geschaffen werden, zusätzlich geschützt durch Lawinenverbauung. Denn neben der bereits etablierten Sommerfrische erfreute sich inzwischen auch das Wintererlebnis immer größerer Beliebtheit unter den Gästen. Nicht nur Eislaufen, Winterwandern und Rodeln standen hoch im Kurs, zunehmend wurde Schilaufen populär.⁸ Das bedeutete aber, dass die Beförderung ins Gebirge einem ganzjährigen Betrieb standhalten sollte.

So war die Idee naheliegend, Erfahrungen mit Seilschwebbahnen für den Transport von Material nun auch auf die Personenbeförderung zu übertragen. Ziele konnten direkter angesteuert, kritische Passagen berührungslos überwunden werden. Ermöglicht hatte dies ein Technologiesprung in der Materialentwicklung. Nun standen fest spannbare und zugleich bruchssichere Drahtseile zur Verfügung, ebenso wie verlässlicher Beton für die Fundamente. Bereits 1888 wurde eine solche Bahn auf den Schweizer Pilatus beantragt. Doch im Gewirr der Zuständigkeiten – zwischen Bund, Kanton und Gemeinden – scheiterte das Projekt letztlich.⁹ Erst zwanzig Jahre später, 1908, wurde mit dem Wetterhornaufzug in Grindelwald die erste Schweizer Luftseilbahn verwirklicht.¹⁰ Zuvor hatte schon am Kohlern bei Bozen die erste Seilbahn der Welt in Südtirol zu fahren begonnen.¹¹ Sie galt von da an international als technisches Vorbild. Bald folgte ebenso in Südtirol die Bahn auf das Vigiljoch.¹²

In Bayern setzte die Entwicklung, Bahnen auf Berge zu bauen, nur verzögert ein. Prinzregent Luitpold sprach noch 1886 vorbereiteten Projekten auf die Zugspitzbahn einen Bedarf in der Gesellschaft ab.¹³ So ließen alpine Gebirgsbahnen noch lange auf

⁸ Groß, Robert: Wie das 1950er Syndrom in die Täler kam. Umwelthistorische Überlegungen zur Konstruktion von Wintersportlandschaften am Beispiel von Damüls in Vorarlberg (= Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung. Veröffentlichungen, 10). Regensburg 2012. Herzog, Markwart (Hg.): Skilauf – Volkssport – Medienzirkus. Skisport als Kulturphänomen. Stuttgart 2005. Dennings, Andrew: Skiing into Modernity: A Cultural and Environmental History. Berkeley 2015. [In press.] Jülg, Felix: Faszination Schnee. Der Wintertourismus im Gebirge. Historische Entwicklung. In: Isenberg, Wolfgang (Hg.): Der Winter als Erlebnis. Zurück zur Natur oder Fun, Action und Mega-Events? Neue Orientierung im Schnee-Tourismus (= Benberger Protokolle 94). Bergisch Gladbach 1999, 9-38. Lobenhofer-Hirschbold, Franziska: Fremdenverkehr (von den Anfängen bis 1945). In: Historisches Lexikon Bayerns. München, S. 1 – 10. http://www.historische-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44714 (25.11.2013).

⁹ Das Schweizer Eisenbahngesetz von 1872 unterstellte dem Bund die Kontrolle über Schienenfahrzeuge. Die Klärung der anders gelagerten Belange einer Kabinenbahn wurde deshalb an die kantonale und lokale Ebene weitergereicht. Dort aber konnte kein Einvernehmen hergestellt werden. In der Schweiz gescheitert, gelang es dem spanischen Patentinhaber schließlich 1907 in San Sebastian an der Biscaya eine Luftseilbahn zu realisieren. Vgl. <http://www.seilbahn-nostalgie.ch/geschichte.html> (10.01.2015).

¹⁰ Müller, Wolfgang: Einige neuere elektrische Berg-Aufzüge. In: Glasers Annalen für Gewerbe und Bauwesen vom 15.02.1910, 79-84.

¹¹ Autonome Provinz Bozen-Südtirol, Abteilung Mobilität (Hg.): 100 Jahre Kohlerer Bahn 1908-2008. Bozen 2008. Parteli, Othmar: Bozen-Kohlern, erste Personenseilbahn der Welt, vor 100 Jahren eröffnet. 2008. Etwas früher dazu Die erste Bergschwebbahn der Welt Bozen – Kohlern. Heimatschutzverein Bozen, 1983. Hölzl, Karl: Die Entwicklung der Personenseilbahn in Südtirol. In: Hundert Jahre Tiroler Verkehrsentwicklung 1858-1958. Innsbruck 1961, 127 ff.

¹² Autonome Provinz Bozen-Südtirol (Hg.): 100 Jahre Seilbahn Vigiljoch 1912-2012.

¹³ 21.3.1899, Schreiben der Geheimkanzlei des Prinzregenten, gez. Generaladjutant Frh. von Zoller, an

sich warten. Dennoch reichen die Anfänge auch in Bayern ins ausgehende neunzehnte Jahrhundert zurück. Ab den 1880er Jahren wurden Ausflugsbahnen auf panoramareiche Höhen geführt. Deren Zielpunkt war häufig ein Kaffeehaus in der Nähe eines Hotels oder Kurbetriebes, anfangs im Voralpenraum, dann auch an Berghängen. Beliebt war die Bahn zur Rottmannshöhe am Starnberger See oder in Berchtesgaden zum Café oberhalb des von-Hessing'schen Sanatoriums.

1912 brachte dann Otto von Steinbeis erstmals mit seiner Zahnradbahn Gäste in alpine Höhen am Wendelstein.¹⁴ Motiviert durch diesen Erfolg, wurde bereits im darauffolgenden Jahr überlegt, die verbleibende felsige Gipfelpassage mit einer Drahtseilbahn zu überbrücken. Dies wurde aber nicht genehmigt.

Ebenso überwand etwa ein Dutzend bayerischer Alpenbahnen die Planungsphase nicht. Entweder wurden sie als nicht notwendig abgewiesen oder sie scheiterten an der Finanzierung. Schließlich blieben zahlreiche konzessionierte Vorhaben in den Wirren des Ersten Weltkrieges stecken. Der Bau touristischer Bergbahnen kam nahezu im ganzen Alpenraum zum Erliegen.¹⁵ Hingegen trugen militärisch motivierte Bahnen aller Art an der Gebirgsfront zu einem sprunghaften Wissenszuwachs in der Bergbahntechnik bei.¹⁶ Diese Erfahrungen, in Patente umgesetzt, läuteten in den Zwischenkriegsjahren eine Wende im europäischen Bergbahnwesen ein.¹⁷ In den kommenden Jahren entschieden sich die Unternehmen neuartige Drahtseilschwebbahnen für den Fremdenverkehr zu errichten. Manchmal erforderten Topographie und Streckenlänge die Kombination von schienengeführten und schwebenden Bahnen. Vorreiter der neuen Transportform wurde nun Südtirol. In Österreich folgten dann u.a. die Drahtseilbahnen auf die Tiroler Zugspitz-Flanke, die Schmittenhöhe bei Zell am See, den Kitzbühler Hahnenkamm, den

das Aussenministerium, Crailsheim. HStA, Verkehrsarchiv 5193, MA, Elektrische Eisenbahn Eibsee-Zugspitze 1898-1900.

¹⁴ Steinbeis, Michael (Hg.): Familienfirma. Erfolge, Krisen, Fortbestand. Mit Beiträgen von Heinrich Flik. Übersetzt aus dem Englischen von Ute Mehnert. Brannenburg 2009.

¹⁵ Gasser, Patrick / Leonardi, Anrea / Barth-Scalmani, Gunda (Hgg.): Krieg und Tourismus im Spannungsfeld des Ersten Weltkrieges. Guerra e Turismo nell'area di tensione della Prima Guerra Mondiale (= Tourism & Museum, 5). Innsbruck / Wien / Bozen 2014.

¹⁶ Lichem, Heinz von: Gebirgskrieg 1915-1918. Bozen 1980, 88 f zu Seilschwebbahnen. Glaser, Joachim: Goldschmiede im Schnee. 100 Jahre Salzburger Landes-Skiverband 1911-2011. Wien / Köln / Weimar 2011, 291.

¹⁷ Schmoll, Dieter: Weltseilbahngeschichte. Bd. 1: bis 1945. Eugendorf 2002. Czitary, Eugen: Seilschwebbahnen. Wien 2)1962. Tschöfen, Bernhard: Die Alpen schwebend erfahren. Zu Geschichte und Mythologie der Seilbahnfahrt. In: Zebhauser, Helmuth / Trentin-Meyer, Maïke (Hgg.): Zwischen Idylle und Tummelplatz. Katalog für das Alpine Museum des deutschen Alpenvereins in München. München 1996, 254-258. Ders.: Die Seilbahnfahrt. Gebirgswahrnehmung zwischen klassischer Alpenbegeisterung und moderner Ästhetik. In: Pöttler, Burkhard / Kammerhofer-Aggermann, Ulrike (Hgg.): Tourismus und Regionalkultur. Referate der Österreichischen Volkskundetagung 1992 in Salzburg (= Buchreihe der Österreichischen Zeitschrift für Volkskunde, N.S. 12). Wien 1994, 107-127, 367-371. Ders.: Empor, und zwar sofort! Kulturkampf alpin oder: Wie die Faszination der Seilbahnfahrt die echte Bergsteigerei in Bedrängnis brachte. In: Berge, 4 (2001), 90-95. Schmucker, Leonhard: Seilbahnen und Naturschutz. In: Bayerland 73 (1971), Heft 7, 10-11. Als frühe Technikdarstellung vgl. Dietrich, G.: Die Erfindung der Drahtseilbahnen. Eine Studie aus der Entwicklungsgeschichte des Ingenieurwesens. Leipzig, 1908. Ebenso Feldhaus, F. M.: Zur Geschichte der Drahtseilschwebbahnen (= Monographie zur Geschichte der Technik, 1). Berlin / München 1911.

Innsbrucker Patscherkofel und den Pfänder am Bodensee.¹⁸ Hingegen hielt die Schweiz vorerst an ihrer bisher so erfolgreichen Bergbahntechnik fest.¹⁹

In Bayern setzte Mitte der 1920er Jahre mit der staatlichen Konsolidierung eine zweite Welle von Bergbahnvorhaben ein.²⁰ Nun wurden bei Garmisch die Bahnen auf das Kreuzeck, den Wank und die Zugspitze (von bayerischer Seite aus), bei Reichenhall die Predigtstuhlbahn und im Allgäu die Nebelhornbahn gebaut.²¹ Zahlreiche weitere Projekte rangen um eine Finanzierung oder waren noch in den Planungen, als sie in der anhebenden Kriegsmaschinerie des nationalsozialistischen Deutschlands nicht mehr umgesetzt werden konnten.²²

Der Zweite Weltkrieg brachte im europäischen Alpenraum eine Stagnation im touristischen Bergbahnbau, selbst in der neutralen Schweiz. Knapp eine Handvoll Seilbahnen war hier noch in den 1930er Jahren errichtet worden, u.a. am Vierwaldstättersee auf die Klewenalp und im Unterwallis nach Champéry-Planachau. Dennoch begann in diesen Jahren ein Trend, der nach dem Krieg breiten Anklang finden sollte. Länger schon hatte man nach Methoden, mehrere Skiabfahrten ohne erneuten Fußmarsch zu ermöglichen gesucht. Noch sah die Praxis so aus, dass die Bergbahnen zumeist auf ein schneereiches Hochplateau führten, von dem an jede Skiabfahrt mit einem weiteren Aufstieg erwartet werden musste.²³ Eine erste Schleppanlage für Skiläufer und Rodler war 1906-14 im Schwarzwald realisiert worden.²⁴ Die dann bis heute tonangebende Variante wurde 1934

¹⁸ Vlg. dazu 50 Jahre Pfänderbahn. Pfänderbahn-AG, Bregenz, 1977. Schmittenhöhebahn 1928–1978. Schmittenhöhebahn AG 1978. Denoth, Günter: 100 Jahre Seilbahnen in Tirol. (= Die Reihe Archivbilder). Erfurt, 2008. Neuwirth, Markus: Die frühen Seilschwebbahnen in Vorarlberg, Süd- und Nordtirol. 1992. Wirtschaftskammer Tirol, Fachgruppe Seilbahnen: Architektur und Seilbahnen. Innsbruck 2000. Mayer, Emilia: Die Erschließung der österreichischen Gebirgswelt durch Seilschwebbahnen und Skilifte. Diss. Hochschule für Welthandel. Wien 1954. Gerzsabek, Erwin: Die österreichischen Seilschwebbahnen und deren Einfluß auf die touristische Entwicklung des Landes. Handelswissenschaftliche Dissertation. Wien 1950, S. 46 ff. (Hinweis Prof. Wolfgang König, Berlin).

¹⁹ Vereinigung Technisches Kader Schweizer Seilbahnen (Hgg.): 50 Jahre Seilbahnen in der Schweiz 1957-2007. Brienz 2007. Bacher, Mike: Der Ingenieur & die Drahtseilbahn. Christian Robert Rychener – ein (fast) vergessener Ski- und Tourismuspionier in Engelberg. In: Obwaldner Brattig, 39 (2013), 56-63. Ders.: Der Bau des Ski- und Sessellifts Trübsee-Jochpass 1943/44. Wie die Sesselbahn in die Schweiz kam. In: Obwaldner Brattig, 39 (2013), 134-140.

²⁰ Im Zuge der Verreichlichung während der Weimarer Republik war die kgl. bayerische Eisenbahn in der Deutsche Reichsbahngesellschaft aufgegangen. Administrativ zuständig war nun die Gruppenverwaltung Bayern der RBG. Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern. Nr. 26. München, den 5. Mai 1920, Nr. 9/Vo. „Bekanntmachung, die Einführung der Eisenbahn-Verkehrsordnung in Bayern betreffend.“ Die für den Bau von Bergbahnen maßgebliche kgl. bayerische Eisenbahnverordnung von 1855 behielt Gültigkeit.

²¹ Schott, Heinrich: Die Zugspitze – Gipfel der Technik, Triumphe und Tragödien. München 1987.

²² So hatten u.a. noch Mitte der 1930er Jahre die Gemeinde Tegernsee und das Bezirksamt Miesbach auf eine Bergbahn auf die Neureuth am Tegernsee gehofft, deren Bau am 10.9.1936 nicht genehmigt wurde. StA München, BA 152893, Projektionskonzession für eine Seilschwebbahn auf die Neureuth, 1936. Auch die beantragten Schlepplifte auf Stümpfling und Wallberg erhielten keine Genehmigung. StA München, BA 152894, Projekt einer Aufwärtsrutschbahn (Ski-Lift) auf Wallberg & Stümpfling, 1938-1941.

²³ Becher, Michael: Zwei Spuren im Schnee. Kleine Kulturgeschichte des Schilaufs. In: Salzburger Heimatpflege. Berichte 13 (1989), Heft 3 November, 91-102.

²⁴ DSV-Aktiv 10 (2006), 57. Für die technischen Aspekte Pfau, K.: Schleppseilanlage für Skiläufer. In: Was-

in Davos mit dem Bügel-Schlepplift errichtet. Ein Jahr später folgten Anlagen in St. Moritz, 1936 in Zürs und 1939 in Lech am Arlberg. In Bayern wurden nach dem Schlepplift am Predigtstuhl 1939 die Schlepplifte am Brauneck bei Lenggries und am Garmischer Hausberg aufgestellt.²⁵ Weitere Beförderungsvarianten waren Gurtlifte, motorgetriebene Großschlitten oder Raupenfahrzeuge.²⁶ Die für den Sommerbetrieb entwickelten Gehhilfen für Wanderer setzten sich aber nicht durch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hob auch in Bayern erneut eine Welle von Bergbahnen-Initiativen etwa ab 1948 an. Unmittelbar nach Kriegsende waren vielerorts hochgradig riskante Schlepplifte aufgezogen worden. Diese mussten aus Sicherheitsmängeln demonstrieren werden, als die staatliche Verwaltung wieder eine funktionierende Aufsicht zu etablieren begann. Mit den 1950er Jahren folgten Bauvorhaben für Bergbahnen auch im größeren Stile bald Schlag auf Schlag. Parallel begann sich der Trend zum Sessellift herauszubilden, der anfangs in variantenreichen Bautypen erprobt wurde.

Als rechtliche Grundlage für den Bau von Bergbahnen in den deutschen Alpen diente die „Königliche Allerhöchsten Verordnung die Erbauung von Eisenbahnen betreffend“ von 1855²⁷ (im folgenden nur: kgl. Eisenbahnverordnung).

Die kgl. Eisenbahnverordnung sah die Genehmigung in zwei unabhängigen Schritten vor: Projektierungskonzession und Bau- und Bautriebskonzession.

Zuerst musste ein Antrag bei dem Staatsministerium für Handel und Gewerbe eingereicht werden (Projektierungskonzession). Dieser sollte den Entwurf grob skizzieren sowie Auskunft über die geplante Finanzierung geben. Erteilten alle Staatsministerien ihr Einvernehmen wurde dem Antragsteller bewilligt, Vorarbeiten im Gelände vorzunehmen. Zumeist auf ein Jahr befristet, sollten die Planungsarbeiten zügig begonnen werden, um eine geeignete Trasse im Gelände exakt zu bestimmen. Dafür war auch erlaubt, Bäume zu fällen und das Terrain zu nivellieren. Während dieser Phase war es dem Staatsministerium vorbehalten, weitere Planungsgenehmigungen an konkurrierende Unter-

serwirtschaft und Technik 31/32 (1935), 339-341.

²⁵ Im Erfahrungsaustausch der Administrationen zum Betrieb von Schleppliften galt der Hochschlegl-Lift am Predigtstuhl als Erfolgsmodell. Schreiben des Bezirksamtsaußensitzes Reichenhall an das Bezirksamt Miesbach vom 22.8.1938, StA München, Der Landrat in Miesbach 152894, Projekt einer Aufwärtsschubbahn (Ski-Lift) auf Wallberg & Stümpfling, 1938-1941.

²⁶ Im Tegernseer Tal hatte sich ohne staatliche Genehmigung ein Kleintransport für Skiläufer auf die Neureuth mithilfe eines Gleiskettenfahrzeuges 1936 etabliert. Randnotiz zum Schreiben der Regierung von Oberbayern an das BA Miesbach 9.5.1936, Betreff: Projektierungskonzession für eine Seilschwebbahn auf die Neureuth, StA München, BA 152893, Projektionskonzession für eine Seilschwebbahn auf die Neureuth, 1936.

²⁷ Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern, Nr. 30. München, 2. Juli 1855, S. 653. Königliche Allerhöchste Verordnung die Erbauung von Eisenbahnen betreffend. Auf Anfrage des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten. München, den 20. Juni 1855. Max. Frhr. v.d. Pfordten. Auf königlichen allerhöchsten Befehl: der General-Secretär, Minister Wolfanger. Ebenso in Neue Gesetze- und Verordnungs-Sammlung IV, 1848-1856, S. 706 ff. Dazu einführend Kellenbenz, Hermann: „Eisenbahnen“. In: Erler, Adalbert / Kaufmann, Ekkehard (Hgg.): Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, mitbegründet von Wolfgang Stammler, I. Bd. 1/1998, Sp. 915-918.

nehmungen auszustellen. Damit brachte die Urkunde keine Bevorzugung bei der Erteilung der zweiten Konzession mit sich.

Die Bau- und Betriebserlaubnis musste ebenfalls beim Staatsministerium für Handel und Gewerbe beantragt werden. Dabei war die Planung der Trasse, der Hoch- und Tiefbauten (wie Tunnel, Brücken oder Gebäude) detailliert vorzulegen. Zudem musste die Finanzierung gesichert sein. Nachdem die Prüfung der eingereichten Unterlagen auf die einvernehmliche Zustimmung der Ministerien getroffen war, erteilte der König – in Rechtsnachfolge der Ministerpräsident als Staatsoberhaupt – die Konzession für den Bau und Betrieb einer Bergbahn bestimmter Bauart. Damit hatte der Antragsteller das alleinige Recht erworben, um auf der benannten Strecke zu agieren. Keinem weiteren Vorhaben war erlaubt, in ähnlicher Absicht der Trasse nahe zu kommen. Nach maximal 99 Jahren sollte die privat betriebene Infrastruktur an den Staat fallen. Dieser bekam das stehende Gut entgeltfrei und musste das mobile Gut nur im Falle einer Übernahme ablösen. Für die Unternehmung war so die zeitliche Spanne für Amortisation und Gewinnerschöpfung vorgegeben. Während dieser Zeit war der Unternehmer für einen reibungslosen Betrieb verantwortlich. Vor dessen Beginn stand eine eingehende technische Abnahme. Anschließend folgten regelmäßige technische Kontrollen, die einen sicheren Betrieb überprüften.

Bewertet wurde die neue Infrastruktur grundsätzlich als im Interesse der Allgemeinheit, derentwillen benötigter Grund enteignet werden konnte und bereits für Vorarbeiten ins Gelände eingegriffen werden durfte. Der aus privater Initiative erwachsenen Unternehmung schrieb die Verordnung aber bereits von Beginn an ein zeitliches Ende zugunsten des Staatswesens ein. So klärt die kgl. Eisenbahnverordnung das Verhältnis von Staat und Unternehmung, Rechte und Pflichten des Antragstellers, sowie Besitzfragen und zeitliche Aspekte.

Da das Bergbahnwesen ein hochinnovativer Zweig der Eisenbahntechnik war, fiel bald auf, dass die kgl. Eisenbahnverordnung dem Fortschritt in diesem Bereich nicht Stand hielt. Denn es taten sich zunehmend Felder auf, die einer Regelung bedurften. Setzte doch die neuartige Technik die natürlichen Beschränkungen außer Kraft, die zuvor durch Klima, steiles Gelände, Unzugänglichkeit und Witterung gegeben waren. Nicht mehr nur einzeln, nun sogar in Massen, gelangte der für das Gebirge ungeeignete Mensch in diesen unwirtschaftlichen Raum. Er drang mit Materialien vor, die hier naturgegeben nicht vorkamen. Er errichtete damit Bauten und griff bald auch in die Topographie der hochsensiblen Naturräume ein, welche sich mit verkürzter Vegetationsperiode nur in sehr langen Zeiträumen regenerieren würden. Weithin sind die Einschnitte sichtbar, die die Bergbahnen ins Landschaftsbild der bayerischen Alpen gezogen haben. Schneisen wurden geschlagen, Skipisten aus dem Bergwald gerodet, Tal- und Bergstationen deutlich ins Gelände gesetzt. Das ist der äußere Eindruck.

Die neue Infrastruktur brachte vielfältigen Regelungsbedarf mit sich:

Die Bergbahnen stießen in bisher von baulichen Eingriffen des Menschen unberührte Naturräume vor. Das tangierte Fragen der Ästhetik. Klima, Witterung und Höhe ließen

verbautes Material schnell verschleifen. Wie war der Rückbau abzuwickeln? Mit jahrelangen Schwierigkeiten wurde versucht, Verantwortlichkeiten zu definieren und einzufordern, um die hoch über der Garmischer Höllentalklamm hängende verrottende Bahn einer insolventen Grube zu entfernen.²⁸

Die Trassen der Bergbahnen tangierten das tradierte Recht der Almweide. An der Zugspitze entstand ein nahezu unklärbarer Streit zwischen Bahnunternehmen und Bergbauern.²⁹ Denn die Tiere konnten nicht auf ihre angestammte Weide geführt werden, ohne das Gleisbett zu beschädigen. Am Wendelstein wiederum rangen Bahnbetreiber und Almbauern um die berechnigte Nutzung der Wasserquellen.³⁰

Die neuen Transportmöglichkeiten brachten Menschen in großer Zahl in sensible Vegetationszonen. Unvertraut mit den Gegebenheiten fügten sie dort viel Schaden an. Kübelweise wurden rasch gepflückte Pflanzen wie Latschenkiefern, Alpenrosen, Enzian und andere Bergblumen am Münchner Hauptbahnhof feilgeboten, nachdem die Distanz in rund zwei Stunden zurückzulegen war.³¹ Allerheiligen bot hierfür die Hochsaison wegen des Brauches, die Gräber der Angehörigen zu schmücken.

Die Beförderungsmittel selbst und die zahlreichen Fremden im Gebirge störten die Ruhe der Wildtiere. Sie beeinträchtigten zudem die Ausübung des Jagdrechtes, sofern das Gelände nicht ohnehin ob seiner Schroffheit als unzugänglich galt. So sprach die Garmischer Jägerschaft der Zugspitz-Nordwand die jagdliche Bedeutung ab³² – inwiefern hierbei ein erwartbarer Wohlstand durch den Gästeaufschwung in Folge der Zugspitzbahn Interpretationshilfe bot, lässt sich nicht mehr feststellen.

Auch in den Dörfern am Fuße der Berge sorgten die vielen Fremden für Unruhe. Hier, fern der eigenen Umgebung waren sie der sozialen Kontrolle enthoben. Zudem entsprachen Verhalten und Umgangsformen der meist aus Großstädten angereisten Gäste nicht der vor Ort gelebten Sitte. Nicht nur Pfarrer zeigten sich besorgt ob der neuartigen Freizügigkeit im Umgang der Geschlechter und ob der rege gefrönten Freikörperkultur. Diese Situation war so offenkundig, dass sie bereits in Text und Karikatur in der Presse durchgespielt wurde. Zahlreiche Spottbilder widmete die satirische Wochenzeitschrift *Simplicissimus* in den 1910er bis 1930er Jahren dem neuartigen Drang ins Gebirge.

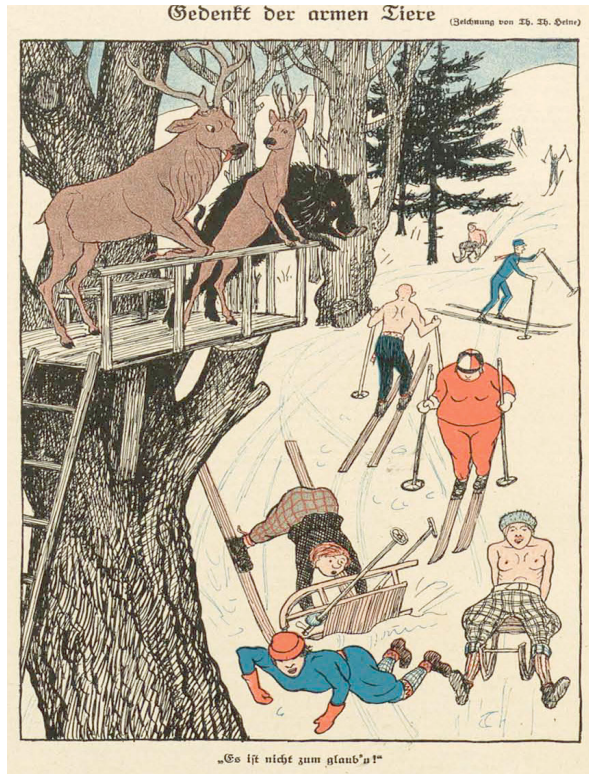
²⁸ StA München, BA/LRA 62968, Drahtseilbahn der Gewerkschaft Werdenfels, 1915-1929.

²⁹ StA München, BA/LRA 62922, Zugspitzbahn: Entschädigung Weideberechtigung, 1929-1933.

³⁰ Unterlagen im Privatarhiv der Familie Steinbeis, Brannenburg.

³¹ Amtsblatt kgl. Bezirksamt Garmisch vom 6.5.1903. StA München, LRA 106294.

³² 1.3.1907, Schreiben der Siemens-Schuckert Werke, TB München, an die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Nürnberg, Betreff: Elektr. Bahn auf die Zugspitze, verweist auf Versammlung in Garmisch zu beabsichtigtem Zugspitzbahnprojekt. Siemens Akten Archiv, 3354, 1905 ff, Acten Siemens-Schuckert Werke G.m.b.H., Abteilung für elektrische Bahnen: Zugspitze.



Simplicissimus – „Gedenkt der armen Tiere“³³

In großer Zahl durchquerten Skifahrer an Sonn- und Feiertagen die lichten Waldhänge und störten den Forstbetrieb. Denn die Skifahrer nutzten die verschneiten Forststraßen als Abfahrten, ungeachtet des traditionell winterlichen Holzeinschlags. Das forstliche Wegerecht wurde gestört. Dieser Missbrauch nahm noch zu, als es in Mode kam, Hütten im Bergwald zu Privatunterkünften herzurichten. Das dafür Nötige transportierten die Städter und Unternehmen immer weniger zu Fuß, sondern zunehmend mit Fahrzeugen auf den nichtöffentlichen Forstwegen. Diese waren für solchen Verkehr weder ausgebaut, noch freigegeben.

Mit den Bergbahnen entstand ein neuartiger Energiebedarf im Gebirge. Um diesen zu stillen, griffen eigens gebaute Kraftzentralen auf das Wasser vor Ort zu. Gleichzeitig zogen Sägewerke, die örtliche Straßenbeleuchtung und kommunale Elektrifizierung auch aus diesen Bächen ihre Kraft.³⁴ Das Wasserrecht war tangiert.

³³ *Simplicissimus*, 7.12.1925, 30. Jg Nr. 36.

³⁴ Ein gutes Beispiel bietet Bad Tölz für den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur als Kurstadt mit dem Anspruch, attraktiv für den Fremdenverkehr zu sein. Die Schuldverschreibungen zeigen ihre jährlichen Vorhaben und Ressourcenbedarfe. StA München, LRA 166033, Schuldfaunahmen u. -verschrei-

Die Probleme häuften sich während der Bauzeit der Bergbahnen. Die Erdarbeiten veränderten das Gefüge vor Ort. Der Abraum aus dem Ausschachten der Bergbahntunnel musste verbracht werden. Nur wohin? Während des Baus der Tiroler Zugspitzbahn³⁵ bereits zwei Jahre vor der bayerischen, kam es zu politischer Verstimmung. Denn dieses Vorpreschen auf den als genuin bayerisch wahrgenommenen Berg – und zugleich höchsten Gipfel im Deutschen Reich – wurde in der Öffentlichkeit gereizt aufgenommen. Die Empörung brach sich gänzlich Bahn, als bekannt wurde, dass der „österreichische“ Abraum aus dem Tunnel am Grat, aufs bayerische Zugspitzplatt gekippt wurde. Die Staatsoberhäupter auf beiden Seiten gaben sich alle erdenkliche Mühe „das leidige Thema“ zu klären. Der Tiroler Landeshauptmann wählte unter anderem auch den unverfänglichen Weg einer Teestunde, die seine Gattin mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten zu beschwichtigendem Einwirken nutzen sollte.³⁶

Die Arbeitsbedingungen auf der alpinen Baustelle standen im Spannungsverhältnis mit dem sozialen Anspruch der jungen Weimarer Republik. Eine behördliche Aufsicht konnte kaum wahrgenommen werden, war doch das alpine Gelände ohnehin nur von Spezialisten erreichbar. Und vor allem die Vorarbeiten, das Anbringen der ersten Transportbahnen, der Standplattformen und Unterstände erforderten nicht nur äußerstes Geschick und bergsteigerische Erfahrung sondern auch gewaltige Kraft. Unfälle waren nicht selten. Als die Tiroler Zugspitzbahn erfolgreich ihren Betrieb aufnahm, wurde auf bayerischer Seite umso intensiver die Realisierung der einzigen deutschen Gletscherbahn vorangetrieben. Ziel war es, rechtzeitig zu den Oberammergauer Festspielen fertig zu werden, mit tausenden in die Region drängenden Besuchern. Dabei wurde mit stärkstem Nachdruck vorgegangen, selbst als ein verheerendes Unglück in exponiertem Tunnelabschnitt zahlreiche Tote forderte. Dem Schock darüber hat Ödon von Horváth in dem Volksstück „Die Bergbahn. Révolte auf der Côte 23“ Ausdruck verliehen.³⁷ Mit dieser scharf skizzierten Typenzeichnung des schwerreichen Unternehmers, des ob seiner Machbarkeits-Obsession dem Wahnsinn nahen Ingenieurs, des in der Not der Reparationswirtschaft zu harter Bauarbeit im Hochgebirge sich verdingenden feingliedrigen Nordlichts und der sich unter den Bauarbeitern prostituierenden Bergköchin, gelang dem Schriftsteller der Durchbruch (in Berlin).

Die geltende kgl. Eisenbahnverordnung regelte die Fragen der Konzessionierung von Eisenbahnen und aus ihrer Technik erwachsenden Bergbahnen. Die vielen Aspekte und

bungen der Stadt Bad Tölz (Sammelakt), enthält u.a.: Erschließung des Blombergs, 1883-1935, Schuld-aufnahmen der Stadt Bad Tölz, 1887-1932.

³⁵ 75 Jahre Tiroler Zugspitzbahn. Ehrwald 2001. Pizzinini, Meinrad: 60 Jahre Tiroler Zugspitzbahn. Innsbruck 1986.

³⁶ Schreiben des Landeshauptmanns von Tirol vom 5.5.1928. HStA München, MA 103951.

³⁷ Einführend dazu Tworek-Müller, Elisabeth: Horváth und Murnau. Murnau 1988. Bobinac, Marijan: Der Ingenieur zwischen Chaos und Ordnung. Zu Arnolt Bronnens „Anarchie in Sillian“ und Ödon von Horváths „Die Bergbahn“. In: Literatur im Wandel (= Zagreber germanistische Beiträge, Beiheft 5). Zagreb 1999, 335-354. Lindner, Lia / Förg, Gabriele: Der Bau der Zugspitzbahn in den 20er Jahren und Horváths „Révolte auf Cote 3018“ (= Bayern, Land und Leute). München, 1996. Vertiefend das Editionsprojekt der Schriften Horváths durch die Österreichische Nationalbibliothek / Literaturarchiv.

Konflikte, die erst durch das Vorstoßen in bisher technisch nicht erreichbare Räume geboren wurden, blieben davon unberührt. Es war eine ungeklärte Situation entstanden. Wie wurde nun damit umgegangen? Welche Strategie setzten die Ministerien und gesellschaftliche Kräfte nun an, mit diesen dürftigen Vorgaben zurande zu kommen?

In den folgenden Jahrzehnten wurde von verschiedenen Seiten versucht, Begrenzung zu schaffen. Die Unterlagen auf Ebene der Ministerien, der Bezirksämter und der nachgeordneten Forstämter sowie der Unternehmen und Interessensvertretungen ergeben in Summe ein recht dichtes Bild.³⁸

Um dem eingangs zitierten Plündern der blühenden Pflanzenwelt im Gebirge entgegenzutreten, gründete sich eine Initiative, diese Berge vor Übergriffen zu bewachen: die Bergwacht. Engagiert verfolgte sie mit Präsenz und Aufklärung ihr Ziel, ein Bewusstsein für schützenswürdige Bergwelt zu schaffen. Dabei erhielt sie z.B. die Erlaubnis, an den im Gelände weitverbreiteten Forsthütten Plakate schützenswürdiger Alpenpflanzen zu platzieren.³⁹ Erst später nahm sie die Aufgabe hinzu, Menschen aus schwierig zugänglichem Gelände zu bergen.

Der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein, seine Sektionen und die Hauptverwaltung, standen aus dem Selbstverständnis seiner Mitglieder, Berge aus eigener Kraft ersteigen zu wollen, dem technisch gestützten Bergzugang kritisch gegenüber.⁴⁰ Konfrontiert mit dem Anliegen, allen Menschen, ungeachtet ihrer körperlichen Verfassung, das Bergerlebnis leicht zugänglich zu machen, positionierte sich der Alpenverein mehr und mehr als Vertreter einer bewahrungswürdigen Bergnatur. Zugleich schuf er aber selber, satzungsgemäß, Wege und Unterkünfte im Gebirge, die zunehmenden Menschenmengen das Bergwandern und -nächtigen erst nahebrachten. Dennoch drang der Alpenverein darauf, als Gutachter in die Konzessionierungsverfahren der Bergbahnen eingebunden zu werden.⁴¹ Doch dieses Vakuum, den Belangen der Natur ein Sprachrohr zu sein,

³⁸ Es kann in der Frühphase von rund siebzig projektierten, verworfenen, gebauten oder nur angedachten Bergbahnen für den bayerischen Alpenraum ausgegangen werden. Sicherlich gab es darüber hinaus vielerorts ähnliche Absichten, doch gediehen diese Überlegungen nicht so weit, dass sie der Administration tatsächlich vorgetragen wurden. Dennoch geben sie Auskunft über den Umgang mit den Klärungsbedenken.

³⁹ Ein ähnliches Ziel verfolgte der Alpenpflanzenschutzverein. Dazu vgl. Schmotz, Carl: 25 Jahre Alpenpflanzenschutzverein. In: Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Vereins zum Schutze der Alpenpflanzen; zugleich XVI. Bericht. Bamberg, 1925, 5-12.

⁴⁰ Gidl, Anneliese: Die Städter entdecken die Alpen. Der Deutsche und Österreichische Alpenverein von der Gründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien 2007. Deutscher Alpenverein und Oesterreichische Alpenverein, Alpenverein Südtirol (Hgg.): Berg heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918-1945. Köln 2012. Die Unterlagen der Hauptversammlung sind im Krieg verloren gegangen. Aus der Gegenüberlieferung der bayerischen Ministerien lässt sich einiges rekonstruieren. Der April 1925 bildete einen Höhepunkt im Engagement gegen eine Zugspitzbahn. HStA München, MWI 10768, Zugspitzbahn, Project Cathrein.

⁴¹ Bayerischer Landtag, 61. Sitzung vom 17. Juni 1925, 19-25: Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Eingaben des Hauptausschusses des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, Sitz München, um a) Versagung der Konzession zur Erbauung einer Zugspitzbahn und um b) Anhörung des Hauptausschusses vor Erteilung von Konzessionen für andere Bergbahnen.

füllte ab 1924 eine andere Initiative: der Landesverein für Naturpflege.⁴² Diese Interessensvertretung aus Repräsentanten vieler Vereinigungen, bildete die gesellschaftlich-kulturelle Elite im Land. Eng an die Staatsregierung angebunden, machte sich der Verein stark für eine ausgewogene Integration der Phänomene der Moderne in das überkommene bayerische Landschaftsbild. Deziert setzte sich das Innenministerium gegenüber dem für Bergbahnen zuständigen Wirtschaftsministerium ein, diesem Verein als Gutachter zwingend Gehör zu geben. Denn die anderen Kräfte im Land, namentlich der Alpenverein und die Bergwacht wurden eher als weniger konsilient dem Bergbahnbau gegenüber eingestellt betrachtet. Nachdem die bayerische Staatsregierung ab etwa 1924 Bergbahnen für Bayern als förderlich ansah, sollte nun die alpine Infrastruktur mit einem gemäßigten Naturschutz verwirklicht werden.

Für die besorgniserregenden Übertritte der Sittlichkeit wurde auch der Zoll herangezogen. In den Zügen nach Mittenwald und Garmisch durchkämmten gelegentlich Zollbeamte die Passanten nach sog. „leichten Mädchen“. Zu saisonalen Hochzeiten des Bergpflanzenraubs durchstöberten sie die Eisenbahnen auch nach alpiner Hehlerware.⁴³

Eine einfache Methode ersann die untere Forstbehörde, um Unfälle auf Forststraßen zwischen Skifahrern und winterlichen Holztransporten zu vermeiden. Für den Bergwald Schliersee-Spitzingsee forderte sie vom Münchner Skiclub, an den kritischen Kreuzungssituationen an Sonn- und Feiertagen Mitglieder als warnende Posten aufzustellen.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie Lösungen ersonnen wurden, um dem schrankenlosen Gebaren Grenzen zu setzen. Im vorpolitischen Raum wurde mit den Mitteln

⁴² Welzel, Hans: Einführung in die Geschäfte der Naturpflege. Für die bayerischen Organe der Naturpflege (= Veröffentlichungen des Bayerischen Landesausschuß für Naturpflege 2). München 1907 (1913 neubearbeitet von Rudolf Reubold). Zur Natur- und Heimatschutzbewegung vgl. Hasenöhl, Ute: Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945-1990 (= Umwelt und Gesellschaft, 2). Göttingen, 2011. Hölzl, Richard: Naturschutz in Bayern von 1905-1945: der Landesausschuß für Naturpflege und der Bund Naturschutz zwischen privater und staatlicher Initiative. Regensburger Digitale Texte zur Geschichte von Kultur und Umwelt, 1 (2005). Ders: Nature Conservation in the Age of Classical Modernity: LAN and BUND in Bavaria. 1905-1933. In: Bulletin of the German Historical Institute Washington 39 (2006), Suppl 6: From Heimat to Umwelt, 27-52. Reuter, von: Naturschutz und Verkehr. In: Franzelin, Hubert: Schaubuch der Deutschen Verkehrs-Ausstellung München 1925. München 1925, 15 f. Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V. (Hg.): Heimat erleben – bewahren – neu schaffen. Kultur als Erbe und Auftrag. 100 Jahre Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V. München 2002. Bitt, Karl: Die deutsche Heimatschutzbewegung 1871-1945. In: Cremer, Will* / Klein, Ansgar (Hgg.): Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 294), 2 Bde. Bonn 1990, 135-154. Rohrkämmer, Thomas: Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933. Paderborn 1999. Hanauer, Rudolf: Achtzig Jahre Bayerischer Landesverein für Heimatpflege. In: Schöner Heimat 71 (1982), 243-244. Weigand, Katharina (Hg.): Heimat. Konstanten und Wandel im 19./20. Jahrhundert. Vorstellungen und Wirklichkeiten. 1. Kolloquium des Alpen Museums (Schriftenreihe / Alpines Museum des Deutschen Alpenvereins, 2). München 1997. Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege / Falter, Reinhard (Bearb.): Apotheker Dr. phil. h.c. Carl Schmolz (1859-1928). Gründer des Vereins zum Schutz der Bergwelt (= Blätter zur bayerischen Naturschutzgeschichte, 3). Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2008. Fluhr-Meyer, Gerti: 100 Jahre kooperativer Naturschutz in Bayern (1906-2006). München, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2006.

⁴³ 16.11.1927, Abdruck Schreiben des Präsidenten des Landesfinanzamtes München an Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern. STA München, LRA Garmisch 106294.

der Meinungsbildung und Lobbyarbeit von verschiedenen Interessensgruppen darum gerungen, Einfluss auf die Entscheidung, ob und wenn wie eine Bergbahn gebaut werden sollte, nehmen zu können. Die staatliche Verwaltung hatte als Grundlage für ihre Entscheidungen zwar die kgl. Eisenbahnverordnung zur Hand, doch gab diese keine Orientierung für die neuartigen Auseinandersetzungen, die sich im Zuge der technisierenden Moderne für die bayerische Gesellschaft aufwarfen.

Die während der betrachteten Zeitspanne ausgestellten Urkunden für beide Genehmigungsschritte einer Bergbahn, deuten auf ein pragmatisches Vorgehen der zuständigen Administration: den Konzessionen wurden Auflagen für die beantragten Unternehmungen eingeschrieben. Die Anzahl der Auflagen wuchsen dabei sukzessive an⁴⁴. Von der Pflicht, die „Belange die Natur betreffend“ einvernehmlich mit dem Landesausschuß für Naturpflege zu klären, über die Forderung nach einer das Landschaftsbild schonenden Trassenführung, bis zur Auflage die wirtschaftliche Not im Nachgang des Ersten Weltkrieges bedenkend, deutsche Arbeiter, Architekten, Materialien für den Bergbahnbau einzusetzen, gingen die Vorgaben sogar soweit ins Detail, den späteren Preis eines Fahrbillets vorab festzulegen und die Kriegsinvalidität dabei besonders zu berücksichtigen. Damit lesen sich die Urkunden wie Seismographen der Debatten, die sich zwar an dem Bau von Bergbahnen entzündeten, doch die Gesellschaft im Umbruch zur Moderne ohnehin bewegten: Naturschutzdiskurs, Luxusdebatte, Technikdiskurs und Machbarkeits-Vision, Sicherheitsdebatte und anderes. Denn als hätten die Auseinandersetzungen ab einem bestimmten Zeitpunkt einen gewissen Reifegrad und Handlungsbedarf erzielt, wurden entsprechende Auflagen mit der Konzessionierung von Bergbahnen verbunden.

Darüber hinaus war mit der fortschreitenden Veränderung der Beförderungstechnik der Bezug zum Eisenbahnwesen nur noch mit Mühe erkennbar. So kam es wiederholt zu Anläufen, ein auch für Drahtseilbahnen und Schlepplifte adäquates Regelwerk zu finden. Doch dieses Bestreben wurde durch beide Weltkriege und die großen Umbrüche im Staatswesen wiederholt abgeschnitten.⁴⁵ Nach einem weiteren, erneut abstimmungs-

⁴⁴ Vgl. dazu die Projektierungskonzessionen für eine Wallbergbahn, ausgestellt 1914 und 1933 jeweils für dieselbe Firma. Für die Konzession vom 17.6.1914, HStA Verkehrsarchiv 40452, Akten der Kgl. Bayer. Eisenbahndirektion, München, Drahtseilschwebbahn auf den Wallberg, 1914, I. Band. Für die Konzession vom 11.8.1933, HStA, Verkehrsarchiv 10066.

⁴⁵ Da in den fortgeschrittenen 1930er Jahren keine neuen Bergbahnen gebaut wurden, verzichtet die vorliegende Studie auf die Darstellung der NS- Eisenbahngesetzgebung. Zusammenfassend dazu Finger, Hans-Joachim: Eisenbahngesetze. Reichshaftpflichtgesetz, Sachschadenhaftpflichtgesetz, Kreuzungsgesetz, Eisenbahngesetz für die Alpen- und Donau-Reichsgaue und den Reichsgau Sudetenland, Eisenbahnverkehrsordnung, Reichsbahngesetz, Internationale Übereinkommen und sonstige eisenbahnrechtliche Bestimmungen. 2., neubearb. Aufl. München u.a., 1943. Als Nachkriegsausgabe Finger, Hans-Joachim: Eisenbahngesetze 1a. Textsammlung mit Erläuterungen und Sachverzeichnis. Von Dr. Joachim Finger. Oberreichsbahnrat, Dezernent der Reichsbahndirektion Breslau. München / Berlin, 1956. Um Klarheit wurde nach 1933 gerungen, welche Befugnisse und Aufgaben, mit der „Übertragung der Aufsicht als „Landesaufgabe“ für die beteiligten Reichsbahnbehörden“ (Deutsche Reichsbahngesellschaft, Hauptverwaltung Berlin, an Deutsche Reichsbahngesellschaft Gruppenverwaltung Bayern, München) einhergingen. Schreiben vom 23.3.1933, HStA Verkehrsarchiv 10063, Nebelhornbahn, Hauptuntersuchungen 1932-1933. Dazu auch Kittel, T.: Die neue Organisation der Reichsbahn in Bayern. In: Die Reichsbahn. Amtliches Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Herausgegeben in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Berlin. 9 (1933), Heft 41, 844-846.

intensiven Vorlauf⁴⁶ gelang es 1966 die inzwischen übliche Seilbahn- und Lifttechnik von dem Eisenbahnwesen zu trennen. Damit löste das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der nicht zum Netz der Deutschen Bundesbahn gehörenden Eisenbahnen und der Bergbahnen in Bayern“⁴⁷ die kgl. Eisenbahnverordnung nach einhundertelf Jahren Gültigkeit ab. Aus historischer Perspektive interessant ist, dass in den neunundzwanzig Artikeln viele Aspekte, um die in den vorausgegangenen Jahrzehnten gerungen worden war, klärend Eingang fanden: Naturschutz, Landschaftsbild, Sicherheitsprüfungen, Kreuzung von Straßen beziehungsweise Leitungen und mehr. Zudem wurde die Entscheidungsgewalt von der Ebene des Staatsoberhauptes auf die der Kreisverwaltung herabgesetzt, die Dauer von maximal neunundneunzig Jahren auf fünfzig Jahre reduziert und das Heimfallrecht an den Freistaat Bayern in eine „kann“-Formulierung abgeschwächt. Damit wurde das neue Regelwerk der verminderten Bedeutung gerecht, die die einzelne Bergbahn für das Staatsganze inzwischen nur noch hatte, angesichts nachgerade massenhaft Vorhandenseins dieser touristischen Infrastrukturen, deren Errichtung in mancher Hinsicht nicht annähernd so spektakulär riskant waren wie in der Frühphase ihrer Entwicklung.

Das Gesetz erhielt in den folgenden Jahren noch einige Aktualisierungen, später auch mit Blick auf die Einbindung in die normative Praxis der Europäischen Union.⁴⁸

Durch die Untersuchung der frühen Phase bayerischer Bergbahnen, lässt sich besonders gut erkennen, wie eine neue Technik auf vorhandene Regelungen, die immer spärlicher für die neu entstehenden Situationen ausreichten, Druck brachte. Denn die Bergbahnen wurden in extremer Umweltumgebung errichtet und betrieben. Gleichsam einem Laboratorium ist hier die Kaskade an Problemstellungen, welche die moderne Technik als Treiber des rechtlichen Wandels nach sich zog, verdichtet zu beobachten. Hier waren die Phänomene – Eisenbahn, Stromleitung, Straßen, Ressourcen, Eingriff in Naturräume – frei von Störeinflüssen, die diese anderswo nicht so auffallen ließen.

⁴⁶ Inwiefern in die Abstimmungen im Vorfeld der Bergbahngesetzgebung schon Überlegungen der Landesentwicklung einfließen, um die bayerische Gebirgsregion unter verschiedenen Gesichtspunkten zu gestalten, wäre einer weiteren vertiefenden Studie wert. Zum Bayerischen Alpenplan vgl. Istel, Wolfgang: Der Beitrag der Landesplanung in Bayern zur Landesentwicklung 1945-1970. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 61 (1987), 391-423. Der Bayerische Alpenplan. Bayerland 7 (73), Juli 1971. Job, H. / Mayer, M. / Kraus, F.: Die beste Idee, die Bayern je hatte: der Alpenplan. Raumplanung mit Weitblick. In: GAIA 23 (4), 335-345. Speer, Franz: 35 Jahre Alpenplan in Bayern. Ein genialer Schachzug für den alpinen Naturschutz. In: Berg, 132 (2008), 282-287.

⁴⁷ Gesetz vom 17. November 1966, Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 19, München, 22.11.1966, Ausgabe A, S. 429-436, 501.

⁴⁸ Das Gesetz von 1966 trat am 1. August 1998 zugunsten der Neufassung des Bayerischen Eisenbahn- und Seilbahn-Gesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl. S. 398) außer Kraft. Die folgende Fassung vom 1. Juni 2003 wurde durch das Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl. S. 324) zuletzt geändert. Dazu Saxinger, Andreas / Fregin, Carsten: Das neue Bayerische Eisenbahn- und Bergbahngesetz. In: Bayerische Verwaltungsblätter, 131 (2000), 2, 43-46. http://www.transportrecht.de/transportrecht_content/129.560.4055.pdf.

Das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 und das Naturschutzprojekt Murnauer Moos

Christine Rädlinger

Die Errungenschaften der Nationalsozialisten auf dem Gebiet des Naturschutzes galten lange Zeit als eine Erfolgsgeschichte. Immerhin wurden, so führende Naturschützer in den 50er Jahren, mit dem Reichsnaturschutzgesetz (RNG) von 1935 die gesetzlichen Grundlagen für den Schutz einzelner Naturdenkmäler aber auch ganzer Landschaften geschaffen sowie eine dreistufige Behördenstruktur mit Kreis – und Bezirksnaturschutzstellen sowie der Reichsnaturschutzstelle, der jeweils ehrenamtliche Naturschutzstellen als Berater zugeordnet waren. Da es ausschließlich für den Schutz der Natur gedacht war, konnte das Gesetz kein nationalsozialistisches Gedankengut enthalten und in der Tat blieb es in einigen Teilen noch bis zum Erlass des Bayerischen Naturschutzgesetzes von 1973 bzw. des Bundesnaturschutzgesetzes von 1976 Grundlage der Gesetzgebung. Nur der § 24, der eine entschädigungslose Eigentumsbeschränkung bei Belangen des Naturschutzes zuließ, verlor bereits 1949 seine Gültigkeit. Das Bundesverfassungsgericht legte 1958 das Naturschutzgesetz als fortgeltendes Landesrecht fest und das RNG konnte damit auf Länderebene modifiziert werden; keines der Länder machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Und obwohl seit den 60er Jahren Forderungen nach einem neuen Rahmengesetz laut wurden, sollte es noch Jahrzehnte dauern, bis diesen Forderungen endlich nachgegeben wurde.¹

Aber auch die Umsetzung des Gesetzes in den Jahren nach 1935 blieb hinter den hohen Erwartungen der Naturschützer zurück. Wie Forschungen der vergangenen Jahre zeigten, scheiterten Versuche der Naturschützer neue Schutzgebiete auszuweisen nicht selten an den gegensätzlichen Interessen sich bekämpfender nationalsozialistischer Institutionen, eine Erfahrung, die auch ehemals unpolitische Naturschützer dazu brachte, sich der nationalsozialistischen Politik anzudienen und die vorhandenen Institutionen für ihre Ziele zu nutzen.² Trotz dieser Bemühungen ist in der Rückschau festzustellen, dass in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und in der Weimarer Zeit mehr Naturschutzgebiete ausgewiesen wurden als nach 1935.³ Am Beispiel „Naturschutzgebiet Murnauer Moos“ soll nun soweit möglich der Weg aufgezeigt werden, der gegangen werden mus-

¹ Dazu Jens Ivo Engels, „Hohe Zeit“ und „dicker Strich“: Vergangenheitsdeutung und – bewahrung im westdeutschen Naturschutz nach dem Zweiten Weltkrieg, in: J. Radkau/F. Uekötter, Naturschutz im Nationalsozialismus, Frankfurt a.Main/New York 2003, S. 363-404, v.a. S. 383 ff.

² Joachim Radkau/Frank Uekötter, Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2003 sowie Frank Uekötter, The Green and the Brown. A History of Conservation in Nazi Germany, Cambridge 2006.

³ Richard Hölzl, Naturschutz in Bayern von 1905-1945: Der Landesausschuss für Naturpflege und der Bund Naturschutz zwischen privater und staatlicher Initiative, Regensburger Digitale Texte zur Geschichte von Kultur und Umwelt 1, 2005, S. 114, Anm. 630.

ste, um die Ausweisung eines Schutzgebietes zu erreichen und inwieweit dieser Weg zum Erfolg führte.

I. NATURSCHUTZ IN BAYERN BIS 1933

Zur Geschichte des Naturschutzes in Bayern existiert noch keine umfassende Darstellung, nicht zuletzt auch deshalb, weil ein Teil der dafür notwendigen Unterlagen während der Luftangriffe auf München verbrannte, wie z.B. die Akten der 1936 neu eingerichteten Bayerischen Landesstelle für Naturschutz oder die betreffenden Akten der Regierung von Oberbayern.⁴ Untersucht wurden daher Teilbereiche wie einzelne Institutionen oder Zeitabschnitte; auch den Anfängen des Naturschutzes, der „Naturdenkmalpflege“, dem Schutz von Naturdenkmälern, von alten, seltenen und deshalb „schönen“ Einzelercheinungen wie Höhlen, Felsformationen oder alten Bäumen wurde nachgegangen.⁵

Ohne eine in der Bevölkerung vorhandene Akzeptanz, alte und seltene Naturdenkmäler zu schützen und ohne gesetzliche Grundlagen, war der Schutz dieser Denkmäler häufig vom Engagement einzelner Personen abhängig. Mythisch übersteigert konnte diese Tat dann auch Eingang in die Heimatliteratur finden. So berichtete Franz von Kobell in einer Sammlung von Erzählungen und Sagen von einem Murnauer Forstgehilfen, der mit der Büchse zwei Tage lang eine Linde auf der Insel Wörth im Staffelsee bewachte, unter der angeblich schon der heilige Bonifatius gepredigt hatte, um sie vor dem drohenden Fällen zu retten. Bezeichnend ist dabei, dass ausgerechnet einer der Vorreiter der Industrialisierung in Bayern, der Unternehmer Joseph von Utzschneider, den Befehl zum Fällen der uralten Linde auf seinem Besitz gegeben hatte und anschließend durch einen Brief aus dem fernen München diesen Befehl zurück nahm.⁶

Denn es waren vor allem technische Bauten und Einrichtungen, die mit der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands und ab der Mitte des 19. Jahrhunderts auch Bayerns, zuerst einzelne Naturdenkmäler dann aber auch ganze Landschaften zu zerstören drohten. Vor diesem Hintergrund einer bevorstehenden Zerstörung schöner Steinformationen oder alten Baumbestands durch neue Industrieanlagen entstand als bürgerliche Gegenbewegung zu Fortschrittsglauben und Technikbegeisterung die „Heimatschutzbewegung“ mit ihren bekanntesten Exponenten Ernst Rudorff und Hugo Conwentz. Für Rudorff war schützenswert nicht nur die geschaffene Natur, sondern auch die von den

⁴ Vgl. die kurze Behördengeschichte der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz im Repertorium des BayHStA; die Akten der Regierung von Oberbayern sind nach eigenen Aussagen verbrannt.

⁵ Hölzl, dort a. weitere Literatur; Ute Hasenöhl, Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz – und Umweltbewegungen in Bayern 1945-1980 (Umwelt und Gesellschaft 2), Göttingen 2011. Zur Forschungslage auch Bernhard Grau, Naturdenkmalpflege – Die Anfänge des Naturschutzes in Bayern im 19. Jahrhundert in Bayern, in: Entdeckungsreise Vergangenheit. Die Anfänge der Denkmalpflege in Bayern (hg. v. Gerhard Hetzer/Michael Stephan), München 2008, S. 43-65, S. 61; ders., S. 44 f. z. Begriff Naturdenkmalpflege.

⁶ Franz von Kobell, Die Linde vom Staffelsee, in: „Weiß und Blau.“ Erzählungen, Sagen, Geschichtsbilder, Schilderungen, hg. v. Al. Frittinger und Hans Heindl, München o. Dat; s. Lorenz Sonderer, Staffelsee – und Riegseegebiet, Stuttgart 1950, S. 41; Eigner, S. 104, erwähnt diese Episode ohne Erwähnung des literarischen Hintergrunds.

Menschen im Lauf der Jahrhunderte veränderte Natur, eine Natur, die nun charakteristisch war für ihre Heimat und deshalb auch gleichgesetzt war mit diesem Begriff.⁷ Im Gegensatz zur Zivilisationskritik Rudorffs suchte Hugo Conwentz den Kompromiss, forderte den Schutz von „Naturdenkmälern“, die durch Unwissenheit und Unverstand in Gefahr waren zerstört zu werden und trug nicht zuletzt mit seinen Listen Schützens würdiger Sträucher und Bäume dazu bei, Naturschutz als analoge Übertragung des Denkmalbegriffs zu verstehen und ihn mit dem Begriff „Naturpflege“ zu verbinden.⁸

Wilhelm Heinrich Riehl, Begründer der Heimatschutzbewegung in Bayern, beschrieb um die Mitte des 19. Jahrhunderts die vergangene Idylle als Ausdruck menschlicher Freiheit und sein ästhetischer Zugang zur Natur wurde kennzeichnend für den neuen Blick auf die Landschaft. Durch die fortschreitende Industrialisierung war die Schönheit der Landschaft bedroht, beklagt wurde daher auch bei Riehl die Veränderungen im Landschaftsbild und der Verlust des Naturgenusses durch technische Eingriffe wie Flussbegradigungen oder Wasserkraftanlagen, durch die Sprengung von Felsen oder auch den Bau von Bergbahnen und nicht zuletzt durch Werbeanlagen. Diese von Riehl übernommene Auffassung der Schutzwürdigkeit schöner Naturdenkmäler oder Landschaftsbilder wurde kennzeichnend für die Heimatschutzbewegung. Dabei waren ökologische Zusammenhänge durchaus bekannt, aber gerade diese ästhetische Begründung für den Naturschutz stieß in der Bevölkerung auf eine breitere Akzeptanz.⁹

Max Haushofer, ein wichtiger Vertreter der Heimatschutzbewegung, hatte dagegen bereits früh den Tourismus als für Bayern wichtigen Wirtschaftszweig erkannt, Landschaft – und hier wieder vor allem das Isartal – war für ihn auch ein Erholungsraum der Städter. Bestimmte „Naturgebilde“ zu erhalten bedeutete für ihn daher auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Bergbahnen oder auch Straßen, sofern sie sich in die Landschaft fügten, zerstörten seiner Meinung nach die Natur nicht, sie machten sie nur besser zugänglich. Immerhin forderte Haushofer den Schutz bedrohter Landschaften nicht nur um deren Schönheit willen, sondern auch um sie als „Quellen der Naturerkenntnisse“ zu erhalten.¹⁰ Am großartigsten aber, so Haushofer, wirke der Naturschutz dort, wo ganze Landschaften in ursprünglicher Pracht erhalten werden: in den riesigen Nationalparks in Nordamerika oder die Urwaldstücke des Fürsten von Schwarzenberg im Böhmerwald. Um „gewisse Charakterlandschaften“, die „zu verschwinden drohen“ erhalten zu können, forderte Haushofer wie schon Ernst Rudorff die Einrichtung von Nationalparks auch in Deutschland, gestand jedoch zu, dass so ausgedehnte Gelände „nur von der Staatsgewalt, den Landesherrn oder den reichsten Großgrundbesitzern vor wirtschaftlicher Ausnützung und Verlust seiner Eigenart geschützt werden“ könnten. Nicht

⁷ Zur Entstehung der Heimatschutzbewegung vgl. Arne Andersen, Heimatschutz. Die bürgerliche Naturschutzbewegung, in: F.J. Brüggemeier/Th. Rommelspacher (Hg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1987, S. 143-158, S. 143 f.

⁸ Hölzl, S. 70.

⁹ Hölzl, S. 67 f.

¹⁰ Arne Andersen/Reinhard Falter, „Lebensreform“ und „Heimatschutz“, in F.Prinz/M. Krauss (Hg.), München – Musenstadt mit Hinterhöfen, München 1988, S. 295-299, S. 297; Max Haushofer, Der Schutz der Natur, München 1907, S. 4; Hölzl, S. 66, S. 70.

immer aber müssten bestimmte Landschaften in „voller Reinheit und Ursprünglichkeit“ erhalten bleiben, es würde ausreichen, das „Urgesicht dieser Landschaft zu verschonen“ Äußerst kompromissbereit erklärte Haushofer schließlich, schutzbedürftig seien eher das kleine, zum Rinnsal verkommene Bächlein oder ein idyllischer Waldweiher, nicht aber das im Überfluss rauschende Gewässer, vor dem eher der Mensch zu schützen sei.¹¹

Das Wunschziel „Nationalparks“ war vorerst nicht zu verwirklichen, deshalb stand der Schutz von Einzelobjekten, von Naturdenkmälern, Pflanzen oder seltenen Tierarten weiterhin im Mittelpunkt. Diesem Ziel verschrieb sich auch der Verein zum Schutz und Pflege der Alpenpflanzen, eine 1900 gegründete Abteilung des Alpenvereins. Aber schon 1902 und angesichts eines konkreten Wasserbauprojekts vor den Toren der Residenzstadt München formierten sich die Protagonisten neu. Um die drohende Zerstörung eines ganzen Landschaftsteils durch den Bau eines Werkkanals für drei Kraftwerke an der Isar zu verhindern, entstand nur zwei Jahre später unter Gabriel von Seidl der „Verein zur Erhaltung der landschaftlichen Schönheiten in der Umgebung Münchens, besonders des Isartals“ oder kurz „Isartalverein“. Nach einer Phase der Ablehnung des Projekts schlossen die Vereinsvorstände einen Kompromiss mit der Stadt München und konnten so wenigstens eine den Augen angenehmere Linienführung des Kanals durchsetzen.¹² Damit beschritt der Isartalverein wie schon Hugo Conwentz oder Max Haushofer den Weg der Kompromissbereitschaft zugunsten technischer Entwicklung.

Zusammen mit 81 anderen Vereinen forderte 1904 die Sektion München des Deutschen Alpenvereins gesetzliche Grundlagen für einen weiter gehenden Naturschutz, der im Notfall auch Enteignungen vorsah. Während diese Forderung bei der bayerischen Staatsregierung auf sofortige Ablehnung stieß, gestand man 1905 den Naturschützern die Bildung eines Gremiums von Sachverständigen zu. Dieses Gremium, der Landesausschuss für Naturpflege (LAN), bestand aus Vertretern von 12 Vereinen: von naturwissenschaftlichen Gesellschaften, der Alpenverein Sektion München, der drei größten Münchner Künstlervereinigungen, des Isartalvereins, des Bayerischen Vereins für Volkskunst und Volkskunde aber auch von „Architekten und Ingenieuren“. Hinter diesem Sammelbegriff verbarg sich u.a. der „Verein Deutscher Ingenieure“, eine Tatsache, die Gottfried Eigner in seinem Aufsatz zur Naturpflege in Bayern von 1908 verschwie, die jedoch deutlich die Richtung vorgab, die der Landesausschuss einzuhalten hatte. In Zukunft nämlich stand der Landesausschuss der Regierung bei der Errichtung industrieller Anlagen „beratend zur Seite“ und brachte mäßigende Vorschläge ein, falls durch die Anlage eine deutliche Schädigung der Umgebung zu befürchten war. Naturschutz bedeutet also für den Landesauschuss in Bayern ab 1905 die „ideale“ Verbindung von Naturschutz und industriellem Fortschritt unter der Prämisse des Fortschritts.¹³ Im Gegensatz dazu vertrat der 1904 gebildete „Heimatschutz“ mit seinem breit gefächertem Aufgabenfeld von Denkmalpflege, Schutz des Landschaftsbildes, der Tier – und Pflanzenwelt, geo-

¹¹ Haushofer, S. 8, S. 12.

¹² Andersen/Falter, Lebensreform, S. 297 f; Hölzl, S. 37.

¹³ Gottfried Eigner, Naturpflege in Bayern, München 1908, S. 110; Andersen/Falter, Lebensform, S. 299; Andersen, Heimatschutz, S. 146 f.

logischer Eigentümlichkeiten, aber auch der Volkskunst, von Sitten und Gebräuchen, die zivilisationskritische Linie Rudorffs, die sich ab dem 1. Weltkrieg auch völkischem Gedankengut öffnete.¹⁴

Mit zahlreichen Erlassen übten sich in den folgenden Jahren verschiedene Unterbehörden in der Politik der kleinen Schritte. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand weiterhin der Schutz eines schönen, landschaftlichen Bildes. So erließ die Münchner Lokalbaukommission am 16. November 1904 ortspolizeiliche Vorschriften zum Schutz des Isartals und erklärte Bauten, die die landschaftliche Schönheit irgendwie beeinträchtigen, als unstatthaft. Drei Jahre später sollten die Vollzugsvorschriften zum Bayerischen Wassergesetz vom 3.12.1907 der „Erhaltung landschaftlicher Schönheit und sonstiger hervorragender wichtiger Naturgebilde Rechnung tragen“.¹⁵ Und die am 6. Juli 1908 erfolgte Änderung von Artikel 2 der Gemeindeordnung und des Polizeistrafgesetzbuches stellte schließlich die Zuwiderhandlungen gegen Distrikts – oder ortspolizeiliche Vorschriften unter Strafe, die „zum Schutz einheimischer Tier – und Pflanzenarten gegen Ausrottung oder zum Schutz von Ort – und Landschaftsbildern gegen verunstaltende Reklame erlassen sind“.¹⁶ Eine umfassende gesetzliche Grundlage, wie sie Naturschützer schon lange forderten, war vorerst nicht zu realisieren.

Wie schon die Aufrufe zum Schutz des Isartals konnte der Landesausschuss für Naturpflege verschiedene Projekte zum Schutz einzelner Landschaften anstoßen, die er auch in seinem Presseorgan veröffentlichte, wie 1906 die Freihaltung des Kochelseeuferes oder den Schutz des Staffelberges, um allerdings beim Bau des Walchenseekraftwerks wieder an seine Grenzen zu stoßen. Zukünftige Landschaftsschutzgebiete plante man im kleineren Rahmen, da große Naturschutzgebiete zu teuer und daher unerreichbar schienen, außer sie befanden sich bereits in staatlicher Hand wie die Schutzgebiete am Arber und Rachel.¹⁷ Es entstanden deshalb Vogelschutzgebiete wie die Insel Wörth im Staffelsee, am Maisinger See oder die Lechinseen, dazu der Königsee, die Garchinger Heide oder auch der Eibenwald bei Paterzell als Pflanzenschutzgebiete.¹⁸

Bei Mooren übte man vorerst Zurückhaltung. Fast keines der bayerischen Moore war noch unberührt, wie Eigner 1908 feststellte, alle hatten durch Entwässerung und Torfgewinnung deutliche Veränderungen erfahren. Oder wie Bayerischer Landesausschuss zur Naturpflege 1912 mitteilte: „sie werden naturgemäß entwässert und einer besseren Kultur zugeführt, ein Bestreben, das wegen seiner segensreichen volkswirtschaftlichen Wirkung allgemein zu unterstützen ist. Es gibt jedoch eine Anzahl Moore die sich durch ihre Lage oder sonstige Verhältnisse gar nicht oder nur schlecht zur Umwandlung in Kulturland eignen“, dabei seien gerade diese Moore durch ihre Pflanzenwelt besonders interessant und man habe daher „gemeinsam mit der botanischen Gesellschaft bei den Staatsbehörden angeregt, einen Teil dieser Moore zu erhalten, um auch späteren Geschlechtern

¹⁴ Andersen, Heimatschutz, S. 148.

¹⁵ Eigner, S. 88, 93.

¹⁶ Eigner, S. 116.

¹⁷ Jahresbericht Bayerischer Landesausschuss für Naturpflege Nr. 1, 1906; Nr. 2, 1907; zu den Schutzgebieten am Arber, Rachel und Falkenstein s. ebd., Nr. 8, 1913, S. 23.

¹⁸ Jahresbericht Bayerischer Landesausschuss für Naturpflege Nr. 6, 1911, S. 27; Nr. 8, 1927, S. 30.

noch charakteristische Moor – und Sumpfigegenden zeigen zu können.“¹⁹ Schützenswert erschienen also entlegene Moose und Filze, die für die Landwirtschaft unerheblich oder nutzlos und nicht in die bayerische Kulturlandschaft eingebettet waren. 1913 nahm der Landesausschuss deshalb sechs Filze im Arbergebiet an der Grenze zu Tschechien sowie die Preysing'schen Moore bei Moos in die Liste der Naturschutzgebiete auf.²⁰

Mit der Weimarer Reichsverfassung waren schließlich Natur – und Landschaftsschutz zum Staatsziel erhoben: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates“ (Art. 150), womit auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums erklärt war.²¹ Wiederaufbau und wirtschaftlicher Aufschwung genossen jedoch in den Jahren nach dem Krieg absolute Priorität und das Thema Naturschutz spielte in der Öffentlichkeit bestenfalls noch eine untergeordnete Rolle. Auch in der Bayerischen Regierung fand der Naturschutz nicht mehr die Aufmerksamkeit, die er vielleicht noch vor dem Krieg genossen hatte, die finanzielle Unterstützung der Regierung blieb aus. Dementsprechend abwehrend reagierten die zuständigen Ministerien auf einen Antrag vom 15. Dezember 1921: „Die Staatsregierung wird beauftragt dem Landtag alsbald den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz über Natur – und Denkmalschutz vorzulegen.“²² Sowohl das Staatsministerium für Justiz als auch das Staatsministerium des Innern versagten jede Unterstützung, denn die finanziellen Verhältnisse ließen weder ein Denkmalschutz – noch ein Naturschutzgesetz zu, würden doch bei einem Denkmalschutzgesetz unweigerlich Wünsche nach einem Naturschutzgesetz laut werden.

„Die wirtschaftlichen Nutzung eines Kunstdenkmals ist meistens möglich ohne seinen Wert zu beschädigen, bei einem Naturdenkmal hat dies meist seine Beeinträchtigung (und seiner Umgebung) und sogar Zerstörung zur Folge. d.h. es muss für seinen Schutz der Kampf gegen seine wirtschaftliche Verwertung (oder seiner Umgebung) aufgenommen werden und zumindest bei Privaten der Verlust in irgendeiner Weise abgegolten werden – und das wird schlecht durch den Landtag zu bringen sein.“²³

Auch wenn 1922 das „Flurbereinigungsgesetz“ einige den Naturschutz betreffende Zusätze enthielt und das „Ödlandgesetz“ von 1923 den Landesausschuss für Naturschutz als das Gremium vorsah, das bei strittigen Fällen zu befragen sei, kam es auch weiterhin zu keiner grundlegenden gesetzlichen Regelung.²⁴ Wirtschaftliche Erwägungen standen bei der Regierung auch weiterhin im Vordergrund, wie z.B. die von Naturschützern abgelehnte Erschließung der Berge durch Bergbahnen für den Tourismus. Trotzdem waren in Anlehnung an den ersten deutschen Naturschutzpark Lüneburger Heide 1921 auch in Bayern erste Erfolge bei der Einrichtung zusammenhängender Schutzgebiete zu ver-

¹⁹ Eigner, S. 43; Jahresbericht Bayerischer Landesausschuss für Naturpflege Nr. 7, 1912, S. 17.

²⁰ Jahresbericht Bayerischer Landesausschuss für Naturpflege Nr. 8, 1913, S. 23.

²¹ Hölzl, S. 85.

²² BayHStA, ML 3404, hier zu Bayer. Landtag, Tagung 1921/22, Beilage 2107.

²³ BayHStA, ML 3404, Staatsminist. d. Justiz, v. 2.12.1926, Staatsminist. d. Innern v. 12.2.1927.

²⁴ Hölzl, S. 86.

zeichnen. Hilfreich war hier die Tatsache, dass größere Waldgebiete in Staatsbesitz vorhanden waren. So konnten 1922 auf Betreiben des 1913 noch unter der Schirmherrschaft von Kronprinz Rupprecht gegründeten Bund Naturschutz das Naturschutzgebiet Königsee, sowie 1924 im Karwendel und 1926 in den Ammergauer Bergen Naturschutzgebiete eingerichtet werden.²⁵ Moore rangierten auf der Liste der schutzwürdigen Naturphänomene weiter hinten und es entstanden vorerst nur kleinräumige Pflanzenschutzgebiete wie z.B. der Fichtsee bei Benediktbeuern.²⁶

II. NATURSCHUTZ IM 3. REICH

Dem nationalsozialistischen Regime standen, wie schon erwähnt, viele Natur – und Heimatschützer positiv gegenüber, führende Mitglieder des „Heimatschutz“, mittlerweile dem völkischen Gedankengut äußerst zugewandt, ließen sich sogar problemlos in den nationalsozialistischen Apparat integrieren. Bei einem großen Teil bestand darüber hinaus die Hoffnung, endlich ihren Forderungen nach grundlegenden Gesetzen wie einem Naturschutzgesetz, einem Heimatschutzgesetz, einem Gesetz zum Schutz von Vögeln und schließlich einem Gesetz, das die Werbung in der freien Natur beschränken sollte, mehr Gehör zu verschaffen.²⁷ Zunächst sollten sich diese Hoffnungen durchaus bestätigen. Schon am 17. August 1934 wurden die Richtlinien über die Beachtung des Natur – und Denkmalschutzes bei größeren Kultivierungs – und Meliorationsarbeiten veröffentlicht²⁸ und im Jahr 1935 folgte auf der Basis von Vorarbeiten des Preussischen Kultusministeriums und eines Gesetzentwurfes von 1928 das Reichsnaturschutzgesetz. Diese rasche Entwicklung war wohl auf das große persönliche Engagement des „Reichsforstmeisters“ Hermann Göring zurückzuführen²⁹ und ließ den „Reichsforstmeister“ und „Preussischen Landesforstmeister“ geradezu zum Hoffnungsträger deutscher Naturschützer werden. Das Reichsnaturschutzgesetz (RNG) war als Rahmengesetz verfasst und enthielt daher grundlegende Bestimmungen, Einzelheiten regelten besondere Verordnungen.³⁰ Mit weiteren Verordnungen wie der Naturschutzverordnung vom März 1936 mit einem erweiterten Arten – und Biotopschutz war nun auch die Einrichtung von Landschaftsschutzgebieten neben Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten möglich und damit Schutz und Pflege weiträumiger Ausschnitte der Kulturlandschaft; Verunstaltungen bei Landschaftsschutzgebieten konnte von vornherein verhindert oder auch aufgehalten werden. Gewerbliche, genehmigte Anlagen waren hiervon ausgenommen, eine Einschränkung, die nicht im Sinne der Naturschützer war, aber erneut deutlich machte, wo die Präferenzen erneut lagen.³¹

²⁵ Jahresbericht LAN, Nr. 11, 1916-1924, S. 6 ff; Hölzl, S. 88.

²⁶ Jahresbericht LAN Nr. 11, 1916-1923, S. 16.

²⁷ Uekötter, Green and Brown, S. 12.

²⁸ vgl. Hölzl, S. 120, Anm. 663.

²⁹ Hölzl, S. 113.

³⁰ Zum RNG zusammenfassend Stefan Dirscherl, *Tier – und Naturschutz im Nationalsozialismus. Gesetzgebung, Ideologie und Praxis*, Göttingen 2012, S. 55.

³¹ RGBl 1935 I, Nr. 68, S. 821-825; Text auch bei Dirscherl, S. 273-277; dazu Hasenöhr, S. 47 f.

Und schließlich sah die Naturschutzverordnung von 1936 auch die Beteiligung der Naturschutzbehörden bei allen Landesplanungen vor, wobei auch hier wirtschaftlichen Notwendigkeiten ein Vorrang eingeräumt war – ein weiterer Hinweis auf die zukünftige Entwicklung, die hinter den für die Naturschützer so positiven Vorzeichen zurückbleiben sollte.³² In den Ländern standen Beauftragte für den Naturschutz sowohl den Regierungspräsidenten als Höhere Naturschutzbehörde als auch den Landkreisen und kreisfreien Städten als Untere Naturschutzbehörde beratend zur Seite. Die Bayerische Landesstelle für Naturschutz als besondere Naturschutzstelle auf der Basis des Reichsnaturschutzgesetzes entstand mit Erlass des Staatsministeriums des Innern vom 17. Juli 1936, eine ehrenamtliche Stelle. Leiter bzw. Landesbeauftragter für den Naturschutz wurde der ehemalige Vorsitzende des inzwischen aufgelösten Landesausschuss für Naturpflege Dr. Ing. Hans Friedrich, früher tätig bei der Bayerischen Eisenbahnverwaltung. Er hatte in seiner neuen Position das Ministerium in allen Fragen des Naturschutzes zu beraten. Die Landesstelle war direkt der Reichsstelle für Naturschutz untergeordnet (hervorgegangen aus der staatlichen Stelle für Naturdenkmale in Preußen) und wie alle anderen Naturschutzbehörden dem Ressort des Reichsforstmeisters Herman Göring eingegliedert.³³

Der Bund Naturschutz war zwischen 1933 und 1935 Mitglied im „Reichsbund Volkstum und Heimat“ (RVH) und änderte seine Geschäftsordnung nach dem Führerprinzip, konnte aber seine Arbeit relativ ungestört fortsetzen und war mit einigen seiner Mitglieder im beratenden Ausschuss der Landesstelle für Naturschutz vertreten. Schirmherr des Bund Naturschutz war ab 1938 übrigens der bayerische Innenminister Gauleiter Adolf Wagner.³⁴ Das geringe Interesse Adolf Hitlers am Naturschutz dagegen sollte der Öffentlichkeit weitgehend verborgen bleiben, umso häufiger wurde daher sein Aufruf zum Schutz „unserer Hecken“ zitiert.³⁵

Reichsforstmeister und Preußischer Landesforstmeister Hermann Göring galt durch seinen Einsatz für ein Tierschutzgesetz und das Naturschutzgesetz dagegen weiterhin als Schutzschild für alle Pflanzen und Tiere. Noch im Juni 1936 ließ Göring in diesem Sinne an das Bayerische Staatsministerium des Innern schreiben. In letzter Zeit, so des Reiches oberster Förster, seien ihm vermehrt Klagen zu Ohren gekommen über Auswüchse des Fremdenverkehrs, der vor allem im bayerischen Alpenraum seine Auswirkungen zeige. „Planlos und ungezügelt“ verhielten sich hier die Touristen und die Folge sei die Zerstörung von Pflanzen wie der Alpenrose oder des Edelweiß, der Brut- und Zufluchtsstätten seltener Vögel wie Mauersegler oder Alpendohlen, die unnötigen Störungen des Almbetriebs, der Forstwirtschaft und der Jagdwirtschaft, zum Teil durch Unwissenheit und zum Teil durch Bössartigkeit. Auch im Winter sei dies spürbar, denn Ski-

³² dazu Thomas Zeller, *Straße, Bahn, Panorama. Verkehrswege und Landschaftsveränderung in Deutschland von 1930 bis 1990*, Frankfurt/New York 2002 (= Deutsches Museum, Beitr. z. histor. Verkehrsfor-schung), S. 139.

³³ Hölzl, S. 112.

³⁴ Hölzl, S. 110-113.

³⁵ Uekötter, Green and Brown, S. 10, S. 15.

abfahrten beeinträchtigen als kahlgeschlagene Geländestreifen das Landschaftsbild und Wintersportler störten das Wild. Immer mehr Hütten und Unterkunftshäuser zogen immer mehr Menschen an, zudem veranstaltete die Reichswehr wahllos Übungen und zerstöre dadurch ebenfalls die Landschaft! Nicht allgemeine Beschränkungen sollten nun eine weitere Zerstörung verhindern, sondern in „Würdigung der großen Bedeutung sowohl der sportlichen und Wanderinteressen als auch der militärischen Gesichtspunkte“ müsste auf gewissem landesplanerischem Weg dafür zu sorgen sein, neben den sportlichen Belangen auch die des Natur – und Jagdschutzes volle Berücksichtigung finden zu lassen. Da auch Naturschutzgebiete bereits davon betroffen sind, sollten dem Publikum bestimmte Gebiete gänzlich verschlossen werden. Wie ich höre sind bereits Verhandlungen eingeleitet, und die „unter Ihrer Leitung stehende Landesstelle für Naturschutz“ ist hierbei beteiligt, wie ich annehme.³⁶

Noch im gleichen Jahr 1936 wurde Göring allerdings Beauftragter für den Vierjahresplan und damit waren andere Prioritäten zu setzen. Mit der beginnenden Aufrüstung spätestens ab 1938 standen schließlich wirtschaftliche Interessen eindeutig im Vordergrund. Mit den „Vereinfachungsmaßnahmen in der Durchführungsverordnung des Reichsnaturschutzrechts“ von 1942, 1943 und noch einmal 1944 war der staatliche Naturschutz stark eingeschränkt und das RNG faktisch außer Kraft gesetzt.³⁷ Noch stärker als während der Weimarer Zeit wurden nach 1933 Belange des Naturschutzes zugunsten technischen Fortschritts hintangestellt oder missachtet; im zeitgenössischen Sprachgebrauch ging es nun um eine „Versöhnung von Technik und Natur“, wie sie auch Alwin Seifert praktizierte.

Der selbständige Architekt und Landschaftsarchitekt Alwin Seifert, nach 1945 vor allem bekannt durch sein Buch „Gärtnern ohne Gift“ und einen naturnahen Wasserbau, pflegte Verbindungen zu wichtigen Nationalsozialisten wie Rudolf Heß, stand in Briefkontakt mit Heinrich Himmler, allen voran aber protegierte ihn Fritz Todt, der Generalinspektor für den Bau der Reichsautobahn. Ab 1933 arbeitete Seifert als Landschaftsarchitekt beim Bau der Reichsautobahnen und hatte hier für eine gestalterische Einbindung der Autobahnen in die Landschaft zu sorgen sowie für eine begleitende landschaftsgemäße Bepflanzung. 1940 erhielt er für seine Tätigkeit den Ehrentitel „Reichslandschaftsanwalt“. Andererseits zeigte Seifert eine für die Nationalsozialisten inakzeptable Nähe zu anthroposophischem Gedankengut, er war im Ausschuss des Bund Naturschutz und gehörte außerdem dem Beratungsgremium der Landesstelle für Naturschutz an.³⁸

III. DAS BEISPIEL MURNAUER MOOS

Das Murnauer Moos war von Initiativen der Naturschützer lange ausgenommen, vielleicht auch deshalb, weil hier besonders viele Besitz – und Nutzungsrechte zusammen trafen. Im Gegensatz zu der heute gebräuchlichen Namensgebung liegt das ausgedehnte

³⁶ BayHStA, OBB Akten 12716, v. 29. 6. 1936.

³⁷ Hölzl, S. 128 f.; Dirscherl, S. 174.

³⁸ Hölzl, S. 113, S. 117; zur Rolle Seiferts ausführlich Zeller.

te Moorgebiet auf Gemeindegebiet nicht allein des Marktes Murnau, sondern auch von Eschenlohe zusammen mit Schwaigen und Grafenaschau sowie von Ohlstadt, eine Aufteilung, die sich auch in den Flurnamen wie „Eschenloher Moos“ und „Ohlstädter Filz“ wiederfindet. Gewisse Weiderechte hielten darüber hinaus Dörfer wie Hechendorf, aber auch Weindorf oder Seehausen, Dörfer, deren Bewohner eifersüchtig auf ihre althergekommenen Rechte pochten. Das Moor mit seinen unterschiedlichen Bereichen von Niedermooren, Hochmooren, Seen und Bächen bzw. Gräben konnte vielfältig genutzt werden. So wurde in den Gewässern des Moores gefischt und es war ein ertragreiches Jagdgebiet. Alle Bauern der Umgebung nutzten die Moose und Filze als Viehweide und für Stallstreu, dies wahrscheinlich seit dem Beginn der Besiedlung in dieser Gegend. Selbst äußerst nasse und unzugängliche, mit Schilf bewachsenen Stellen wurden gemäht, wenn nötig vom Boot aus. Vieh, d.h. Rinder, Pferde, und außerdem Ziegen und Schafe weideten phasenweise auf den trockeneren Bereichen.

Um noch bessere Weiden für das Vieh zu erhalten, zogen die Bauern seit dem Mittelalter Entwässerungsgräben und umgaben die dadurch gewonnen „einmadigen“ oder auch „zweimadigen“ Wiesen mit Zäunen. Sowohl die Bäche im Moor als auch die später gezogenen Gräben dienten darüber hinaus als Wasserstraßen für den Holztransport, was bedeutete, dass diese Bäche immer wieder ausgemäht und von Hindernissen befreit werden mussten, dazu stellenweise begradigt wurden. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts beantragten die Bauern der umgebenden Gemeinden die Kultivierung der „öden Gründe“, Vorhaben, die nur zu einem geringen Teil realisiert wurden. Im frühen 19. Jahrhundert begannen dann die Arbeiten in größerem Stil und von allen Seiten fraß sich die allmähliche Trockenlegung in das Moor. Torf als Brennmaterial war bis in das 19. Jahrhundert weitgehend unbekannt, dann allerdings begann der Abbau in einem größeren Rahmen: Nun stachen die Murnauer den Torf im Langen Filz für den Eigenbedarf auf gepachteten Parzellen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann dann der industrielle Abbau für den Verkauf an Kurbäder und medizinische Einrichtungen.³⁹

Das Murnauer Moos war also in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts keineswegs mehr die unberührte Natur, die „Urlandschaft“, die Naturschützer wie der Biologe Otto Kraus erhalten wollten, sondern eine über Jahrhunderte hinweg auf vielfältige Weise genutzte Landschaft. Andererseits aber waren bisher alle Projekte, die auf eine grundlegende Kultivierung des gesamten Moores zielten, – wichtigstes Vorbild in Süddeutschland war die Trockenlegung des Donaumooses – nicht über den Stand der Vorplanungen hinaus gekommen. Als eine der wenigen noch in wesentlichen Zügen erhaltenen Moorlandschaften des Voralpenraums verdiente das Murnauer Moos also durchaus die Aufmerksamkeit der Naturschützer.

Von überregionaler Aufmerksamkeit war das Murnauer Moos lange verschont geblieben. In den Reisebeschreibungen des 18. und 19. Jahrhunderts verdiente das Moor als düsterer und gefährlicher Ort kaum mehr als eine Zeile; für die Landschaftsmaler bilde-

³⁹ vgl. Ingrid Geiersberger, Das Murnauer Moos, in: Markt Murnau am Staffelsee. Beiträge zur Geschichte Bd. 1, Murnau 2002, S. 26-58, S. 31-49; Ch. Rädlinger, Kultivierte Wildnis. Geschichte des Murnauer Moores, München 2019.

te es den romantischen Vordergrund für die beeindruckenden Bergmassive.⁴⁰ Wissenschaftler suchten nach Möglichkeiten seiner besseren Kultivierung und Nutzbarkeit. Einer der Ersten, der sich dem Moor wissenschaftlich näherte und dabei nicht von dem Wunsch getrieben war, es einer besseren Nutzungsweise zuzuführen, war wohl der Botaniker und Arzt August Max Einsele (1803-1870). Er, der einige Jugendjahre im Weghaus beim gleichnamigen Köchel verbracht hatte, widmete sich auf seinen Wanderungen der wissenschaftlichen Erforschung der Pflanzenwelt des Moores.⁴¹ Eine gewisse touristische Bedeutung erlangte es erst sehr viel später. Max Dinger, der sich für das Naturschutzgebiet Murnauer Moos einsetzte, streift um 1910 in seinem Ortsführer von Murnau das Moos nur mit einigen wenigen Bemerkungen und widmet sich bei seinen Ausflugs – und Wandervorschlägen vor allem den Bergen der Umgebung. Auch die folgenden Ortsführer beschränken sich auf die gewaltigen Berge des Wettersteinmassivs sowie die romantische Schönheit des Staffelsees mit der Insel Wörth und der dort stehenden uralten Linde.⁴² Führer mit Wandervorschlägen im Moor erschienen erst ab den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts.⁴³ Für Reisende des frühen 20. Jahrhunderts besaß das Murnauer Moos kaum Attraktionen – abgesehen vielleicht von der kleinen Kirche St. Georg am Rande und damit war es der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen.

Als mit dem Bayerischen Torfgesetz von 1922 eine weitere Kultivierung aller noch verbliebenen Mooregebiete in Bayern drohte, erstellten Naturschützer eine amtliche Moorkarte mit jenen Gebieten, die unter allen Umständen erhalten werden sollten, darunter auch das Murnauer Moos.⁴⁴ 1925 verfassten die Teilnehmer des ersten „Deutschen Naturschutztages“ am 26 – 28. Juli 1925 folgende Resolution: Das Murnauer Moor, Pulvermoos, Freimoos ...sollen von der Kultivierung unbedingt ausgeschlossen bleiben.⁴⁵ Und in seinem Aufsatz in den Blättern für Naturschutz aus demselben Jahr 1925 verweist der Pflanzenforscher und erklärter Vertreter des Naturschutzes Albert Ade auf die Bedeutung des Murnauer Moores und wird damit schließlich ein „Vorkämpfer für die Erhaltung der Voralpenmoore“⁴⁶ Nur zwei Jahre später, 1927, lud die Oberste Baubehörde zu einer gemeinsamen Sitzung von Mitgliedern des Landesausschuss für Naturpflege und

⁴⁰ Brigitte Salmen, Einleitung, in: Wege in die Landschaft. Ansichten oberbayrischer Moore im 19. Jahrhundert, Murnau 1999, S. 9-16, S. 9-11.

⁴¹ Josef Lallinger, Dr. August Max Einsele. Gedenkblatt zum hundertsten Geburtstage, Staffelseebote 15. Jg., Nr. 46, 10. Juni 1903.

⁴² Max Dinger, „Ein Führer durch den Markt und seine Umgebung“, Murnau 1910; Murnau am Staffelsee. Bayerisches Hochland o. Autor, Murnau o. Dat; s.a. Murnau am Staffelsee. Bayerisches Hochland, hg. v. Kurbad – und Fremdenverkehrs-Verein Murnau, Murnau (1925/26).

⁴³ Wilhelm Simet, Führer durch Murnau, das Staffelsee – und Riegeesgebiet, Bergverlag Rother München 1950, mit einer 2. Auflage 1958.

⁴⁴ Otto Kraus, Vom Bayerischen Moorschutz, Jb. d. Vereins z. Schutze der Alpenpflanzen und -tiere 22, 1957, S. 20-24; Geiersberger, S. 51.

⁴⁵ Jahresbericht LAN, 19-21, 1924-1926, S. 5.

⁴⁶ Albert Ade, Ein Ausflug ins Murnauer Moos, Bll. für Natur und Naturpflege 8, 1925; dazu Fritz Vollmer, Das Murnauer Moos, in Bll.f.NN, 1941, 24.Jg./1, S. 13-18, S. 13.

vom Bund Naturschutz am 8. April; Punkt fünf der Tagesordnung betraf den Schutz der sogenannten Köchel bei Murnau.⁴⁷

Die Köchel oder Kögel sind ein wichtiges Erkennungszeichen des Murnauer Mooses und einzigartig in ihrer erdgeschichtlichen Bedeutung. Diese bewaldeten Felsrücken, die sich im südlichen Teil des Moores in west-östlicher Richtung hinziehen, entstanden während des Helvetikums und einige von ihnen enthalten ein größeres Vorkommen von Gault-Grünsandstein oder auch „Glaukoquarzit“, ein Gestein, das sich durch extreme Härte auszeichnet, in Bayern höchst selten vorkommt und äußerst begehrt ist für den Einsatz als Schotter und Splitt beim Straßenbau, Wasserbau und vor allem als Eisenbahnschotter beim Bau von Bahntrassen. Während des Mittelalters ließ das Kloster Ettal auf den Kögeln Steine brechen, ab der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde möglicherweise am Schmatzerköchel das Gestein für den Pflasterbau in Murnau und München abgebaut. In den Jahren 1925 und 1926 ließ ein Weilheimer Straßenbaumeister die Tauglichkeit des Gesteins bezüglich seiner Verwendbarkeit im Tiefbau untersuchen, noch 1925 erfolgte die Genehmigung zur Ausbeutung und es begann der Abbau im großen Stil, zuerst durch den Bezirk Weilheim am heute vollständig abgebauten Moosberg, ab 1930 auch am Langen Köchel durch das Hartsteinwerk Werdenfels.⁴⁸ Nicht nur die Zerstörung der die Landschaft prägenden Höhenzüge – der Moosberg trug außerdem eine Römische Siedlung, hier versagten also die Denkmalschützer –, auch der Abbau mit seinen weitreichenden Auswirkungen auf die Ökologie des Moores in der näheren und weiteren Umgebung der Köchel weckte wohl die Aufmerksamkeit der Naturschützer, der Schutz der Landschaft des Murnauer Mooses wurde zu einem zentralen Anliegen.

1927 bezeichnete das Bayerischen Landwirtschaftsministeriums das Murnauer Moos in einer Entschließung als Schutzbereich – d.h. bei geplanten Veränderungen sollte immer die „Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege“ gehört werden, womit wohl der Landesausschuss für Naturpflege gemeint war, der mittlerweile behördenähnliche Strukturen entwickelt hatte und dessen Obmänner vor Ort für den Schutz der Naturdenkmäler sorgen sollten.⁴⁹ Trotzdem musste in der Sitzung des Landesausschuss am 8. Oktober 1928 festgehalten werden: „Anlage eines Steinbruchs mit Schotterwerk auf dem Langen Köchel im Murnauer Moos nebst Seilbahn und Silobau auf dem Blauanger bei Eschenlohe“.⁵⁰

Widerstand gegen den Abbau des Langen Köchels regte sich aber auch vor Ort, in der Gemeinde Eschenlohe. Am 27. Januar 1929 erhoben einige Gemeindemitglieder unter der Führung des Pfarrers – seit Beginn des Jahres Mitglied im Bund Naturschutz – Einspruch gegen den Abbau am Langen Köchel, da sie eine nicht wieder gut zu machen-

⁴⁷ BayHStA, ML 3405.

⁴⁸ Max Dingler, Das Murnauer Moos – gestern, heute, morgen. Ein Ruf an das öffentliche Gewissen, Jahrbuch d. Vereins zum Schutz der Alpenpflanzen und Tiere, 25. Jg., 1960, S. 31; Ingrid Scharl, Unternehmensgeschichte des Hartsteinwerks Werdenfels, in: Industrie und Natur. Zur Geschichte des Hartsteinwerks Werdenfels im Murnauer Moos, bearb. v. B. Salmen, Murnau 2000, S. 25-97, S. 22, S. 26.

⁴⁹ Dingler, 1960, S. 35; Geiersberger, S. 51; Grau, S. 57.

⁵⁰ BayHStA, ML 3405.

de Zerstörung hervorragender Naturdenkmäler und eine Schädigung der klimatischen Verhältnisse befürchteten – dazu eine „Verschandelung“ der Gegend und damit Nachteile für den Fremdenverkehr. Das Bezirksamt gab dem Einspruch nicht statt, mit der Begründung, der zuständige Landesausschuss für Naturpflege hätte nur kleinere „baukosmetische Forderungen“ vorgebracht.⁵¹ Da das Aktenmaterial des Landesausschuss wie schon erwähnt zum großen Teil während des Zweiten Weltkriegs verloren ging, lässt sich der Einsatz seiner Mitglieder wohl nicht mehr überprüfen.

Schon vor 1933 beobachtete der Bund Naturschutz mit Sorge die Flussregulierungen und Kultivierung der Moore in Bayern, eine Tätigkeit, die nicht selten der Deutsche Arbeitsdienst und spätere Reichsarbeitsdienst übernahm. Für das Murnauer Moos waren ebenfalls umfangreiche Kultivierungsarbeiten geplant, 1934 fanden Arbeiten des Reichsarbeitsdienstes im Gemeinbezirk Eschenlohe statt.⁵² Die Naturschutzbeauftragten sollten vor diesen Arbeiten zwar auch weiterhin „gehört werden“ und dann ab 1934 gemäß der neuen Richtlinien bei größeren Kultivierungs – und Meliorationsarbeiten miteinbezogen werden. Es war jedoch keinesfalls sicher, dass die Beratungen auch Erfolg zeigten.

Der Biologe Dr. Otto Kraus, im Vorstand des Bund Naturschutz und damit beauftragt, Anträge des Bundes zur Naturschutzplanung auszuarbeiten, die der ehrenamtliche Landesnaturschutzbeauftragte Friedrich dann voranbringen sollte, versuchte mittlerweile die noch verbliebenen Moorlandschaften in Bayern vor der Kultivierung zu retten. In Abgrenzung zum Landschaftsschutz sollten nach Otto Kraus die von menschlicher Beeinflussung relativ unbeeinflussten Teile der Landschaft als gewissermaßen intakte Reste einer „Urlandschaft“ geschützt werden. In Zusammenarbeit mit der Direktion der Wissenschaftlichen Staatsammlungen untersuchte Kraus von 1937 bis 1940 systematisch ca. 50 Moore in Oberbayern auf ihren Gehalt an „Urlandschaft“ – Moore deshalb, weil man hier realistischer Weise mit dem geringsten Ausmaß an menschlicher Einflüsse zu rechnen hatte. Ziel war für ihn der Erhalt der Moore und der Vielfältigkeit „unserer oberbayerischen Landschaft durch Schutz ihrer letzten Urlandschaftsreste und damit auch des schönsten und wertvollsten Teils der ursprünglichen Tier – und Pflanzenwelt unserer Voralpenlandschaft, und zwar auch für die wissenschaftliche Forschung, für die Sicherstellung des gesunden Wasserhaushalts in der Natur und der Erhaltung des biologischen Gleichgewichts und – und „damit die Sicherung stetigen Ertrags in dem schon genutzten Kulturland“.⁵³ Auf den von Kraus in den Blättern für Naturschutz 1940 erstellten Listen, einmal die Liste derjenigen Moore und anderer Landschaften für die 1937 bis 1940 Naturschutz vorgeschlagen wurde und zum anderen die Liste der „weiteren schützenswerten urtümlichen Landesteile in Oberbayern“ für die in den meisten Fällen noch keine Anträge vorliegen, ist das Murnauer Moos übrigens nicht zu finden.⁵⁴

⁵¹ Scharl, Unternehmensgeschichte, S. 27; Geiersberger, S. 52.

⁵² Amei Lang/Ulrich Schutz/Werner Zanier, Eine frühromische Holz-Kies-Straße im Moos bei Eschenlohe, in: Mohr, Löwe, Raute 6, 1998, S. 22-41, S. 23.

⁵³ Bll. für Naturschutz 23. Jg., 1940, S. 98 f.

⁵⁴ Bll. für Naturschutz 23. Jg., 1940, S. 100 f.

Kraus bezog sich auf Erkenntnisse, die Alwin Seifert 1936 zum ersten Mal auf dem Badischen Naturschutztag öffentlich äußerte: Seifert hatte hier vor der Austrocknung der deutschen Landschaft durch massive Flussbegradigungen, Abholzung, Zerstörung der Hecken und Trockenlegung der Moore gewarnt, wodurch das Grundwasser abgesenkt und der Wasserhaushalt der Natur empfindlich gestört würde. Dadurch würde die Ausbreitung von Schädlingen begünstigt, die Erosion deutschen Ackerlands vorangetrieben und die deutsche Landschaft so öde wie die russische oder amerikanische Steppe werden. Eine breitere Öffentlichkeit fand dieser Gedanke Seiferts übrigens mit der Unterstützung von Fritz Todt in einem Zeitungsartikel der Zeitschrift *Deutsche Technik*.⁵⁵

Aufgrund der ungünstigen Aktenlage lässt sich nicht mehr vollständig rekonstruieren, welcher Personenkreis nun an den Bemühungen um ein Naturschutzgebiet Murnauer Moos beteiligt war. Wohl in der Euphorie des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 wurde ein junger Biologe, Fritz Vollmar, vom biologischen Institut München mit einer Arbeit über die Pflanzengesellschaften des Murnauer Mooses betraut. Er befasste sich mit diesem Thema vier Jahre lang und verbrachte nach eigenen Aussagen auch zwei Sommer im Moor. Bis 1940 erstellte er außerdem das Gutachten für die geplante Unterschutzstellung.⁵⁶ Mitglied im Bund Naturschutz war auch der Weilheimer Landrat Reinhard Wiesend;⁵⁷ da die Landkreise erst 1939 eingerichtet wurden, nahm Wiesend in dieser Eigenschaft keinen Einfluss auf die anfänglichen Entwicklungen. Auch die spätere, tatkräftige Kämpferin für das Naturschutzgebiet Murnauer Moos, Dr. Ingeborg Haeckel, kam erst 1939 nach Murnau und trat im gleichen Jahr in den Bund Naturschutz ein.⁵⁸

Grundsätzliche Vorarbeiten leistete, wie schon beschrieben, Dr. Otto Kraus. Zu Hilfe kam ihm dabei wahrscheinlich der Geologe Dr. Edgar Daqué aus der Direktion der Bayerischen Wissenschaftlichen Staatssammlungen.⁵⁹ Der Einsatz des Ausschussmitglieds im Bund Naturschutz und Mitglieds der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz ab 1943, des Insektenforschers, Universitätsprofessor und Mundartdichters Dr. Max Dinger mit Zweitwohnsitz in Murnau, ist schwerer einzuschätzen. Einen großen Teil seiner Freizeit verbrachte Max Dinger für Forschungszwecke im Murnauer Moos, ab 1941 war er hier mit Untersuchungen für die Reichsstelle für Naturschutz tätig; nach dem Ende des 2. Weltkriegs verlegte er seinen Hauptwohnsitz nach Murnau. Dinger gehörte auch zu den frühen Anhängern Hitlers, wobei sein persönlicher Einsatz je nach Lage und Ansprechpartner als hoch oder zu vernachlässigen eingeschätzt wurde. Für die Stelle des Leiters der Staatlichen Wissenschaftlichen Sammlungen ab 1936, wozu übrigens auch die Archäologische Sammlung gehörte, war seine Nähe zu NS-Größen und hier wieder zum Alten Kämpfer und Träger des Blutordens Kulturminister Ernst Boepfle sicher för-

⁵⁵ BfNN 19, 1936, S. 136-138; Hölzl, S. 120 f.

⁵⁶ Vollmar, S. 13.

⁵⁷ z. Landrat Wiesend Hölzl, S. 127.

⁵⁸ Gertrud Fluhr-Meyer, Dr. Ingeborg Haeckel (1903-1944) – Kämpferin für das Murnauer Moos und Pionierin der Umweltbildung, Blätter zur Bayerischen Naturschutzgeschichte, hg. v. Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, München 2007.

⁵⁹ Edgar Daqué vermittelte auch den Antrag auf Unterschutzstellung des Ammerseesüdufers von Otto Kraus, s. BayHStA, ML 3406.

derlich. Andererseits schrieb ihm Kurt Huber 1940 das Vorwort zu seinem Gedichtband „Das Bairisch Herz“ und die Enttarnung Professor Hubers als Mitglied der Weißen Rose brachte Dingler kurzzeitig in Schwierigkeiten.⁶⁰ Durch seine Position im Machtgefüge des Dritten Reichs hatte Dingler sicher Einflussmöglichkeiten; die von ihm zusammen mit Dr. Otto Kraus verfassten 70 Anträge zur „Erhaltung der ursprünglichen Teile Oberbayerns“, darunter sicher auch das Murnauer Moos, waren nicht mehr aufzufinden, sind aber durchaus im Bereich des Möglichen, da er sich auch nach dem Ende des Krieges vehement für das Moos einsetzte.⁶¹ Vor Ort allerdings war er ein häufiger und wohl nicht sehr gern gesehener Gast bei der Leitung der Hartsteinwerke Werdenfels, worauf noch zurückzukommen sein wird.

Weitere Mitglieder und Vorstandskollegen im Bund Naturschutz wie z.B. die Glazialogin Dr. Edith Ebers – vermutlich die erste Frau im Vorstand des Bund Naturschutz –, dürften Kraus ebenfalls unterstützt haben. Edith Ebers arbeitete mit dem Landschaftsplaner Alwin Seifert beim Projekt Reichsautobahn⁶² und plädierte im Mai 1939 für den Erhalt „besonderer und seltener Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren“ die eine Erinnerung an „Ur-Deutschland“ darstellen. Aus wissenschaftlichen und ideellen Gründen müsste allerlei geschützt werden, so Ebers, um damit „ganz oder leider auch nur teilweise“ der Zerstörung durch den Menschen entzogen zu werden wie z.B. der Pfahl im Bayerischen Wald oder eben die Murnauer Kögl. Wohl wissend um die Wertschätzung oder vielmehr deren Fehlen, die der Naturschutz genoss, schlug Ebers den Bogen zu einer Synthese von technischen Veränderungen in der Landschaft und Landschaftsschutz. So zeige das Beispiel Reichsautobahn, wie ein „ernsthafte Bemühen um Gestaltung und Eingliederung technischer Anlagen zu beachtenswerten Erfolgen“ geführt habe.⁶³ Eine grundsätzliche Unterstützung dürfte schließlich auch der Vorstandskollege und Mitglied im Beratergremium der Landesstelle für Naturschutz, Alwin Seifert geleistet haben.⁶⁴

Das offizielle Verfahren zur Unterschutzstellung des Murnauer Mooses begann ein Jahr nach dem Erlass des Reichsnaturschutzgesetzes: Im Juni 1936 stellte der Regierungsbeauftragte für Naturschutz einen Antrag auf Unterschutzstellung des Murnauer Mooses. Nicht nur die Unterstützer des Projekts „Naturschutzgebiet Murnauer Moos“, auch der Regierungsbeauftragte passte seinen Antrag der realen Lage an, denn um wirtschaftliche Interessen sowohl des Reiches als auch der beteiligten Betriebe nicht zu gefähr-

⁶⁰ Grundlegend zu Max Dingler Freddy Litten, Max Dingler-Die andere Seite, in: Literatur in Bayern Nr 43, 1996, S. 10-23; zu seinen Aufenthalten im Murnauer Moos und der Mitgliedschaft in der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz s. den Personalakt BayHStA, MK 44630.

⁶¹ Schlossmuseum Murnau, Nachlass Max Dingler, Inv. Nr. 11995, 82, Rede zum 60sten Geburtstag Max Dingers am 14. Mai 1943; zur Zeit nach 1945 Scharl, S. 125-127. An dieser Stelle sei Barbara Wehrmann für ihre Hinweise auf Max Dingler betreffendes Aktenmaterial herzlich gedankt..

⁶² Zu Edith Ebers s. Hölzl, S. 119, Anm. 660.

⁶³ Edith Ebers, Aufgaben der Geologie von heute im Naturschutz, Bll. für Naturschutz, 22. Jg., 1939, S. 54-57, S. 55.

⁶⁴ Zumindest verweist Seifert darauf im Vorwort zu Max Dingler (Hg.), Das Murnauer Moos, München 1941 bzw. 1943, S. 5.

den, machte er bereits in seinem Antrag Vorschläge für den weiteren Abbau von Glaukoquarzit am Langen Köchel.⁶⁵ Damit waren natürlich alle Bemühungen um den Erhalt sämtlicher Köchel hinfällig. Der Beauftragte für Naturschutz im zuständigen Landbauamt Weilheim, Oberbaurat Frauenholz, holte daraufhin Stellungnahmen beim Forstamt Murnau sowie beim Bezirksbeauftragten für Naturschutz ein. Diese Stellungnahmen fielen entsprechend dringlich aus: Als einer der wenigen Reste von Randmooren der Würmeiszeit sollte das Murnauer Moos unbedingt erhalten bleiben, so das Forstamt Murnau. Es sei bedauerlich, dass der Moosköchel und der Lange Köchel bereits ein Opfer der Steingewinnungsindustrie geworden waren und daher sei es dringend geboten, der Zerstörung Einhalt zu gebieten aus geologischen, kulturhistorischen, botanischen und zoologischen Gründen, denn das Moor sei nicht nur für Jäger und Pflanzensammler von Interesse. Zum Schutz für aussterbende Pflanzen und zur Ermöglichung der weiteren wissenschaftlichen Erforschung müsste ein relativ großer Bereich unter Schutz gestellt werden, ein Gebiet, das nicht nur das heutige Murnauer Moos, sondern auch die Mooregebiete am Riegsee und bei der Mühle Mühlhagen umfassen sollte. Überzeugt von den Ausführungen der Sachverständigen schloss sich das Bezirksamt Weilheim am 17. August gleichen Jahres ihrer Meinung an und erklärte die dringliche Unterschutzstellung des Gebiets mit Ausnahme der beiden Steinbruchwerke, damit „in seiner natürlichen Beschaffenheit und landschaftlichen Schönheit für Volk und Heimat als unversiegbare Quelle der Erbauung, der Erholung und Belehrung dauernd erhalten bleiben, was noch zu erhalten ist“.⁶⁶ Die beiden Köchel Moosberg und Langer Köchel waren damit ganz offensichtlich aus dem zukünftigen Naturschutzgebiet ausgenommen. Ab Februar 1938 waren die betroffenen Gemeinden aufgefordert, die Besitzer der Grundstücke in dem zukünftigen Naturschutzgebiet ausfindig zu machen und diese in einer Karte einzutragen. Auch eventuelle Einsprüche sollten bei diesen Gemeinden vorgebracht werden.⁶⁷

Eile war aber inzwischen geboten, denn die Firma Zehender&Co, der Käufer des Hartsteinwerks Moosberg, suchte nach neuen Möglichkeiten der Steingewinnung am Weghauskögel und am Schergenkögel, da das Vorkommen von Glaukoquarzit am Moosberg nach etwa sieben Jahren, anderen Aussagen zufolge auch nach nur vier Jahre, abgebaut sein würde. Diese zusätzlichen Abbaumöglichkeiten waren dem Hartsteinwerk ausdrücklich zugesagt worden, wie der Obmann der Fachgruppe Natursteine des Bezirks Bayern betonte. Auch das Hartsteinwerk Werdenfels am Langen Köchel suchte nach weiteren Abbaumöglichkeiten, es besaß eine Option auf ein weiteres Grundstück des Staates Bayern am Langen Köchel, die es irgendwann nutzen wollte.⁶⁸ Beide Firmen hegten berechtigte Hoffnungen auf diese zusätzliche Abbaumöglichkeiten, denn das Land Bayern hatte im Jahr 1935 dem Staatsministerium des Innern zugesagt, für die kommenden zehn Jahre keine Rechte zur Ausbeutung am Weghausköchel oder dem landeseignen Teil des Langen Köchels zu erteilen, sowie Nutzungsrechte an Grundstücken zwischen den Kö-

⁶⁵ BayHStA, ML 3406, Landesplanungsbehörde v. 12.10.1939, Abschnitt „Abbau der verschiedenen Kögel“

⁶⁶ Markt Murnau, Ordner 3033, v. 2.7.1937; v. 17.8.1937.

⁶⁷ Markt Murnau, Ordner 3033, Bgm. Murnau v. 7.2.1938.

⁶⁸ BayHStA, MHIG 5998, v. 28. 2. 1938; v. 13. 8. 1938.

cheln und zum Abtransport an die Bahn zu versagen. Es würde aber ebenfalls innerhalb der nächsten zehn Jahre in Verhandlungen über eine Verpachtung oder Übereignung der fraglichen Grundstücke mit den bereits bestehenden beiden Firmen treten. Darüber hinaus versuchte mittlerweile auch eine Firma aus Ulm, die Rechte am Schmatzer – und am Wiesmahdköchel besaß, ein drittes Werk im Murnauer Moos zu errichten.⁶⁹

Der Landesbeauftragte für Naturschutz sah nun alle Köchel im Murnau Moos in Gefahr und war umso mehr bereit, die bereits teilweise zerstörten Köchel aufzugeben, um wenigsten diejenigen Köchel zu retten, die noch einigermaßen intakt waren. Um „Missstimmungen“ unter den privaten Köcheleignern zu vermeiden, wie er auf einer Referentenbesprechung im Staatsministerium des Innern geschickt taktierte, sollten auch die Köchel im Staatsbesitz unter Schutz gestellt werden. Auf frühere Zusicherungen des Landes Bayern „können keine Rücksichten genommen werden“. Da Friedrich bewusst war, dass wirtschaftliche Interessen nicht ausgeklammert werden konnten, gestand er der Firma Zehender am Moosberg einen in die Tiefe gehenden Abbau zu, der immerhin weitere sechs bis acht Jahre andauern könnte. Zu diesem Zweck müssten dann wie bei anderen Unternehmen auch, Pumpen eingesetzt werden.⁷⁰ Der Landesbeauftragte gab mit dieser Aussage zwar den Weg frei für weitere tiefgreifende Eingriffe in das Ökosystem des Murnauer Mooses, für ihn endete aber die Besprechung positiv, denn das Staatsministerium des Innern sagte zu, die Regierung von Oberbayern als höhere Naturschutzbehörde zu einer beschleunigten Weiterführung des Naturschutzverfahrens im Sinne der Anregungen des Landesbeauftragten für Naturschutz anzuhalten. Das Finanzministerium wollte sich vor Abgabe seiner Erklärung im Naturschutzverfahren bezüglich einer Inschutzstellung der staatseigenen Kögel noch mit dem Wirtschaftsministerium ins Benehmen setzen.⁷¹

Die Leitung des Hartsteinwerks Moosberg rief den Obmann der Fachgruppe Natursteine zu Hilfe. Schon 1937, als sie ein neues Schotterwerk errichten lassen wollte, musste sie erfahren, dass dies mittlerweile nur mehr mit einer Ausnahmegenehmigung möglich war, denn nach Anordnungen von 1934, 1935 und 1936 des Reichs – und preußischen Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht sei die „Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Steinmaterialien für den Wege-, Bahn-, und Wasserbau“ verboten.⁷² Dies bedeutete auch ein zumindest vorläufiges „Aus“ für das Werk einer dritten Firma im Murnauer Moos. Der Obmann der Fachgruppe Natursteine für Bayern reagierte auf den Hilferuf und forderte für die Firma Zehender&Co eine rasche Freigabe des Weghausköchels, damit der Betrieb auch weiterhin fortgeführt werden konnte. Als Begründung führte er an:

„Der Naturschutz will die Kögel unter Schutz stellen, weil sie einzigartige Erscheinungen darstellen, die aus wissenschaftlichen Gründen der Nachwelt erhalten bleiben sollen. Es sind aber außer dem Weghauskögel noch eine

⁶⁹ BayHStA, MHIG 5998, v. 29. 5. 1941; v. 28. 2. 1938.

⁷⁰ BayHStA, MHIG 5998, v. 28. 2. 1938.

⁷¹ BayHStA, MHIG 5998, v. 28. 2. 1938.

⁷² BayHStA, MHIG 5998, Staatsministerium d. Innern v. 28. 10. 1937.

ganz Reihe anderer Kögel vorhanden, deren Existenzerhaltung den wissenschaftlichen Zwecken vollauf genügen müssen: der im Staatsbesitz befindliche Schergenkögel und die in Privatbesitz befindlichen Wiesmahd-, Schmatzer – Steinkögel. Für die Allgemeinheit besteht kein Interesse die Weghauskögel zu erhalten, denn sie sind nicht charakteristisch für das Landschaftsbild, das sich von der Staatsstraße Murnau – Garmisch dem Auge bietet. Diese kleinen Erhebungen in dem unzugänglichen Murnauer Moos verschwinden gegen die dahinter aufstrebenden und das Landschaftsbild charakterisierenden Berge. Es ist völlig belanglos, ob von der Vielzahl der vorhandenen Kögel die Weghauskögel im Lauf der Zeit verschwinden, da nach dem Abbau der Weghauskögel die Schmatzerkögel den wenigen interessierten Blicken frei liegen.“

Mit dieser Aussage entsprach der Obmann wohl den naturkundlichen Interessen der Allgemeinheit, gleichzeitig betonte er aber auch die moralische und wirtschaftliche Notwendigkeit einer Zusage zum weiteren Abbau. Immerhin gehe beim Verlust privatwirtschaftlicher Güter ein Teil des Volksvermögens verloren, aber auf die Produktion dieses Werkes könne auch aus anderen Gründen nicht verzichtet werden: Wegen der unzulänglichen Leistungsfähigkeit der österreichischen Betriebe müssten nun auch noch die österreichischen Gebiete versorgt werden,⁷³ mit anderen Worten für die infrastrukturelle Erschließung des mittlerweile annektierten Landes Österreich war das Material aus dem Murnauer Moos unabdingbar.

Davon unbeeindruckt veranlasste das Bezirksamt Weilheim nur wenig später, im Herbst 1938, aufgrund §§ 5 und 19 und 13⁷⁴ des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 sowie der Gesetze vom 29. 9. 1935 und 1.12.1936 und der Durchführungsverordnung v. 31. 10.1935 die Unterschutzstellung und einen Eintrag in die Landschaftsschutzkarte von vier Köchel im Murnauer Moos als „sonstige Landschaftsteile in der freien Natur, deren Erhaltung aus erdgeschichtlichen Gründen sowie wegen ihrer landschaftlichen Schönheit und Eigenartigkeit im öffentlichen Interesse liegt“. Dabei handelte es sich um Köchel, die bisher noch nicht industriell abgebaut wurden: der Steinköchel, der Wiesmahdköchel, der Schmatzerköchel und der Weghausköchel. Erneut verwies das Bezirksamt auf die noch ausstehenden Besitzerlisten und den Ablauf der zweiwöchigen Eingabefrist am 20. Oktober 1938.⁷⁵ Nach Ablauf der Eingabefrist wurde die Sache gemäß § 13 RNG weitergehen an die Höhere Naturschutzbehörde bzw. die Reichsstelle für Naturschutz. Der Völkische Beobachter meldete am 30. März 1939 großzügig wenn auch unrichtig: „Das Murnauer Moos wurde zum Naturschutzgebiet erklärt, es entstand während der Steinzeit und ist der letzte noch halbwegs im Urzustand befindliche Zeuge erdgeschichtlicher Vergangenheit.“⁷⁶

⁷³ BayHStA, MHIG 5998, Staatsministerium d. Innern v. 28. 10. 1937.

⁷⁴ Die §§ 5 und 19 verweisen auf die Tätigkeit der Unteren Naturschutzbehörden, § 13 auf die Eintragung in das Naturdenkmalbuch durch die Untere Naturschutzbehörde.

⁷⁵ Markt Murnau, Ordner 3033, v. 17.9. 1938, v. 3.10.1939.

⁷⁶ Völkischer Beobachter 89 v. 30. 3. 1939.

Der Generaldirektor des Hartsteinwerks Werdenfels, Udo Rouselle, bemühte sich mittlerweile um Schadensbegrenzung, denn immerhin war ein Steinbruch der Immen-dinger Basaltwerke, deren Mitgesellschafter er gewesen war, auf Betreiben der Naturschützer geschlossen worden. Rouselle pflegte deshalb die Zusammenarbeit mit Prof. Max Dingler, der wohl häufiger die Anlagen am Längen Köchel besichtigte, sowie mit den örtlichen Naturschutzbehörden. Geschickt plädierte Rouselle für ein zeitgemäßes Zusammenspiel von Naturschutz und Technik, ließ die gesamte Werkleitung samt Belegschaft in den Bund Naturschutz eintreten und zahlte sogar die Beiträge. Ein in der Naturkunde beschlagener Mitarbeiter sollte dafür sorgen, dass gefährdete Pflanzen aus den betroffenen Gebieten auf unberührte Stellen verpflanzt sowie Samen für eine spätere Renaturierung gesammelt werden. Geschädigte Bereiche des Mooses sollten neu bepflanzt und die ausgebeuteten Hänge und Abraumhalden am Längen Köchel begrünt werden.⁷⁷

Für die Abwässer aus seinem Werk ließ Rouselle eine neue Kläranlage bauen, denn die Landesstelle für Gewässerkunde und die Biologische Versuchsanstalt hatten in ihren jeweiligen Gutachten vom Dezember 1938 einige Mängel aufgezeigt: Nicht nur war man auf das Fehlen des in den Plänen verzeichneten dritten Klärweihers aufmerksam geworden, sondern forderte auch für fischereirechtliche und landeskulturelle Interessen sowie für die Versorgung des Vorwerks Weghaus mit Trink – und Nutzwasser aus der Ramsach eine deutliche Verbesserung der Waschanlagen im Werk.⁷⁸ Die Klärweiher wurden daher „biologisch richtig“ gestaltet und von 1939 bis 1941 die erwähnte Kläranlage für die Abwässer angelegt –, und das Abwasser „wurde so rein wie das Wasser der Ramsach“, eine Aussage, der offensichtlich sowohl Max Dingler als auch die zuständigen Behörden nicht ganz folgen konnten.⁷⁹

Die „Erhebungen im Naturschutzverfahren“ wurden inzwischen fortgeführt, als zukünftiges Schutzgebiet waren das „Murnauer Moos einschließlich der umliegenden Nebengebiete Pfrühlmoos, Klingert und Ostermoos sowie die Kögel“ vorgesehen. Weitere Flächen sollten zum Landschaftsschutzgebiet erklärt werden. Von der Unterschutzstellung ausgenommen würden der Lange Kögel, der Moosberg und die Flächen nördlich Eschenlohe sein.⁸⁰ Wie nicht anders zu erwarten, regte sich trotz der Einschränkungen allenthalben Widerstand. Wie der Reichsstatthalter in Bayern als Landesplanungsbehörde im Oktober 1939 die Bezirksplanungsbehörde des Regierungspräsidenten Oberbayern informierte, würden Kultur – und Tiefbaureferate beim Regierungspräsidenten in München ihre Zustimmung davon abhängig machen, dass Kulturbaumaßnahmen in den als kultivierbar bezeichneten Gebieten, sowie etwaiger Wegebau und die notwendigen Anlagen zum Ufer – und Hochwasserschutz nicht verhindert werden und dass die genaue Abgrenzung im Benehmen mit dem Kulturbauamt Weilheim und dem Straßen

⁷⁷ Ingrid Scharl, Kooperation und Gegnerschaft – zur gemeinsamen Geschichte von Hartsteinwerk und Naturschutz am Längen Köchel, in: *Industrie und Natur*, S. 123–133, S. 123 f.

⁷⁸ Markt Murnau, Ordner 6 – 4 – 1-2/3 Ramsach-Instandhaltung ab 1806.

⁷⁹ Scharl, Kooperation und Gegnerschaft, S. 124.

⁸⁰ BayHStA, ML 3406, v. 12. 10. 1939.

– und Flussbauamt geschehe. Beide Ämter müssten sich noch äußern, auch die Stellungnahme des Reichsnährstands stehe noch aus.⁸¹

Diese fiel ablehnend aus. Er könne, so der Landesbauernführer der Landesbauernschaft Bayern, „der Schaffung eines Naturschutz – bzw. Landschaftsschutzgebietes in dem vorgesehenen Umfang nicht zustimmen“, denn es seien „auch landwirtschaftliche Flächen eingeschlossen, auf die nicht verzichtet werden kann, da in nächster Umgebung durch die Ansprüche der Wehrmacht bereits umfangreiche landwirtschaftliche genutzte Ländereien abgetreten werden mussten“. Die erwähnten Landverluste waren durch die Errichtung einer Garnison in Murnau mit rund 2000 Köpfen entstanden, aber auch mit der rasch fortschreitenden Verstädterung der Orte Murnau – Hechendorf – Weindorf – Riedhausen, die immer mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen als Baugrund beanspruchten.

Große Flächen im Murnauer Moos, so der Landesbauernführer, seien auf jeden Fall für eine Kultivierung geeignet, wie z.B. Flächen, die „nach der Regulierung der Loisach fraglos mit Erfolg der Kultivierung zugeführt werden können“ sowie Grundstücke, die als „Folge der Überschwemmungen recht erheblich überschlickt sind und gute Erträge zu liefern vermögen“. Dazu kämen Ländereien, bei deren Kultivierung nur geringe Kosten entstünden und dann wirtschaftlich genutzt werden könnten. Bei Oberau sei das Unterfilz bereits in ein geplantes größeres Meliorationsvorhaben mit einbezogen und für eine intensive Streunutzung vorgesehen. Die hierzu notwendige Erschließung durch offene Gräben und Wege darf daher nicht beeinträchtigt werden. „Bei der steten sich verengenden Ernährungsbasis“, so der Schluss, „muss die Wahrung der Interessen der Landwirtschaft oberstes Ziel bleiben. Dabei verbleibt immer noch ein Gebiet, das alles enthält, was des Schutzes des Reichsnaturschutzgesetzes bedarf und würdig ist.“⁸²

Neben dem Obmann der Fachgruppe Natursteine, der nun die Versorgung des neu „angegliederten“ Sudetenlandes mit „gutem harten Schottermaterial“ in Gefahr sah⁸³ verwies auch die Reichsbahn auf den großen Schotterbedarf für Straßen – und Reichsbahnbauten, für den in ganz Südbayern nur vier Werke dieser Art existierten. Ein Transport aus Werken nördlich der Donau komme aus Transportgründen bzw. aufgrund der hohen Frachtkosten nicht infrage. Auch die dritte Firma, die an einem Abbau an den Köcheln interessiert war und bereits angeblich 70.000 Mark in den Erwerb von Wiesmahd-Köchel, die beiden Schmatzer-Köchel und den Hohen Berg am Bahnhof Ohlstadt investiert hatte, am derzeitigen Neubauverbot für Schotterwerke aber vorerst gescheitert war, meldete sich zu Wort und verwies auf den ungeheuren Bedarf an Steinmaterial der „in Kürze“ – einen Monat nach Kriegsbeginn – bestünde.⁸⁴

Auf der Grundlage dieser Einsprüche unterschiedlicher Interessensvertreter – und einem bevorstehenden Ausbau der öffentlichen Flüsse in Bayern – kam der Reichstatthalter

⁸¹ BayHStA, ML 3406, v. 12. 10. 1939.

⁸² BayHStA, ML 3406, v. 12. 10. 1939.

⁸³ BayHStA, MHIG 5998, v. 25. 10. 1938.

⁸⁴ BayHStA, ML 3406, v. 12. 10. 1939.

in Bayern, Franz Ritter von Epp, zu dem Schluss, dass die Abgrenzung des Landschafts – bzw. Naturschutzgebietes noch einmal einer eingehenden Überprüfung bedürfe. Es ginge doch nicht an, dass geplante Hochwasser – und Uferschutzmaßnahmen und die energiewirtschaftliche Aufwertung der Loisach durch eine Erklärung des Gebietes zum Natur – bzw. Landschaftsschutzgebiet behindert wird. „Daher ersuche ich Abänderung des Inhaltes der Schutzverordnungen und der Abgrenzung der Schutzgebiete vorzunehmen und die Angelegenheit vor der endgültigen Entscheidung mir nochmals vorzutragen.“⁸⁵ Einige Tage später erfolgte eine Rüge an den Regierungspräsidenten, dass die Dienststellen des Naturschutzes in Oberbayern in einseitiger Weise die Belange des Naturschutzes vertreten, „ohne auf Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft Rücksicht zu nehmen“. In keinem Fall dürfe das gesamte Gebiet unter Naturschutz gestellt werden, landwirtschaftliche nutzbare und verbesserungsfähige Flächen sollen vielmehr „unbeeinträchtigt der Ernährungswirtschaft in dem stark bevölkerten Gebiet mit starkem Fremdenverkehr erhalten und zugeführt werden.“ Damit wurde wieder einmal deutlich, wie die Rolle der so gerügten Naturschutzbehörden gesehen wurde. Am 5. Dezember 1939 antwortete der Gerügte mit einer Entschuldigung und versicherte, man befinde sich ja erst am Anfang und habe selbstverständlich die einschlägigen Stellen benachrichtigt.⁸⁶

Nun aber reagierte der Reichsforstmeister Herman Göring als Oberste Naturschutzbehörde und mit seiner Unterstützung erfolgte am 2. August 1940 die „einstweilige Sicherstellung“ des Murnauer Moores in seiner geplanten Ausdehnung durch den Regierungspräsidenten als Höhere Naturschutzbehörde aufgrund der §§ 4,15,16 Abs. 2 und 17 Abs. 3 des RNG v. 26. Juni 1935 und mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde und der Reichsstelle für Raumordnung. Das Naturschutzgebiet Murnauer Moos sollte die Gemarkungen Murnau, Hechendorf und Riegsee des Kreises Weilheim und die Gemarkungen Eschenlohe, Ohlstadt und Schwaigen des Kreises Garmisch umfassen. In diesem Gebiet dürfen zukünftig keine Veränderungen vorgenommen werden, die geeignet sind die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten. Verboten war nun auch

„Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen und Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen, Bauten zu errichten oder die Bodengestalt – einschließlich der natürlichen Wasserläufe – auf andere Weise zu verändern, Bild – oder Schrifttafeln anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen oder der Wegbezeichnung dienen sowie Feuer anzumachen und Abfälle wegzuwerfen“.

Unberührt davon bleiben die „ordnungsgemäße landwirtschaftliche, jagdliche und fischereiwirtschaftliche Nutzung in der bisherigen Weise und dem bisherigen Umfang“ und ausgenommen bleiben außerdem

⁸⁵ BayHStA, ML 3406, v. 12. 10. 1939.

⁸⁶ BayHStA, ML 3406, v. 23. 10. 1939; v. 5. 12. 1939.

„der Abbau des Gesteins am Moosberg-Kögl und am Langen Kögl nach den von mir zu erlassenden besonderen Vorschriften, Maßnahmen zur teilweisen Entwässerung und Kultivierung des Gebiets im Einvernehmen mit der höheren Naturschutzbehörde. Weitere Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung können von mir genehmigt werden.“⁸⁷

Diese einstweilige Sicherstellung war nur eine Vorstufe der tatsächlichen Unterschutzstellung und ließ noch zahlreiche Möglichkeiten offen. Eine Sicherstellung nach dem RNG bedeutete aber auch, dass nach § 17 Abs. 3 die Naturschutzbehörden berechtigt waren, Veränderungen im Naturschutzgebiet zu untersagen oder zu verhindern. Erneut kam deshalb Widerspruch von den Bauern und Grundstücksbesitzern vor Ort, die um ihr Eigentum fürchteten, sollte das Murnauer Moos tatsächlich unter Naturschutz gestellt werden. Auf einer Versammlung in einem Murnauer Gasthof verwahrten sich die Bauern entrüstet gegen das Verbot im Moor Feuer anzuzünden, da das Verbrennen der Abfallreste nach dem Baumfällen das Vorwärmen der Keile ermöglichte und das Feuer für die Arbeitenden als „Wärmestube“ diene. Gräben müssten weiter gezogen werden um den Grundwasserspiegel zu senken. Dafür sollte aber endlich das Scharfschießen im Moos nicht mehr gestattet werden, denn nach den letzten Schießübungen – vor dem Inkrafttreten der Sicherstellung – seien im Rechtaichfilz große Löcher entstanden.⁸⁸

Der Murnauer Bürgermeister ergriff die Partei der Bauern und verwies in einem Brief an den Weilheimer Landrat, der nun offensichtlich für das Naturschutzgebiet eintrat, noch einmal auf die durch Kasernen – und Siedlungsbau reduzierten landwirtschaftlichen Flächen und auf die wachsende „Flächennot“ der Bauern.⁸⁹ Der Kreisbeauftragte für Naturschutz bemühte sich, die Wogen zu glätten und gestand auf einer Informationsveranstaltung den erregten Bauern und Waldbesitzern für die Zukunft weitgehende Freiheiten zu. So würden alle Arbeiten die unter eine landwirtschaftliche oder forstliche Nutzung fallen, auch weiterhin durchgeführt werden können, dazu gehörten eben auch Feuermachen oder das Einbringen größerer Schuttmengen, um z.B. Streuschober auf sicheren Untergrund zu stellen.⁹⁰ Wenig später folgte eine Zusicherung des Regierungspräsidenten, dass die Grenzen des Naturschutzgebietes ja nur vorläufige seien und bei der endgültigen Festsetzung berechtigte Wünsche der Grundstücksbesitzer berücksichtigt würden.⁹¹

Diskutiert wurde aber auch ein Projekt, das bei den vorangegangenen Diskussionen nur kurz angesprochen worden war: die zukünftige energietechnische Nutzung der Loisach. Hierzu äußerte sich wieder der Landesbauernführer, der sich dabei elastisch den neuen Voraussetzungen anpasste. Er habe erfahren, dass für die Ausbeutung der Wasser-

⁸⁷ Zur Rolle Görings BayHStA ML 3406, v. 2.1.1941; Veröffentlichung im Regierungsanzeiger Nr. 217/218 v. 6.8.1940; s.a. BayHStA, MHIG 5998.

⁸⁸ Markt Murnau, Ordner 3033, Niederschrift der Sitzung v. 25. 9. 1940; Notiz „Wirtschaftliches aus dem Murnauer Moos“.

⁸⁹ Markt Murnau, Ordner 3033, v. 30. 9. 1940 bzw. 1.10. 1940; dazu Geiersberger, S. 51.

⁹⁰ Markt Murnau, Ordner 3033, v. 20. 11. 1940.

⁹¹ Markt Murnau, Ordner 3033, v. 10. 2. 1941.

kräfte in Bayern, die ja von besonderer Bedeutung für die Energiewirtschaft sei, in der nächsten Zeit der Bau einer großen Anzahl von Staustufen beabsichtigt sei. Zum Ausgleich für eine gleichmäßige Wasserführung waren angeblich auch Speicherbecken geplant, wofür sich das Murnauer Moos laut Aussage der Wasserkraftabteilung im Ministerium des Innern ganz hervorragend eignen würde! Das Murnauer Moos sei ja derzeit für die Landwirtschaft wenig attraktiv und müsste erst kultiviert werden, es könne daher von ihm „leichter frei gegeben werden als wenn gutes, altes, vielleicht Jahrhunderte altes bauerliches Kulturgut für Stauzwecke verloren geht“. ⁹²

Abgesehen von der humoristischen Note, die diese, übrigens nicht unbemerkt gebliebenen, gegensätzlichen und unverfrorenen Äußerungen des Landesbauernführers enthielt, war die Überlegung, im Murnauer Moos einen Speichersee zu bauen durchaus realistisch, wurde aber dann nach geologischen Untersuchungen aufgrund der ungünstigen Untergrundverhältnisse nicht weiter verfolgt. ⁹³ Aber auch von anderer Seite kam Widerspruch. Die Forderung, ein Gebiet von etwa 4000 Hektar unter Naturschutz zu stellen erschien „maßlos übertrieben, auch trotz der bedeutenden Erweiterungen unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die militärischen Erfolge.“ Die für landwirtschaftliche Belange zuständigen Stellen forderten daher „wenigstens die Randgebiete des Mooses für landwirtschaftliche Zwecke zu erhalten“ oder aber das gesamte Gebiet, da dieses an den Randgebieten Heuerträge einbrachte, die überwiegenden Flächen aber der Streunutzung dienten. Das Staatsministerium für Finanzen erkundigte sich nach den Rechtsansprüchen der beiden Hartsteinwerke auf Abbauflächen, woraufhin der Reichstatthalter in Bayern lakonisch antwortete, falls die Entscheidungen einen weiteren Abbau ausschließen, „werden diese Zusagen gegenstandslos“. ⁹⁴

Zur Klärung der Lage – und um vielleicht doch noch einen endgültigen Beschluss zu fassen – lud die Reichsstelle für Raumordnung mit Zustimmung des Reichsforstmeisters als Oberste Naturschutzbehörde am 6. Juni 1941 zu einer Besprechung im Murnauer Rathaus mit Ortsbesichtigung. Anwesend waren Vertreter der verschiedenen Reichsministerien sowie des Reichsforstministers, der Organisation Todt, der Reichsbahn, der Reichsplaner, der Obersten Baubehörde, die betreffenden Bayerischen Ministerien, die Naturschutzbehörden, der Landrat von Weilheim, Vertreter vom Kulturbauamt, der Landwirtschaftsstelle und „aus Murnau Professor Dingler und Frl. Dr. Haeckel“. ⁹⁵

Die Besprechung in Murnau brachte schließlich eine „Überraschung“, wie der Protokollant anmerkte. Vor allem die Reichsbahn stellte nun ihre Bedenken bezüglich der Inschutzstellung der Kögel zurück; eine Ausbeute des Weghauskögel erschien zwar wün-

⁹² BayHStA, ML 3406, v. 2.11. 1940.

⁹³ BayHStA, ML 3406, Referat 19 o.Dat.; Staatsministerium d. Innern v. 1. 3. 1941.

⁹⁴ BayHStA, ML 3406, Ref. 19 o.Dat.; Staatliche Landwirtschaftsstelle und Kreis-Landwirtschaftsschule Weilheim v. 14.3.1941, Reichsminister f. Finanzen v. 29. 5. 1941.

⁹⁵ BayHStA, MHIG 5998, v. 21. 5. 1941; Kurznotiz z. Terminänderung; Markt Murnau, Ordner 3033, Niederschrift der Sitzung v. 6.6.1941. Eine Zusammenfassung der auf der Sitzung besprochenen Themen liegt sowohl aus dem Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe als auch von der Marktgemeinde Murnau vor. Die Gewichtung dieser Niederschriften ist höchst gegensätzlich. wichtige Themen fehlen in jeweils einem der Protokolle.

schenswert, die Ausbeute am Langen Kögel aber war noch länger sichergestellt und damit die Belange der Reichsbahn hinreichend gewahrt. Ähnlich äußerte sich der Generalbevollmächtigte für die deutsche Bauwirtschaft und damit folgte eine „Abschwächung der Einwendungen“ der bayerischen Straßenbauverwaltung und des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen. Bei dieser Sachlage hielt der Vertreter der Fachgruppe Natursteine weitere Einwendungen für wenig aussichtsreich. Der Vertreter des Landesamts Bayern sah schließlich ebenfalls keine Probleme, sollte das Hartsteinwerk Moosberg schließen, denn der größte Teil der vielfach schon „überalterten“ und in Murnau bzw. Hechendorf ansässigen „Gefolgschaft“, zur Zeit 50 Mann, würde wegen der großen Entfernung nicht ohne weiteres am Langen Köchel einzusetzen sein, aber angesichts des herrschenden Arbeitskräftemangels anderweitig unterzubringen sein.⁹⁶

Die Vertreter des „Bayerischen Naturschutzvereins“, gemeint ist wohl der zu dieser Zeit auf Bayern beschränkte Bund Naturschutz, waren nach den erneuten Vorhaltungen der Landwirtschaftsstelle sowie der Bayerischen Mooskulturwirtschaft über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Flächen im Moos zu beträchtlichen Zugeständnissen bereit und plötzlich auch der Meinung, dass nur einige Teile unter Naturschutz gestellt werden sollten, die hinsichtlich Flora, Fauna des Schutzes bedürften darunter z.B. der Kuhwampen wegen der Schwingrasen und der „Schmatzer“ wegen der wertvollen Moosarten. Für die Randgebiete würde der Landschaftsschutz ausreichen „da von Seiten der Bauern nie gegen den Schutz der Pflanzen und Tiere im Murnauer Moos verstoßen worden sei. Von der Notwendigkeit der Rettung des Murnauer Moores könne nicht die Rede sein.“ Nach diesem erstaunlichen Sinneswandel vermerkte der Weilheimer Protokollant, dass nur Dr. Haeckel als örtliches Organ des Naturschutzes einen vollständigen Schutz des Moores forderte und man sich „davor hüten (sollte) Naturdenkmäler zu verhandeln.“ Ohne Widerspruch von Seiten der bayerischen Naturschützer blieb auch die Bemerkung der Vertreter von Reichsbahn und Organisation Todt, in Zukunft wäre mit einem deutlichen Ausbau und Umbau der Olympiastraße, sowie der Bahnstrecke nach Garmisch zu rechnen, wofür ein weiterer Damm gebaut werden müsste.⁹⁷ Der Vortrag Alwin Seiferts zu seinem Lieblingsthema von der drohenden Versteppung Deutschlands, sollten noch mehr Moore kultiviert werden und damit der Wasserhaushalt und das Klima weiter negativ beeinflusst werden, war damit fast schon überflüssig. Bei der anschließenden Fahrt in das Murnauer Moos besichtigten die Teilnehmer auch das Hartsteinwerk Werdenfels.⁹⁸

Die etwas überraschende Wende in den Verhandlungen zum Naturschutzprojekt Murnauer Moos war möglicherweise auch Alwin Seifert zu verdanken. Einen erneuten Einspruch der Reichsbauernschaft hatte dieser nämlich mit einem Hinweis auf einen Wunsch des Führers gekontert, dass in Zukunft kein Moor mehr kultiviert werden dürfe. Den Vertretern des Reichsernährungsministeriums und des Reichsbauernführers war von einem solchen Wunsch nichts bekannt – und wie Seifert später Max Dingler ge-

⁹⁶ BayHStA, MHIG 5998, v. 7. 6. 1941.

⁹⁷ Markt Murnau, Ordner 3033 v. Niederschrift der Sitzung v. 6. 6. 1941.

⁹⁸ BayHStA, MHIG 5998, v. 7. 6. 1941; BayHStA, ML 3406, v. 8.4.1942.

genüber zugab, hatte Hitler sich gegen eine Trockenlegung, nicht aber die Kultivierung von Mooren ausgesprochen. Aber wie Baudirektor Köster sofort richtig erkannte: Die „Entscheidung des Führers hat naturgemäß ein ganz besonderes Gewicht“. ⁹⁹ Das größte Verdienst aber, so Seifert später anlässlich einer Kampagne gegen den Anbau neuer Schilfsorten im Moos, gebühre Reichsminister Todt, der sich selbst angeblich eingehend mit der Naturschutzfrage befasst hatte „und schließlich mit seinem Verzicht auf ein Schotterwerk auch den Widerstand der Deutschen Reichsbahn zu Fall brachte. Nun aber sei dieses Moor, dessen Rettung durch Dr. Todts persönliches Eintreten ermöglicht worden war, „durch verständnislosen Eigensinn“ erneut in Gefahr. ¹⁰⁰

Nach der Besprechung in Murnau war die „vorläufige Sicherstellung“ des Murnauer Moores endlich eine Tatsache und das zukünftige Naturschutzgebiet konnte in einer Publikation vorgestellt werden. Das Vorwort dazu verfasste Alwin Seifert, wobei er den Erhalt eines Stücks „Heimatlandschaft“ pries und eine Abkehr von seiner Begeisterung über eine technisierte Landwirtschaft zeigte; ein Uffinger Bürgermeister und Bauer, so Seifert, hätte ihn eines Besseren belehrt und sein „naturfremdes Gedankengebäude umgestoßen“. Eine Einführung in die Geschichte dieses „heimatlichen Bodens“ schrieb Max Dingler; Edgar Daqué, Edith Ebers, Hermann Paul, Otto Kraus, Fritz Vollmar und noch einmal Max Dingler sowie der Archäologe Friedrich Wagner, der zusammen mit Paul Reinecke die Notgrabung am Moosberg geleitet hatte, waren mit Fachaufsätzen vertreten. ¹⁰¹

Das Tauziehen um das zukünftige Naturschutzgebiet war damit nicht beendet, auch wenn der Landesausschuss für Naturschutz an den Weilheimer Landrat zufrieden berichtete, nach dem Vortrag Alwin Seiferts seien zumindest die Moore in „unserer Gegend“ vor weiteren Kultivierungen sicher. Nur wenige Tage nach der Tagung in Murnau betonte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft noch einmal, dass er kultivierbare Flächen nur unter Landschaftsschutz gestellt wissen wollte. ¹⁰² Wie schon bei dem letztendlich gescheiterten Versuch einer Unterschutzstellung des Ammerseesüdufers – es entstand schließlich ein Vogelschutzgebiet – ¹⁰³ mussten sich die Naturschützer auch beim Murnauer Moos nach einer langen Phase der Planungen und Verhandlungen zu weitreichenden Zugeständnissen bereit erklären, wirtschaftliche Interessen standen auch weiterhin im Vordergrund. Schon ein Jahr nach der sogenannten „Sicherstellung“ war zum Entsetzen der Naturschützer ein Projekt zur Zellstoffgewinnung aus dem Schilf des Murnauer Moores im Gespräch, ohne dass die Naturschutzbehörden davon in Kenntnis gesetzt worden wären. Das Projekt wurde nicht realisiert, da die betreffende Firma ihr Projekt aufgab. Aber in den folgenden Jahren entstanden weitere Gräben

⁹⁹ Markarchiv Murnau, Nachlass Dr. Haeckel, A I, 14, z. 6.6. 1941; ebd., Dingler v.17.10.41; vgl. a. Hölzl, S. 124, Anm. 684.

¹⁰⁰ Marktarchiv Murnau, Nachlass Dr. Haeckel, A I, 14, Seifert v. 21.10.1941.

¹⁰¹ Das Murnauer Moos, hg. v. Max Dingler, München 1941; schon 1943 erschien eine zweite, verbesserte Auflage.

¹⁰² BayHStA, ML 3406, v. 13.6.1941, v. 8.4.1942.

¹⁰³ BayHStA, ML 3406; dazu Hölzl, S. 126.

zur Entwässerung größerer Moosflächen und die Begradigung der Flüsse Ramsach und Lindach wurde ebenfalls fortgesetzt – und das in einem „unter Naturschutz stehenden Gebiet“ wie Max Dingler entsetzt feststellte.¹⁰⁴ Aber genau das war das Murnauer Moos eben nicht, die einstweilige Sicherstellung bedeutete nur eine Vorstufe zur endgültigen Unterschutzstellung.

Bei ihren Anstrengungen um ein Naturschutzgebiet Murnauer Moos – für die Öffentlichkeit formuliert als ein Stück „Heimat“ – , mögen also die Beteiligten dank größtmöglicher „Flexibilität“ einiges Mehr erreicht haben als bei anderen Gebieten in Bayern oder auch Deutschland.¹⁰⁵ Ein befriedigendes Ende nahmen die Verhandlungen jedoch auch in diesem Fall nicht. 1947 begannen die Verhandlungen um ein Naturschutzgebiet „Murnauer Moos“ erneut; wieder kam es zu zahlreichen Einsprüchen und Beschwerden, wobei auch darauf verwiesen wurde, dass die Sicherstellung auf Gesetzen und Verordnungen der Nationalsozialisten basierte. Erst 1963 wurden 3200 Hektar des Gebietes unter Landschaftsschutz gestellt, 1980 dann 2355 Hektar unter Naturschutz, im Jahr 2000 endeten die Arbeiten am Langen Köchel.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Dingler, gestern, heute, morgen, S. 31.

¹⁰⁵ Vgl. Uekötter, Green and Brown zu den Beispielen Hohenstoffel, Schorfheide und Ems.

¹⁰⁶ Markt Murnau, Ordner 3033, v. 24. 6. 1947; Dingler, gestern, heute, morgen, S. 31-36; Geiersberger, S. 52.

AUTORENVERZEICHNIS

Dr. Christoph Bachmann, Ltd. Archivdirektor, Leiter des Staatsarchivs München; Publikationen zur justiziellen Aufarbeitung der NS-Zeit, historischen Kriminalität und Landwirtschaftsgeschichte.

Dr. Wolfgang Ehberger ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Editionsprojekts „Die Protokolle des bayerischen Ministerrats 1919-1945“, einem Projekt der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften und des Instituts für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Horst Gehringer, Dipl.-Archivar (FH): Archivdirektor, Leiter des Stadtarchivs Bamberg, stellv. Vorsitzender der Bundeskonferenz Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag. Publikationen zur bayerischen und fränkischen Landesgeschichte sowie zur Anwendung der IT in Verwaltung, Dokumentenmanagement und Archiv.

Hans-Joachim Hecker, Assessor jur., Archivdirektor a.D., zuletzt stellvertretender Leiter des Stadtarchivs München; Mitglied im Vorstand der Gesellschaft für Bayerische Rechtsgeschichte; Veröffentlichungen zur Stadt- und Rechtsgeschichte sowie zum Archivrecht.

Prof. Dr. Hans-Georg Hermann ist Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht, Deutsche Rechtsgeschichte, Bayerische Rechtsgeschichte und Juristische Zeitgeschichte am Leopold-Wenger-Institut der LMU Ludwig-Maximilians-Universität München und Vorsitzender der Gesellschaft für Bayerische Rechtsgeschichte.

Prof. Dr. Britta Kägler ist als Associate Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Trondheim (NTNU) tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Bayerischen Landesgeschichte und der europäischen Kulturgeschichte.

Karin U. Leonhardt, Baldham; Freiberufliche Historikerin und Lektorin wissenschaftlicher Texte, hat die Kulturhistorische Sammlung Vaterstetten und den Historischen Verein Ebersberg mit aufgebaut und unterstützt Unternehmen in der Öffentlichkeitsarbeit. Mehrere Jahre in der beruflichen Erwachsenenbildung internationaler Konzerne tätig, zuletzt in bildungspolitischer Gremienarbeit auf Bundesebene.

Dr. Christine Rädlinger beschäftigt sich als freie Historikerin und Sachbuchautorin vor allem mit Themen der Münchner Stadtgeschichte und Bayerischen Landesgeschichte. Einer ihrer Schwerpunkte ist die Umweltgeschichte.